DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 10 Oktober 1989 E 8080 E

CODE



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutsches Reich:
Wie Konrad Adenauer die Deutschen verriet

In Bonn bleibt alles beim alten in Sachen Kinderfeindlichkeit und Asylantenpolitik

Kapitalismus:
Die alten Spielchen der City of London

Revisionismus:
Bonns Zahlungen an Israel

Weltkontrolle:
Aspekt der islamischen Revolution

Holocaust:
Der Zündel-Prozeß in Toronto

Deutschland:
Begann der Zweite Weltkrieg erst 1939 und endete er 1945?

Neu!

Immer wieder gefragt eine Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise.

Gesunde Medizin

widmet sich ausschließlich und eingehend den Themen der Naturheilverfahren und der biologischen Medizin.

Gesunde Medizin

erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von 64 Seiten und ist durchweg vierfarbig.
Preis 5 DM.

Gesunde Medizin

erhalten Sie bei Ihrem Zeitschriftenhändler oder beim Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.





Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

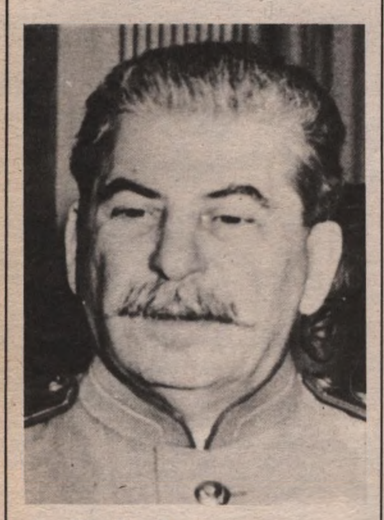
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



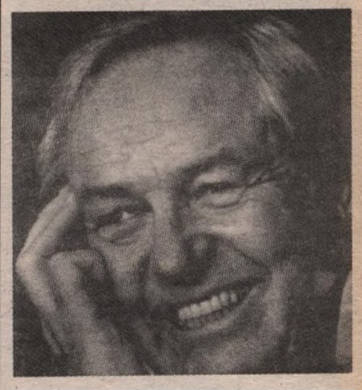
Josef Stalin, der grausame sowjetische Diktator, hatte sich durch Abschluß des Paktes mit Hitler Zeit für seine eigenen Aggressionspläne verschafft.

Finanzen



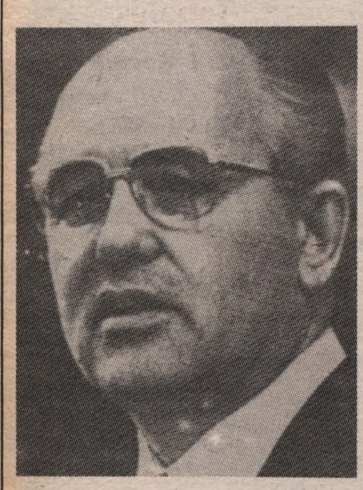
US-Präsident John F. Kennedy wurde ermordet, als er versuchte, Geldnoten der Regierung der Vereinigten Staaten herauszugeben.

Internationales



Jean-Marie Le Pen: »Politik besteht heute vorwiegend darin, die wahren Probleme zu vernebeln.«

Nr. 10 Oktober 1989



Die Pläne des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow sollen insgeheim noch weitgehender sein als bisher angenommen.

Revisionismus



Ernst Zündel, in Kanada lebend, aus dem Schwarzwald stammend, mußte sich in einem aufsehenerregenden Prozeß wegen des Vertriebs von revisionistischem Schriftgut verantworten.

Medizin

Ständige Rubriken

Deutschland

Begann der Zweite Weltkrieg 1939 und endete er 1945?

Hans W. Schimmelpfeng

Schon Monate vor dem September 1989 war zu erkennen, daß die Schuldlbekenner von Bonn den Jahrestag des Kriegsbeginns in einer gegen das Ansehen und Selbstbewußtsein des deutschen Volkes gerichteten Großaktion als fünfzigjährigen Schuld- und Bußgedenktag agitatorisch herausstellen wollen. Jedoch hat ein Krieg, wenn der erste Schuß fällt, schon eine beträchtliche Vorgeschichte, ohne deren Kenntnis der Kriegsbeginn und insbesondere die Kriegsschuld nicht festgestellt und beurteilt werden kann. Hier sei gesagt, was die dem deutschen Volk durch Diensteid verpflichteten Politiker sorgfältig verschweigen.

Die Wurzeln des Zweiten Weltkrieges lagen in den »Friedens«-Diktaten von Versailles vom 28. Juni 1919 und von St. Germain vom 10. September 1919, die dem deutschen Volk im Reich und in Österreich ruinöse Bedingungen auferlegten.

Deutschland sollte klein und geteilt sein

Mit diesen brutalen »Vertrags«-Erzwingungen luden die Gewinner des Ersten Weltkriegs die Schuld für den Zweiten Weltkrieg auf sich selbst.

Das Deutsche Reich mußte im Westen das Reichsland Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten, Eupen-Malmedy an Belgien, die größten Teile von Westpreußen, Posen und das ostpreußische Soldau-Gebiet an Polen, ferner das Hultschiner Ländchen, Oberschlesien, Danzig und das Memelgebiet.



Englands Diplomatie hat Polen in den Krieg gehetzt, dann aber keine Hand für Polen gerührt.

Das abzutretende Gebiet des sogenannten »Polnischen Korridors« trennte widersinnig die Provinz Ostpreußen vom Reich. Total willkürlich wurde Danzig unter Völkerbundsverwaltung gestellt. Auch das Saargebiet kam unter Völkerbundsverwaltung, was nur dem Zweck dienen konnte, diese rein deutsche Landschaft reif zu machen zur Annektion durch Frankreich.

Nordschleswig ging an Dänemark, das Ostburgenland mit der Landeshauptstadt Ödenburg an Ungarn, die Südsteiermark an Jugoslawien, Südtirol und das Kanaltal an Italien. Die sudetendeutschen Siedlungsgebiete in Böhmen und Mähren wurden ohne Volksabstimmung dem neuen tschechoslowakischen Staat einverleibt.

Die Kolonialmächte eigneten sich alle deutschen Kolonien an, mit allen dort geschaffenen deutschen Werten. Auch das gesamte Privatvermögen Deutscher in den Kolonien und in den Feindbundländern wurde enteignet. Die linksrheinischen Gebiete mit den Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz blieben militärisch besetzt, wohinter der alte Wunsch Frankreichs stand, die Rheingrenze zu erreichen.

Als das österreichische Parlament den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich beschloß, verboten die Sieger, die »Alliierten«, den Zusammenschluß. Deutschland sollte klein und geteilt sein.

Reparationen bis zum Jahr 1988

Die gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Lebensmittelblockade wurde nach dem Waffenstillstand noch viele Monate, auch noch 1919, aufrechterhalten, und der englische Kriegsminister Winston Churchill sagte am 3. März 1919 im englischen Unterhaus: »Deutschland ist dem Verhungern nahe, . . . jetzt ist der Augenblick gekommen, zu verhandeln!«

Mit solch mörderischem Druck wurde die Unterschrift unter dem Versailler Friedensvertrag erzwungen, nachdem zuvor der sozialdemokratische Ministerpräsident Philipp Scheidemann geäußert hatte, die Hand müsse verdorren, die das Diktat unterschreibe.

An »Reparationen« wurden 132 Milliarden Mark gefordert, eine nach damaligen Maßstäben unauftreibbare Summe, wodurch eine jahrzehntelange Versklavung garantiert werden sollte.

Als die »Weimarer Republik« – die SPD-Regierung wich nach Weimar aus, weil sie in Berlin vor Kommunistenaufständen nicht sicher war – nicht schnell genug zahlen konnte, besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet, plünderten Kohlen und sehr viel Sonstiges, scheiterten aber am passiven Widerstand der Arbeiterschaft und der Eisenbahner,

Aufsehen erregte die Erschießung von Albert Leo Schlagetter auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf durch die Franzosen am 26. Mai 1923, weil er zur Behinderung des Kohlenraubs eine Eisenbahnbrücke gesprengt hatte.

Zu den Sachablieferungen nach dem Friedensdiktat gehörten unter anderen: Kohlen und Koks, Kohlennebenprodukte, Stickstoff, Farbstoffe, pharmazeutische Erzeugnisse, Vieh und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Lokomotiven und sonstiges Eisenbahnmaterial, sowie Industriedemontagen.

Nach jahrzehntelangen erdrückenden Tributzahlungen, die Staat und Volk ruinierten, wurden 1930 im Youngplan die Restschulden neu festgesetzt: Durch Verschuldung der Reichskasse sollten von 1930 bis 1988 114,5 Milliarden Mark gezahlt werden. Das deutsche Volk sollte also noch bis in unsere Tage tributpflichtig sein.

England und Frankreich erklärten den Krieg

Das Volk brach die Fesseln im Januar 1933, als es Adolf Hitler, seinem neu gewählten Führer, zujubelte. Die Abwendung des Volkes von den bisher in der Weimarer Republik regierenden Parteien war die natürliche Folge ihrer immer noch bestehenden Unterwerfungsbereitschaft, die jede wirtschaftliche Erholung unmöglich machte und Ende 1932 sechs Millionen Arbeitslose zur Folge hatte.

Wer heute noch den Standpunkt vertreten will, daß Hitler den Zweiten Weltkrieg gewollt und herbeigeführt habe, verschweigt, daß der nationalsozialistische Staat alle Kräfte mobilisieren mußte, um den wirtschaftlichen Aufbau zu schaffen und für eine ernsthafte militärische Ausrüstung weder Zeit noch Geld hatte. Der geringe Aufbau der Wehrmacht bis 1938 genügte, um die Unterdrückung der dem polnischen Größenwahnsinn und Terror ausgelieferten Ostdeutschen zu beendigen, aber für einen Weltkrieg waren keine Vorbereitungen getroffen und nicht vorgesehen.

Hitler zeigte seinen Friedenswillen im Westen durch einen Flottenvertrag, in dem er Großbritannien die Vormacht zur See zugestand, nach der Befreiung des Saarlands – Volksabstimmung! – darauf verzichtete, Elsaß-Lothringen von Frankreich zurückzuverlangen und sogar Italien das annektierte Südtirol – das sich bis heute mit ständiger italienischer Unterdrückung nicht abgefunden hat – belassen wollte. Er brachte damit größere Friedensopfer, als es uns heute zurückblickend tragbar erscheint.

Die Ausweitung des Polen-Konflikts zum Weltkrieg war Englands Werk und schwerwiegende Schuld. England wollte keinen starken Staat in der Mitte Europas dulden und dessen Beteiligung an der Weltwirtschaft verhindern. Machtsucht und Neid waren seine Gründe. Es gelang ihm, das zögernde Frankreich auf seine Seite zu ziehen.



Hunger war auch 1945 ein Teil der psychologischen Kriegführung. Völkerrechtlich führen die Sieger den Krieg gegen das Deutsche Reich heute noch.

Am 3. September 1939 erklärten England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg und nahmen den Polen-Konflikt zum Vorwand. Sie traten damit in den zweiten Abschnitt des 1914 begonnenen Weltkrieges ein, dessen stiller Teilhaber die internationale Hochfinanz war. Diese Hintergrund-Weltmacht sah durch die von der Goldwährung unabhängige Aufbau-Finanzierung im neuen antikapitalistischen, antimarxistischen und wahrhaft sozialistischen Deutschland ihre getarnte Geld- und Weltherrschaft in Gefahr.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist in einer umfangreichen Literatur der Kriegswille Großbritanniens, dem sich die von der Hochfinanz gesteuerten Vereinigten Staaten von Nordamerika anschlossen, bewiesen worden.

Als es feststand, daß das Deutsche Reich nach 1933 infolge erfolgreicher Aufbauarbeit wirtschaftlich und währungspolitisch nicht mehr zu unterdrücken sein würde, erklärte Großbritannien den Krieg, ohne selbst als seebeherrschende Macht auch nur im geringsten gefährdet zu sein.

Dieser Krieg ist ein englischer Krieg

England handelte nach seinem alten Grundsatz, auf dem europäischen Festland das Gleichgewicht der Macht aufrechterhalten zu wollen, das heißt, keinen Staat stärker werden zu lassen, als England es wünschte. Besonders waren ihm die wachsenden deutschen Handelsbeziehungen zur Welt ein Dorn im Auge. Englands Kriegsvorwand, im September 1939 für Polen in Anbetracht des deutsch-polnischen Konflikts eintreten zu müssen, war blanker Schwindel.

Englands Diplomatie hat Polen in den Krieg gehetzt, dann aber keine Hand für Polen gerührt. Es brauchte einen Tarngrund für seinen Großkrieg. Bekannt ist Churchills Eingeständnis im englischen Rundfunk im September 1939: »Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.«

Werden unsere Bußprediger dies und viele andere gleichlautende Aussprüche und Tatsachen zum September 1939 jetzt nach 50 Jahren weiterhin verschweigen? Werden sie immer noch verschweigen, daß für England längst vor dem 1. September 1939 der Krieg beschlossene Sache war?

Auch Frankreich schloß sich der Kriegserklärung an, ohne sich selbst in irgend welcher Gefahr zu befinden. Wir möchten, wie damals, heute gern mit Frankreich in Frieden leben, müssen aber bei der jetzt üblichen Erfahrung der Kriegsschuldfrage des Zweiten Weltkrieges feststellen, daß Frankreich seit Jahrhunderten Kriegszüge nach Osten unternommen – zum Beispiel die blutige Zerstörung der Pfalz im Jahr 1689 – und sich ein Stück des deutschen Landes nach dem anderen abgeschnitten hat.

Es hat in weiten Teilen des heutigen Ostfrankreich die ursprüngliche deutsche Sprache ausgerottet und tut dies gegenwärtig mit terroristischen Maßnahmen in Elsaß-Lothringen, um dessen ursprünglich deutschen Charakter auszulöschen. Sein schon erwähnter Zugriff auf das Saarland konnte nur durch den überwältigenden Abstimmungssieg – 90,5 Prozent für Deutschland – des unter dem nationalsozialistischen Einfluß aufgewachten Volkes verhindert werden.

Wenn demnächst entgegen dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes Westdeutschland einem westlichen Teileuropa eingeordnet und somit seine Staatshoheit geopfert werden soll, müssen wir eine gleichbleibende französische Tendenz befürchten. Die Ruine des Heidelberger Schlosses ist ein Beispiel dafür, wie weit Frankreich schon früher nach Osten griff.

Rückblickend läßt sich feststellen, daß der Zweite Weltkrieg die Fortsetzung des Ersten war, nachdem die Ausschaltung des deutschen Konkurrenten und seine dauernde Ausbeutung an der Volkserhebung von 1933 ge-

Deutschland

Begann der Zweite Weltkrieg 1939 und endete er 1945?

scheitert war. Das Kriegsziel wurde erreicht durch einen zweiten Vernichtungs-»Frieden«, der nach dem Massenmord an der Zivilbevölkerung bei der planmäßigen Zerstörung deutscher Städte – schlimmstes Schandbeispiel Dresden – den Millionenmord brutalster Vertreibung brachte und die Aufteilung des gesamten deutschen Raumes durch Annektionen und durch Aufteilung des Restes in zwei Satellitenstaaten der Sieger.

Deutschland soll vernichtet werden

Ein heute fast ganz verschwiegenes Kapitel zum Thema Kriegsschuld stellen folgende Kriegserklärungen zum zweiten Abschnitt des Weltkrieges dar. Die erste erschien im »Daily Express« am 24. März 1933:

»Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg . . . Vierzehn Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären . . . Der jüdische Großhändler wird sein Haus verlassen, der Bankier seine Börse, der Kaufmann sein Geschäft und der Bettler seine Elendshütte, um sich zu einem heiligen Krieg gegen die Leute Hitlers zusammenzuschließen.«

Hier zeigte sich also das Bestehen und das Ziel einer zionistischen Weltpolitik, was auch bestätigt wurde durch Samuel Untermaiers Erklärung des »Heiligen Krieges« im Namen der »World Jewish Federation« am 6. August 1933. Auch Chaim Weizmann, den später die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir als »König der Juden« bezeichnete, hatte am 29. August 1939 – also noch vor Kriegsbeginn – eine Erklärung zur Kriegsbeteiligung des internationalen Judentums abgegeben.

Bekannt ist die Buchveröffentlichung des Präsidenten der »American Federation of Peace«, Nathan Theodore Kaufmann, vor dem offiziellen Kriegsbeginn mit den USA, mit dem Aufruf »Deutschland soll vernichtet werden«.

Obwohl es zu dieser Zeit keinen jüdischen Staat gab, der einen Krieg erklären konnte, waren doch diese Kriegserklärungen von außerordentlichem Gewicht, weil das Judentum in Anbetracht seines seit Jahrhunderten bewährten international-völkischen Zusammenhalts und seiner Verankerung in der alle Grenzen überschreitenden Hochfinanz sowie seiner weltweiten Beherrschung von Presseorganen und Teilen der Weltliteratur eine getarnte Weltmacht außergewöhnlicher Art darstellte. Zusätzlich kam ihm auch noch die christliche Darstellung vom »auserwählten Volk« zugute.

Unter anderem folgt hieraus die Erkenntnis, daß der deutsch-polnische Konflikt vom September 1939 lediglich einen Abschnitt des großen 1914 begonnenen Krieges darstellte, der nach den Diktaten von Versailles und St. Germain und deren Auslauf mit anderen Mitteln ständig fortgesetzt wurde, bis er wieder in einen Vernichtungskrieg mündete.

Völkerrechtlich geht der Krieg weiter

Die Auseinandersetzung mit Polen begann nicht erst mit dem Einmarsch deutscher Truppen am 1. September 1939. Vielmehr fanden zuvor lange Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau statt über Mißhandlungen und Unterdrückungen der Deutschen in den von Polen durch das Versailler Diktat annektierten deutschen Landesteilen und über eine erträgliche Regelung des »Polnischen Korridors«.

Diese rein deutschen Gebiete Posens und Westpreußens, im Versailler Diktat Polen zugeteilt, trennten in unerträglicher Weise Ostpreußen vom Reich, nur um Polen neben bedeutendem Landgewinn einen Zugang zum Meer zu verschaffen, den es in seiner Geschichte noch nie besessen hat. Es war allen objektiv Urteilenden klar, daß hier – geschah das geplant? – ein unausbleiblicher Konfliktstoff zwischen dem Reich und Polen geschaffen worden war.

Dennoch machte aber Hitler einen ungewöhnlich großzügigen Vermittlungsvorschlag, während früher alle Parteien der Weimarer Republik die viel weitergehendere Forderung der Revision der neuen Ostgrenzen gestellt hatten. Er war bereit, Polen den »Korridor« zuzugestehen, wenn Polen eine exterritoriale kreuzungsfreie Autostraße und Eisenbahn durch diesen Landstrich nach Ostpreußen zugestand, um eine Verkehrsverbindung möglich zu machen.

Polen, das nicht an Verständigung dachte, sondern von weiterem Landraub in Richtung Berlin träumte, schlug höhnisch ab, rief die Mobilmachung aus und verstärkte seine Terror- und Mordmaßnahmen gegen die Deutschen in den annektierte Gebieten. Das war nicht nur eine Kriegserklärung, sondern schon der Kriegsbeginn!

Die berechtigte Antwort war der Einmarsch deutscher Truppen am 1. September 1939. Sie fanden Massen an grausam ermordeten Deutschen, insbesondere die Bromberger Morde sind in die Geschichte eingegangen.

Es ist von symbolischer und politisch-praktischer Bedeutung, daß der zweite Weltkriegsabschnitt nach 1945 nicht mit einem Friedensabschluß beendet wurde.

Völkerrechtlich führen die Sieger von 1945 heute noch den Krieg gegen das Deutsche Reich weiter. Sie tun das, indem sie in ihren Besatzungsgebieten, denen sie eine nur begrenzte Souveränität zugestehen, nach wir vor ihre Besatzungstruppen stationiert haben mit der Begründung, sich nunmehr in unserem Land voreinander schützen zu müssen. Daß Moskau bis Berlin vorrücken konnte und nun an der Elbe steht – mit dem Blick auf Hamburg – verdankt es dem Deutschland-Vernichtungswillen der Westalliierten.

Für das deutsche Volk bedeutet der nicht beendete Krieg, daß seine Soldaten sich unter Fremdbefehl an der Teilungsgrenze gegenüberstehen und daß seine Teilregierungen die moralische – und in der BRD auch grundgesetzliche – Pflicht haben, alles Mögliche zu tun, durch Neuvereinigung die Kriegsgrenze zu beseitigen und den oft prophezeiten und drohenden dritten Weltkriegs-Abschnitt zu verhindern.

Die Geschichte wird grob gefälscht

Die geplante Aufgabe der westdeutschen Teilsouveränität durch Westeuropa-Integration steht dem Friedensziel einer deutschen Gesamtneutralität kraß entgegen. Der kalte Krieg geht bedrohlich weiter, im Westen unterstützt durch planmäßige rassistische Massenüberfremdung unter schwerem Mißbrauch des Artikels 16,2 des Grundgesetzes und durch jahrzehntelange Erzeugung eines verlorenen einseitigen Schuldkomplexes auf verschiedenen Gebieten, so insbesondere bei der Kriegsschuldfrage.

Seit 1945 ist die Welt voller »heißer« Kriege mit den gefährlichsten weltbedrohenden Waffen aller Zeiten. Die dem Friedensgerede widersprechende Fortentwicklung dieser Waffen geht getarnt und abgeleugnet auf beiden Seiten weiter.

Und der »kalte Krieg« gegen ein starkes, in Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung gesundendes Deutschland geht weiter – wir erleben und erdulden ihn Tag für Tag um uns herum.

Politische Ehrlichkeit, historische Wahrheit und ein Schuldbekennntnis aller Schuldigen wäre ein erster Schritt zum Frieden.

Unser Volk kann die ihm zufallende Aufgabe nach Wiedererringung seiner Einheit, seines Selbstbewußtseins und seiner Handlungsfähigkeit erfüllen. Völker sind Naturbefehl und nicht dazu da, von politischen Hintergrundspielen vermischt und als Schachfiguren nach Wunsch verschoben zu werden. Wer alles dies verschweigt und zum 1. September dem Deutschen Reich und Volk eine fünfzigjährige alleinige Kriegsschuld andichtet, fälscht in grober Weise die Geschichte und macht sich schuldig an der Zukunft. □

Hitler-Stalin-Pakt

Hoffnung auf sowjetische Annullierung

Alfred König

Was noch vor wenigen Wochen niemand geglaubt hatte, könnte nun bald Wirklichkeit werden. Ein Teil Ostdeutschlands, genauer gesagt, die unter sowjetischer Besatzung stehende Region Königsberg, soll unter Umständen in Kürze wieder begrenzte Freiheitsrechte erhalten und Heimstatt der Wolgadeutschen werden. Ermöglichen will dies der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. Und der erste Schritt hierzu ist die Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 durch die Sowjetunion.

In dem zu diesem Nichtangriffspakt gehörenden Zusatzprotokoll vom selben Tag waren unter Punkt 1 der Sowjetunion die baltischen Staaten zugeschlagen worden, die jetzt von Gorbatschow bereits eine begrenzte, allerdings sehr weitgehende Souveränität erhalten haben. Im Punkt 2 teilten die Sowjetunion und das Deutsche Reich Polen ungefähr auf der Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San zwischen beiden Staaten auf, wobei eine endgültige Regelung allerdings »erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden« sollte – ein weiteres Indiz dafür, daß Hitler den Krieg mit Polen nicht unbedingt wollte.

Für Bonn sollte es ein Signal sein

Doch die Konsequenzen aus der Annullierung dieses Paktes betreffen nicht nur das Baltikum, sondern, was aus deutscher Sicht noch viel wichtiger ist, auch Polen. Denn die Aufhebung des Zusatzabkommens bedeutet gleichzeitig auch die völkerrechtliche Verpflichtung der Sowjets, den Polen den ihnen damals geraubten Teil ihres Staatsgebietes zurückzugeben; die »Rückgabe« des von Deutschland 1939 besetzten Teils erfolgte durch die militärische Niederlage des Deutschen Reiches.

Gleichzeitig müßte die Ankündigung Gorbatschows, diesen Pakt zu annullieren, für bundesdeutsche Politiker das Signal sein, die Frage der ostdeutschen Gebiete neu zu stellen und Ansprüche auf dieses Gebiet geltend zu machen oder zumindest eine für Deutschland völkerrechtlich befriedigende Lösung zu verlangen.

Selbst CSU-Vorsitzender Theo Waigel, der auf dem Schlesier-Treffen auf das völkerrechtlich noch bestehende Deutschland in den Grenzen von 1937 hinwies, wagte dies nicht. Dem wirklichen Standpunkt aller fünf im Bundestag vertretenen Parteien kommt wohl die Aussage des früheren Honecker-Beraters Wolfgang Seiffert am nächsten, der erklärte: »Es liegt in der Logik einer Annullierung des Geheimabkommens, daß auch Polen und die Sowjetunion über ihre gemeinsame Grenze neue Gespräche und Verhandlungen führen.

Für Polen ist das dadurch besonders heikel, weil es nicht die Zugehörigkeit dieser Gebiete zur Sowjetunion ohne weiteres akzeptieren kann. Die Polen wissen aber andererseits, daß Stalin den Verlust dieser Gebiete damit erträglicher zu machen suchte, daß er ihnen die deutschen Ost-Gebiete (Schlesien/Pommern/Ostpreußen) als ›Gegenleistung‹ überließ.«

Eine Freihandelszone mit weitgehender Souveränität

Kann sich aber ein wirklich am deutschen Interesse orientierter Politiker des westlichen Teilstaats wirklich auf diese »Argumentation« einlassen? Die Anwort hierauf kann nur ein eindeutiges Nein sein. Denn ein Unrecht wird nicht dadurch besser, daß man es mit einem anderen Unrecht aufrechnet – diese Argumentation wird zum Beispiel ständig von »unseren« Politikern gebraucht, wenn es darum geht, daß von den »Nazis begangene Verbrechen nicht mit den an Deutschen begangenen Verbrechen aufgerechnet werden« dürften. Was bei von den Nationalsozialisten angeblich begangenen Verbrechen gilt, muß aber erst recht für die völkerrechtlich viel bedeutendere Frage der Annektionen von Ländern gelten.

Und Gorbatschow macht vor, wie eine solche Lösung aussehen könnte – ob als Zwischenschritt oder als endgültige territoriale Lösung soll an dieser Stelle dahingestellt bleiben –: nämlich als Freihandelszone mit weitestgehender eigener Souveränität und vollen Volksgruppenrechten – die den vielen heute noch in der polnischen Besatzungszone lebenden Deutschen vorenthalten werden, wie jüngst das durch ein Oppelner Gericht ausgesprochene Verbot der Gründung einer deutschen Kulturgruppe anschaulich bewies.

So war in der »Welt« vom 27. Juli 1989 folgendes zu lesen: »Dabei (bei der Frage der Schaffung von Freihandelszonen in der UdSSR; der Verfasser) wird auch die Überlegung diskutiert, in einer freien Zone Königsberg mit besonderen rechtlichen Regelungen den versprengten Wolgadeutschen eine neue Heimat zu geben.« So gebe es bereits Planungen, daß deutsche und amerikanische Konzerne sowie andere leistungsfähige Konzerne dort Gemeinschaftsunternehmen gründen. Auch verhandele ein westdeutsches Konsortium bereits über ein umfangreiches Hotel- und Tourismusprojekt in der bislang noch zum Sperrgebiet erklärten urdeutschen Stadt.

Für Wolgadeutsche eine neue Heimat in Ostpreußen

»Eine Andeutung über solche Planungen machte im April auf einer Bankierstagung in Südengland ein Sonderberater des sowjetischen Außenministers Schewardnadse. Er sagte in einem Vortrag, für eine Freihandelszone Königsberg hätten die Deutsche Bank und deren früherer Vorstandssprecher Dr. Christians Vorschläge unterbreitet.«

Wie die »Welt« weiter berichtete, soll Christians bereits vor einem Jahr gegenüber Schewardnadse und Ministerpräsident Ryschkow Vorschläge in diese Richtung unterbreitet haben. Damals habe es aber noch geheißen, dies käme 30 bis 40 Jahre zu früh. Ein Zeichen, wie schnell in der UdSSR heute Änderungen eintreten.

Die »Welt« weiter: »Die Freihandelszonen . . . wären ›westliche Inseln‹, wie es ein Experte formulierte, gestaltet und geführt nach den Regeln der Marktwirtschaft und der westlichen Zivilisation . . . Was die Wolgadeutschen betrifft, so haben bereits zahlreiche deutsche Unternehmen signalisiert, daß sie, bei einem Engagement in der Region Königsberg, Wolgadeutsche gern beschäftigen würden.«

Bereits drei Tage vorher hatte diese Zeitung geschrieben: »Als weiteres Beispiel für die offensichtliche Bereitschaft, Königsberg zu öffnen, nannte Hennig (Parlamentarischer Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, gleichzeitig Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen der CDU; der Verfasser) Anfragen von sowjetischer Seite, ob deutsches Kulturgut für Ausstellungszwecke zur Verfügung gestellt werden könnte.«

Natürlich beabsichtigt Gorbatschow die Einrichtung einer Freihandelszone in Königsberg sowie weiterer im Raum Leningrad, in Odessa am Schwarzen

Hitler-Stalin-Pakt

Hoffnung auf sowjetische Annullierung

Meer und in Sibirien nicht in der Hauptsache, um in der Vergangenheit entstandenes Unrecht wiedergutzumachen, sondern auch aus der wirtschaftlichen Not heraus, die derzeit in der Sowjetunion herrscht und gegenüber Anfang der achtziger Jahre sogar noch schlimmer geworden ist.

Diese ist auch das Hauptproblem für den Erfolg seiner Politik. Auch Jelzin warnt stets vor der großen Gefahr, daß, sollte sich hier kurzfristig nichts Wesentliches zum Positiven ändern, die Konsequenz der Sturz Gorbatschows und die Rückkehr der Neo-Stalinisten sein könnte.

Freihandelszonen würden aber westliches Kapital in Milliardenhöhe in die UdSSR ziehen. Das dort eingenommene westliche Kapital könnte dann massiv zur Linderung der größten wirtschaftlichen Not durch Lebensmittelimporte und, was noch wichtiger ist, zum langfristig konzipierten Aufbau eines eigenen Versorgungsapparates aufgebaut werden. Sei es durch moderne, der östlichen Technik überlegene westliche Landmaschinen oder einer Landbestellung, die auf langfristige Ernteerträge ausgerichtet ist und nicht wie derzeit auf den größtmöglichen Ertrag. Dadurch wird der zur Verfügung stehende Boden nur ausgezehrt und führt im Endeffekt zu einem kaum noch zu knackenden Teufelskreis.

In diesem Sinne sind auch Gorbatschows Pläne zu verstehen, die Landwirtschaft mehr und mehr zu privatisieren und weg von den Kolchosen zu kommen. Denn nach neuesten Veröffentlichungen erbringen etwa die drei Prozent privater Landwirtschaft ungefähr 40 Prozent der gesamten Ernteerträge.

Wie man sieht, ist also in der Sowjetunion wirklich einiges in Bewegung geraten. Und sicherlich ist dies ein Verdienst Michail Gorbatschows. Doch auch einige einflußreiche europäische Bankiers, darunter auch einige der Deutschen Bank, sollen hieran mitgewirkt haben. CODE liegen hierzu einige Dokumente vor, worin sich einige Bankiers im deutschen Interesse sehr weitgehend äußern.

Dennoch ist zu große Euphorie derzeit noch alles andere als angebracht. Und dies aus zwei Gründen: Zum einen ist der Machtkampf im Kreml noch lange nicht entschieden. Denn, daß die unter dem Einfluß der Internationalisten stehende Clique rund um Ligatschow noch lange nicht aufgegeben hat, zeigen ihre in jüngster Zeit wieder lauter gewordenen Angriffe auf Gorbatschow und der von ihnen inszenierte Vorfall mit dem »Irrflug« der MIG 23.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß es kein »Köpferollen« in der UdSSR nach diesem Vorfall gab; anders als nach dem Moskauflug Rusts, den Gorbatschow nutzte, um eigene Leute auf einigen wichtigen Posten zu installieren. Gewinnt aber die Ligatschow-Clique, dann bedeuten westliche Industrien und westliches Know-how in diesem Gebiet ein riesiges Gefährdungs-Potential eben für diesen Westen. Dann wären sie nämlich der von Lenin erwähnte vom Westen selbst gelieferte Strick, der ihn dann auch umbringen wird.

Zum anderen besteht die Gefahr, daß der im Westen beheimatete Teil der Internationalisten, sei es Rockefeller, sei es Rothschild – und im schlimmsten Fall gleich beide –, es schafft, in diesen sowjetischen Freihandelszonen wesentlichen Einfluß zu erlangen und damit auf diesem Weg massiven Druck auf Gorbatschow ausüben könnte.

Dies würde für Deutschland aber keinen Vorteil bedeuten. Denn selbst wenn Königsberg dann offiziell Freihandelszone wäre, würde dies keinen Vorteil für die deutschen Interessen bringen – oder zumindest einen Mittelweg zwischen deutschen Interessen und reinem Profitdenken –, sondern würde dann der einzig und allein von der Internationalisten verehrte Gott, der Mammon, im Mittelpunkt stehen. □

Deutsches Reich

Adenauer verriet Deutschland

Werner Gärtner

Konrad Adenauer war für viele Deutsche ein politisches Idol, auch für national Eingestellte. Er galt für viele bis heute noch als Wiedererbauer Deutschlands nach der militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg und als einer der stärksten Verfechter des Bemühens um die Wiedervereinigung. Doch seit kurzem ist bekannt, wie sehr Adenauer das deutsche Volk täuschte, wie sehr er stets in aller Heimlichkeit gegen eine Wiedervereinigung selbst mit Mitteldeutschland kämpfte und die Westbindung zur Maxime seiner Politik erkor.

Und wie erst jetzt bekannt wurde, verzichtete der erste deutsche Kanzler sogar ganz konkret auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, also auf urdeutsches Gebiet.

Adenauer hätte mit Stalin verhandeln müssen

Erinnern wir uns: Am 10. März 1952 wurde von der Sowjetunion die »Stalin-Note« den Westmächten übergeben. Darin hieß es unter anderem: »Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem anomalen Zustand muß ein Ende gemacht werden . . . Ohne den schnellsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland kann eine gerechte Behandlung der rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht gewährleistet werden.«

Es war sicherlich richtig, diese Note nicht blauäugig entgegenzunehmen. Sicherlich beabsichtigte Stalin damit den Aufbau eines kommunistisch-sozialistischen Deutschlands. Festzuhalten bleibt daher, daß die Westmächte bis heute noch keine konkreten Vorschläge bezüglich eines Friedensvertrages und der Wiedervereinigung gemacht haben. Also wäre Adenauer verpflichtet gewesen, zumindest in Verhandlungen mit Stalin zu treten.

Dies lehnte der erste deutsche Bundeskanzler aber kategorisch ab. So erklärte er nur gut zwei Monate später nach Unterzeichnung des EVG-Vertrages dem Journalisten Friedlaender: »Deutschland gehört zum Westen, nach Überlieferung und Überzeugung. Das ganze Deutschland gehört zum Westen. In dieser Partnerschaft alleine liegt unsere Zukunft.«

Und die französische Zeitung »Le Monde« schrieb am 13. Juni 1955 folgendes: Adenauer sei ein Mann, der »zwar immer von der Wiedervereinigung spricht, aber niemals daran denkt«.

Kein Vertrauen in das deutsche Volk

Am klarsten Auskunft über Adenauers wirkliche Gedankengänge gibt aber eine Aktennotiz des britischen Unterstaatssekretärs im britischen Außenministerium, Sir Ivone Kirkpatrick, vom 16. Dezember 1955, die im Public Record Office in London unter dem Aktenzeichen FO 371/118254/WG 1071/1374 registriert ist.

Dabei geht es unter dem Titel »Deutsche Einheit« um ein Gespräch, das der damalige deut-

sche Botschafter in London, Herwarth von Bittenfeld, mit Kirkpatrick im Auftrag Adenauers führte. Dessen Haltung beschrieb Bittenfeld wie folgt: Selbst wenn bei gleichzeitigem Abschluß eines europäischen Sicherheitsvertrages mit der Sowjetunion eine Wiedervereinigung möglich und die Abhaltung freier Wahlen sowie die völlige Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung nach innen und außen gesichert sei, mithin sämtliche Voraussetzungen, die der Westen seit Jahren als Vorbedingung für eine Wiederherstellung Deutschlands in Einheit und Freiheit gefordert hatte, erfüllt seien, das Sternenbanner der Nato also in Königsberg hätte gehißt werden können, sei er (Adenauer) dagegen (deprecate reaching this position).

Kirkpatrick weiter: »Der entscheidende Grund sei, daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe (no confidence in the German people). Er sei äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung sei (he felt that the integration of Western Germany was more important than the unification of Germany). Wir (die Briten) sollten wissen, daß er in der ihm noch verbleibenden Zeit alle Energien darauf verwenden werde, dieses zu erreichen.« Diese Mitteilung bezeichnete Kirkpatrick als »streng vertraulich«, denn es würde für Adenauer »katastrophale Folgen« haben, wenn seine Ansichten »jemals in Deutschland bekannt würden«.

Aus Angst vor Protestanten und Sozialdemokraten

Doch damit nicht genug. Wie erst jetzt durch den Historiker Karl Kaiser bekannt wurde, verzichtete Adenauer in einem vertraulichen Gespräch mit dem damaligen amerikanischen Außenminister Dean Acheson am 21. November 1951 sogar ganz konkret auf Ostdeutschland, also das deutsche Staatsgebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. In der Aktennotiz darüber heißt es: »Mr. Acheson brachte das Gespräch dann auf den Artikel VII des Generalvertrags, Friedensregelung und Wiedervereinigung. Hierzu machte der Bundeskanzler längere Ausführungen etwa folgenden Inhalts: Die Bundesregierung stelle keine Ansprüche und verlange keine Bindung der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße.«



Konrad Adenauer verwirklichte, was Churchill, Stalin und Roosevelt vorhatten.

Und nur zweieinviertel Jahre später kabelte der damalige US-Hochkommissar James Bryant Conant im Anschluß an die gescheiterte Konferenz der alliierten Außenminister zur Frage eines Friedensvertrags und der Wiedervereinigung Deutschlands an das State Department in Washington (laut »Spiegel« vom 24. Juli 1989): »In Westdeutschland habe man das Scheitern über die Wiedervereinigung ohne Bedauern hingenommen. Der Herr Bundeskanzler habe sich ausgesprochene Sorgen gemacht, daß ein Fortschritt in Berlin vielleicht seiner politischen Zielsetzung schaden könnte. Die von ihm erstrebte volle Souveränität, Gleichberechtigung und Wehrhoheit der Bundesrepublik sei nach seiner Ansicht nur bei einer Angliederung der Bundesrepublik an den Westen zu erreichen, die allen konkreten Maßnahmen für eine Wiedervereinigung zeitlich voranzugehen habe. Daneben bestünde die Furcht, daß bei einer Wiedervereinigung die protestantischen und sozialdemokratischen Elemente in Deutschland die Oberhand gewinnen könnten.«

Dies bedeutet also nichts anderes, als daß Adenauer persönliche sowie parteipolitische und sogar konfessionelle Gründe über das Wohl Deutschlands stellte! Die Westintegration ging ihm über alles. Dabei schrieb Jim Hoagland am 29. Januar 1989 in der »Washington Post«: »Die Gründung des westdeutschen Staates geschah unter der Vorspiegelung, daß die westlichen Besatzungsmächte . . . mit den Deutschen das Ziel der Wiedervereinigung in absehbarer Zukunft teilen. Diese Finte ist aber auch im Grundgesetz von 1949 enthalten, welches besagt, daß die Bundesrepublik für eine ›Übergangszeit‹ geschaffen worden sei.

Der gefällige Gehilfe der Alliierten

In ihren Herzen wissen die Deutschen, daß die Westmächte zusammen mit der Sowjetunion Maßnahmen getroffen haben, die verhindern, daß Deutschland wiedervereinigt wird, und dadurch Europa, wie einst in der Vergangenheit, dominiert. Die Deutschen müssen aber vortäuschen, anders zu denken, das heißt an die Wiedervereinigung zu glauben, so daß ihre Handlungen mit den falschen westlichen Versicherungen übereinstimmen.«

Und eine dieser »Maßnahmen« war eben die Installierung eines gefälligen Gehilfen namens Adenauer.

Und Adenauer war sich seines Verrats an Deutschland sehr wohl bewußt. Denn wie der »Spiegel« am 31. Juli aufdeckte, soll der »Alte« jede Menge Akten aus dem Auswärtigen Amt verschwinden haben lassen, Akten, die im Archiv dieses Amtes fehlen, in den Archiven anderer westlicher Hauptstädte aber noch vorhanden sind. Bei der Suche nach dem von Kaiser erwähnten Brief »stieß eine Beamtin zufällig auf einen schwarzen Aktenordner des einstigen Adenauer-Mitarbeiters Herbert Blankenhorn, der erst vor kurzem aus dem Privatbesitz des hohen Beamten zurückgegeben und irgendwo in den Archivkellern abgelegt worden war.

Willkürlich sind in dem Aktenordner zahlreiche in Rot als ›streng geheim‹ und ›geheim‹ gestempelte Originaldokumente aus den fünfziger Jahren abgeheftet. So finden sich namentlich nicht gekennzeichnete, aber mit Adenauers Paraphe versehene Aufzeichnungen über Gespräche des Kanzlers mit den Alliierten zur deutschen Frage.

Da die Fahndung nach einer angeblichen Verzichtserklärung Adenauers auf die Oder-Neiße-Gebiete vorige Woche noch immer ergebnislos blieb, mutmaßen AA-Angehörige, daß Adenauer den Akten gezielt Aufzeichnungen entnehmen oder diese vernichten ließ. Berechtigt zur Entnahme von Originaldokumenten aus Ministerien sind aber weder Politiker noch Beamte. Kommentar eines ranghohen Diplomaten: ›Unsere Aktenlage ist skandalös.‹«

Wie wenig patriotisch oder gar national Adenauer in Wirklichkeit entgegen seinen stetigen Beteuerungen eingestellt war, kennzeichnet auch ein Vorfall aus dem August 1928. Damals verbot die Direktion der »Internationalen Presseausstellung«, wie es heißt auf Weisung des damaligen Oberbürgermeisters Adenauer, den Gaststätten das Abspielen aller Nationalhymnen, ausdrücklich auch des Deutschlandliedes.

Bei einem Bankett, das Adenauer dem französischen Unterrichtsminister Herriot gab, wurde ebenfalls auf seine Veranlassung das Deutschlandlied nicht gespielt, sondern vielmehr der »Sambre-et-Meuse-Marsch«. Unter den Klängen dieses 1870 von den Irredentisten Elsaß-Lothringens 1870 komponierten Stücks begannen die Franzosen während des Kriegs aber ihre Angriffe. Adenauer hat also schon in den zwanziger Jahren die Interessen anderer Länder über das Interesse Deutschlands, dem er durch seinen Eid aber in erster Linie verpflichtet war, gestellt. Und nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg blieb er seiner innersten Überzeugung treu – zum Schaden Deutschlands. □

Parteien

Die Etablierten gegen die Republikaner

Michael Gottfried

Die etablierten Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne werfen den Republikanern vor, eine nicht an den Prinzipien der Demokratie ausgerichtete Partei zu sein. Auch hätten sie kein ernstzunehmendes Programm. Die Wirklichkeit entlarvt diese Vorwürfe aber als reinste Heuchelei.



Ein gutes Beispiel für den Umgang mit der »Wahrheit« lieferte Mitte Juli Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in einem Beitrag für die Illustrierte »Quick«, der den Titel trug: »Wer Schönhuber wählt, muß mit allem rechnen.«

Eine Wunschvorstellung ist kein Programm

Die Bundestagspräsidentin schreibt in diesem Beitrag: »Die Wahlwerbung der rechten Parteien trägt diesem Bedürfnis (gemeint ist, daß die Wähler nach Ansicht von Rita Süßmuth einfache Lösungen und plakative Schlagworte favorisieren; der Verfasser) Rechnung. Da heißt es: ›Deutschland den Deutschen.‹ Schön und gut – aber welches Problem wird damit gelöst? Wie soll das vor sich gehen? Was bedeutet das konkret? Eine Wunschvorstellung ist nun einmal kein Programm.

Da heißt es zur Wirtschaftspolitik: ›Eine Reform des Einkommens- und Lohnsteuertarifs muß im Vordergrund stehen.‹ Was das konkret bedeutet, wird nicht gesagt. Jeder kann sich vorstellen, woran ihm jeweils gelegen ist: Senkung oder Anhebung des Spitzensteuersatzes, Beibehaltung oder Fortfall des Ehegattensplitting, Erhöhung oder Senkung der Steuerbelastung. Wer diese Partei wählt, muß offenbar mit allem rechnen.

Im Wahlkampf wenden sich die Reps gegen die europäische Einigung. In ihrem Programm plädieren sie für die ›Verbesserung des EG-Bergbauernprogramms‹ und streben ›langfristig . . . einen europäischen Bundesstaat‹ an. Was stimmt denn nun. Ich kann nicht gleichzeitig den Auszug aus der EG fordern und dennoch deren Förderprogramme ausdehnen wollen. Welche fatalen Folgen der Auszug aus der EG für die deutschen Exporte, für die deutsche Landwirtschaft, für den deutschen Arbeitsmarkt hätte – auch das wird sorgfältig verschwiegen.

Oder ein anderes Beispiel: Da wird gefordert, ›die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte unter Berücksichtigung humaner und sozialer Aspekte zu reduzieren‹. Wer wissen will, was unter Berücksichtigung humaner und sozialer Aspekte zu verstehen sei, sucht im Rep-Programm vergebens nach Antworten. Offenbar soll sich jeder darunter vorstellen können, was er möchte.«

Soweit Rita Süßmuth. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Hält denn das Programm der CDU und der anderen Parteien den Erfordernissen, die Süßmuth an das Programm der Republikaner stellt, stand? Man muß vermuten, daß die frühere Bundesfamilienministerin das Programm ihrer Partei gar nicht kennt, denn sonst hätte sie ihren Artikel wohl anders formuliert. Oder hat man dies unter »demokratischer Auseinandersetzung mit den Reps« zu verstehen, einen Artikel, der außer reiner Demagogie nichts sachliches enthält?

Auch dem CDU-Programm fehlt Verbindlichkeit

Im Programm der CDU heißt es unter Ziffer 6: »Wir bekennen uns zur Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen – auch des ungeborenen – sind unantastbar.« Wer erinnert sich aber nicht an die vielen Stellungnahmen von Unionspolitikern, speziell auch von Rita Süßmuth, die oftmals schwerste Kritik an dem Urteil des Memminger Gerichts gegen den Abtreibungsdoktor Theissen übten? Wo bleibt hier die Verbindlichkeit des CDU-Programms?

Ziffer 27 und Ziffer 124 besagen: »Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle, auch für die, denen geholfen werden muß, ihr Recht wahrzunehmen. Recht schützt vor Willkür und Machtmißbrauch. Recht macht Freiheit auch für den Schwächeren möglich . . . Im Rechtsstaat kann sich auch der Schwächere behaupten, weil Konflikte nicht nach dem Willen des Stärkeren, sondern nach Gesetz und Recht entschieden werden.« Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

Durch das Hochtreiben des Streitwertes können vermögende Prozeßgegner oftmals das Verfahren im Keime ersticken, da der meist weniger vermögende Kläger – beispielsweise bei Prozessen gegen Banken – erst gar nicht die Anwaltskosten, die auf dem Streitwert basieren, aufbringen kann.

»Gerechtigkeit gebietet, ausgleichende Maßnahmem zugunsten derer zu treffen, die sonst zurückbleiben würden. Hilfe ist vor allem für die Menschen bestimmt, welche nur unzureichend zur Selbsthilfe befähigt sind und ihre Belange nicht wirkungsvoll öffentlich vertreten und durchsetzen können.«

Besonders interessant wird dies in Verbindung mit Ziffer 98, 103 und 111, wo es heißt: »Zu den wichtigsten Aufgaben einer am Menschen orientierten Sozialpolitik gehört es, Schutz vor Armut und Not . . . zu gewährleisten . . . Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben in einem der Menchenwürde entsprechenden Rahmen ermöglicht . . . Die CDU hat eine soziale Sicherung geschaffen, die in der Welt als vorbildlich anerkannt wird.«

Den schönen Worten folgen selten Taten

Was ist aber mit den vielen tausend Trümmerfrauen, die den deutschen Staat nach der Niederlage 1945 aufbauten, der Mann nach langer Gefangenschaft wiederkehrte und die Familie gerade so ernähren konnte, während sich die Frau um die Kinder kümmerte. Diese Frauen erhalten heute oftmals wenige hundert Mark Rente, und selbst mit eventueller Sozialhilfe reicht es kaum zum Überleben.

Kommt aber ein Ausländer in die Bundesrepublik, hat zehn Kinder, die weiter im Heimatland leben, erhält er sofort für alle Kinder Kindergeld, ohne auch nur einen einzigen Pfennig in die deutsche Sozialversicherung gezahlt zu haben. Ist dies die vorbildlichste soziale Sicherung auf der ganzen Welt?

Selbst wenn man berücksichtigt, daß dies nur im Parteiprogramm und nicht im Regierungsprogramm steht, dann muß sich die CDU die Frage gefallen lassen, ob sie sich denn wirklich bemüht hat, den schönen Worten auch Taten folgen zu lassen?

Besonders interessant sind auch die Teile zur Erziehung und Bildung: »Die freiheitliche Demokratie braucht Bürger, die selbständig urteilen und entscheiden können. Aufgabe von Erziehung und Bildung kann weder weltanschauliche Parteilichkeit noch wertneutrale Beliebigkeit sein . . Neben der Schule muß insbesondere die politische Erwachsenenbildung verstärkt Hilfen anbieten, die eine Orientierung in der sozialen und politischen Umwelt und die Übernahme von Verantwortung in der Gemeinschaft fördern . . .

Ein Gemisch von Halbwahrheiten

Bildung und Erziehung sollen Geschichtsbewußtsein vermitteln. Alle Bestrebungen, die Kenntnis der Geschichte abzubauen, die Orientierung an der Geschichte aufzugeben, führen zur geistigen Entmündigung. Systematisch vermittelte geschichtliche Kenntnisse helfen mit, Urteilsfähigkeit zu begründen, nationales Selbstverständnis zu erwerben und die Widerstandsfähigkeit gegen ideologische Verführungen zu stärken . . .«

Einmal fällt auf, daß hier nicht einmal ansatzweise versucht wird, zu erklären, wie dies alles verwirklicht werden soll – während Süßmuth auf der anderen Seite aber den Republikanern vorwirft, kein Modell zur Verwirklichung ihrer Forderungen zu nennen –, und zum anderen hat dies doch mit der derzeitigen Wirklichkeit in der Bundesrepublik absolut nichts zu tun.

Es wird heute in der Schule kein objektives Bild über die Zeit zwischen 1933 und 1945 vermittelt, sondern dies geschieht total verzerrt mit einem Gemisch zwischen Wahrheiten, aber vor allem Halbwahrheiten und Lügen.

Allein wie der Beginn des Zweiten Weltkrieges in den vergangenen Wochen in den Schulen behandelt wurde, wie die Enthüllungsberichte des damaligen hohen republikanischen US-Abgeordneten Hamilton Fish und des Roosevelt-Schwiegersohns Curtis Dall über die kriegstreiberische Politik des damaligen amerikanischen Präsidenten unterdrückt werden, beweist dies.

Daß der »Leuchter-Bericht« zu den als »gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis« geltenden Vergasungen in Auschwitz nicht mit einem einzigen Wort erwähnt wird, paßt genau in das von der CDU gewollte, daß nämlich die Aufgabe von Erziehung und Bildung nicht »wertneutrale Beliebigkeit« sein kann.

Zur Medienpolitik heißt es bei der CDU: »Einer freien Gesellschaft entspricht die Pluralität der Medien . . . Die freiheitliche Gestaltung der Medien und der Zugang zu allen Informationen sind unentbehrlich für die Erhaltung des demokratischen Staates. Sie ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und die wirksame Kontrolle der staatlichen Macht.«

Manchmal ist heute noch die Erde eine Scheibe

Es geschah unter einer CDU-Bundesregierung, daß dem französischen Revisionisten Paul Rassinier, der in den Konzentrationslagern Dora und Buchenwald inhaftiert war und den französischen Sozialisten angehörte, die Einreise nach der Bundesrepublik verboten wurde, als er bei einem Gerichtsprozeß seine Forschungsergebnisse über die Todeszahlen der Juden während der Zeit des Dritten Reiches als Entlastungsbeweis vorlegen wollte.

Mit Unterstützung der CDU, wie im übrigen auch aller anderen etablierten Parteien wurden Bücher wie »Der Auschwitz-Mythos« von Wilhelm Stäglich, »Die Auschwitz-Lüge« von Thies Christophersen, mehrere Ausgaben der »Historischen Tatsachen« verboten, weil sie eben zu anderen Ergebnissen als den derzeitigen »gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen« kamen. Übrigens war auch einmal »gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis«, daß die Erde eine Scheibe und keine Kugel sei.

Ziffer 117 besagt: »Der repräsentativen Demokratie entspricht das freie Mandat, das jeden Abgeordneten von Weisungen der Parteibasis wie der Parteiführung unabhängig machen soll.« Was passiert aber dem, der es wagt, in seiner Partei unliebsame Meinungen zu vertre-

Parteien

Die Etablierten gegen die Republikaner

ten? Er kann sich ziemlich sicher sein, daß er bei der nächsten Wahl auf der Landesliste tiefer rutscht oder einen Wahlkreis bekommt, im dem die Siegeschancen gleich Null sind. Was mußte sich denn der Berliner Abgeordnete und frühere Innensenator Lummer anhören, als er den Republikanern die Koalitionsfähigkeit nicht von vorneherein völlig absprechen wollte?

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht das gleiche

Konkretes Beispiel (dargestellt im »Stern«, Mitte Juni): »Norbert Gurske, 46, Grundschullehrer und CDU-Stadtbezirksvorsitzender in Dortmund, wurde vom CDU-Kreisvorstand Dortmund aller Parteiämter enthoben. Anlaß für die Maßregelung: Der Christdemokrat hatte den CDU-Slogan für die Europawahl ›Radikale und SPD – Zukunft und Wohlstand ade‹ als ›unwürdig‹ verurteilt und angekündigt, die entsprechenden Plakate nicht kleben zu lassen . . . Gurske: ›. . . Ich habe lediglich von meinem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht und diesen Slogan öffentlich kritisiert.‹« Aber, aber, Frau Süßmuth, wo bleibt hier die Übereinstimmung zwischen Programm und Wirklichkeit?

Rita Süßmuth sieht Widersprüche im Programm der Republikaner. Bitte schön, nachfolgend einer im CDU-Programm: »Freiheit und Einheit für das gesamte deutsche Volk zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik.« Wenig später heißt es dann aber: »Die Einigung der freien Völker Europas hat für uns Vorrang.« Ja, was denn nun?

Und in vielen anderen Passagen heißt es: »Müssen werden, sollen, wollen« etc, ohne jedoch gleichzeitig zu erklären, wie dies geschehen soll. So heißt es in Ziffer 66: »Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht wird. Auf dieses gesellschaftspolitische Ziel müssen alle wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen geknüpft sein.«

Wie dies aber aussehen soll, steht nirgends. Man liest zwar etwas über »Grundlegende Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung«, aber nichts Konkretes über die Verwirklichung obiger Forderung. Genau dies kritisiert jedoch Süßmuth an den Republikanern.

Merke: Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht das gleiche. Dabei beruft sich doch die CDU immer so stark auf ihr »C« im Parteinamen. Eines der wichtigsten Gebote heißt jedoch: »Du sollst nicht lügen!«

Das SPD-Programm ist noch nichtssagender

Wer nun glaubt, die SPD mache es besser, sieht sich aber getäuscht. Ganz im Gegenteil, der Entwurf für das neue, noch zu beschließende Grundsatzprogramm ist im Grunde genommen noch nichtssagender als das Programm der CDU, da diese sich wenigstens in einigen Punkten noch die Mühe gemacht hat, gewisse Ansatzmöglichkeiten aufzuzeigen.

Bei den Sozialdemokraten heißt es nun aber nur: »Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann . . . Wir Sozialdemokraten wollen beweisen, daß Politik der Mühe wert ist. Wir stellen uns den Gefährdungen unserer Zeit.«

Oder: »Friedenspolitik muß Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen, dem Vormachtstreben der Weltmächte durch regionale Zusammenschlüsse entgegenwirken und den Systemwettbewerb im friedlichen Wettbewerb und in einer Kultur des politischen Streits austragen.«

»Die Weltgesellschaft muß sich eine Ordnung geben, durch die der Weltfrieden gesichert, wirtschaftliche Macht politisch kontrolliert, Rohstoffe, Technologie und Wissen gerecht verteilt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschützt werden sollen.« Wie diese Ordnung aussehen müßte, wird ebensowenig erklärt, wie das vorhergehende erreicht werden soll.

Die SPD fordert ein Gleichstellungsgesetz, ein Ende der Lohndiskriminierung, Förderpläne für Frauen im Beruf, Gleichstellung im Sozialversicherungsrecht durch eigenständige Ansprüche und Hilfen für die Wiedereingliederung in den Beruf, Mutterschutz, Ausfallzeiten für Elternurlaub und Krankenpflege müßten über einen Familienlastenausgleich finanziert werden, damit nicht Sonderlasten für Einzelbetriebe zum Arbeitsplatzrisiko für Frauen würden. Kein Wort aber davon, wie dies alles vonstatten gehen soll.

Auch die Liberalen machen es nicht besser

Dies erfährt man auch nicht bei der Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung, die bei kürzerer Regelarbeitszeit »noch wichtiger« werde. »Löhne und Gehälter sollten daher nach Einkommensgruppen differenziert erhöht werden.« Verstehe darunter, wer will.

Keine Erläuterung auch auf die Aussagen: »Wir werden dafür sorgen, daß die Renten sicher bleiben.« Zwar steht dort etwas von einer gerechten Verteilung der zusätzlichen Lasten auf Beitragszahler, Rentner und den Staat und einer schrittweisen Angleichung der Systeme der Alterssicherung.

Wie kritisierte aber Rita Süßmuth das Republikaner-Programm: »Offenbar soll sich jeder darunter vorstellen können, was er möchte.« Frage: Ist dies bei der SPD denn anders?

Ebenso weiß niemand, was die SPD meint, wenn sie davon spricht, daß in der Wirtschaftsdemokratie gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zwängen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung hätten. Und so geht es weiter, genauso, wie es die Bundestagspräsidentin bei den »Reps« kritisiert hat.

Auch die Liberalen machen es nicht besser. Diese sprechen unter anderem davon, daß »Herausforderungen von aktiven und veränderungsbereiten Gesellschaften besser bewältigt werden« und daß »politische Voraussetzungen für den Übergang von der anonymen Massengesellschaft zu einer an der Persönlichkeit orientierten und dezentralisierten Gemeinschaft« geschaffen werden müßten. »Vom Staat müssen Richtwerte für den Schutz der Umwelt im voraus bestimmt und stufenweise als Zielvorgabe für die notwendigen Maßnahmen und Entwicklungen festgesetzt werden.« Auch hier nur schwammige Äußerungen, genau wie bei der Forderung, daß Freiheit einer »sozialen Grundsicherung« bedürfe. Wie soll diese aber aussehen?

Statt ökologische radikale Forderungen

Und die Grünen? Diese schreiben etwas davon, daß »eine zukünftige soziale Politik zum Ziel haben muß, ein stabiles Sozialsystem zu errichten. ›Sozial‹ hat vor allem eine ökonomische Komponente . . . Basisdemokratische Politik bedeutet verstärkte Verwirklichung dezentraler direkter Demokratie.« Hört sich schön an, doch wie die Grünen diese erreichen wollen, bleibt der eigenen Phantasie überlassen.

Ansonsten stehen alle möglichen Forderungen in diesem »Programm«, das wirklich nicht dieses Wort verdient, die aber bei auch nur ansatzweiser Verwirklichung sofort den Staatsbankrott und damit Massenelend auslösen würden sowie den Rückfall ins tiefste Mittelalter.

Es ist pure Heuchelei, wenn Politiker etablierter Parteien den Republikanern vorwerfen, ihr Programm biete für jeden etwas, stelle Forderungen, deren Verwirklichungsmöglichkeiten aber nicht aufgezeigt würden, die Programme dieser Parteien aber gleichzeitig diesen Ansprüchen selber nicht gerecht werden. □

Bonn

Keine Änderung bei der Asyl-Politik

Michael Bernhard

Als reine Augenwischerei haben sich die Versprechungen der Regierungskoalition von CDU, CSU und FDP von Anfang dieses Jahres herausgestellt, die Zahl der Asylanten durch neue gesetzliche Regelungen massiv einzuschränken. Noch im März warfen Abgeordnete dieser Parteien dem damaligen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann Untätigkeit vor. Doch geschehen ist noch immer nichts.

Gleichzeitig erreichen die Asylantenzahlen sowie der Anstieg der Kriminalität dieser Gruppe immer neue Rekorde. Alleine im ersten Halbjahr 1989 baten 57 684 Personen in der Bundesrepublik um Asyl. Im ganzen vergangenen Jahr waren es 103 076 Asylbewerber. Gemessen an der Hälfte dieser Zahl bedeutet dies einen Anstieg um 12,2 Prozent. Im Juli baten sogar mit 9147 Personen 27,5 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat um Asyl. Gleichzeitig sank die Asyl-Anerkennungsquote von 8,6 Prozent im vergangenen Jahr auf nur noch 5,9 Prozent in diesem Jahr.

In diesem Jahr wird in Bonn nichts mehr geschehen

Gleichzeitig verzeichnete die Kriminalstatistik für 1988 insgesamt 52 763 Straftaten von Asylbewerbern. Gegenüber 1987 ist dies eine Steigerung um 19,6 Prozent und gegenüber 1986 sogar um 55,4 Prozent.

Der Nachfolger von Friedrich Zimmermann im Amt des Innenministers, der CDU-Politiker Schäuble, kündigte nur an, er beabsichtige im Herbst dieses Jahres den Entwurf eines neuen Ausländergesetzes, durch das auch die Asylverfahren beschleunigt werden sollen, dem Bundestag vorzulegen. Wenig später nannte das Kabinett dann die im Bundesrat vorgetragenen asylrechtlichen Vorschläge der Länder als »wenig nützlich«.

Wer die Zeitdauer vom Gesetzesentwurf zur endgültigen Verabschiedung, einschließlich der Zustimmung des Bundesrates, kennt, kann sich leicht ausmalen, daß in diesem Jahr mit nichts mehr zu rechnen ist, während der Asylantenstrom immer weiter anschwillt.

Inzwischen wird aber von einflußreichen Kreisen innerhalb und außerhalb der Parteien daran gearbeitet, die Ausländergesetze zwar für das Auge zu kaschieren, im Grunde aber alles beim alten zu lassen. So sorgt sich die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International, die sich besonders lautstark in sogenannten rechten Diktaturen zu Wort meldet, um »Aufweichungstendenzen« im deutschen Asylrecht und lehnte insbesondere Vorstellungen ab, nicht anerkannte Asylsuchende sofort abzuschieben.

Bereits Mitte Mai haben die christlichen Kirchen in der Bundesrepublik in einem »Gemeinsamen Wort zur Woche des ausländischen Mitbürgers« im September an die Bundesbürger appelliert, »die menschliche Würde ausländischer Mitbürger und Asylsuchender zu schützen«. Es sei »mit der Menschenwürde und dem christlichen Ethos unvereinbar, Asylsuchende dadurch, daß sie besonders restriktiven Lebensbedingungen unterworfen werden, zum Instrument der Abschreckung für andere Flüchtlinge zu machen«, schrieben der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kruse, der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, und der griechisch-orthodoxe Metropolit von Deutschland, Augoustinos. Kein Wort dieser Herren, daß es den Asylsuchenden trotz dieser »besonders restriktiven Lebensbedingungen« hierzulande weitaus besser geht als dort, von wo sie herkommen.

Rechtfertigung für Bonns kinderfeindliche Politik

Fehlen durfte natürlich auch nicht Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die nach Insiderinformationen aus Bonn die Lieblingskandidatin von Bundespräsident Richard von Weizsäcker für seine Nachfolge ist. »Schluß mit dem Krämergeist gegen Ausländer« lautete die Überschrift eines von ihr verfaßten ganzseitigen Artikels in der Illustrierten »Quick«, der diese Personengruppen schon fast in verklärter Weise darstellt. »Sie füllen die Lücken in unserer Bevölkerungsstruktur und tragen so dazu bei, unsere wirtschaftliche Leistungskraft zu steigern und unser soziales Netz zu erhalten.« So kann man natürlich auch eine jahrzehntelange familien- und vor allem kinderfeindliche Politik der etablierten Parteien im nachhinein entschuldigen.

Mit einer »Aktion Aufenthaltsberechtigung – für ein humanes Aufenthaltsrecht« macht jetzt auch der DGB eigenen Worten zufolge »mobil gegen Ausländerfeindlichkeit«. Hierzu sollen Gewerkschafter, die in Wirklichkeit natürlich auch mehrheitlich für einen Ausländer- und vor allem Scheinasylantenstopp sind, Patenschaften für Ausländer übernehmen.

DGB-Vorstandsmitglied Richert meinte sogar: »Wer als Deutscher Hand in Hand mit einem Ausländer zu einer Behörde geht, tritt als Anwalt einer guten Sache auf.« Auch sollten die Behörden ihre Handlungsmöglichkeiten zugunsten von Ausländern auslegen und nicht umgekehrt.

Wie das aussehen kann, praktizierte jetzt der Berliner Senat. Nach der kürzlich von Innensenator Pätzold (SPD) erlassenen Weisung sollen straffällig gewordene, rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber nach ihrer Haftentlassung drei Jahre »auf Bewährung« in West-Berlin geduldet werden. Sie können sogar aus ihren Heimatländern zurückkehren, um in den Genuß dieser mehr als fragwürdigen Regelung zu kommen.

Duldung auch von Schwerverbrechern

Und daß dies auch ausgenutzt wird, zeigt nun der Fall eines 1981 wegen Heroinhandels zu sieben Jahren Haft verurteilten Türken, der kurz vor seiner Entlassung einen Asylantrag stellte, weil er als »Christ« in der Türkei verfolgt werde. Dieser wurde dann höchstrichterlich abgelehnt, und der Türke verließ dann auch die Bundesrepublik.

Im Juni dieses Jahres, nach Inkrafttreten dieser skandalösen Verordnung, kehrte der Türke nach West-Berlin zurück: Der Staatssekretär der Innenverwaltung, Borrmann (SPD), hatte ihm, so die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ), »die Duldung mit der erklärten Absicht gewährt, diese in einen Daueraufenthalt umzuwandeln«. Dabei hatte Innensenator Pätzold noch erklärt, er könne sich nur »schwer vorstellen«, daß Ausländer, die wegen grober Gewalttätigkeiten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder wegen professionellen Drogenhandels verurteilt wurden, eine sogenannte Duldung auf Bewährung erhielten.

Wie heuchlerisch aber nun die Kritik nicht nur der Berliner CDU, sondern der gesamten CDU an dem von Pätzold verordneten Bleiberecht ist, kennzeichnet folgendes. Wie die »FAZ« weiter schrieb, wurde von der Berliner Innenverwaltung ergänzend mitgeteilt, »daß sich bereits der frühere Innensenator Kewenig (CDU) aufgrund der Fürsprache des Altbischofs Scharf und des früheren Senators für Justiz und Bundesangelegenheiten, Rehlinger (CDU),

Bonn

Keine Änderung bei der Asyl-Politik

für eine Befristung der Ausweisung des früheren Drogenhändlers auf vier Jahre eingesetzt habe. Staatssekretär Borrmann habe daraufhin nach einem persönlichen Gespräch mit Scharf . . . entschieden, die Wiedereinreise nach West-Berlin bereits jetzt zu ermöglichen. Da die Bewährungsfrist für den Türken nach der neuen Regelung ohnehin drei Jahre dauere, werde die von Kewenig in Aussicht gestellte Frist eingehalten.«

Lockerung des Arbeitsverbotes für Asylanten

Interessant ist auch, was Pätzold in einem »Spiegel«-Interview über die CDU offenbarte: So habe Bundesinnenminister Schäuble »in der jüngsten, von ihm veranlaßten Sondersitzung der Innenministerkonferenz zum Asylverfahren plakativ geäußert, keiner käme auf die Idee, Asylbewerber abzuschieben, die länger als fünf Jahre hier leben«. Auf den CDU-Vorwurf, er zeige falsche Nachsicht gegenüber ausländischen Gewaltkriminellen, Drogenschiebern und Sexualtätern, antwortete Pätzold, daß es den Kritikern wohl entgangen sei, »daß nach den Bestimmungen des Ausländerrechts und der höchstrichterlichen Rechtsprechung die Abschiebung auch von Kriminellen in einen Verfolgerstaat nur die Ultima ratio sein kann«. Daneben habe er bloß das, was unter dem konservativen Senat faktisch, aber ohne gesetzliche Regelung praktiziert wurde, nun rechtlich abgesichert. Im Grundsatz ändere sich aber nichts gegenüber früher.

Und ungeachtet der Tatsache, daß in der Bundesrepublik genügend Menschen arbeitslos sind, fordern nun Politiker aller Parteien eine Lockerung des Arbeitsverbotes für Asylanten. So erließ Bundesinnenminister Schäuble jetzt vor kurzem die Regelung, daß abgewiesene Asylbewerber, die aus humanitären Gründen dennoch nicht in ihre Heimatländer abgeschoben würden, ab 1990 bis zu drei Monate als Erntehelfer in der Bundesrepublik eingesetzt werden können. Und in einem Interview der »Bild am Sonntag« erklärte Schäuble jetzt sogar, daß das Arbeitsverbot im kommenden Jahr für Asylanten generell gelockert werden soll.

Auch die FDP betonte, »daß die beschränkte Arbeitserlaubnis für Ernteeinsätze nur ein erster Schritt sein könne«. Nicht nur, daß die Arbeitsmöglichkeit auch noch auf die Gastronomie und das Baugewerbe erweitert werden soll, nein, sogar die Verkürzung der Dauer des derzeitigen fünf Jahre währenden Arbeitsverbotes müsse kommen. »Außerdem sollen die Länder ermächtigt werden, in einzelnen Arbeitsamtsbezirken einer Vermittlung durch das Arbeitsamt dann zuzustimmen, wenn eine Vermittlung von EG-Arbeitnehmern nicht möglich ist.«

50 000 Arbeitsplätze für Polen

Und was macht die CSU? Sie ist ebenfalls für die Lockerung des Arbeitsverbotes. In diese Richtung äußerten sich unter anderem Bayerns Innenminister Stoiber – der sogar vorschlug, Asylbewerbern, deren Anträge nicht als offenbar unbegründet abgewiesen werden, bereits nach einer dreimonatigen Wartezeit eine Beschäftigung in minderqualifizierten Mangelberufen anzubieten –, CSU-Generalsekretär Huber und Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle. Selbstverständlich müßten diese Personen auch den Tariflohn erhalten. Die CDU-Sozialausschüsse meinten sogar, ebenso wie SPD und Kirchen, das Arbeitsverbot sei geeignet, in der Bevölkerung Vorurteile gegen Asylbewerber hervorzurufen, und verletze darüber hinaus die Menschenwürde. Haben deutsche Langzeitarbeitslose aber keine Menschenwürde?

Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor (SPD), der besonders dadurch auffällt, daß er trotz seiner katastrophalen Fehler beim Gladbecker Geisel-Drama, das insgesamt drei Tote forderte, an seinem Sessel klebt und nicht über genügend Anstand zum Rücktritt verfügt, will nun sogar 50 000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik für Polen schaffen. Um die Reformbestrebungen in diesem Land zu unterstützen, sollen diese 50 000 polnischen Bürger eine auf ein Jahr befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, danach aber wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Zwar werde in Polen nicht mehr politisch verfolgt, »angesichts der leidvollen Geschichte zwischen beiden Völkern habe aber die Bundesrepublik eine moralische und politische Verpflichtung, den Polen zu helfen«.

Alles auf Kosten des Steuerzahlers

Schnoor »vergißt« dabei zu erwähnen, daß viele tausend in Polen lebende Deutsche im Jahr 1939 vor Kriegsbeginn von Polen zum Teil bestialisch abgeschlachtet wurden – zum Beispiel beim Bromberger Blutsonntag –, er »vergißt« die kriegstreiberische Politik der damaligen polnischen Regierung, die erst zum Krieg führte, und er »vergißt«, daß die Polen sich völkerrechtswidrig die Kornkammern Deutschlands aneigneten und es gleichzeitig schafften, durch ihre Mißwirtschaft nur einen Bruchteil dessen zu ernten, was die deutschen Bauern ernteten. Vergessen werden darf auch nicht, daß es ohne Deutschland einen Staat Polen heute wahrscheinlich gar nicht mehr geben würde.

Und wie will Schnoor garantieren, daß diese 50 000 Polen West-Deutschland nach einem Jahr des Aufenthalts auch wirklich verlassen? Denn trotz vieler schöner Beteuerungen von Politikern jeglicher Couleur, abgelehnte Asylbewerber künftig schneller abzuschieben, sind diesen Worten bis heute keinerlei Taten gefolgt.

Nach Rosenheim hat nun auch der Bremer Senator für Jugend und Soziales, der weit links stehende Henning Scherf (SPD), angekündigt, die Regierung des Stadtstaates werde notfalls Spätaussiedler und Asylbewerber in Wohnungen zwangseinweisen. Ist es eigentlich schon ungeheuerlich, Aussiedler und Asylanten in einem Atemzug zu nennen – schließlich sind die einen Deutsche, die in ihre Heimat wollen, während die anderen zu mehr als 90 Prozent nur gut auf Kosten des deutschen Steuerzahlers leben wollen –, so zeigt dies doch deutlich auf, daß Deutschland nicht mehr die Heimat der Deutschen ist, sondern der in seinem Heimatland lebende heutzutage nur mehr ein Mensch zweiter Klasse ist, dem von Politikern etablierter Parteien unter dem Wimpel der Liberalität in seine elementarsten Freiheitsrechte eingegriffen wird.

Keine Sympathien für Asylanten

Besonders auffällig ist dabei, daß die Politiker der etablierten Parteien sich in der Öffentlichkeit zwar immer gegen die Diskriminierung von Aussiedlern aussprechen, die neuesten Aussiedlerzahlen aber meistens in einem Atemzug mit den neuesten Asylbewerberzahlen nennen. So schrieb denn auch Rita Süssmuth in ihrem bereits erwähnten »Quick«-Artikel: »Hinzu kommt die Sorge vor zuviel Fremden – Aussiedlern, Ausländern und Asylanten.«

Frau Süssmuth, kann man da sagen, Aussiedler sind – Fälscher des Deutschstämmigennachweises natürlich ausgenommen – Deutsche und keine Ausländer! Das gleiche gilt für irgendwelche Maßnahmen, sei es Unterbringung oder Sprachunterricht. Die Zwangseinweisungen sollen ebenso für Asylanten wie für Aussiedler gelten.

Unstreitig ist aber, daß die Asylbewerber querbeet durch die Wähler aller Parteien keine großen Sympathien besitzen. So ergab eine im April veröffentlichte »Spiegel«-Umfrage, daß auf einer Sympathieskala zwischen +5 und −5 in der Skala »Bundesbürger insgesamt« die Werte zwischen −1,1 für Asylanten aus Osteuropa und −1,5 für Asylanten aus Afrika und Asien schwanken. Daß damit eine Asympathie auch für Aussiedler vorprogrammiert ist, wenn diese immer im gleichen Atemzug genannt werden, liegt auf der Hand. So rangieren diese dann in der gleichen Skala bei −0,1. Wie schlimm dieser Wert ist, kann man daran erkennen, daß türkische Gastarbeiter, gegen die wohl die größten Vorbehalte deutscher Bürger bestehen, nur bei −0,5 rangieren. □

Der erste Übersetzungs-Computer der Welt mit 6 Sprachen

Der mehrsprachige Taschenübersetzer



Machen Sie Schluß mit dem ewigen Suchen in Wörterbüchern. Lernen Sie die neue Generation kennen – den elektronischen Übersetzungscomputer **Hexaglot.**

Hexaglot ist der erste Übersetzungscomputer der Welt, der »simultan« 6 Sprachen übersetzt. Ab sofort sind **Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch und natürlich Deutsch** keine fremden Sprachen mehr für Sie. Jede beliebige Kombination der 6 Sprachen untereinander ist möglich! Auf Knopfdruck kann also aus jeder in jede dieser 6 wichtigsten Sprachen übersetzt werden.

40 800 Wörter plus 50 Redewendungen

Hexaglot verfügt über 40 800 Wörter – in jeder der 6 oben angeführten geführten Sprachen rund 6800 – die es Ihnen ermöglichen, sich überall verständlich zu machen!

Zusätzlich zu diesem enormen Wortschatz sind 50 häufig gebrauchte Redewendungen in jeder Sprache fest gespeichert! Ein enormer Vorteil, um sich schnell und ohne Probleme verständlich zu machen.

Bereits nach Eingabe der ersten 3 Buchstaben wird das gesuchte Wort erkannt und vollständig angezeigt. Gibt es verschiedene Möglichkeiten, werden alle nacheinander in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Sie können sogar nach Eingabe nur des 1. Buchstabens alle gespeicherten Wörter »durchlaufen« lassen. Ein enormer Vorteil!

Zusätzlich können 6 verschiedene Währungswechselkurse fest einprogrammiert werden; Umrechnungen erfolgen dann auf einfachen Knopfdruck. Natürlich kann er Ihnen auch als Taschenrechner nützlich sein.

Wer geschäftlich, beruflich und/oder privat weiterkommen will, muß sich auch verständigen können. Im Urlaub und mit Sicht auf den EG Binnenmarkt 1992 ist es wichtig, eine sofortige handliche Übersetzungshilfe zur Verfügung zu haben. Mit Hexaglot können Sie einen handlichen (14 × 7 × 2 cm) und leichten (wiegt nur 175 g) Dolmetscher für die Westentasche erwerben. Preis nur **DM 398,00.** Kann auch als Betriebsausgabe abgesetzt werden!

Fordern daher auch Sie weiteres Prospektmaterial oder den Hexaglot direkt an beim:

Spezialversandhaus Tien GmbH, Bentheimer Str. 11–13c, 4460 Nordhorn, Telefon (0 59 21) 40 74, Fax (0 59 21) 40 30

Banker-Journal

US-Bundesbank sieht Gefahr in einer Wirtschaftsflaute

In seiner halbjährlichen Ansprache vor dem House and Senate Banking Committee (Bank-Ausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats) ließ der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Alan Greenspan, deutlich durchblicken, daß die amerikanische Zentralbank weiterhin niedrige Zinssätze befürworten wird, um eine Wirtschaftsflaute zu vermeiden. Greenspan sagte, seiner Meinung nach sei die Inflation immer noch zu hoch, aber das »Risikosaldo« habe sich von der Inflation weg und zu der Gefahr einer Wirtschaftsflaute hin verlagert.

Greenspan verlor keine Zeit, dem amerikanischen Kongreß zu versichern, daß seine Besorgnis über die drohende Inflation und Beibehaltung der Preisstabilität nichts mit einem unvermeidlichen wirtschaftlichen Rückgang zu tun hat. »Was wir dagegen versuchen sollten zu vermeiden ist, eine unnötige und zerstörerische Wirtschaftsflaute«, hob er hervor. □

Britische Banker verteidigen Drogengeld-Wäsche

Die Londoner Zeitschrift »Economist« veröffentlichte eine schamlose Verteidigung von Drogengeld-Wäsche. »Der Wert des Drogenhandels in Amerika wird auf 200 Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt. Es ist daher offensichtlich, daß Drogenhändler Banken ebenso in Anspruch nehmen wie sie große Limousinen benutzen. Das Geschäft ist einfach zu riesig um isoliert zu sein. Es ist zu einem Teil des Finanzwesens geworden«, argumentiert das Blatt.

»Deswegen führt die Debatte über Drogengeld-Wäsche letzten Endes zu nichts. Diejenigen, die den Drogenhandel bekämpfen wollen, täten besser daran, das Problem der Nachfrage nach Drogen in Angriff zu nehmen, als die damit zusammenhängenden Ströme von Bargeld zu bekämpfen. Diese Geldströme sind ein Symptom, nicht die Krankheit selbst. Sie anzugreifen birgt die Gefahr in sich, das Recht des Einzelnen auf das Bankgeheimnis als Folge von unbeholfenen Bestimmungen zu beeinträchtigen, denn in einem elektronischen Bankwesen werden Banken immer zur Geldwäsche benutzt. Der einzig wirksame Weg dieser Praxis ein Ende zu bereiten wäre das Verbot aller Formen von Bargeld.

Es ist nicht einmal von wesentlicher Bedeutung, die Meinung eines zynischen britischen Privatbankers mit jahrelanger Erfahrung in Lateinamerika zu teilen, der sagte: ›Wenn Sie in diesem Geschäft eine Moral oder Ethik besäßen, dann wären Sie nicht dabei.‹

Es ist unbestreitbar, daß das Privatbankwesen und geheimes Geld Hand in Hand gehen, und ein Teil dieses geheimen Geldes paßt auf die Definition vieler Leute von schmutzigem Geld.

Der Kernpunkt ist, daß Geld ein anonymes Mittel ist, das erfunden wurde, um den Güteraustausch zu entpersonalisieren. Es spielt immer noch diese Rolle. Die erfolgreichsten Privatbanker verstehen dies auch und werden im Rahmen vernünftiger Grenzen weiterhin die Interessen ihrer Kunden über die der Behörden und deren Vollstreckungsbeamten stellen. Ob dies Moral ist oder nicht, ist nicht Gegenstand dieses Überblicks. Es ist ganz gewiß ein gutes Geschäft.« □

Venezuela begrenzt Schulden

Venezuelas Planungsminister Miguel Rodriguez kündigte an, daß Venezuela bald ein Bietungssystem für ausländische Banken einrichten wird, die ihre venezuelanischen Schuldenpapiere in venezuelanische Stammaktien und Investitionen amortisieren wollen. Er sagte, die Regierung habe bereits derartigen Austausch in Höhe von 500 Millionen Dollar durchgeführt, und es lägen Anträge für weitere drei Milliarden Dollar vor.

Der Schulden-für-Stammaktien-Plan, der unter anderem von Henry Kissinger propagiert wird, ist darauf angelegt, die Stammaktien in den Entwicklungsländern in die Safes ihrer Gläubiger zu verlagern und dabei ihre Souveränität zu unterminieren.

Die International Finance Company der Weltbank berät Venezuela sowohl über die Umwandlung »Schulden-gegen-Investitionen« als auch bei der »Privatisierung von staatseigenen Firmen«. Sie regt an, daß Venezuela das Drucken von Geld vermeiden könnte, indem es ausländischen Inhabern von Schuldpapieren staatliche Unternehmen überträgt, um so die eigenen Schulden zu amortisieren. □

Bischöfe behaupten, Schuldenzahlung tötet Kinder

Die römisch-katholischen Kirchenleitungen von Mexiko und den Vereinigten Staaten haben an Präsident George Bush ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem sie anfragen: »Ist es nur eine theoretische Frage, wieviele Babys und Kinder jedes Jahr sterben müssen, weil das Geld zur Schuldenzahlung verwendet wird?«

Die Bischöfe kommen zu der Schlußfolgerung: »Ihre feste und dauerhafte Führung ist bei der Suche nach einer wirtschaftlichen und ethischen Lösung eines so ernsthaften Problems von wesentlicher Bedeutung.«

Bei der Freigabe des Textes in Mexico City sagte der päpstliche Nuntius Prignione, die Kirche könne einen Schuldenaufschub für Mexiko befürworten, »aber ich möchte nicht an diese extreme Maßnahme denken. Ich denke da lieber an eine Lösung, die ausgehandelt, nicht gewaltsam durchgeführt wird, und daß die Gläubiger begreifen, daß wir wachsen müssen, um bezahlen zu können.« □

Mafia beherrscht Italiens Finanzen

In einem vom italienischen Innenminister Gava der Anti-Mafia-Commission vorgelegten Bericht wird Anklage erhoben, daß »die Mafia sich unter den großen Finanziers der öffentlichen Schulden Italiens befindet«.

Erlöse aus Drogengeschäften werden durch amerikanische und europäische Banken, besonders in Spanien, Luxemburg und der Schweiz gewaschen und zum Erwerb italienischer Schatzanweisungen und Kreditbriefe benutzt, die in Lire und in der europäischen Währungseinheit (Ecu) ausgestellt sind. Diese Staatsbürgschaften sind laut Gava neben den Finanzfronten und der Wertpapierbörse die dritte »Angriffsfront des organisierten Verbrechens. Durch die Anlage von schmutzigem Geld durch ausländische Banken«, sagte Gava, »leiht die Mafia nicht nur dem Staat Geld, sondern hilft auch Italiens Zahlungsbilanz und stützt die Lire.«

Beamte des italienischen Finanzministeriums spielen die Bedeutung des Berichtes herunter und machen sich über den Gedanken lustig, daß die Schatzanweisungen durchsichtig gemacht werden sollten. Die ABI, Italiens Bankgesellschaft, stellte lapidar fest: » Die Mafia verhält sich wie Millionen anderer Geldgeber und wählt halt die gewinnbringendste Anlageform aus.« □

Israelische Entwicklungsstädte gehen Bankrott

Eine von Israels großen Strategien zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts besteht in der Errichtung sogenannter Entwicklungsstädte, neuer Industrie- und Wohnzentren in unbewohnten Gegenden in Israel selbst. Es gibt in Israel 28 dieser Entwicklungsstädte, und ihre Bewohner machen 8,4 Prozent der landesweiten Arbeitskräfte aus.

Der Gedanke hinter den Entwicklungsstädten war, daß sie dazu beitragen würden, den Druck von den überfüllten Städten wie Tel Aviv, Haifa und Jerusalem zu nehmen, die mit schweren Anspannungen bei den sozialen Dienstleistungen und einem Mangel an Arbeitsplätzen zu kämpfen haben. Aber dieser Plan war wie so viele andere eine große Illusion, die wie eine Seifenblase zerplatzte, als sie mit der Wirklichkeit konfrontiert wurde.

Zur Zeit veranstalten die Bürgermeister dieser 28 Entwicklungsstädte eine Demonstration außerhalb der Dienststelle des Premierministers Yitzhak Shamir, sie lassen vielmehr ihren Zorn an Finanzminister Shimon Peres von der Arbeiter-Partei aus. Peres wiederum schiebt die Schuld für diesen Protest auf ein Komplott des Likud-Blocks, um ihn und das Wirtschaftsreform-Programm seiner Partei zu diskretitieren, indem man es eine »Demoralisierungs-Kampagne« nennt.

Peres spielte sogar darauf an, daß das Grundübel der massiven Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsstädten auf die Abzweigung natürlicher Hilfsmittel an die jüdischen Siedlungen an der West Bank und im Gazastreifen, wogegen die Arbeiter-Partei und die amerikanische Regierung Widerstand einlegen, zurückzuführen sei.

Minister der Likud-Partei reagierten ärgerlich und schoben statt dessen die Schuld auf den kürzlich erfolgten Bailout (Sicherheitsleistung um einem Unternehmen aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen) für finanziell angespannte Kibbuz-Unternehmen.

Die Entwicklungsstädte sind philosophisch mit den traditionellen jüdischen Kibbuzim verknüpft, jenen kommunalen Unternehmungen, wo das gesamte Eigentum allen Mitgliedern gehört und alle Gewinne gleichmäßig verteilt werden. Ursprünglich auf Landwirtschaft konzentriert, haben sich die Kibbuzim in den letzten Jahren der Industrie zugewandt.

Diese Städte sind eine Erweiterung der Kibbuz-Einrichtung, aber auf breiter Basis – organisiert durch die Regierung und mit Schwerpunkt auf eine spezifische Industrie, finanziert und subventioniert durch den Staat. Das Problem liegt darin, daß sie geschaffen wurden, um mit den grundlegenden sozialen Problemen fertigzuwerden, nicht jedoch auf gesunden wirtschaftlichen Prinzipien.

Die den Israelis gemachten Angebote, wenn sie in die Entwicklungsstädte ziehen würden, waren reichhaltig und schlossen einen subventionierten Wohnungsbau und höhere Löhne als anderswo ein. Aber die Städte waren von einer Handvoll Industrien abhängig. Als diese zusammenbrachen, brachen auch die Städte zusammen.

Die Einwohner fühlen sich nun von der zionistischen Regierung verraten und hegen für die Zukunft wenig Hoffnung. Nach vielen Berichten in der israelischen Presse sind die Handelszentren der Städte jetzt tagsüber mit Arbeitslosen überfüllt, die nirgendwo hingehen können, um nach Arbeit zu suchen.

Ein enttäuschter entlassener Fabrikarbeiter mittleren Alters sagte: »Ich möchte lieber als Jude in Israel arbeiten und leben, aber wenn ich mir hier nicht meinen Lebensunterhalt verdienen kann wie die Regierung versprochen hat, dann würde ich gern woanders hingehen und das Ganze vergessen – sogar, daß ich ein Jude bin.« □

Anden-Parlament für Schulden-aufschub

Das Parlament der Anden, das in Lima zusammentrat, gab eine Erklärung heraus, in der ausgeführt wird, daß viele schwer verschuldete Länder der Region einfach zahlungsunfähig sind, und daß es daher de facto zu einem allgemeinen Schuldenmoratorium kommen wird. In der Erklärung werden die Gläubigerländer aufgerufen, »nach einer gemeinsamen Formel zur Lösung dieses qualvollen Problems zu suchen«.

Weiter heißt es in der Erklärung: »Die Möglichkeit der Aufgabe der Art von Anpassung, die den Schuldnerländern auferlegt wird, um ihre Schulden zu amortisieren, muß in Erwägung gezogen werden ... Es gibt keinen Sinn, daß die Länder der Region ihren Bevölkerungen weiterhin Sanktionen auferlegen, im Namen eines Planes, der fehlgeschlagen ist und an den niemand mehr glaubt, nicht einmal die Gläubiger. Man sollte zur Kenntnis nehmen, daß ein ausgesprochenes Moratorium in der Region bald allgemein eintreten wird. In der letzten Zeit sind mindestens 14 der 26 Mitgliedsstaaten der SELA (das lateinamerikanische Wirtschaftssystem) mit den Zahlungen in Rückstand geraten oder haben ganz oder teilweise ihre Zinszahlungen eingestellt.

Die Mitglieder des Parlaments der Anden sind Peru, Kolumbien, Ecuador, Venezuela und Bolivien. □

Probleme mit den Körperschafts-schulden in den USA

Die Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) wies in ihrem jährlichen »Economic Outlook« warnend auf die Gefahr hin, die der Struktur des amerikanischen Körperschaftsfinanzwesens innewohnt.

Die OECD drückt ihre »Besorgnis« darüber aus, daß in den letzten Jahren in amerikanischen Körperschaften ein »beträchtlicher Teil des starken Schuldenanstiegs zu durch Kredite finanzierte Aufkäufe von Gesellschaften durch Investmentgesellschaften geführt hat, wodurch die Verpflichtungen einer Gesellschaft, durch ihren Schuldendienst die Neuinvestitionen zu finanzieren, noch erhöht werden«.

Ein Großteil dieser Finanzierung durch Neuinvestitionen erfolge durch gewinnbringende »junk«-bonds (»Trödel«-Schuldverschreibungen). Zweitens, diese Entwicklungen könnten dazu beigetragen haben, daß Finanzmakler »wie Lebensversicherungen und Pensionskassen ebenso wie Firmen an der Wall Street, die mit Trödel-Schuldverschreibungen handeln, verstärkt Probleme mit der Liquidität oder Zahlungsfähigkeit der Körperschaft, besonders im Falle einer Wirtschaftsflaute, ausgesetzt sind«.

In dem Bericht wird davor gewarnt, daß die Beseitigung der Finanzbestimmungen und die kürzlichen Änderungen in den Körperschaftssteuergesetzen die Anreize verzerrt haben und »zu schwächeren Körperschaftsstrukturen beitragen könnten«.

Die Schulden-zu-Eigenkapital-Verhältnisse für Körperschaften haben sich laut Mitteilung einer in Paris ansässigen Wirtschaftsagentur seit dem Jahr 1982 um 50 Prozent erhöht. □

Umweltschutz dient den Bankern als Vorwand

Mit Gorbatschows Rede vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 und dem verstärkten »Engagement« der britischen und niederländischen Königshäuser wurde für die internationalen Denkfabriken und Umweltschutz-Bewegungen der Startschuß gegeben für eine neue Politik im Interesse der Einweltler. In sämtlichen grünen Bewegungen wird seitdem über die globalen Auswirkungen von »Umweltsünden« nachgedacht. Statt das Problem an der Wurzel zu packen und das bankrotte internationale Finanz- und Wirtschaftssystem gründlich zu verändern, wird den Entwicklungsländern die Schuld gegeben an der Ausbeutung der natürlichen Reserven, der Verschmutzung des Globus und der Zerstörung der Ozonschicht.

Bestes Beispiel für diese Art von Politik ist die Behandlung des hochverschuldeten Brasilien, dem die internationalen Gläubigerbanken nun selbst die Verfügungsgewalt über das eigene Land wegnehmen wollen. »Debt for equity« nennen die Banker diese moderne Form von Plünderung: Die Umwandlung von Schulden in sogenannte Kapitalbeteiligungen.

Um Brasilien weichzuklopfen für einen so ungeheuerlichen »Handel«, wird die internationale Umweltschutzbewegung mobilisiert, die die Abholzung des Regenwaldes in Brasilien für das angebliche Ozonloch verantwortlich macht. □

Kapitalismus

Die alten Spielchen der City

Karl von Wulf

Es hat den Anschein, daß die Menschen den dringenden Wunsch haben, sich mit jemanden zu identifizieren, der größer ist als der Einzelne selbst. Bisher waren es die Vater- und Mutterländer, »Demokratie«, die »Partei«, künftig soll es das Kapital sein. Allerdings schafft das Geld und sein furchtsamer Arm, die Medien, es nicht mehr so leicht, die Menschen zu aktivieren, wie das in der Vergangenheit bei den »Vorbildern« oder »Leitfiguren« und »Organisationen« der Fall war. Darum greift die Geldmacht auf die Religion und ihre verschiedenen Einrichtungen zurück, um die Zerstörung der Hindernisse auf dem Weg zu einer Weltregierung zu beschleunigen. Wünschenswert wäre es dabei, wenn man sich dabei gegenseitig vernichtet, zum Beispiel Israel die Araber oder umgekehrt, die Deutschen die Russen.

Jeder, der die Geschichte kennt, weiß zu würdigen, daß sich die menschliche Natur nicht ändert, wenn sie sich auch vom Zustand des himmelhoch Jauchzen bis zum Tode Betrübtsein und zurück bewegt für diejenigen, die letztendlich überleben. Der Mensch weiß, daß Schöpfung durch die fortwährende Handlung Gottes, der Energie oder wie man es sonst zu nennen beliebt, lebt und sich ständig erneuert. Aber geleitet werden die Menschen und im allgemeinen vielmehr irrgeleitet von jenen, die die ewige Schöpfung des Papiergeldes in der Hand haben oder kontrollieren. Es handelt sich sozusagen um das »Kleingeld« des Zentralbankwesens, das die »Kontrolleure« zum Ausbau ihrer Macht und daher zur eigenen zerstörerischen Bereicherung nutzen.



Michail Gorbatschow sollte eine freie Marktwirtschaft mit freiem Geld einführen, die an den Lohnkostenindex gebunden ist.

Der Kapitalismus als Allheilmittel

Ergebnis dieses Handelns ist die völlig zerstörte Natur. Dieses absurde System der legalisierten Beraubung lassen die Medien schamlos als irdische Religion vorbeigehen. Das Kapital ist der Brennpunkt dieser »Religion«, und der Kapitalismus wird als Allheil- und Universalmittel zur Lösung aller Probleme dieser Welt gepriesen, ein Zustand der Gnade, der nur durch »Demokratie« ermöglicht wird. Nur diese Staatsform ermöglicht es der Geldmacht, ihren Wunsch durch eine Anzahl von durch ihre Medien berauschten Köpfe statt durch Fähigkeiten Ausdruck zu verleihen.

Es ist durchaus üblich geworden, die Geldmacht mit »angelsächsischer Finanz« zu titulieren. Allerdings ist dies irreführend, da die wirklichen Sachsen in zwei Weltkriegen bekämpft wurden, weil sie sich weigerten, sich unterkriegen zu lassen. Es hat jedoch den Vorteil, daß jeder auf »die große Stadt« als Hauptquartier der Geldmacht blickt, mehr als auf New York, das eher als eine Art brutaler Version der feinen Seiten der ersteren angesehen wird.

Für den Leser, der etwas von Religion versteht, speziell in diesem Zusammenhang der Schöpfung und Gegenschöpfung einschließlich der Zerstörung der Umwelt, sollte es vielsagend sein, daß Johannes, der heilige Schutzpatron der Freimaurerei, sich in der Offenbarung 18, Vers 18, auf »die große Stadt« bezieht.

Was hat dies mit Deutschen und Russen zu tun?

Um zu verstehen, was dies alles mit Rußland und wohl oder übel mit Deutschland zu tun hat – die beiden Kaiser ließen sich gegen ihren Willen bis zur gegenseitigen Zerstörung in den Ersten Weltkrieg hinein manövrieren, und dies sollte eine Warnung sein für Russen und Deutsche gleichzeitig, wenn von ihrer Bevölkerung mehrere Zehn Millionen völlig umsonst gestorben sein werden, wenn diese beiden Völker in einen dritten Weltkrieg geführt werden –, ist eine Kenntnis der Geschichte der Politik und der Finanzen unentbehrlich.

Auf der einen Seite, von einem streng staatsaufbauenden Standpunkt aus betrachtet, steht die Leistung der Russen keiner anderen nach, wie ein Blick auf das historische Wachstum der riesigen und volkstummäßig unglaublich vielfältigen Sowjetunion zeigt. Es ist erst rund 200 Jahre her, daß Katharina von Anhalt-Zerbst, die »Große«, der Oberhoheit der ottomanischen Türken die Herrschaft über die Tataren und Georgier abrang und das Reich um Alaska und alles, was zwischen ihm und St. Petersburg lag, erweiterte. Die Briten trieben dafür Indien in die Enge.

Es liegt auf der Hand, wenn Rußland seine wesentliche Rolle im Konzert der Völker weiter spielen soll, dann kann dies nicht mit dem vom Ausland eingeführten Kommunismus in der revolutionären Endphase des Kapitalismus geschehen, der heute Perestroika und Glasnost hervorbrachte, noch kann es über den Weg des Kapitalismus passieren, dessen verheerende Auswirkungen auf das Hinterland der USA oder auch in England außerhalb »der großen Stadt« für jeden, der Augen hat zum Sehen, klar ersichtlich ist.

Es wird oft denjenigen, die nichts vom Kapitalismus verstehen oder sich trösten wollen, gesagt, Churchill habe das Empire dadurch zerstört, daß er das Ansehen eines Bündnisses durch den englandfreundlichen deutschen Führer zurückwies.

Das alte Spiel der City of London

Weit davon entfernt: Churchill wurde sogar schon vor Kriegsende gefeuert und das Empire auf eine Finanzgrundlage gesetzt, das heißt in ein »Gemeinwesen« (Commonwealth) verwandelt, das es der City of London zusammen mit dem Pfund »Sterling« gestattete, noch lange Jahre hindurch seine Rolle als »Reserve«-Zentralwährung zu spielen und sich im Verlauf des Erwerbs von Produktions- und Kapitalanlagen auf weltweiter Basis in ungeheure Schulden zu stürzen.

Wenn man dieses Finanz-Knowhow auch als angelsächsisch bezeichnen könnte, spätestens von dem Zeitpunkt an, als es der City gelang, jeden aus dem englischen Pfund heraus in den tauben Dollar hineinzutreiben, sollte man es jedoch »anglo-amerikanisch« nennen. Man sollte nicht glauben, daß der gleiche Trick ein zweites Mal innerhalb einer Generation zieht. Aber einerseits mit der Atombombe und den offiziell eingestandenen

Morden an ungehorsamen Staatsoberhäuptern und mit den »Hilfen« (Aids) operiert man durchaus erfolgreich in wirtschaftlicher Hinsicht in der mehr oder weniger zivilisierten Welt.

Der Akt mit dem unechten Dollar dauerte bei weitem nicht so lange wie der mit dem englischen Pfund. Man erinnere sich an die Garantie: eine Unze Gold für 35 US-Dollar. Und auch daran, daß Nixon gesagt wurde, »das Fenster zu schließen« – ein typisch anglo-amerikanischer Begriff für glatte Ausraubung aller derjenigen, die Ansprüche gegen die amerikanische Wirtschaft erworben hatten. Und man sollte nicht vergessen, daß de Gaulle durch die »Mai-Ereignisse« vom Sockel gestoßen wurde, als er tatsächlich 1968 nach dem Gold gefragt hatte.

Es bleibt dem Leser überlassen, das vorherrschende System eines noch nie dagewesenen und unverhüllten Piratentums richtig beim Namen zu nennen. Tatsache ist, daß echte gewinnbringende Vermögenswerte gegen geschickt gezeichnete »Junk«-(»Trödel«)-Papiere erworben werden, die mit Hilfe der Bankster-Bruderschaft aus dem blauen Dunst heraus geschaffen werden. Diese Mischung aus Bankern und Gangstern sind begierig, ihre Vermögenswerte mit Hilfe der Kleingeld-Zentralbanken anschwellen zu lassen und ständig durch Zinsen zu gewinnen. Zinsen worauf und warum?

Ist dies nun ein System, das wie Gorbatschow glaubt, die Sowjetunion zusammenhalten kann? Gegen die Zeit-erprobten und einzigartigen Entstabilisierungstricks der anglo-amerikanischen Finanzmacht, wobei die Juden, wie das »Fortune Magazin« vor einigen Jahren schrieb, die Wirtschaft der »linken Hand« – den Schwarzmarkt – betreiben, kann da der Kommunismus mit Hilfe von Auslandskrediten überleben? Führen nicht die Vereinigten Staaten Gorbatschows Union?

Rußland ist jetzt an der Reihe

England hat den Beweis dafür erbracht, daß es die erstrangige Macht bis zur Unterwerfung oder Vernichtung niederringen wird. Es beherrscht die USA durch das, was es die besonderen Beziehungen nennt; es sind seine vielen Finanz- und Familienbindungen, hauptsächlich die Freimaurer-Familie einschließlich des Mitglieds der Skulls & Bones Lodge (Loge der Schädel und Knochen), der US-Präsident George Bush angehört.

Allerdings sind Präsidenten lediglich Schauspieler, die erschossen werden, wenn sie der Hochfinanz im Wege sind, wie Abraham Lincoln und John F. Kennedy, die beide versuchten, Geld direkt zu schaffen, anstatt es den Federal-Reserve-Bankern zu überlassen. Es ist nicht sehr bekannt, daß US-Präsident Johnsons erster Erlaß darin bestand, die »Noten der Regierung der Vereinigten Staaten«, die Kennedy herausgeben wollte, einzuziehen.

Es ist jetzt sicher, so sicher wie die Nacht dem Tag folgt, daß Rußland an der Reihe ist, auseinandergenommen zu werden. Welchen besseren Weg dahin gibt es, als den wohlmeinenden Illuminatus Michail Gorbatschow dazu zu »verleiten«, die Schrauben des idiotischen Systems zu lockern, das sich auf den Ausführungen des Buches »Das Kapital« aufbaut.

In diesem Zusammenhang sollte daran erinnert werden, daß Karl Marx für seine Arbeiten von dem Banker Rothschild bezahlt wurde, was aus einer Quittung im britischen Museum hervorgeht.

Bedrückend ist dabei die Aussicht für die Menschen Europas und Rußlands, daß es der City und ihren Freunden in der ganzen Welt zu gelingen scheint, daß jetzt, wo die Union wankt, es die standhaften Verfechter des Militärs und der Partei übernehmen müssen, »dem Westen mit einer erneuten ›Konfrontation‹ zu drohen«. Dies ist unerläßlich und vorrangig, um die »Verteidigungs«industrie im Geschäft zu halten und damit die Finanzen aufzufrischen. Ein konventioneller Krieg auf dem »europäischen Kriegsschauplatz« wäre dabei hilfreich.

Was sonst könnte Mrs. Thatcher gemeint haben, als sie darauf bestand, daß die Kurzstreckenraketen genau das Richtige für das Volk seien, das den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat. Sie vergaß allerdings dabei, daß es sowohl 1914 als auch 1939 England war, das Deutschland den Krieg erklärte.

Es darf keine Zeit verloren werden

Jetzt darf keine Zeit mehr verloren gehen, jetzt, wo Rußlands weicher Unterleib genau wie der Bernard-Lewis-Plan des britischen Außenministeriums Anfang der achtziger Jahre »voraussagte«, und die baltischen Staaten sich im Aufruhr befinden. China, dessen Regierung von westlichen Wortführern voll in Schutz genommen wird – was bestimmt nicht der Fall sein wird, falls Rußland wieder härtere Maßnahmen ergreift –, liefert den deutlichen Beweis dafür, was sich entwickelt.

Die Regierung der Sowjetunion wäre gut beraten, keine Zeit zu verlieren. Sie sollte dem Kommunismus und Sozialismus als abschreckendes und fremdes System abschwören, das die Russen und die Republiken der Union nur dank der gottgegebenen Vielseitigkeit – und der Juden, die die Wirtschaft zur linken Hand betreiben – überlebten. »Der Westen« kann sich nicht mit dieser Erklärung offen befassen.

Gorbatschow sollte – aus Propagandagründen und weil es eine sehr gute Verfassung ist, abgesehen, daß sie freimaurerischen Ursprungs ist – eine Verfassung nach dem Muster der amerikanischen Verfassung annehmen. Sie gibt jedem Staat das Recht, sich loszusagen – was in den USA, als der Süden dies wollte, zum Bürgerkrieg führte.

Gorbatschow sollte eine freie Marktwirtschaft mit freiem Geld – das heißt, Geld, das nicht als Gegenstück zu Schulden emitiert wird – einführen, die an den Lohnkostenindex gebunden ist. Es gibt keinen höheren Ausdruck der Gerechtigkeit und der höchsten Gesetze als die gemeinsamen dinglichen Belastungen zwischen den Menschen zu regulieren, ohne einer Minderheit zu gestatten, dauernd zu stehlen, ohne daß davon die Mehrheit eine Ahnung hat.

Ein Börsenmarkt gehört auch dazu, natürlich mit dem großen Vorteil, die Juden in Rußland zu halten.

Eine Union der Republiken mit Europa anzustreben, speziell mit Deutschland, das dieses ungeachtet des Ersten und Zweiten Weltkrieges mit dem freien Willen der Europäer zu deren Vorteil beherrscht.

Die UdSR – das Wort »Sowjet«, das sehr wohl Teil des Namens sein könnte, ist jedoch zu stark mit der bolschewistischen Diktatur verbunden – sollte zusammen mit Deutschland jeder Nation in der Welt ihre Hilfe anbieten, die sich diesem Wirtschaftsstandard anschließen möchte. Lateinamerika, so korrupt wie seine Regierungen auch sind, wird sich sofort anschließen.

Gorbatschow sollte sofort mit der Demontage von Atomwaffen mit Mittel- und Langstrekken-Reichweite aufhören, sie sogar wieder installieren mit Zielrichtung auf die City, New York und Washington. Die Tatsache, daß beide Seiten diese Waffen hatten, so argumentiert die Geldmacht und andere Ein-Welter wie die Trilateralen, bewahrte uns 40 Jahre lang den Frieden. Warum sollte das nicht auch in Zukunft so sein mit der Garantie, daß alles zerstört wird, wenn eine Seite den Krieg beginnt?

Es gibt nur einen Weg

Wenn diese Schritte nicht unternommen werden, wird, wie wir gesehen haben, die geplante Demontage der UdSSR vermutlich in den kommenden zwölf Monaten zu einer erneuten Konfrontation und einem Krieg mit verheerenden Folgen nicht nur für Europa, sondern auch für die City, die USA und auch den Nahen Osten führen. Der Nahe Osten sowie das sowjetische Militär werden nicht so dumm sein, dem Spielplan der Geldmacht zu folgen und sich in einem begrenzten Krieg hauptsächlich gegen die Deutschen, ihre natürlichen Verbündeten, zu stürzen. Sie werden das ganze verdammte Arsenal in die Luft sprengen. □

Dritte Welt

Unter dem Druck der Banker

Martin Mann

Die unterentwickelten Länder Asiens und Lateinamerikas, die dritte Welt sozusagen, schulden den Ländern und Banken Europas und Amerikas sowie Japans etwa 13 Milliarden Dollar.

Die Zinsen auf diese Schuld belaufen sich auf rund 100 Millionen Dollar pro Jahr, eine Zahl, die um mindestens ein Drittel höher wäre, wenn nicht viele Darlehen von verschiedenen nationalen und multinationalen Entwicklungsagenturen zu Vorzugszinsen gewährt würden.

Ständig sinkender Lebensstandard

Der Netto-Bargeldabfluß aus der dritten Welt in Form von Zinsen und Kapitalrückzahlungen plus Exporte, minus Neudarlehen und Importe, beläuft sich auf etwa 36 Milliarden Dollar pro Jahr. Der Lebensstandard in der dritten Welt hat sich seit 1982, als die Schuldenkrise plötzlich aus den Seiten der Finanzblätter verschwand und auf die ersten Seiten der großen Zeitungen vorrückte, um etwa 40 Prozent verringert.

Daß die dritte Welt weiterhin Schuldendienst leistet, durch Umschuldung, Neuanleihen und Sparprogramme, die ihren unglücklichen Völkern auferlegt werden, ist eine feststehende Tatsache. Viele Länder liegen mit ihren Zahlungen im Rückstand und andere haben verschiedene Zahlungsaufschübe der einen oder anderen Art erklärt, aber kein Land hat bislang nicht erfüllt. Warum nicht?

Wie kommt es, daß kein Land einfach gesagt hat: Genug ist genug, unsere Hungrigen zu ernähren und unsere Kranken zu heilen ist wichtiger, als Zinsen an die internationalen Banker zu zahlen.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds sind unbarmherzig beim Eintreiben von Zinsen und Schulden und machen die Entwicklungsländer noch ärmer.

Die Antwort auf diese Frage wurde eigentlich schon ganz zu Anfang des Spiels kurz und bündig von R. T. MacNamer erteilt, der als stellvertretender Finanzminister in der Reagan-Regierung diente. Vor dem Internationalen Forum der Amerikanischen Handelskammer sagte MacNamer am 21. Oktober 1983:
»Eine Nichtanerkennung findet statt, wenn ein Darlehensnehmer einseitig die Verantwortung für einen Teil oder alle seiner Schuldenverpflichtungen ablehnt.

Man würde sogar den Export pfänden

Unter solchen Umständen würden die Vermögenswerte eines Landes, das seine Schulden nicht anerkennt, von Gläubigern in der ganzen Welt gepfändet, seine Ausfuhren von Gläubigern an jedem Kai, wo sie landen, beschlagnahmt, seine staatlichen Luftlinien könnten nicht mehr verkehren und seine Bezugsquellen von verzweifelt benötigten Anlagegütern und Ersatzteilen würden praktisch verstopft.

In vielen Ländern würden sogar die Lebensmittelimporte geschmälert – kaum ein angenehmes Szenario.«

Die Zeitschrift »Fortune« berichtete später, daß MacNamer gefragt hatte: »Haben Sie jemals darüber nachgedacht, was mit dem Staatspräsidenten eines Landes passieren würde, wenn die Regierung kein Insulin für ihre Diabetiker bekommen könnte?«

Eine Möglichkeit zu tilgen, ist der Tausch Schulden gegen Gleichberechtigung nach dem Billigkeitsgesetz (debt-for-equity swaps). In diesem Falle verkauft die Bank ihre Hartwährungsschulden an einen Anleger, der heimische Währung kauft, um in die heimische Wirtschaft zu investieren. Dies ist ein schlechtes Geschäft für den Schuldner, dessen Zentralbank üblicherweise nicht genug Bargeld für den Handel zur Verfügung hat. Sie muß daher entweder das Geld drucken oder es durch Leihen herbeischaffen. Der erste Weg führt zur Inflation, der zweite zu höheren Zinssätzen, nur um ausländische Gläubiger zu begünstigen.

Jeffrey Sachs, Professor für Wirtschaftslehre an der Harvard University, schrieb in einem Artikel in der »New Republic«:

»Tauschgeschäfte von Schulden gegen Gleichberechtigung werden Schuldnerländern oft von Großbanken als Vorbedingung für Umschuldungsvereinbarungen aufgehalst. Dies trifft schmerzhaft zu im Falle von Brasilien, wo Citicorp erbarmungslos auf einem Tauschprogramm beharrte; das letzte, was ein Land am Rande einer Hyperinflation gebrauchen konnte.

Brasilien wurde verpflichtet, 1,8 Milliarden Dollar seiner Schulden zum Nennwert wiederaufzukaufen (im September 1988), trotz der Tatsache, daß die Schulden auf dem New Yorker Markt zu einem Preis von weniger als 40 Cents pro Dollar käuflich erhältlich waren. Durch seine Zustimmung zum Tausch hat Brasilien natürlich den Wert seiner Schulden auf den Märkten New Yorks in die Höhe geschraubt, und genau das hatte Citicorps im Sinne.«

Jetzt leidet Brasilien an einer Inflationsrate von über 2000 Prozent und befindet sich in ernsthafter Gefahr des Nichterfüllens, es sei denn, es würde noch eine Sicherheitsleistung in die Wege geleitet.

Profite für die Banker aus Schuldenverkauf

Ein Plan, der nicht so gut funktionierte, war eine Schulden-für-Schuldverschreibungen-Aktion für Mexiko, die von der J. P. Morgan Bank im Frühjahr 1988 organisiert wurde. Morgan hatte gehofft, Mexikos Auslandsschulden von über 100 Milliarden Dollar um 20 Milliarden Doller verringern zu können.

Die vorhandene Auslandsschuld sollte mit einem Diskont angeboten werden im Austausch für eine zwanzigjährige Schuldverschreibung, abgesichert durch Null-Kupon-Sicherheiten der

amerikanischen Schatzkammer. Während die Zahlung von Zinsen von der Fähigkeit und Bereitschaft Mexikos abhängen würde, sie zu leisten – wie das jetzt bei Mexikos Auslandsschuld der Fall ist –, wäre das Kapital im Jahr 2008 zu 100 Cents pro Dollar garantiert.

Der Schlüssel, der dies funktionieren ließ, bestand darin, daß die Banken ihre mexikanischen Schulden anzubieten hatten und Mexiko ihr Angebot annehmen mußte. Die Zeitschrift »Banker's Monthly« berichtet:

»In der Tat gelang es Mexiko durch sein freiwilliges Tauschangebot, seine offenstehenden Außenschulden an die Banken um 3,665 Millarden Dollar zu verringern und erreichte Zinseinsparungen über die zwanzigjährige Frist der ausgegebenen Schuldverschreibungen hinweg von 1,537 Milliarden Dollar. Mexiko erhielt Angebote von 139 Banken in 18 Ländern für den Umtausch von 6,7 Milliarden Schulden.

Die alten Techniken der Schuldeneintreibung

Angebote von 95 dieser Banken wurden angenommen zu einem durchschnittlichen Austauschverhältnis von 69,77 Cents Schuldverschreibungen für jeden Dollar Schulden.«

Der Grund, warum dies nicht so gut funktionierte, wie die Morgan Bank sich das erhofft hatte, ist darin zu sehen, daß die Bank keine Angebote an Mexiko machen wollte zu einem Diskontsatz, der hoch genug war. Je mehr Schulden nach diesem Plan getilgt wurden, um so höher war der Marktwert für die verbleibende »Alt«-Schuld. Die Banken, die weiter abschlossen, subventionierten die Banken, die stillsaßen.

Diese Schulden-für-Gleichberechtigung- und Schulden-für-Schuldverschreibungen-Pläne sind zusammen mit Umschuldungen und sogar Neuanleihen zur Zahlung von alten Zinsen nur Varianten von Techniken, die Schuldeneintreiber gegen Verbraucher, Bauern und kleine Geschäftsleute, die sich übernommen haben, direkt auch bei Privatkunden anwenden.

»Wir wollen euch bei euren Problemen helfen«, sagen diese Blutsauger, während sie jeden überzähligen Groschen aus dem unglücklichen Schuldner herauspressen.

Leider kommt oft eine Zeit, wo sogar Angebote zu »helfen« nicht ausreichen, um die pünktliche Zahlung von Zinsen abzusichern. Dann werden die Banken, ebenso wie die Finanzierungsgesellschaft, die bei den Privatkunden den Wagen wieder in Besitz nehmen und bei dem Lohn oder Gehalt eine Drittschuldnerpfändung vornehmen, ihren säumigen Schuldnern aus der dritten Welt gegenüber hart.

Keine Kompromisse und keine Nachlässe bei Schulden

An der Schneidkante der internationalen Schuldeneintreibung sitzt Chaim Helfgott, ein ehemaliger Panzerkommandeur in der israelischen Armee und Eintreiber für Equimark Corporation.

In einer lobenden Kurzbiographie auf der ersten Seite des »Wall Street Journal« wird Helfgott wie folgt zitiert: »Andere Banker glauben nicht, daß sie von Darlehensnehmern der dritten Welt Geld bekommen können, aber das ist nur ein Gedankengang. Mein Standpunkt heißt: keine Kompromisse. Wir wollen Bargeld und wir wollen keine zehn Prozent nachlassen.«

Helfgott erzählt, wie er einmal 800 000 Dollar von einer ecuadorischen Baufirma dadurch eingetrieben hat, daß er alte Bankaufzeichnungen durchsiebte. Er stellte ein Konto fest, das die Firma in Holland hatte und zog von der betreffenden Bank ein. Helfgott berichtete gegenüber dem »Journal«:

»Einige Führungspersönlichkeiten wissen nicht, daß, obwohl die Schweizer und Niederländer keine Auskünfte über Bankkonten erteilen, wenn man selbst beweisen kann, daß der Kontoinhaber einem Geld schuldet, man dann vielleicht Geld von dem betreffenden Konto eintreiben kann.« □

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. Oktober 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Metalle

Kluft zwischen Gold und Silber

C. Gordon Tether

Ist Silber jetzt in bezug auf die gewinnbringenden Anfangskurse das »Aschenputtel« unter den Edelmetallen? Jahrhundertelang wurde Silber als Möglichkeit des armen Mannes betrachtet, seinen Wohlstand durch das Sammeln von Edelmetallen abzusichern. Dies konnte kein anderes Metall sein, weil Silber, da es kontinuierlich in wesentlich größeren Mengen abgebaut wurde als sein führender Rivale Gold, nicht die gleiche Rangordnung von Preisen einbrachte.

Weil jedoch ein so hoher Anteil des Handelsverkehrs in Silber auch immer auf die eine oder andere Weise mit Hortung zu tun hatte, bewegte es sich – zumindest bis vor kurzem – auf der Basis eines Verhältnisses des Goldpreises zum Silberpreis, die, obwohl weit davon entfernt feststehend zu sein, dazu neigte, innerhalb relativ enger Grenzen zu verbleiben. So stellte man gewöhnlich fest, daß Gold einen Preis im Bereich des 35fachen des Silberpreises verzeichnete.

Die Situation hat sich grundlegend geändert

Manchmal bescherte das Verhältnis dem Silber einen größeren Nachteil. Aber es konnte auch von Zeit zu Zeit andersherum sein, obwohl es kaum schmeichelhafter war als 25 zu eins. So war die Situation noch Ende der siebziger Jahre.

Aber von da ab hat sich die Situation grundlegend geändert. Schon seit einigen Jahren wird Gold selten zu weniger als dem 60fachen Preis des Silbers angeboten, und mehr als gewöhnlich war das Verhältnis irgendwo zwischen 60 und 70 zu eins. In den letzten Wochen hat es den Stand von 70:1 erreicht.

Die beiden Metalle tendieren im Tag-für-Tag-Sinne immer noch dazu, sich im Gleichklang zu bewegen. Aber die Kluft zwischen ihnen hat sich über die traditionellen Grenzen hinweg erweitert und, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dies so bleibt.



Wenn die Weltwirtschaft weiter expandiert, wie angenommen wird, dann hat Silber eine gute Chance.

Die Änderung scheint herbeigeführt worden zu sein durch das, was um den Anfang der achtziger Jahre herum geschah. Zu jenem Zeitpunkt explodierte der Edelmetallmarkt praktisch als Folge eines massiven Aufschwungs in der Hortungstätigkeit, die durch wachsende Besorgnis über Inflation in der hochentwickelten Welt veranlaßt wurde. Gold schoß damals auf noch nie dagewesene Höhen nach oben und Silber tat das gleiche.

Der Silbermarkt war glanzlos

Aber vielleicht, weil die neue Kostspieligkeit des Goldes dieses Metall außerhalb der Reichweite des weniger als wohlhabenden Horters versetzte, blieb die Nachfrage nach Silber eine Zeitlang auf einem höheren Stand als die nach Gold.

Das anschließende Verhalten des Angebot-Nachfrage-Verhältnisses zeigt an, daß dies sich als dauerhaften Nachteil für Silber herausstellte. Denn die außergewöhnliche Stärke der Preise dieses Metalls löste in dem Abzug von Waren aus dem Edelmetallmarkt zur Deckung des Industriebedarfs eine grundlegende Schrumpfung aus. Dies wiederum hatte eine beträchtliche Stoßkraft auf die Silbermärkte, die immer noch ihren Ausdruck findet in dem Preisverlauf von heute.

Die Folge davon war, daß dem Silbermarkt ein irgendwie glanzloses Aussehen von einer dauerhaften Art verliehen wurde. Und die entsprechende Auswirkung hiervon auf die Preise ist unweigerlich verstärkt worden durch den dämpfenden Einfluß auf die Hortung von Edelmetallen aus der neuentfachten Besorgnis über die drohende Inflation heraus.

Je mehr solche Befürchtungen beschwichtigt werden können, desto geringer wird unter den Anlegern die Begeisterung sein, zur Alternative der Edelmetalle zu greifen.

Bei Silber bestehen gute Chancen auf Gewinne

Hinzu kommt noch, daß eine solche Entwicklung augenscheinlich dazu geeignet ist, einen noch größeren Widerhall im Verhalten ihrer Preise zu finden, wenn die Gewinne, die mit der Anlage in Zahlungsmitteln zu machen sind, durch einen Aufschwung in den Zinssätzen nach oben getrieben werden. Es ist daher nicht völlig überraschend, daß Silber in jüngster Zeit die Lustlosigkeit des Goldes noch deutlicher reflektiert und dabei in Dollar seine niedrigsten Niveaus seit vielen Jahren erreicht.

Da es keinen Grund gibt zu glauben, daß Silber sich nicht weiterhin nach dem Gold richten wird, kann dies offensichtlich nicht so ausgelegt werden, daß es plötzlich zu einem guten Geschäft geworden ist. Denn Gold neigt noch dazu, als sich unter einer Wolke befindlich angesehen zu werden, mit deren Verschwinden in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist – einige Fachgelehrte reden es sogar auf den Stand von 300 Dollar pro Unze herunter.

Was man vernünftigerweise folgern könnte ist die Tatsache, daß Silber im Verhältnis zu Gold als soviel billiger als in der Vergangenheit geworden ist, ihm soweit es Edelmetalle betrifft, so etwas wie das Aussehen von gewinnbringenden Anfangskursen verliehen hat. Woraus zu schließen wäre, daß eine ziemlich solide Aussicht besteht, daß es von jetzt ab einen besseren Gewinn abwerfen wird als sein Hauptrivale.

Schließlich trifft es zu, daß Silber in sehr viel stärkerem Maße ein Industriemetall ist als Gold. Und das bedeutet, daß es gegenüber einem weiteren Nachlassen der Hortung auf dem Gebiet der Edelmetalle wesentlich weniger verwundbar sein soll als Gold.

Ein Punkt, der sich lohnt festgehalten zu werden ist, daß, während Gold immer noch zu Preisen angeboten wird, die vergleichsweise günstiger sind als die in den siebziger Jahren gültigen Preise, wenn man dem Verfall in der Kaufkraft des Geldes, der seitdem eingetreten ist, Rechnung trägt, sich die Dinge bei Silber weitgehend umgekehrt verhalten. Die Dollar-Preise für dieses Metall verzeichneten kürzlich eine Verbesserung von rund einem Viertel gegenüber dem Stand der Mitte der siebziger Jahre, woraus klar hervorgeht, daß sie unter realen Bedingungen sehr viel niedriger sind als damals. □

Sowjetunion

Wirtschaftler sehen eine Katastrophe voraus

John McBrien

Sogar die eigenen Beamten der sowjetischen Behörden weisen warnend darauf hin, daß der kommunistische Staat vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht, falls keine radikalen Reformen durchgeführt werden.

Als Ergebnis, der vom sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow gepflegten sogenannten Glasnost-Politik (Politik der Offenheit) werden Gespräche über Landespolitik, die sonst immer hinter verschlossenen Türen im Kreml geführt wurden, jetzt in aller Öffentlichkeit geführt und vom Westen lebhaft verfolgt.

Die stagnierende Wirtschaft muß saniert werden

Gorbatschow setzt sein weiteres Festhalten an der Macht auf die Rettung der stagnierenden sowjetischen Wirtschaft; wovon die meisten Beobachter sagen, es wäre eine Unmöglichkeit, wenn westliche Banken und Regierungen nicht so gierig auf zusätzliche Gewinne wären, daß sie sich beinahe überschlagen, um den Sowjets Wirtschaftshilfe anzudienen und um den Handel mit ihnen zu wetteifern.

Seit Beginn der bolschewistischen Herrschaft im Jahr 1917 haben internationale Geschäftsleute und Banker die Sowjets auf jede erdenkbare Weise – einschließlich aber nicht begrenzt auf materielle Hilfe – wesentlich unterstützt.

Zum Beispiel entsandten die Finanziers und politischen Führungspersönlichkeiten, aus denen sich die Trilaterale Kommission zusammensetzt, Anfang dieses Jahres eine Delegation nach Moskau, um Gorbatschow massive Hilfeleistung zuzusagen, von der ein Großteil von den deutschen, europäischen und amerikanischen Steuerzahlern verbürgt wird, ohne daß diese eine Ahnung davon haben.

Während diese internationalistische Gruppe und ihre Brüder die Profite einstreichen, subventioniert der Durchschnittssteuerzahler die fortdauernde Existenz des Bolschewismus nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch anderswo im Ostblock.

Der Propagandafeldzug, mit dem die westliche Öffentlichkeit davon überzeugt werden soll, daß ihr Geld gebraucht wird, um in Osteuropa die »demokratische Freiheit« anzuspornen, hat bereits begonnen. Der amerikanische Präsident George Bush hat Polen als Belohnung dafür, daß es sich auf die »demokratische Freiheit« zubewegt, massive Wirtschaftshilfe zugesagt. In Wirklichkeit werden die üblichen kommunistischen Funktionäre in Warschau an der Macht bleiben.

Notwendig ist die Einstellung der Hilfe an Kuba und Nicaragua

Aber diejenigen in Moskau, die wissen, um was es geht, weisen warnend darauf hin, daß der Kommunismus ein elender Fehlschlag ist, und daß eine umfangreiche Umstrukturierung, weit über das hinaus was Gorbatschow im Auge hat, durchgeführt werden muß.

Leonid Abalkin, der neue sowjetische Chef für Wirtschaftsreform, teilte dem Obersten Sowjet (Parlament) mit, daß in dem vom Staat geleiteten System Änderungen durchgeführt werden müssen, die von der Selbstfinanzierung, der Gewinn- und Verlustrechnung und vielfachen Formen des Privateigentums bis zur Lockerung des festen Griffs auf allen Industrien durch Moskau reichen werden.

Abalkin warnte auch vor massiven Anleihen von westlichen Banken – und wies dabei auf die großen Schwierigkeiten hin, mit denen es osteuropäische Länder zu tun haben, die diesen Weg gegangen sind. Trotzdem sie immer leichter an Darlehen westlicher Banken herankommen können, waren die Länder des kommunistischen Blocks bisher nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Verbesserungen durchzuführen, die erforderlich sind, um den Anschluß an die freie Welt zu finden.

Als Folge davon war es für diese sogenannten sozialistischen Arbeiterparadiese äußerst schwierig auch nur die Zinsen auf ihre Darlehen, geschweige denn das Kapital zurückzuzahlen.

Abalkin räumte zwar ein, daß seine Empfehlungen 15 Millionen sowjetischen Arbeitern bis Ende dieses Jahrhunderts den Arbeitsplatz kosten könnten, er bestand aber darauf, daß es keine Alternative dazu gebe. Abalkin schätzte, daß seinen Landsleuten während des von ihm vorgeschlagenen Übergangs, eines Zeitraums während dessen Umschulungen und Berufsberatungen erforderlich seien, mindestens sieben harte Jahre bevorstehen.

Ein anderer Sowjetwirtschaftler, Nikolai Schmelyow, teilte dem Kongreß der Volksvertreter mit, daß der Staatshaushalt ausgeglichen werden muß. Er rief auch zu radikalen Maßnahmen auf, darunter die Einstellung der Hilfe an Kuba und Nicaragua, den Landverkauf an Bauern und die Beschneidung der umfangreichen Einfuhren amerikanischen Getreides.

Das Land soll den Bauern verkauft werden

Schmelyow, ein Wirtschaftsfachmann am Institut für die Vereinigten Staaten und Kanada, in dem nordamerikanische Politik gelehrt wird, sagte, daß anstatt 200 Dollar pro Tonne für eingeführtes Getreide zu zahlen, das Land weit besser dran wäre, wenn es den sowjetischen Bauern 75 Dollar pro Tonne zahlen würde – wobei nicht nur Rubel eingespart würden, sondern auch die heimische Erzeugung von lebenswichtigem Getreide gewährleistet wäre.

Schmelyows Vorschlag zum Privateigentum von Ackerland würde gegen einen Grundsatz des Kommunismus verstoßen. Aber harte Zeiten verlangen anscheinend nach harten Entscheidungen. Schmelyow warnte vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion innerhalb der kommenden zwei bis drei Jahre, falls keine radikalen Schritte unternommen werden.

Trotz der triumphierenden Berichte in den Nachrichtenmedien des Establishments über »demokratische« Reformen ist es nicht klar, ob die Kommunisten der alten Schule solche drastischen Veränderungen am marxistisch-leninistischen Staat dulden werden, ganz gleich wie ernsthaft das Problem ist. Gorbatschow selbst hat sich die Mühe gemacht darauf hinzuweisen, daß seine Flickarbeit am System nicht zu etwas führen wird was einer Demokratie gleicht, ungeachtet dessen, was in der westlichen Presse über die Ereignisse in der Sowjetunion berichtet wird.

Immerhin gibt es Anzeichen dafür, daß zumindest einige Änderungen bevorstehen.

Gorbatschow rief diesen Monat Landwirtschaftsbeamte der Kommunistischen Partei in Moskau zusammen und richtete anscheinend eine ernste Warnung an sie, nämlich: Entweder fangt ihr bald an, Verbesserungen durchzuführen, oder ich säubere die Bürokratie und bringe dort frisches Blut hinein. □

Italien auf Platz eins beim Geburten-rückgang

Die italienische Frau im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 49 Jahre bringt im Schnitt weniger als 1,3 Kinder zur Welt, was Italien die niedrigste Fruchtbarkeitsrate der Welt verleiht, heißt es im 27. Jahresbericht der Population Reference Group, eine Studiengruppe, die sich mit dem Bevölkerungsrückgang und dessen Auswirkungen befaßt.

Im Vergleich dazu haben mexikanische Frauen dieser Altersgruppe im Schnitt 3,8 und brasilianische Frauen 3,4 Kinder.

In Europa ist Irland das einzige Land, wo es noch eine positive Wachstumsrate gibt, während das Nullwachstum auf dem ganzen Kontinent vorherrscht und Italien dabei den letzten Platz einnimmt.

Der neue italienische Generalstabschef der Armee, Domenico Corcione, gab kürzlich bekannt, daß wegen der sinkenden Geburtenrate auch Frauen in die Armee eingezogen werden. Vorausberechnungen bis zum Jahr 2037 besagen, daß Italiens Bevölkerung sich bis dahin auf 43 Millionen vermindern wird, und was noch alarmierender ist, 30 Prozent dieser 43 Millionen Menschen werden über 65 Jahre alt sein. Dies bedeutet, daß es auf je 100 aktiv beschäftigte Personen 79 Rentner oder Pensionäre geben wird.

Italiens Bevölkerung beläuft sich derzeit auf 56 Millionen. Der drastische Rückgang soll nach Vorausberechnung nach 2007 beginnen, an einem Punkt, wo jede 1,5. Minute ein Italiener sterben wird, ohne daß ein neuer geboren wird. Der demografische Zusammenbruch werde noch katastrophaler ausfallen, falls die wilde Propaganda und Politik der vergangenen beiden Jahrzehnte gegen das Leben nicht bald ins Gegenteil verkehrt werden. □

Kein Deutsch in Polen

Zur Kritik, daß deutsche Aussiedler aus Polen nicht einmal Deutsch können, erfährt man, daß es in Polen einfach keinen Deutsch-Unterricht gibt und daß zwei private Unterrichtsstunden 5000 Zloty pro Woche kosten. Dies ist bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 30 000 Zloty unerschwinglich. □

Diebstahl an Rudolf Heß

Der britische Wachsoldat Stephen Timson, 33 Jahre alt, aus Nottingham stammend, wurde zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung verurteilt, weil er während seiner Dienstzeit im Spandauer Gefängnis 150 000 Pfund von Rüdiger Heß, dem Sohn des Gefangenen, zu erpressen versucht hatte mit der Gegenleistung der Herausgabe von Gütern des Vaters. Der Engländer Paul Warman erhielt eine Geldstrafe von 2000 DM, weil er versucht hatte, die Wertsachen aus dem Heß-Besitz zu verkaufen.

Der für Heß bereitgestellte Krankenhauswärter Abdallah Melaouhi aus Tunesien gab bei einem Verhör im Scotland Yard an, daß Rudolf Heß an Gicht litt und zu schwach gewesen sei, sich die Schuhe zu binden. Es sei ausgeschlossen, daß er sich hätte erhängen können. □

Polens Geheimpolizei ermordete einen weiteren Priester

Pater Sywester Zych aus Elblag wurde von der polnischen Geheimpolizei ermordet; der dritte Mord in diesem Jahr, heißt es in der Zeitung der Gewerkschaft Solidarität »Gazeta Wiborza«. Pater Zych verschwand auf dem Weg zu einem Besuch bei einem Gefängnis-Kaplan, seine Leiche wurde an einer Bushaltestelle gefunden. Die örtliche Staatsanwaltschaft von Elblag gab bekannt, die Obduktion habe die Todesursache »nicht enthüllen« können, auch nicht den genauen Zeitpunkt des Todes, weil die Leiche keine Papiere bei sich trug und die Behörden drei Tage dazu brauchten, um den Kirchenmann zu identifizieren.

Aus polnischen Kreisen verlautet, daß der Mord eine Botschaft der Geheimpolizei sei, um warnend darauf hinzuweisen, daß die Solidarität zu weit geht mit ihren Forderungen im Parlament bezüglich der gefürchteten Einsatz- und Geheimpolizei »Zomo« und der Machtfülle des Innenministeriums.

Der Mord erfolgte unmittelbar nach einem historischen Ereignis, dem 10. Juli. An diesem Tag ging die Solidarität mit dem Innenminister und seinem Stellvertreter hart ins Gericht wegen des brutalen Vorgehens mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude am 4. Juli. Mitglieder der Solidarität hatten gefordert, daß die Namen der beteiligten Polizeibeamten bekannt gegeben werden sollten und rief zu tiefen Einschnitten im Haushalt und in der Größenordnung der Sicherheitskräfte des Innenministeriums auf.

Pater Zych saß fünf Jahre im Gefängnis – von 1982 bis 1987 –, weil er sich unter dem christlichen Moralkodex für Priester im Zusammenhang mit der Beichte geweigert hatte, den Namen eines »Untergrund«-Jugendlichen zu nennen, der ihm seine Beteiligung an der Tötung eines polnischen Polizeibeamten gebeichtet hatte. □

Ausbreitung des Satanismus in Groß-britannien

Die dramatische Verbreitung satanischer Kulte war Gegenstand einer reißerisch aufgemachten Fernseh-Dokumentation, die über den britischen Sender Independent TV ausgestrahlt wurde. Ein Vorbericht in der Londoner »Times« nannte die Schau einen »erschütternden Überblick über einen Kult, der sich angeblich durch das ganze Land verbreitet und viele Leben, vor allem junger Leute, zerstört hat«.

Es wurde von einem 15jährigen Mädchen berichtet, wie sie geschwängert und zu einer Abtreibung gezwungen wurde, damit der Fötus in einem barbarischen Ritual geopfert werden konnte.

Der »Sunday Express« brachte ebenfalls einen Bericht zu der Fernsehsendung: »Ein Skandal des ritualen Kindermißbrauchs, Folterung und sexueller Perversion im Zusammenhang mit einem im Untergrund operierenden Satanskult wird in dieser Woche explodieren. Die Krise wird also so ernsthaft betrachtet, daß die Evangelical Alliance of Great Britain, die eine Million Anglikaner, Baptisten, Methodisten und Mitglieder der Heilsarmee repräsentiert, ›Sicherheitshäuser‹ eröffnen will, in denen Opfer der satanischen Riten Unterschlupf finden können.«

In der Fernsehsendung wurden auch die Aktivitäten des amerikanischen Oberstleutnants Michael Aquino und dessen Anwerbungsbemühungen in Großbritannien geschildert. Aquino, ein im aktiven Dienst stehender Offizier der US-Army, hat in Großbritannien eine neue satanistische Gruppe gegründet. □

USA kritisieren französisches Raketen-abkommen mit Brasilien

Die amerikanische Regierung versucht, die Vergabe französischer Raketen-Technologie nach Brasilien zu blockieren. Es geschieht vermutlich aus dem Grund, daß Brasilien die Technologie an Libyen weitergeben würde, mit dem Brasilien bereits in der Raketenproduktion zusammenarbeitet. Dadurch wäre Libyen in der Lage, interkontinentale Raketen zu liefern.

Die französische Firma Arianespatiale, die Ariane-Raketen baut und startet, hat Brasilien Zugang zur Technologie der Viking-Rakete, mit der die Ariane betrieben wird, zugesagt. Das Angebot ist Teil eines Versuchs der französischen Firma, Brasilien dazu anzuregen, Ariane zum Start zweier Satelliten zu benutzen – Kostenpunkt 60 Millionen Dollar – statt der in den USA hergestellten Delta-Rakete von McDonnell Douglas. McDonnell Douglas bietet keine Übermittlung von Technologie an.

Die eigentliche Story hinter den amerikanischen Bemühungen, den Handel zu verhindern, hat vielmehr zu tun mit der Rolle, die sowohl Frankreich als auch Brasilien auf internationaler Ebene spielen, im Widerstreit gegen die »Supermacht-Kondominium«-Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Auf dem Gipfeltreffen der Welt-Führungspersönlichkeiten vom 14. bis 15. Juli dieses Jahres in Paris, sprach sich der französische Staatspräsident François Mitterrand gegen die anglo-amerikanische Wirtschaftspolitik aus und forderte ernsthafte Nord-Süd-Verhandlungen über die Schuldenkrise, die er »ernster für die Menschheit als die Wasserstoff-Bombe« nannte.

Brasilien hat sich in letzter Zeit immer deutlicher gegen den Handel zwischen den Supermächten über die Köpfe der Entwicklungsländer hinweg ausgesprochen. □

Wird Rumänien die Atombombe gegen Ungarn einsetzen?

Nicolae Ceausescus Rumänien hat sich »fleißig die Expertise und das Know-how« zur Herstellung/Lieferung von äußerst zerstörerischem Waffengerät, sei es chemischer oder nuklearer Natur, erworben, ist von Emigranten aus dem Ostblock mit Israel-Kontakten zu erfahren. Sie fügen hinzu, daß »die verrückte Familie in Bukarest zu allem fähig ist«.

Im April dieses Jahres prahlte Ceausescu damit, daß Rumänien über eine Atomkraft verfüge. Der ungarische Außenminister Gyula Horn ließ auf einer Pressekonferenz durchblicken, daß Rumänien Ungarn eines Tages mit einem Atomkrieg bedrohen könnte. Er sagte, wenn die Führung eines Landes behauptet, daß »sie fähig sei, Kernwaffen herzustellen und daß sie in einer nicht zu fernen Zukunft mit der Herstellung von Mittelstreckenraketen beginnen werde, dann wird dies einen bedeutenden Einfluß auf das Nachbarland, in diesem Fall Ungarn, haben«.

Aus Geheimdienstkreisen aus Großbritannien und Israel ist zu erfahren, daß sie mit einem von den Sowjets ermutigten rumänischen Vorstoß gegen Ungarn rechnen, um den Sowjets einen Vorwand zu geben, der Situation in Ungarn ein Ende zu bereiten beziehungsweise den sowjetischen diplomatischen Einfluß im Bereich des Balkans und Mitteleuropas zu erhöhen. Ceausescus Sohn hielt sich im Juli drei Tage lang in Moskau auf. □

Berlins Regierender auf dem Weg zu einem neuen Jalta

Im offiziellen Sachprogramm von AL und SPD wird von der Chance gesprochen, Berlin zu einer »Stadt des Friedens« zu machen. Diesen offiziellen Titel trägt Ost-Berlin bereits.

Die »Nutzung aller Chancen für eine verstärkte Kooperation zwischen Ost und West« ist natürlich im wirtschaftspolitischen Teil festgehalten. In der Deutschland-Politik wird schlicht auf die Dialog-Politik von SED und SPD aus den vergangenen Jahren zurückgegriffen, die es weiterzuentwickeln und in die Tat umzusetzen gilt.

Seit acht Jahren veranstaltet Momper bereits mit wenigen anderen ausgewählten SPD-Funktionären in der Stadt regelmäßige vertrauliche Zusammenkünfte mit hohen SED-Funktionären in Ost und West – mit Wissen und Billigung des Senats und der Alliierten. An den SED-SPD-Unterredungen, die in mehrmonatlichen Abständen stattfanden, nahmen stets engste Berater Erich Honeckers und hohe Geheimdienstbeamte teil.

Bei den Geheimzusammenkünften ging es nicht nur um die Eröffnung neuer Grenzübergänge in Berlin und um westliche Finanzierungsprogramme für überalterte Industrieanlagen in der DDR, sondern um strategische Fragen wie die Auswirkungen der sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen auf die Lage in Mitteleuropa.

Dabei werden Momper und seine SPD-Genossen deutlich die sowjetischen Machtinteressen zu spüren bekommen haben. 1986 drückte es der Vertreter des sowjetischen Außenministeriums Nikolajew beim »Arbeitskreis Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit« so aus: »Eine jede Politik, die in den West-Berliner Angelegenheiten die Realitäten mißachtet oder den Interessen der Sowjetunion oder ihrer Verbündeten zuwiderläuft, ist kurzsichtig und aussichtslos.«

In einem SPD-Leitantrag ist dann auch prompt von der »Versöhnung mit dem Umland« und von einer »Metropole mit eigenständigem Profil« die Rede, die mehr und mehr durch »genossenschaftliche Zusammenschlüsse« in West-Berlin auch wirtschaftspolitisch mit den RGW-Ländern in Austausch treten könne.

Harry Ristock – einer derjenigen, die seit acht Jahren bei den für die Öffentlichkeit geheimgehaltenen Treffen mit hohen SED-Funktionären dabei war – sprach in einem ersten Interview nach Zustandekommen der rot-grünen Koalition von der »historischen Perspektive einer rot-grünen Zusammenarbeit hier«. Und weiter: »Meine Perspektive ist eine neue politische Kultur, die über den Tag hinausweist. Ich denke an 1990 und an eine politische Wende in der Bundesrepublik.«

Die neue amerikanische Regierung empfing nicht nur den SPD-Vorsitzenden Vogel bei seiner jüngsten US-Reise mit Hochachtung, sondern insbesondere auch Mompers persönliche Emissäre Egon Bahr und Dietrich Stobbe, die über die rot-grüne Koalition in Berlin an höchster Stelle informierten und Gesprächspartner hatten, die alle »sehr offen« und »sehr interessiert« waren.

Das ist nicht erstaunlich: Rot-grüne Szenarien wurden seit Jahren in allen Nuancen in der Denkfabrik des amerikanischen Establishments in Berlin, dem Aspen-Institut von Shephard Stone, unter sowjetisch-amerikanischer Beteiligung am runden Tisch »durchgespielt« und nun in die Realität umgesetzt. Walter Momper ist der richtige Mann für das Establishment, das Jalta II ansteuert.

Dem früheren amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan warf Momper vor, »Weltpolitik nach dem simplen Muster von Wildwest-Filmen« zu betreiben. Er provoziere »mit einer Politik der Nadelstiche, der offenen und versteckten Aggression, die andere Supermacht immer wieder bis an den Rand des Gesichtsverlustes«.

In einem Positionspapier der Berliner SPD vom Sommer 1986 forderte die Partei, die Entspannungspolitik »notfalls bis zum Konflikt im Bündnis« zu vertreten.

Die amerikanischen Politiker, die heute von einem zweiten Jalta träumen, werden sich über nichts mehr freuen als über die konkrete Umsetzung der Pläne von SPD und AL. Dazu gehört auch eine AL-Studie zu »Struktur und Funktion von Militär in Berlin (West)«, in der Berlin als »offene Stadt« erklärt wird, die im »Kriegsfall« nicht militärisch verteidigt wird und in der die alliierten Truppen auf eine symbolische Präsenz reduziert sind. □

Frankreich will mit den Sowjets nicht über Waffen sprechen

Der französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement antwortete auf sowjetisches Ersuchen, Frankreich möge sich an den Gesprächen über Abrüstung von Kernwaffen beteiligen, mit einem klaren Nein. Als er in Paris mit dem stellvertretenden sowjetischen Verteidigungsminister Michail Moisejew zusammentraf, sagte Chevènement, Frankreich könne unmöglich positiv auf den sowjetischen Vorschlag reagieren, daß die mitteleuropäische Abrüstungszone entsprechend den vier westlichen Bezirken der Roten Armee erweitert und die französische Atommacht als Teil der mitteleuropäischen Rüstung betrachtet wird.

Chevènement sagte zu seinem Gast aus Moskau, daß Frankreich nicht als Teil Mitteleuropas angesehen werden könne und daß seine Verteidigung eine souveräne, rein französische Angelegenheit sei.

Gerüchten zufolge hat Chevènement Moisejew dahingehend informiert, daß der Begriff »gemeinsame europäische Heimat«, den Michail Gorbatschow ständig im Munde führt, von Frankreichs General Charles de Gaulles »aus den sechziger Jahren, aber natürlich mit einer anderen Bedeutung«, stammt. □

Frankreich

Nationale Rechte im Vormarsch

Beat Christoph Baeschlin

Als zu Beginn des Jahres 1982 die Tageszeitung der nationalen Rechten »Present« erstmals erschien, gab auch ein gewisser Jean-Marie Le Pen ein Grußwort mit auf den Weg. Mancher Leser mag sich damals gesagt haben: »Nanu, offenbar ist das der Mann, der in den fünfziger Jahren als Student Aufsehen erregt hat; geistert der also noch immer in der Politik herum?«



François Mitterrand, von der Pro-Einwanderungs-Lobby politisch gerettet, tut alles, um sich seinen Wohltätern erkenntlich zu zeigen.

Ein Jahr später, im Frühling 1983, erzielte Le Pens »Nationale Front« ganz plötzlich bemerkenswerte Ergebnisse bei den Gemeindewahlen, zum Beispiel in Dreux (Normandie) mit 17 Prozent und im 20. Stadtbezirk von Paris mit 15 Prozent der Wählerstimmen. Zwei Jahre unter Mitterrands Herrschaft hatten genügt, um wirksame politische Gegenkräfte auf den Plan zu rufen. Seit den Europa-Wahlen im Juni 1989 ist die Nationale Front zur drittstärksten Partei Frankreichs aufgestiegen.



General de Gaulle kehrte 1945 als Sieger nach Frankreich zurück und galt als Inbegriff vaterländischer Gesinnung.

Man glaubt, die Rechten vernichtet zu haben

Schon die Europa-Wahlen von 1984 hatten wie ein politischer Vulkanausbruch gewirkt. Erstmals beteiligte sich die Nationale Front an gesamt-französischen Wahlen und errang auf Anhieb neun der 81 Mandate Frankreichs. Das bedeutet, daß Le Pen und die Seinen mehr als zehn Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten. Dadurch bekam die politische Landschaft Frankreichs mit einem Schlag ein ganz anderes Gesicht: Die nationale Rechte war aus ihrem Ghetto herausgetreten und meldete sich kraftvoll zu Wort.

War doch der nationalen Rechten seit der Befreiung Frankreichs im Sommer 1944 jede Existenzberechtigung abgesprochen worden. Wissentlich hatte man übersehen, daß Frankreich im Frühjahr 1940 die schwerste militärische Niederlage seiner tausendjährigen Geschichte hatte hinnehmen müssen. Die Folge war, daß die militärische und politische Führung der Nation sich in Dunst und Nebel aufgelöst hatte. Nicht die Spur eines nationalen Willens und Wollens war mehr spürbar. Denn man hätte wichtige Truppenteile nach Nordafrika übersetzen können oder die vollständig intakte Flotte zusammenziehen.

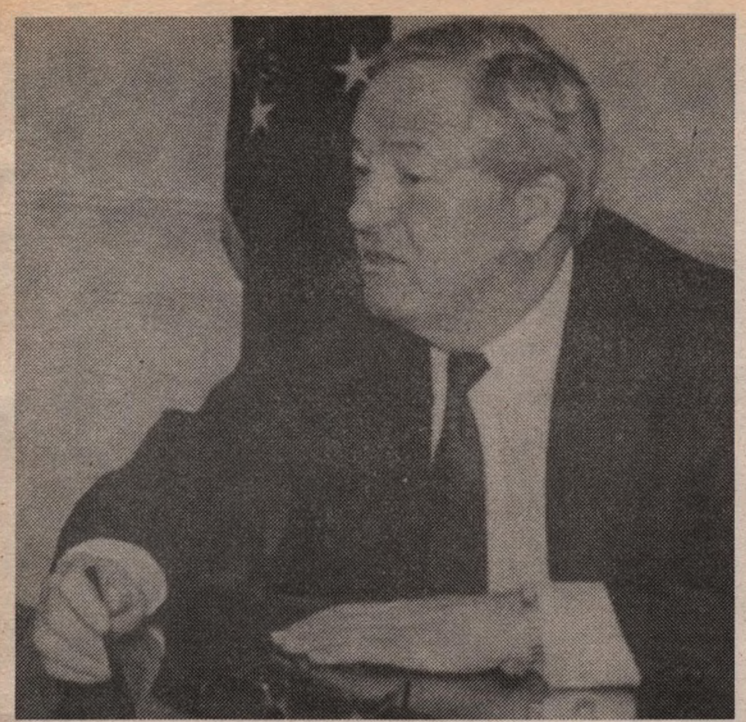
So total war die militärische und politische Pleitestimmung vom Juni 1940, daß die in Bordeaux versammelten restlichen Parlamentarier und Regierungsmitglieder sich beeilten, alles, was noch an staatliche Willensbildung gemahnen konnte, dem greisen Marschall Pétain in den Schoß zu werfen. Er möge sich mit dem deutschen Sieger verständigen.

Die Wähler zwingen Liberale und Gaullisten, Farbe zu bekennen

Nach Erteilung dieses Auftrages verdufteten die Herren Politiker und folgten dem Beispiel von Staatspräsident Lebrun, der schon etliche Tage vorher auf sein Landgut abgereist war und den toten Käfer spielte.

In dieser tiefen Not fanden sich nur die Kreise der nationalen Rechten und die Katholisch-Konservativen bereit, ein irgendwie geartetes staatliches Provisorium aufbauen zu helfen.

Doch wohlgemerkt: An der totalen militärischen Niederlage waren diese Leute in keiner Weise verantwortlich, ebensowenig wie an der zehn Monate vorher großmäulig ausgesprochenen Kriegserklärung an Deutschland. Aber wegen ihres Einsatzes im Augenblick eines vollständigen Machtvakuums wurden sie nach 1944 gnadenloser und blutiger Verfolgung ausgesetzt.



Le Pen steht allein einem politischen Klüngel gegenüber, der den französischen Staat als sein Kollektiveigentum betrachtet.

So hielt die nationale Rechte im Juni 1984 machtvollen Einzug in die Politik Frankreichs. Ausgelöst war dieses Ereignis durch die unter Mitterrands Führung bewirkte marxistische Zersetzung von Volk und Staat. Ein Regime der »Holzköpfe« war am Werk, um die Existenz Frankreichs einem internationalistischen Mythos zu opfern.

Aber nicht nur die Sozialisten standen da für dieses intellektuelle, politische und moralische Zerstörungswerk. Auch die Liberalen und Gaullisten hatten schon vorgearbeitet, um diese Untergangsstimmung vorzubereiten. Einzig Le Pen und seine Nationale Front verteidigten noch das »französische Frankreich«.

Wer am Bankett zur Feier des zweijährigen Bestehens der Tageszeitung »Present« anwesend war, hat schon im Januar 1984 feststellen können, daß Jean-Marie Le Pen inzwischen der unbestrittene und charismatische Führer der im raschen Aufstieg befindlichen nationalen Bewegung Frankreichs war. Innerhalb von zwei Jahren hatte sich die nationale Opposition gefestigt und war zum Angriff übergegangen.

Zwar hatten die konservativen Wähler im Jahr 1981 – ohne es zu ahnen – eine vollständige Änderung der politischen Landschaft bewirkt, indem sie Giscard d'Estaing nicht mehr unterstützten. Die »kriechende Linkspolitik« dieses bürgerlichen Staatsmannes und vor allem die von ihm eingeführte Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruches hatten bewirkt, daß eine Million Wähler nicht mehr für Giscard eintraten.

Da Mitterrand gleichviel Stimmen erzielte wie bei den vorhergehenden Präsidentschaftswahlen, fiel ihm somit ganz überraschend der Sieg zu. Aber wohlgemerkt: Die konservativen Wähler hatten ohne Vereinbarung und ohne voneinander zu wissen, der Linken den Weg zur Macht geöffnet.

Chirac liquidiert den Mythos de Gaulles

Damit sahen sich die bürgerlichen Parteien Frankreichs unverhofft vor die harte Frage gestellt: Entweder bewußt nach rechts, oder bewußt nach links zu marschieren. Aber sie konnten sich weder zum einen noch zum anderen entschließen. Lieber sollten sie die faule Politik Giscards weiter betreiben und mit den Stimmen der Rechten sozialistische Wurstelei besorgen.

Noch hätte die Möglichkeit bestanden, den Gaullismus zu retten. War doch General de Gaulle stets als Inbegriff vaterländischer Gesinnung gepriesen worden. Chirac hatte sich als Treuhänder der Ideale – es waren in Wirklichkeit nur Etiketten – des Generals ausgegeben. Wäre Chirac als europäischer Reagan aufgetreten, hätte er in den Parlamentswahlen von 1986 eine große Wende herbeiführen können. Mitterrands Ansehen stand damals auf einem absoluten Tiefpunkt. Mit einer großen Rechtskoalition wären die Marxisten endgültig aus dem Sattel gehoben worden.

Aber in Frankreich – wie auch in Deutschland – steht die Staatslenkung unter der Vormundschaft geheimer Mächte. Und Chirac besitzt nicht das Format, um sich solcher Vormundschaft zu entledigen, indem er die Interessen von Volk und Staat über die mafiosen Interessen der Geheimmächte stellen würde.

Die Hintergrundmächte forderten, daß Mitterrand im Amt belassen, ja, daß er aufgewertet werde. Die Hintergrundmächte forderten insbesondere, daß die Nationale Front und Le Pen kompromißlos bekämpft und wenn möglich vernichtet würden. Zudem sollte die Invasion nicht-europäischer Bevölkerungselemente stillschweigend geduldet und wenn irgend möglich beschleunigt werden. Bei einer chronischen Arbeitslosenzahl von mehr als zwei Millionen ist das eine unerhörte Zumutung an die Geduld des Volkes.

Weil Mitterrand von der Pro-Einwanderungs-Lobby politisch gerettet worden ist, tut er alles, um seinen Wohltätern sich erkenntlich zu zeigen.

So hat Chirac, als er Premierminister Mitterrands war – in den Jahren von 1986 bis 1988 –, alle vaterländisch angereicherten Schnörkel aus der Zeit des Generals de Gaulle als veralteten Plunder weggeworfen. Chirac wollte »modern« sein und mit dem Glorienschein des strammen liberalen Managers den Staat fahrtüchtig machen.

Zwar hat er da beachtliche Erfolge erzielt, und er hätte gegen Mitterrand die Präsidentschaftswahlen vom Frühjahr 1988 gewonnen – ja, wenn er mit der Nationalen Front zusammengespannt hätte. Aber das war ihm von den Geheimmächten ausdrücklich verboten worden – und Chirac hat dieses Verbot respektiert.

Le Pen als einzige Opposition gegen die Linke

Chirac, der keine zwei Sätze spricht ohne das Wort »Demokratie« einzuflechten, hat mit seinem Wahlgesetz von 1986 die Nationale Front aus dem Parlament ausgeschlossen. Alle Wahlbezirke wurden so zusammengestückelt, daß die Nationalen nirgends einen Sitz erringen konnten. Dank dieser demokratischen Schlaumeierei gelang es, die unbequemen 40 Parlamentarier der Le-Pen-Partei aus dem Ratssaal der Nation zu verjagen.

Als Chirac im Frühjahr 1986 zu diesem tückischen Schlag ausholte, glaubte er in naiver Verblendung, daß den Le-Pen-Anhängern bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 nichts anderes übrigbleiben werde, als ihm, Chirac, die Stimme zu geben. Doch diese Milchmädchenrechnung ging nicht auf. Der »Rechtspolitiker« Chirac hatte in den nationalen Kreisen einen wahren Haß gesät. So geschah, was kommen mußte: Chirac fiel in der Wahl um die Staatspräsidentschaft kläglich durch.

Seither herrscht in der Chirac-Partei totale Verwirrung und Niedergeschlagenheit. Chiracs Ansehen ist verblaßt. Die Wähler wenden sich ab. Die Parteiführung ist zerstritten. Einige möchten jegliche Opposition gegen die Sozialisten aufgeben und lieber eine große Koalition bilden, um so die heißersehnten Ministerposten zurückzuerlangen. Andere möchten mit Le Pen zusammenarbeiten. Daneben sind die Liberalen der Giscard-Partei ohnehin zu jedem Kompromiß mit der Linken bereit. Die Massenmedien schließlich, waren von jeher ganz auf der Seite der Linken.

Darum sagt Le Pen: »Politik besteht heute vorwiegend darin, die wahren Probleme zu vernebeln. Die allgemeine Dekadenz kann nur aufgehalten werden, wenn das französische Volk sein Schicksal selber in die Hand nimmt, die nationale Front will das ermöglichen.« □

Ungarn

Der Haken der Freiheitsbewegung

Martin Burns

Auf seiner kürzlichen Reise nach Osteuropa machte der amerikanische Präsident George Bush eine Zwischenlandung in Ungarn. Er gratulierte den Menschen für ihr Streben und für die Bemühungen um Freiheit und belohnte sie mit einem Geschenk in Höhe von 25 Millionen Dollar.

Der amerikanische Präsident sagte auch zu, 60 Freiwillige des US-Friedens-Corps zu entsenden, um dem ungarischen Volk die »Sprache des internationalen Handels« beizubringen: Englisch. Zweifellos hätten die Ungarn lieber gehabt, was Bush den Polen gab, 115 Millionen Dollar plus ein feierliches Versprechen, ihre Auslandsschuld umzuschulden, plus Neudarlehen vom Internationalen Währungsfonds (IWF).

Das Lieblingsland des Establishments

Aber offensichtlich, weil sie eine stabilere Regierung haben, die einer westlichen Finanzierung nicht dringend bedarf, um eine demokratie-freundliche Bewegung zu ermutigen, müssen die Ungarn sich mit einer geringeren Summe und mit dem Besuch einer Gruppe von idealistischen Amerikanern im Nachjünglingsalter, die eifrig darauf bedacht sind, zu zivilisieren, zufriedengeben.

Ungarn ist für das Establishment das Lieblingsland des Sowjetblocks, es steht in noch größerer Gunst als Polen. Ungarn nimmt begeistert die Reformen der Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Reform) an, so wie sie von dem großen Liberalen, dem Sowjetführer Michail Gorbatschow, verkündet werden.

Wenn überhaupt, dann bewegt sich Ungarn weiter und schneller als die Sowjetunion, aber nicht so schnell, um irgend jemanden zu beunruhigen. Es gibt keine unabhängige Gewerkschaft wie die Solidarität in Polen und keine charismatische Oppositionsfigur wie Lech Walesa. Selbst die römisch-katholische Kirche ist das Muster eines Dekorums.

Ungarn, so wird erzählt, sei dabei, eine Mehrparteien-Demokratie einzuführen und staatseigene Fabriken und andere Betriebe zu privatisieren. Sowjetische Truppen können sogar aus dem Land abgezogen werden, das sie 1944-45 »befreiten« und dessen Bürger dann 1956 abgeschlachtet wurden, als sie von einem anderen großen liberalen sowjetischen Führer, Nikita Chruschtschow, Unabhängigkeit forderten.

Ungarns Vorbild ist Schweden

Ungarn möchte sein wie Schweden. Es will neutral, aber nach Osten ausgerichtet sein, ebenso wie Schweden neutral und nach Westen ausgerichtet ist. Demokratie wird an die Stelle der Diktatur treten. Schon hat der »liberale« Karoly Grosz den pedantischen und altmodischen, inzwischen verstorbenen Janos Kadar, der von 1956 bis 1988 als Premierminister diente, ersetzt.

Wirtschaftliche Freiheit, kulturelle und politische Freiheit stehen alle in Blüte.

Wie zu erwarten ist, hat das Ganze einen Haken, und dieser Haken ist Ungarns Auslandsschuld. Es ist eine ganz einfache Tatsache, daß Ungarn mit einer Fläche von rund 57 500 Quadratkilometer und einer Bevölkerung von 10,6 Millionen Seelen ausländischen Gläubigern 17,7 Milliarden Dollar in Hartwährung schuldet. Das sind 1670 Dollar für jeden Mann, Frau und Kind im Lande.

Ungarns Auslandsschuld ist auf einer Pro-Kopf-Basis die höchste im Ostblock. Polen, ein Land von rund 193 160 Quadratkilometer und mit einer Bevölkerungsziffer von 38 Millionen, schuldet ausländischen Gläubigern 39 Milliarden Dollar, oder etwas über 1000 Dollar pro Einwohner. Polens Wirtschaftsprobleme haben im Westen weit mehr Aufmerksamkeit und Mitgefühl auf sich gezogen als die Probleme Ungarns.

Seit 1968 ist Ungarn immer das offenste der Ostblockländer gewesen. Es ermutigte ausländische Touristen, ins Land zu kommen, und Millionen kommen jedes Jahr, hauptsächlich Bundesdeutsche und Österreicher. Sie brachten ihre sauer verdienten harten Devisen mit.

Den Ungarn steht es seit vielen Jahren frei, zu kommen und zu gehen, wie es ihnen gefällt. Der einzige Haken dabei war die Verfügbarkeit von Devisen.

Ungarische Devisenbestimmungen gestatten den Landsleuten, die ins Ausland reisen möchten, in jedem dritten Jahr den Erwerb von 19 000 Forint (Ft). Beim derzeitigen Wechselkurs von Ft 51 gleich einem US-Dollar sind das $ 373 pro Person oder $ 746 pro Paar, die außer Landes gebracht werden dürfen, womit man in Westeuropa oder Amerika nicht sehr weit kommt.

Auch hier diktiert der IWF

Ungarn ist Mitglied des Internationalen Währungs-Fonds und erhält wie üblich IWF-»Hilfe« und »Überwachung« in wirtschaftlichen Dingen. Hier liegt der Hase im Pfeffer, und dies ist der Grund, warum die Kommunisten plötzlich dazu bereit sind, politische und wirtschaftliche Macht zu »teilen«. Sie möchten jemand haben, der mit ihnen die Schuld auf sich nimmt, da der Lebensstandard nach wie vor sinkt, wie das schon in den letzten Jahren der Fall war.

Der typische Ungar arbeitet acht Stunden pro Tag in einer staatseigenen Fabrik oder Geschäftsbetrieb von 6 Uhr morgens bis etwa 2.30 Uhr nachmittags. Dann geht es los zur Zweitarbeitsstelle, wo gewöhnlich bis 11 Uhr abends in einem Privatbetrieb gearbeitet wird. Dies tun sie sechs oder sieben Tage in der Woche, und es ist notwendig, um mit seinem Geld hinzukommen.

Die Zinsen auf Ungarns Auslandsschulden verschlingen 65 bis 70 Prozent der Ausfuhrerlöse. Das erfordert ein »Sparprogramm«, um die Inlandsnachfrage auszutrocknen und mehr von dem, was Ungarn erzeugt, zur Ausfuhr in den Westen zur Verfügung zu haben, damit die Zinsen auf die Auslandsschulden bezahlt werden können.

Mit der spezifischen Absicht, die Inlandsnachfrage zu reduzieren, führte die ungarische Regierung mit Wirkung vom 1. Januar 1988 zwei sicher funktionierende Nachfrage-Dämpfer ein: eine Einkommensteuer und eine Mehrwertsteuer. Zusammen mit den kürzlichen Preiserhöhungen und Abwertungen des Forints (sechs Prozent im Juli 1988 und fünf Prozent im März dieses Jahres, nach zwei vorhergehenden Abwertungen im Jahre 1987) verringerten sich die Realeinkommen um bis zu 50 Prozent.

Ein großes Problem ist das Veralten der ungarischen Industrie. Dies, zusammen mit einem erbarmungslosen Exportvorstoß, hat die Qualität der für gewöhnliche ungarische Bürger erhältlichen Waren verringert. Der IWF möchte dem dadurch abhelfen, daß die ungarische Industrie »wettbewerbsfähig« gemacht werden soll.

Lautstarkes Murren der überarbeiteten Ungarn

Um dieses Ziel zu erreichen, versprach die ungarische Regierung, die Arbeitslosigkeit durch Entlassungen in der Industrie und Konkurse auf 100 000, gleich zwei Prozent, in die Höhe zu treiben.

Eine theoretische »Wohltat« des Kommunismus ist ein gesicherter Arbeitsplatz, und jetzt gehen

die Kommunisten von diesem Versprechen herunter. Der »Economist«, eine britische Zeitschrift, bemerkte dazu: »Ungarns Wirtschaft muß mutig angepackt werden. Zu den Dingen, die getan werden müssen, um sie zu retten, gehört ein neuer Druck auf die Ausgaben der Verbraucher und eine Beschneidung der Subventionen für den Wohnungsbau und die Schwerindustrie. Solche Maßnahmen werden das bereits lautstarke Murren der überarbeiteten Ungarn nur noch verstärken.«

Die Beendigung der Subventionen bedroht Fabriken, die Produkte minderer Qualität für den heimischen Markt und zur Ausfuhr in die UdSSR und andere Ostblockländer herstellen.

Janos Kozma, ein Beamter an Ungarns Institut für Wirtschaft, stellte fest: »Das Problem liegt darin, daß diese Fabriken ihre Produkte nicht auf irgendeinem anderen Markt verkaufen können. Tatsache ist, daß wir nicht fortfahren können, uns gegenseitig minderwertige Waren zu verkaufen.«

Im Februar gestand das ungarische Fernsehen ein, daß ein Viertel des ungarischen Volkes in Armut lebt. Sandor Nagy, Generalsekretär des offiziellen Zentralrats der Gewerkschaften, sagte, er werde sich »energisch für die Verteilung von Kupons einsetzen, um den Bedürftigen den Kauf von Stapelware zu geringeren Preisen zu ermöglichen«.

Mit anderen Worten: Ungarische Lebensmittel-Bezugskarten.

1988 gab es Handelsüberschüsse gegenüber dem Westen

Die Gewerkschaften riefen auch zu einer Erhöhung der Mindestlöhne von Ft 3700,– auf Ft 4000,–, das heißt 72 Dollar bis 78 Dollar pro Monat, auf.

Im vergangenen Jahr durften Privatunternehmen bis zu 500 Arbeiter beschäftigen. Früher waren es 35. Dies sollte vor allem der eben flügge gewordenen ungarischen Computerindustrie helfen, in der 1988 1500 Privatfirmen arbeiteten. Viele dieser Firmen haben Verbindungen mit europäischen und amerikanischen Computerfirmen.

Viel Computertechnologie wird dem Ostblock immer noch von den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern verweigert, um die Umleitung dieser Technologie zum sowjetischen Militärapparat abzublokken. Aber ein »liberalisiertes« Ungarn könnte sich in wenigen Jahren für eine teilweise oder gar vollständige Aufhebung dieses Embargos qualifizieren. Wenn das der Fall ist, dann wäre dies offensichtlich eine Bezugsquelle von Hardware und Software aus dem Westen für die UdSSR durch die Hintertür.

1988 hatte Ungarn den ersten Handelsüberschuß gegenüber dem Westen seit 1981. Es hatte auch einen Handelsüberschuß gegenüber der UdSSR, der ungewollt ist, da es minderwertiges Maschinenmaterial und andere Industrieprodukte von den Sowjets nicht mehr annehmen will und die Sowjets ihre Ausfuhren von Öl und anderen Rohstoffen, die Ungarn entweder verbrauchen oder gegen Hartwährung verkaufen könnte, nicht weiter erhöhen werden.

Ausländer werden Eigentümer von Firmen

Ungarns Handel mit der UdSSR und anderen Ostblockländern wird mit dem sogenannten transferierbaren Rubel verrechnet, der in Wirklichkeit weder transferierbar noch ein Rubel ist. Statt dessen handelt es sich hier um eine Abrechnungs-Fiktion, mit der Geschäftsabschlüsse unter Ostblockstaaten auf bilateraler Grundlage gehalten werden.

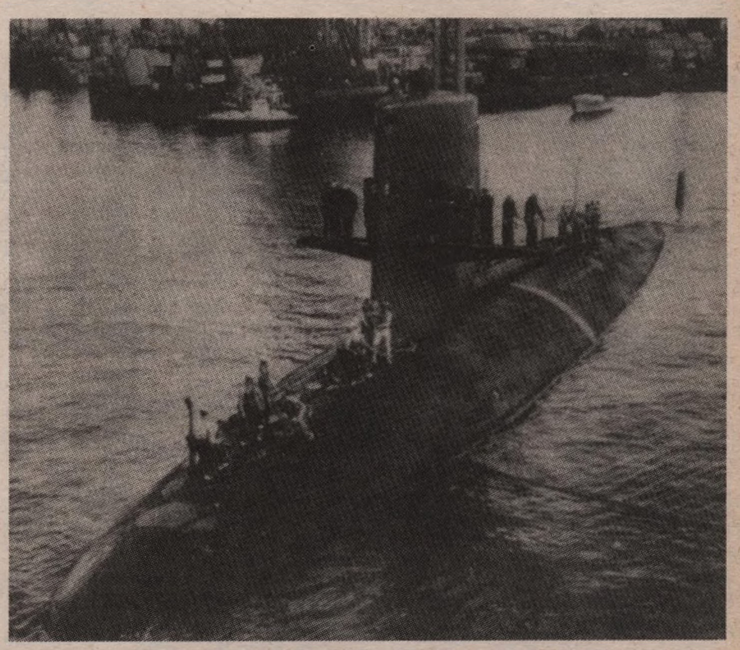
Ungarns Überschuß gegenüber der UdSSR bedeutet, einfach ausgedrückt, daß die UdSSR ihre Einfuhren aus Ungarn nicht bezahlt hat. Ungarn kann seinen Überschuß an transferierbaren Rubel gegenüber der UdSSR nicht für Einfuhren, sagen wir mal aus der Tschechoslowakei oder der DDR, ausgeben. Statt dessen bleibt ihm nur noch die Hoffnung auf brauchbare Waren von Gorbatschow. □

Rüstung

Atom-Arsenal auf hoher See

George Nicholas

Die fünf vordersten Atommächte – die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und Rotchina – sind wohl bekannt; aber wenn es zur sechsten kommt, dann beginnt das Rätselraten. Wenige wissen, daß das sechstgrößte Atom-Arsenal sich auf hoher See auf dem Meeresboden befindet.



Als das U-Boot USS-Scorpion in Portsmouth sank, gingen 99 Mann und sechs Atomtorpedos mit in die Tiefe.

Mehr als 200 Kernwaffen und 19 Reaktoren liegen auf dem Meeresboden, Überbleibsel von Unfällen, Zusammenstößen, Schiffsuntergängen, Feuerausbrüchen, Explosionen und anderen Mißgeschicken, die den Kriegsmarinen der Welt seit 1955 widerfahren sind. Dies sind die Feststellungen eines Sondergremiums der Vereinten Nationen über weltweite Atomschutzmaßnahmen, dessen Bericht über die steigende Bedrohung durch verlorenes und untergegangenes Atomgerät der Marine im September dieses Jahres freigegeben wurde.

Die UN-Studie beruht auf Forschungen von Umweltschutz-Gruppen und zahlreichen Denk-Tanks sowie auf Marine-Logbüchern und auf der Pionierarbeit von Wissenschaftlern wie Dr. Marcella Groothaert, einem belgischen Physiker.

Wachsende Bedrohung durch radioaktive Verschmutzung

»So wie die Atomflotten der Welt von Jahr zu Jahr wachsen, stapeln sich immer mehr Atomsprengköpfe und Reaktoren auf dem Meeresboden«, erklärte Dr. Groothaert. »Der Verlust eines Flugzeugträgers oder das Sinken eines Unterseebootes kann das unterirdische Kernlager um zwischen vier und drei

Atom-Arsenal auf hoher See

Dutzend Sprengköpfen vergrößern.

Wir haben es mit einer schnell wachsenden Bedrohung durch weitverbreitete radioaktive Verschmutzung oder sogar durch eine verheerende Atomexplosion zu tun.«

Die düsteren Warnungen Dr. Groothaerts und anderer besorgter Wissenschaftler erhielt in der letzten Juni-Woche überraschende Unterstützung. Mit einem Vorstoß, der die amerikanische Bush-Regierung und die internationale Rüstungsindustrie erschütterte, gab die kanadische Regierung bekannt, daß sie ihr langgeplantes Neun-Milliarden-Dollar-Programm zum Erwerb von einem Dutzend Atomunterseebooten aufgeben wird.

»Es ist eine niederschmetternde Sache«, gab Oberst Gregory Jackson, ein altgedienter britischer Transportpilot, der nach seinem Eintreten in den Ruhestand zu der Washingtoner Verkaufsmannschaft eines europäischen Verteidigungs-Konglomerats stieß, zu. »Kanada braucht diese sechs U-Boote zur Überwachung und zur Verteidigung gegen sowjetische Unterseebooteinsätze unter der polaren Eisdecke. Es handelt sich um eine strategische Absicherung, die die Vereinigten Staaten ebenfalls als absolut notwendig erachten.«

Jetzt muß die US-Navy ihre eigenen Atomunterseeboote einsetzen und ausschwärmen lassen, um diese arktischen Zufahrtswege zu verteidigen. Ironischerweise war es das Gespenst der ständig zunehmenden sowjetischen Unterseeboot-Katastrophen und die unheilverkündende Zahl der Atomgeräte, die dadurch auf den Meeresboden sanken, die zu der Entscheidung der kanadischen Regierung beigetragen hatte, für ihre Kriegsmarine keine Atomunterseeboote mehr zu kaufen, sondern solche, die mit Dieselmotor betrieben werden, verlautet aus wohlunterrichteten Kreisen im US-Verteidigungsministerium.

Viele schwere Unfälle bei Atom-U-Booten

Das Unfall-Logbuch der sowjetischen Unterseebootflotte ist »Teil eines Geheimberichtes, der bis zum heutigen Tage verborgen blieb«, sagte Admiral John Butz, der damals als Leiter des amerikanischen Marine-Geheimdienstes diente, Ende 1987 vor einem Unterausschuß des US-Senats aus. »Wir wissen jedoch«, sagte er, »daß ihren Atomunterseebooten seit den frühen fünfziger Jahren zahlreiche schwere Unfälle zugestoßen sind.«

Butz legte Serienfotos von einem der schlimmsten Atomunfälle vor, die bisher bekannt wurden, nämlich von dem Untergang eines sowjetischen Unterseeboots der Yankee-Klasse von 1986, bei dem das Boot 500 Meilen östlich der Bermudas explodierte und nach einem kurzen Überlebenskampf mit mindestens 34 Atomsprengköpfen an Bord auf den Meeresboden versank.

Der sowjetischen U-Boot-Streitmacht passierten seit Anfang der siebziger Jahre »mindestens ein Dutzend« größerer Mißgeschikke, ist aus Kreisen des US-Außenministeriums zu erfahren.

Die sowjetische Kriegsmarine, von amerikanischen Experten die »unfallträchtigste von allen« genannt, ist auch verantwortlich für die Havarie des Eisbrechers »Lenin« im Dezember 1969, wobei drei aktive Kernreaktoren auf dem Meeresboden blieben, verlautet aus den gleichen Quellen.

Auch die Amerikaner vergessen ihren Atommüll auf dem Meeresboden

Die amerikanische Kriegsmarine, die einen viel besseren Sicherheitsnachweis vorweisen kann als die Sowjetunion, hat nichtsdestoweniger auch eine Reihe von Unfällen erlitten, die den Meeresboden mit gefährlichen Atom-Wrackteilen bedekken. Aus diplomatischen Kreisen erhielten wir Musterbeispiele einiger schwerer Zwischenfälle, die in der UN-Studie aufgeführt sind.

Das U-Boot »USS Scorpion«, über das ein elektrisches Feuer hinwegfegte, sank im Mai 1986 in der Nähe der Azoren und nahm sechs Atomtorpedos mit sich in die Tiefe.

Als beim Jonston Atoll im Pazifik eine Thor-Rakete versagte, fiel ein Versuchs-Atomsprengkopf ins Meer. Er wurde niemals geborgen. Im Dezember 1965 machte sich ein Allwetter-Düsenjäger der US-Navy vom Typ »A4-E Skyhawk«, der gerade im Aufzug des Flugzeugträgers »USS Ticonderoga« nach oben fuhr, selbständig und rollte in den Ozean. Zwei thermonukleare Bomben vom Typ B43 sanken über 5000 Meter tief auf den Meeresboden.

Als das Atomunterseeboot »USS Thresher« Feuer fing und am 10. April 1963 etwa 100 Meilen östlich von Cape Cod versank, wobei 129 Menschen an Bord ihr Leben verloren, fielen acht Atomsprengköpfe und 16 Atomtorpedos sowie zwei Reaktoren auf den Boden des Ozeans.

»Und ähnliche Katastrophen befielen die britische und die französische Kriegsmarine«, sagt ein Forschungsassistent der UN. »Sehr ähnlich wie beim sowjetischen Oberkommando ist man auch bei uns bezüglich des Atomunfallverzeichnisses sehr geheimnisvoll und ausweichend und überläßt es uns, über die wirkliche Anzahl der radioaktiven Gegenstände, die sie ins Meer versenkt haben, zu spekulieren.«

Keiner weiß, wo die verlorenen Waffen jetzt sind

Jedoch während man sich der Öffentlichkeit gegenüber abschirmt, sind westliche Verteidigungsbeamte inzwischen tief beunruhigt über die Bedrohung, die solche Atom-Wrackteile darstellen, wie das plötzliche Fallenlassen des Atom-Unterseeboot-Programms durch die kanadische Regierung beweist.

Nach der übereinstimmenden Meinung von Physikern und Ozeanografen wirft der wachsende Berg von atomgetriebenem Waffengerät, das auf See verlorenging – hauptsächlich Atomsprengköpfe, Torpedos und Wasserbomben, zusammen mit gesunkenen Reaktoren, die entworfen wurden, um Atomkriegsschiffe mit Energie zu versorgen –, einen Haufen lebenswichtiger Fragen auf, die viel zu lange außer acht gelassen wurden.

Was genau passiert langfristig mit scharfen Atomwaffen, wenn sie in Salzwasser untergetaucht sind? Bleiben sie »heiß«, das heißt radioaktiv – und für wie lange? Da ihr Gehäuse, Auslöser und Sicherungen unter Wasser verrotten, laufen Sprengköpfe und Bomben weiterhin Gefahr einer Kernexplosion, vielleicht sogar einer Kettenreaktion, so etwas Ähnliches wie ein letzter großer ozeanischer Kampf zwischen Gut und Böse? Was das betrifft, wissen wir bei den Unterwasserströmen und Gezeiten überhaupt, wo diese verlorenen Waffen des Jüngsten Gerichts jetzt sind?

Keine Daten, um Fragen zu beantworten

»Die Kriegsmarinen der Welt, an der Spitze die Sowjets, haben lange zur Geheimhaltung und Täuschung Zuflucht genommen, um ihre Unfälle vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen«, sagt Dr. Andrew Horvath, ein junger Physiker für Hochleistungstechnik an der Columbia University. »Wir haben so gut wie keine verläßlichen Daten, um diese dringenden Fragen beantworten zu können.«

Das UN-Gremium, das derzeit hinter verschlossenen Türen Forschungsergebnisse und Fachgutachten darüber zusammenstellt, um herauszufinden, wie man mit dieser High-Tech-Gefahr fertigwerden kann, ist die erste internationale Kommission, die eine solche Untersuchung durchführt. Es wird erwartet, daß sie ein von den Großmächten zu förderndes wissenschaftliches Schnellprojekt empfehlen wird, um einige der oben erwähnten Fragen beantworten zu können und um eine schnelle Lösung für das anstehende Problem zu erarbeiten. □

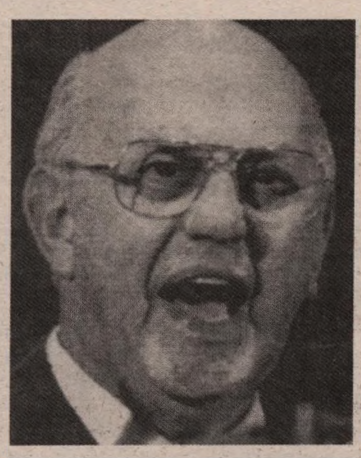
Südafrika

Strategischer Gewinn für die Roten

Carl Freigang

Walvis oder Walfish Bay – Walvisbaai in Afrikaans und Walfischbucht auf Deutsch – ist eine alte Walfangstation – daher der Name – im Südatlantik, wo Yankee-Walfänger und ihre norwegischen, holländischen und dänischen Konkurrenten im 18. und 19. Jahrhundert verweilten, um frische Nahrungsmittel und Wasser an Bord zu nehmen. Sie wurde am 7. August 1884 der Kap-Kolonie angeschlossen.

Jetzt ist die Walfischbucht ein abgetrennter Teil der Kap-Provinz von Südafrika. Diese südafrikanische Enklave ist völlig von dem Gebiet von Südwest-Afrika umgeben, das noch in diesem Jahr zum neuen Staat Namibia werden soll. Man stelle sich vor, das Land analog zu West-Berlin, das ein Stück der Bundesrepublik Deutschland ist, das völlig von der DDR eingeschlossen ist; mit dem Unterschied, daß West-Berlin von Land umgeben ist.



Der zurückgetretene südafrikanische Präsident P. W. Botha wurde vom Establishment als unnachgiebig bezeichnet.

Die Beherrschung der Schiffahrtswege

Und so wurde die Walfischbucht wegen ihrer höchst strategischen Lage zu einem Zankapfel unter den großen Weltmächten. Die Beherrschung der Walfischbucht bedeutet die Beherrschung der bedeutenden Schiffahrtswege, ganz zu schweigen von den strategisch wichtigen Vorkommen an Mineralien, Edelmetallen und Diamanten.

Erst am 12. März 1878 erklärte die britische Regierung, daß die Walfischbucht unter britischer Rechtsprechung stehe.

Wenn die Nebelwolken vom Atlantik hereinwirbeln, ist Walvis Bay eine düstere Silhouette eintöniger leichter, einstöckiger Landhäuser und eine Zusammenballung von Geschäften um Kaikräne, Heizölvorratstanks und Militäranlagen. Und doch ist es ein Paradies für die Bergleute, die einen Ort der Erholung von der Wüste Namib suchen, und für die Mannschaften der Fischerboote, die an der Skelett-Küste entlang operieren.

Wichtig für die wirtschaftliche Zukunft des Gebiets

Der Hafen bewältigt über 90 Prozent der Tonnage des Handels von Südwest-Afrika mit der Außenwelt, darunter 100 Prozent der Schwerlastgüter – Maschinenteile, Mineralien, Karakul-Lammfelle, Erdölprodukte und so weiter. Der andere Ozeanausgang Südwest-Afrikas, Lüderitz (Angra Pequena) weiter südlich gelegen, wurde von den Deutschen um die Jahrhundertwende als Nothafen ausgebaut und bewältigt nur einen kleinen Teil des Außenverkehrs des Territoriums.

Dies macht die Enklave Walvis Bay zur wirtschaftlichen Zukunft des ganzen Gebietes. Sie umfaßt 750 Quadratmeilen Land und 60 Meilen Küstenlinie. Zu ihrer Bevölkerung zählen 1200 Weiße, 700 Schwarze und 600 »Farbige« (Mischblut, eine britische und südafrikanische Bezeichnung), einschließlich des Militärpersonals um den Hafen und einer verlassenen Luftlandepiste herum.

Der strategische Wert der Enklave wurde schon 1880 erkannt, als Lord Kimberley, der Sekretär für die Kolonien, vor dem britischen Oberhaus erklärte:

»Walvis Bay wurde zum britischen Territorium erklärt wegen der Bedeutung der Beherrschung des einzigen Hafens entlang der ausgedehnten Küste, durch welche Waffen und Handelsgüter in das Gebiet gelangen können.«

Seine Argumentation gilt immer noch.

Strategisch ebenso wichtig wie Gibraltar

Ein Vergleich mit Gibraltar ist unvermeidlich, und Christoffer Lombard de Jager, der parlamentarische Kandidat der regierenden National Party für die September-Wahlen in Südafrika führte aus: »Vom strategischen Standpunkt aus betrachten wir Walvis Bay als sich in der gleichen Position befindlich wie Gibraltar. Wer auch immer diesen Hafen besitzt, beherrscht den Südatlantik. Es ist bedeutsam für den Westen, daß Walvis Bay in Freundeshänden verbleibt, die die Seeroute um das Kap herum beschützen.«

De Jager, Rechtsanwalt und ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde, ist mit der Rechtsgültigkeit von Südafrikas Besitz der Enklave zufrieden:

»Wenn die Briten Gebiete annektieren, dann gehen sie gewöhnlich sicher, daß sie es gründlich tun. Und in diesem Fall haben sie das getan.«

Er bestätigt noch einmal, daß der Hafen Namibia zur Verfügung stehen wird und meint, es gebe keinen Grund für die kommunistische South West African People's Organization (SWAPO), »zu versuchen, durch politischen Druck oder militärische Gewalt die Herrschaft über Walvis Bay zu gewinnen«.

Noch weht die Flagge Südafrikas

Man kann davon ausgehen, daß die Roten der SWAPO nach dem traditionellen schwarzafrikanischen Verfahren »ein Mann, eine Stimme« einmal als Diktatur über Namibia hervorgehen wird.

In bezug auf dieses Thema erklärte der Ex-Präsident von Südafrika P. W. Botha im Dezember 1988, daß Südwest-Afrika, wenn und falls es zum unabhängigen Staat Namibia wird, den Hafen von Walvis Bay benutzen könne, vorausgesetzt, daß sein Verhalten gegenüber Pretoria »verantwortungsbewußt« sei.

Und so flattert die weiß-blaue Flagge Südafrikas immer noch über die gelben Sanddünen und grünlichen Gewässer der Walfischbucht. Aber wie lange noch? Gegen Südafrika hat sich eine Koalition von Mächten aufgestellt, darunter die Bürokratie der Vereinten Nationen und hinter ihr die Bürokratie des amerikanischen Außenministeriums – und es sind alles angehende Politikmacher und Gestalter der Zukunft der Welt.

Die USA werden sich auf die Seite der SWAPO schlagen

Ein Teil des Plans bestand darin, Botha durch den neuen Führer der National Party, F. W. de Klerk, zu ersetzen, der in den Medien des Establishments zum Thema Namibia als »gemäßigt« gilt, während Botha als »unnachgiebig« bezeichnet wird. Die stillschweigende Folgerung daraus ist, daß de Klerk wegschauen wird, wenn die in Angola stationierten kommunistischen Streitkräfte hereinkommen, um Namibia in Besitz zu nehmen, was Botha sicherlich nicht tun würde. □



Sowjetunion

Jelzin das heimliche Sprachrohr Gorbatschows

Alfred König

Hochinteressante Gerüchte dringen derzeit von gewöhnlich gut informierter Seite aus der Sowjetunion. Danach soll der sowjetische Radikalreformer Boris Jelzin in Wirklichkeit das heimliche Sprachrohr von Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow sein, der das ausspricht und fordert, was dieser selber noch nicht kann.

Und Gorbatschows Pläne sollen insgeheim noch weitergehender sein als bisher angenommen. Die weitere militärische Aufrüstung der Roten Armee sei dabei das Zuckerbrot, mit dem sich der Kreml-Herrscher die militärische Führung, die der Glasnost- und Perestroika-Politik noch immer sehr skeptisch gegenüberstehe, gefügig machen wolle.

Mehr Freiheit und mehr Wohlstand

Das Problem seien die alten Polit-Bonzen, die vor allem auch einer sehr mächtigen, in der Vergangenheit schon sehr oft die Weltgeschicke negativ beeinflussenden internationalistischen Gruppierung angehören. Gegen diese könne sich Gorbatschow derzeit noch nicht selber erheben. Und in genau diese Bresche soll Jelzin schlagen und damit das Rad der sowjetischen Geschichte in Richtung mehr Freiheit und Wohlstand wenden.

Gorbatschow ist sich, so die Informationen weiter, bewußt darüber, daß den Sowjetbürger nicht so sehr das Militär oder irgendwelche Rivalitäten der verschiedenen politischen Systeme interessieren, sondern nahezu ausschließlich nur sein ganz persönlicher Lebensstandard. Und daß dieser in der UdSSR milde ausgedrückt katastrophal ist, weiß die ganze Welt.

Gorbatschow blieben damit nur zwei Möglichkeiten: Zum einen die Rüstung drastisch kürzen und damit den offenen Machtkampf mit den alten Parteibonzen aufnehmen – wozu er derzeit wohl noch zu schwach sei –, oder diesen so wenig Angriffsflächen bieten wie möglich und versuchen, mit diffizilen Mitteln das Ziel zu erreichen. Und hierfür bediene er sich Jelzin.

Dieser habe die Aufgabe, zum einen das sowjetische Volk wieder und immer wieder auf die fehlende Versorgung mit den einfachsten Gebrauchsgütern und Lebensmitteln hinzuweisen und damit das Verlangen danach immer stärker zu schüren, und zum anderen die militärische Rüstung als Hauptgrund für den Versorgungsmangel hinzustellen.

Gorbatschow spekuliere dabei auf folgendes: Wenn die Stimmung im Volk immer schlechter werde und Millionen im ganzen riesigen Staatsgebiet ihr diesbezügliches Anliegen vorbringen, würde dies auch die »Alten« zum Einlenken zwingen. Dieses um so mehr, als auch kein hundertprozentiger Verlaß auf das Militär, und hier speziell auf den einfachen Soldaten, ist, daß es in so einem Fall gegen Gorbatschow interveniert.

Die schützende Hand über Jelzin

Und auch das »Nationalitätenproblem« spiele in diese Richtung. Wenn nämlich das baltische Volk die Revidierung der von der Sowjetunion erfolgten völkerrechtswidrigen Annektierung erreiche – was mittlerweile auch geschehen ist –, dann sei der Weg der Sowjetunion hin zu einem unter einer Zentralregierung stehenden föderalistischen Staatengebilde nicht mehr aufzuhalten.

Dies sei auch der Grund, warum Gorbatschow 44 Jahre nach Kriegsende jetzt das geheime Zusatzabkommen des Stalin-Hitler-Pakts auch offiziell bestätigt, die bislang hochgeheimen Archivunterlagen veröffentlicht und dieses Abkommen sogar annulliert hat. Und dem Vernehmen nach soll es in nicht allzu ferner Zukunft zu einer weiteren Veröffentlichung noch geheimerer Unterlagen kommen, die einen bestimmten, die Deutschen betreffenden und belastenden Punkt richtigstellen sollen. Dies alles geschehe ausschließlich zur Verdrängung der Internationalisten aus dem Machtzentrum.

Alles obige berücksichtigt, erscheinen auch viele Vorfälle rund um Jelzin in einem ganz anderen Licht. Denn eines bleibt festzuhalten: Jelzin mußte vermeintlich viele Rückschläge einstecken, blieb aber trotzdem immer ganz oben.

Im November 1987 wurde Jelzin als Parteichef Moskaus abberufen, weil er zu viele Tabus gebrochen und zu viele Dinge konkret beim Namen genannt hatte. Dennoch behielt er alle seine Privilegien, wie beispielsweise seine 120 Quadratmeter große Wohnung mit Parkettfußboden, seiner Tochter wurde innerhalb von nur zwei Jahren eine neue und bessere Wohnung in Moskau zugeteilt. Des weiteren spielte er im öffentlichen Leben nach wie vor eine wichtige Rolle.

Dies ist aber nur dann möglich, wenn irgend jemand schützend seine Hand über Jelzin hielt. Denn in ähnlichen vorhergehenden Fällen war es üblich, daß der Betreffende ganz von der politischen Bühne verschwand, besonders dann, wenn der Geschaßte auch noch KPdSU-Chef einer großen Stadt – in diesem Fall sogar der sowjetischen Hauptstadt – war.

Und eines darf nicht vergessen werden: Während Jelzin heute eine unwahrscheinliche Popularität bei der breiten Masse des Volkes und damit einen gewissen Schutz genießt, war dem vor knapp zwei Jahren noch gar nicht so. Damals war er nur ein aufmüpfiger Parteichef, von dem heute kaum noch jemand reden würde. Wenn er nicht, ja wenn er nicht der Protegé jemand anderes wäre.

Das Ziel heißt Schwächung der »Alten«

Doch dieser jemand, niemand anderes als Michail Gorbatschow, ist aus der Schußlinie – zumal dieses ganze Spiel auch ausgezeichnet aufgebaut ist. Der Volksdeputiertenkongreß wählte Jelzin bekanntlich nicht in den Obersten Sowjet. Dies veranlaßte dann die sowjetische Bevölkerung zu lautstarken massiven Protesten, mit der Folge, daß ein gewählter Abgeordneter auf sein Mandat verzichtete; was ebenfalls auch heute noch in der Sowjetunion nicht ohne machtvolle Unterstützung irgendwelcher im Hintergrund operierender Kräfte möglich gewesen wäre.

Und das Volk fühlt sich gestärkt und sieht sich darin bestärkt, daß es selber über Macht verfügt und Dinge aus eigenem Antrieb ändern kann.

Und die Absicht, die Gorbatschow über Jelzin verfolgt, geht ganz klar aus einem Interview hervor, das Jelzin der Illustrierten »Quick« gab. Dort erklärte er: »Die wahre Macht muß vom Volk ausgehen, vom Obersten Sowjet und vom neu geschaffenen Organ, dem Kongreß der Volksdeputierten.« Auch die vielen anderen in diesem Interview gesagten Dinge haben alle ein Hauptziel: Nämlich die Schwächung der alten internationalistischen Machtclique im Zentralkomitee der KPdSU.

Und auch die Kritik Jelzins an Gorbatschow ist vor diesem Hin-

tergrund zu sehen. Denn er muß das aussprechen, was Gorbatschow selber nicht kann. Er muß das hinter ihm stehende Volk – und nach Gorbatschow ist Jelzin mit Abstand der bei der Bevölkerung beliebteste Politiker der UdSSR – in die richtige Richtung weisen. Gleichzeitig muß er aber Gorbatschow aus der Schußlinie halten, um den Internationalisten keinen Anlaß für einen von ihnen erzwungenen Machtwechsel zu geben.

Wunschvorstellung ist eine Partei nach westlichem Vorbild

Daß jemand die Hand schützend über Jelzin hält, beweisen auch die jüngsten Geschehnisse in der UdSSR. Am letzten Juli-Wochenende haben sich 368 der insgesamt 2250 Mitglieder des Volksdeputiertenkongresses, darunter auch Andrej Sacharow, zu einer Oppositionsgruppe namens »linksradikale Fraktion« zusammengeschlossen; wobei noch die 140 baltischen Volksdeputierten fehlten, die sich voraussichtlich auch dieser Gruppierung anschließen werden.

Jelzin, der mit großer Mehrheit zum Präsidenten dieser Vereinigung gewählt wurde, kündigte sogar an, nun auch eine eigene Fraktion im Volksdeputiertenkongreß und vor allem auch im Obersten Sowjet gründen zu wollen. »Unsere Wunschvorstellung ist eine Partei nach westlichem Vorbild«, sagte der Abgeordnete Kotowa. Seit 1922 die Fraktion der Linkssozialistischen Revolutionäre und der Bolschewiki zerschlagen wurden, hat es in der Sowjetunion keine parlamentarische Opposition mehr gegeben.

Diese Gruppe verfügt nach eigenen Angaben über genügend Kapital, um sich selbst finanzieren zu können. Wie hoch diese Mittel sein müssen, läßt sich daran erkennen, daß sie sogar eine Zeitung mit dem Namen »Der Abgeordnete des Volkes« in einer Massenauflage von 300 000 Stück herausbringen konnte.

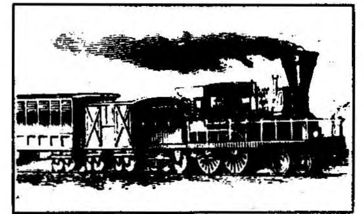
Hauptziel der von Boris Jelzin geführten Oppositionsgruppe ist eine beschleunigte Reformpolitik in der UdSSR. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Versammlung und Reformwirtschaftlers Gawri Popow muß dies durch »vorsichtige Gesetzesänderungen« und nicht durch die bislang »spontanen Schritte« der Regierung erreicht werden.

Während Gorbatschow sich früher einer Opposition zu den regierenden Kommunisten vehement widersetzt hatte, bezeichnete dieser laut TASS unterschiedliche Meinungen zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten des Landes als eine »natürliche Sache«.

Massiver Widerstand der Internationalisten

Dies macht aber eine gewisse Besorgnis über die Entwicklung in der Sowjetunion nicht hinfällig – ganz im Gegenteil. Denn heute kann noch niemand sagen, wer letztendlich wirklich diesen Machtkampf für sich entscheiden wird. Den Internationalisten weht der Wind derzeit aus allen Richtungen ins Gesicht. Immer mehr Wähler in der Bundesrepublik besinnen sich auf ihr Nationalgefühl, die Vereinigten Staaten setzen sich immer mehr von Israel, der Heimstätte der Internationalisten, ab, und nun versucht auch Gorbatschow das Boot UdSSR in eine andere Richtung zu lenken.

Dies zeigt, daß der Machtkampf in der UdSSR noch lange nicht beendet ist. Sollten aber die Internationalisten gewinnen – und dies ist durchaus möglich –, dann hat die Sowjetunion angesichts der im Westen blind voranschreitenden einseitigen Abrüstung beziehungsweise des Verzichts auf absolut notwendige Modernisierung eine gewaltige militärische Übermacht, die auch zu Erpressungszwecken genutzt werden kann, denen der Westen dann nachgeben müßte. Und auch Gorbatschow könnte sich irgendwann einmal vor die Alternative gestellt sehen, wenn die Ergebnisse seiner Glasnost- und Perestroika-Politik nicht die von ihm erhofften Erfolge zeitigen, sich wieder mehr zu einer Politik alter Prägung hinzuwenden. □



Weltkontrolle

Aspekte der islamischen Revolution

Erster Teil

Ivor Benson

Eine Erfahrung der islamischen Revolution im Iran und deren Bedeutung für die übrige Welt kann mit drei weitreichenden allgemeinen Feststellungen beginnen: Erstens, die iranische Revolution hat gezeigt, daß Religion immer noch ein überzeugenderer Mobilisator massen-politischer Aktionen sein kann als weltliche Ideologien; zweitens, die Revolution fordert die kulturelle Hegemonie westlicher Ideen, nicht nur als Religion, sondern auch als alternatives Gesellschaftsmodell und Lebensart heraus; drittens, die iranische Revolution kann daher als eines der bedeutendsten Ereignisse in der modernen Geschichte, vergleichbar mit der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert und der Russischen Revolution in diesem Jahrhundert, bezeichnet werden.

Im Kielwasser der Salman-Rushdie-Affäre und der fortgesetzten Drohungen des Terrorismus gegen die Luftfahrt und andere verwundbare Stellen bleiben der Iran und seine weitverstreuten Anhänger beharrlich im Blickwinkel der Welt. Eine Untersuchung der islamischen Revolution im Iran zeitigt zwei große Wahrheiten mit ungeheuren stillschweigenden Folgen: Religion kann immer noch ein überzeugenderer Mobilisator massen-politischer Aktionen sein als weltliche Ideologien, und die langjährige Hegemonie der westlichen Gesellschaftsmodelle hat aufgehört zu existieren. Die iranische Revolution tritt somit als eines der bedeutendsten Ereignisse in der modernen Geschichte hervor, auf gleicher Ebene wie die einschneidenden Französischen und Russischen Revolutionen.

Eine Entwicklung mit weltweiten Folgen

Es gibt zahlreiche Gründe für die Überzeugung, daß das Erscheinen des höchst dynamischen Fundamentalismus im Iran eine Entwicklung von unberechenbaren weltweiten Folgen hat. Das Center for International Studies am Institute of Technolgy in Massachusetts nahm wie folgt dazu Stellung:

»Die iranische Revolution hat eine der hauptsächlichsten religiösen und politischen Entwicklungen unserer Zeit hervorgehoben, nämlich die Erneuerung des islamischen Fundamentalismus von Indonesien bis Marokko und von der Türkei bis Zentral-Afrika.«

Dr. Hamid Algar, Professor für persische und islamische Studien an der University of California, Berkeley, bemerkt:

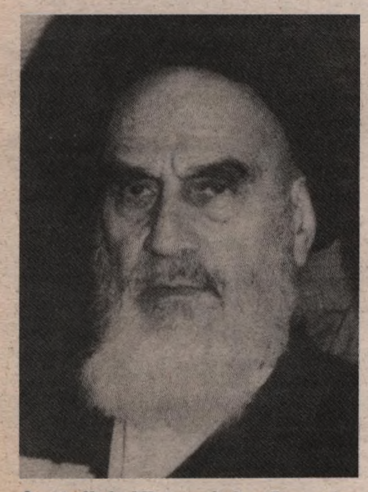
»Das Thema der islamischen Revolution im Iran ist eines, dessen Bedeutung kaum unterstrichen zu werden braucht. Im Ablauf der Zeiten wird ihre Bedeutung sogar noch klarer, sie ist das bemerkenswerteste und tiefgreifendste Ereignis in der Gesamtheit der islamischen Geschichte. Wir sehen bereits, daß die Stoßkraft der islamischen Revolution auf verschiedene Weise über die Länge und Breite der islamischen Welt von Marokko bis Indonesien, von Bosnien ins Herz von Europa bis herunter nach Afrika zum Ausdruck kommt.«

Dr. Kalim Siddiqui, Direktor des Muslim Institute, London, schätzt die Dinge wie folgt ein:

Weltkontrolle

Aspekte der islamischen Revolution

»Seit der Revolution im Iran bin ich in einigen der sunnitischen Länder, und zwar in einigen der reaktionärsten von diesen, wenn ich es einmal so ausdrücken darf, herumgereist; ich kann Ihnen versichern, daß die Menschen in diesen Ländern geradzu wie elektrisiert sind, und man hat ihre Fantasien eingefangen. Einige von ihnen treffen die Vorsichtsmaßnahme, ihre Türen zu verschließen, bevor sie darüber reden. Wenn Staatsgrenzen beseitigt würden, dann würde Ayatollah Khomeini wahrscheinlich durch Zuruf von dem Umah als Ganzes zum Führer der moslemischen Welt von heute gewählt werden.«



Ayatollah Khomeini stürzte im Iran die persische Monarchie, eine der ältesten der Welt.

1979 stürzten die Mullahs im Iran die persische Monarchie, eine der ältesten der Welt, als diese sich auf dem Höhepunkt ihrer Macht befand, und ersetzten sie durch eine islamische Republik, die der Durchführung der Sharia, eines Gesetzes über das Verhalten der Bürger im Privatleben und im öffentlichen Leben, das der Koran vorschreibt, geweiht ist.

Kein Tag ohne Nachrichten aus der islamischen Welt

Seitdem ist kein Tag vergangen ohne Nachrichten, die den Islam betreffen: eine noch andauernde Revolution in Afghanistan, Unruhen in mehreren Sowjetrepubliken mit islamischen Mehrheiten oder Minderheiten, endlose Konflikte in Kaschmir, Terrorismus über ganz Europa, der auf islamische Kreise in Algerien zurückzuführen ist, um nur einige zu nennen.

Schreibt Amri Taheri, ein ehemaliger Zeitungsherausgeber in Teheran:

»Niemand weiß, welcher moslemische Staat den Fundamentalisten zum Opfer fallen wird und wann. Gewiß ist jedoch, daß fundamentalistische Aktivitäten in einigen der moslemischen Schlüsselstaaten, vor allem in der Türkei, Pakistan und Ägypten, beträchtliche Kräfte mobilisieren konnten. Der Islam ist auch die beherrschende politische Kraft in Afghanistan und hat den Regierungen in Indonesien, Malaysia, Somaliland, Nigeria, Senegal, Tunesien, Marokko und Jordanien zahlreiche Konzessionen abgerungen.«

Imperialismus und Kolonisation

Im Iran war es dem Beobachter deutlicher vielleicht als anderswo möglich, die wesentlichen Einflüsse, die hier an der Arbeit waren, eine östliche Religion auf dramatische Weise aufzuwecken, von der man lange glaubte, sie sei im langsamen Verfall begriffen, abzutrennen und separat zu untersuchen. Insbesondere sehen wir, wie rein religiöse Gedankengänge und Werte Schritt für Schritt ausreichende öffentliche Unterstützung inspirieren konnten, um ein mächtiges, von einer großen Armee gestütztes Regime mit praktisch unbegrenztem Rückhalt im Ausland zu stürzen.

Drei Hauptfaktoren müssen hier untersucht werden. Erstens, der Islam im allgemeinen als Glaubensbekenntnis; zweitens, feindliche Einflüsse, die im Iran das Überleben des Islam gefährdeten; drittens, die verhärtete Form der schiitischen Sekte des Islam, der die Herausforderung galt.

Über die groben Züge der Geschichte des Iran in den letzten 150 Jahren kann es keinen Zweifel geben. Fremde Mächte haben die internationalen Angelegenheiten des Landes stark beeinflußt, um ihren eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen zu huldigen, und die Meinungen und Interessen der Bürgerschaft wurden dabei kaum berücksichtigt. Bis 1945 waren die fremden Mächte, die den Iran beherrschten, hauptsächlich Rußland und Großbritannien.

Rußland war an territorialer Expansion interessiert, Großbritannien am Aufkauf des iranischen Marktes für den britischen Handel, an der Absicherung der kontinentalen Landbrücke nach Indien und später natürlich an der Beherrschung der Ölvorkommen des Irans.

Die Iraner zeigten durch diesen ganzen Zeitraum hindurch weiterhin ihre Abneigung gegenüber den fremden Eindringlingen, wobei das Priestertum (der Ulema) stets eine führende Rolle spielte.

Von 1952 an wurden die Briten durch die Amerikaner ersetzt, die in engem Bündnis mit den Israelis arbeiteten und den Schah und die vom Ulema mobilisierten Massen in den bitteren und gewaltigen Endkampf trieben. Diese Ereignisse gipfelten 1979 in dem Sturz des Schahs Mohammed Resa, dem letzten der Pahlewi-Dynastie, die kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges von den Briten eingesetzt worden war.

Eine Pathologie der Gesellschaft

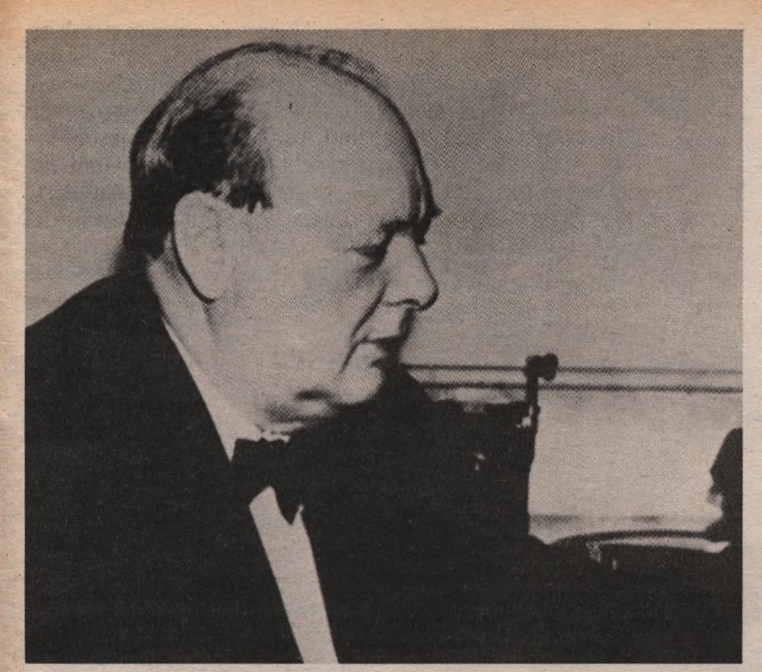
Da das, was wie eine Kombination zwischen Amerika und Israel aussah, in Wirklichkeit sehr viel größer und komplizierter war, sind es die Motive und Handlungen der eindringenden fremden Mächte, die wir untersuchen müssen, bevor wir auch nur hoffen können zu verstehen, was im Iran eigentlich geschah. Wir finden dann nämlich heraus, daß das, was diese Mächte im Iran taten, nur ein weiteres Beispiel dafür ist, was sie und andere europäische Interessen während des gleichen Zeitraums in vielen anderen Teilen der Welt im Schilde führten, alles Offenbarungen jener Erscheinung, die als Imperialismus und Kolonialismus bekannt ist.

Das Thema wurde um die Jahrhundertwende tiefschürfend und sehr umfassend von einem prominenten britischen Journalisten und Autoren, D. A Hobson, untersucht, dessen Buch »Imperialism: A Study« erneut Aufmerksamkeit verdient. Ein Buch, das als Warnung für das britische Volk gedacht war, wurde 1916 von Lenin gut ausgenutzt, als er dabei war, seine eigene These über Kapitalismus auszuarbeiten: »Ich habe mich des englischen Standardwerks über den Imperialismus, J. A. Hobsons Buch, mit aller Sorgfalt bedient, die diesem Werk meiner Ansicht nach zukommt.« Hobson schreibt in einem Vorwort: »Diejenigen Leser, die der Meinung sind, eine wohlausgewogene Beurteilung müsse darin bestehen, immer so viel zugunsten eines politischen Kurses zu finden wie dagegen, werden mit der Abhandlung des Themas in diesem Buche unzufrieden sein. Denn die Studie ist klar und deutlich eine Pathologie der Gesellschaft, und es wird keine Anstrengung unternommen, um die Art der Krankheit zu kaschieren.«

Opfer einer aggressiven Raubpolitik

Die Pathologie der Gesellschaft, über die Hobson schreibt, ist die Entwürdigung der Politik, vor allem der Politik des Nationalismus durch das, was er »Sonderinteressen«, vom Charakter her finanzieller Natur, nennt, die eine Politik fördern, die mit den Interessen der Allgemeinheit unvereinbar ist. Mit anderen Worten, die Völker der kolonisierenden und imperialistischen Länder Europas waren eher die Opfer als die Begünstigten der aggressiven Raubpolitik, die in ihrem Namen überall in der Welt geführt wurde.

Zur Definition des Begriffs Nation zitiert Hobson den Philosophen John Stuart Mill wie folgt: »Man könnte sagen, daß ein Teil der Menschheit eine Nation darstellt, wenn die Menschen unter sich durch gemeinsame Sympathien vereint sind, die zwischen ihnen und anderen nicht bestehen. Das Nationalbewußtsein kann auf verschiedenen Wegen erzeugt worden sein. Manchmal ist es die Wirkung der gemeinsamen Rasse und Abstammung.



Winston Churchill war ein eifriger Verfechter der britischen Kanonenboot-Politik.

Die gemeinsame Sprache und gemeinsame Religion tragen ebenfalls in hohem Maße dazu bei. Geografische Grenzen sind eine der Ursachen. Aber die Stärkste von allen ist die Identität der vorhergegangenen politischen Ereignisse, der Besitz einer gemeinsamen Geschichte und der daraus folgenden gemeinsamen Erinnerungen, vereinter Stolz und vereinte Demütigung, Freude und Bedauern, verbunden mit den gleichen Ereignissen in der Vergangenheit.«

Es ist eine Erniedrigung dieses echten Nationalismus durch Versuche, ihre natürlichen Ufer zu überfluten und das nähere oder weitere Territorium mit unwilligen und nicht assimilierbaren Menschen zu absorbieren, schreibt Hobson, die den Übergang vom Nationalismus zu einem unechten Kolonialismus auf der einen Seite und zum Imperialismus auf der anderen Seite markiert.

Die Verschwörung der »Wenigen«

Hobson bezeichnet haargenau den Faktor der Unrechtmäßigkeit in der Politik, die sich so zerstörerisch für die Interessen des britischen Volkes erweisen sollte und in der ganzen Welt soviel Konfliktstoff und Verwirrung verursacht hat. Er fragt:

»Wie wird die britische Nation dazu verleitet, sich auf ein so ungesundes Geschäft einzulassen? Die einzig mögliche Antwort darauf ist, daß die Geschäftsinteressen der Nation als ganzes denen gewisser Gruppeninteressen untergeordnet sind, die sich die Herrschaft über die ständigen Bezugsquellen des Landes anmaßen und sie zu ihrem privaten Gewinn verwenden. Dies soll keine seltsame und monströse Anklage sein; es ist die Krankheit, von der alle Regierungsformen gemeinsam befallen sind.«

Hobson zitiert Sir Thomas More wie folgt: »Überall nehme ich eine gewisse Verschwörung der reichen Männer wahr, die unter dem Namen und Vorwand des Gemeinswesens nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind.«

Verschwörungen »der Wenigen«, die ihren Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit anstreben, sind natürlich in der menschlichen Gesellschaft immer endemisch gewesen; aber ganz anders waren die Anmaßungen »der Wenigen« im vergangenen Jahrhundert, die viele der Nationen Europas in eine wahnsinnige Rivalität um Eroberung und Besitz in Afrika, Asien und anderswo hineinzogen. Teilinteressen in der Gesellschaft – in diesem Falle das Großgeschäft und die Hochfinanz – gedeihen – wie ein Krebs im menschlichen Körper –, während die Gesellschft als Ganzes leidet.

Dies war etwas, was Hobson an der Jahrhundertwende völlig klar erkannte. Er schreibt:

»Obwohl der neue Imperialismus für die Nation ein schlechtes Geschäft war, war er für gewisse Stände und Handelskreise innerhalb der Nation ein gutes Geschäft.

Das Streben nach Profit als treibende Kraft

Es ist müßig, sich in die Politik einzumischen, es sei denn, wir erkennen diese zentrale Tatsache klar und deutlich und verstehen, was diese Gruppeninteressen sind, nämlich Feinde der nationalen Sicherheit und des Gemeinwohls. Wir müssen die lediglich sentimentale Diagnose beiseitelegen, die Kriege oder andere grobe nationale Fehler mit Ausbrüchen des vaterländischen Hasses oder mit Irrtümern in der Staatskunst zu erklären versucht . . . Es gibt, so kann mit Sicherheit behauptet werden, seit Menschengedenken keinen Krieg, wie unverhüllt aggressiv er dem nüchternen Historiker auch immer erscheinen mag, der dem Volk, das aufgerufen war, ihn zu führen, nicht als notwendige Verteidigungspolitik dargestellt worden wäre, bei der die Ehre, vielleicht die nackte Existenz des Landes, auf dem Spiele stehe.«

Hobson entlarvt die Vorstellung, daß die treibende Kraft des neuen Imperialismus das heftige Verlangen danach war, neue Märkte für die Produkte von Europas blühenden Industrien zu finden, als fast völlig illusorisch.

In Großbritannien, stellt er fest, machten sich die Klassen des Handwerks und des Handels nur wenig aus den neuen Märkten, da sie, wenn sie es nur gewußt hätten, an Besteuerung mehr zahlten, als sie im Handel aus ihnen herausbekamen, aber bei den Investoren lagen die Dinge ganz anders.

Die Zahlung von Zinsen zu gewährleisten

Mit anderen Worten, die treibende Kraft des neuen Imperialismus war in erster Linie finanzieller und nicht in weitestem Sinne wirtschaftlicher Natur.

Nachstehend ziteren wir, wie Hobson das alles schon vor der Jahrhundertwende sah, als Großbritannien in einen Krieg in Südafrika verwickelt war, der den Anfang vom Ende des britischen Weltreichs signalisieren sollte:

»Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die moderne Außenpolitik Großbritanniens in erster Linie ein Ringen um gewinnträchtige Anlagemärkte ist. In einem jährlich steigenden Ausmaß wird Großbritannien zu einer Nation, die von Tributen aus dem Ausland lebt, und die Klassen, die diesen Tribut genießen, spüren den immer stärker werdenden Anreiz dazu, die öffentliche Politik, die öffentliche Kasse und die öffentliche Kraft einzuspannen, um das Feld ihrer privaten Geldanlagen zu erweitern und ihre vorhandenen Investitionen zu verbessern. Dies ist vielleicht die bedeutendste Tatsache in der modernen Politik, und das Dunkel, das sie umgibt, stellt für unseren Staat die größte Gefahr dar.

Was für Großbritannien zutrifft, trifft auch ebenso auf Frankreich, Deutschland, die Vereinigten Staaten und alle Länder zu, in denen der moderne Kapitalismus riesige überschüssige Ersparnisse in die Hände der Plutokratie gelegt hat.«

Alle wurden gleichermaßen schuldig

Was mit einem Land geschah, das sich verschuldet hatte und nicht in der Lage war, die Zahlung von Zinsen zu gewährleisten, ist immer wieder in vielen Teilen der sogenannten unterentwickelten Welt demonstriert worden. Aus welchem anderen Grunde ist Frankreich in Mexiko eingefallen und hat versucht, es zu erobern?

Häufiger gab die unzureichende Bürgschaft für ein internationles Darlehen Anlaß zu einer anderen Form des Einmischens in die inneren Angelegenheiten des Schuldnerlandes. Wir sehen ein entsprechendes Beispiel in Ägypten, das praktisch genommen zu einer Provinz von Großbritannien wurde, und wo die blutige Unterdrückung eines Volksaufstands seitens der Briten mit einer wahren Volksbegeisterung gefeiert wurde.

Aspekte der islamischen Revolution

Tunis wurde gleichermaßen ein schutzherrliches Gebiet Frankreichs, und das aus keinem anderen Grunde als zur Absicherung von Darlehen, die diesem Land gewährt worden waren. Vielleicht der größte Leidträger von allen war China, wo die imperialistischen Staaten Stützpunkte mit außerterritorialen Rechten einrichteten, die sie jederzeit mit Waffengewalt zu verteidigen bereit waren.

Aber wie könnten die Völker Europas, besonders ihre gebildeten Klassen, darunter sogar ihre Kirchenfürsten, es zulassen, daß alle diese Dinge geschehen konnten? Wie konnte es diesem Imperialismus gelingen, von der Allgemeinheit nicht als engstirnige und schmutzige Sache erkannt zu werden? Jedes Land pflegte seine Rivalen der Heuchelei zu bezichtigen, weil sie ihr gieriges, angriffslustiges und zerstörerisches Verhalten mit einem vorgeblichen Altruismus maskiert hätten, aber diese gebildeten Klassen ließen es zu, daß alle gleichermaßen schuldig wurden.

Kirche und Großgeschäft

Es gab zu allen Zeiten in allen Länder Europas eine Anzahl von Leuten, die ehrlich bestrebt waren, das Christentum unter den Heiden zu verbreiten und die Grausamkeit und das Leiden, die, wie man glaubte, unter ihnen vorherrschten, zu mildern. Es war daher kaum überraschend, daß die gierigen und angriffslustigen Kräfte, die den Imperialismus dirigierten, solche selbstlosen Bewegungen, von denen einige im Ausland tätig waren – zum Beispiel die Katholiken in China und Äthiopien –, lange vor der Geburt des Imperialismus, gut ausnutzen würden.

Hobson schreibt dazu: »Sie (die Imperialisten) machen sich ganz einfach und instinktiv irgendwelche erhabenen Gefühle, die ihnen nützlich sein können, zu eigen, fächern sie an und geben ihnen neue Nahrung, bis sie zur Leidenschaft werden und beuten sie dann für ihre eigenen Ziele aus.«

So konnte Leopold, König der Belgier, als er den Kongo mit all seinen natürlichen Hilfsquellen in Besitz nahm, verkünden: »Unser einziges Programm besteht in der moralischen und materiellen Erneuerung des Landes.«

Schah Reza Pahlevi versuchte das iranische Volk dem Joch der Amerikaner und Israelis zu unterwerfen.

Da die meisten gebildeten Stände in Europa, die sich mit dem Imperialismus verbündeten, dem Namen nach christlich waren, und da die Kirche selbst ein beherrschender Bestandteil des Bündnisses war, kann die Tatsache nicht kaschiert werden, daß der Imperialismus, der dazu beitrug, ein Zeitalter des Konflikts ohne Parallele in der ganzen Menschheitsgeschichte heraufzubeschwören, dem Namen nach ebenso christlicher wie finanzieller Natur war. Die Verwendung des Wortes christlich in diesem Zusammenhang muß mit der Erinnerung daran eingeschränkt werden, daß der missionarische Impuls von der Dynamik einer im wesentlichen machtorientierten Kirche beseelt wurde, von einer Institution mit einem starken Appetit auf Ausdehnung und Wachstum, sowohl in der Zahl ihrer Anhänger als auch in ihrem materiellen Vorteil.

Der Doppelcharakter der Kirche ist nirgendwo so kurz und bündig zusammengefaßt worden als in Churchills Bericht über den Religionsdienst in Khartum unmittelbar nach der Niederlage der Streitkräfte des Mahdis, die versucht hatten, die britische Hegemonie im Sudan zu stürzen:

»Und die feierlichen Worte des englischen Gebetbuches wurden in jenem entfernt liegenden Garten verlesen . . . die Kapellen spielten ihren Grabgesang und Gordons Lieblingshymne: ›Abide with Me‹ . . . Ein Kanonenboot auf dem Fluß feuerte einen Salut ab . . . Neuntausend, die ihn gerne verhindert hätten, lagen tot auf der Ebene von Omdurman . . . Weitere Tausende lagen verstreut in der Wildnis herum oder krochen nach Wasser lechzend zum Fluß.«

Der Doppelcharakter der Kirche

Churchill ließ jedoch den letzten Schliff seines Berichtes aus, die willkürliche Niedermetzelung der verwundeten Kriecher.

Hobson erkannte, daß dieser janusköpfige Imperialismus »danach trachtete, das Christentum auf dem Ozean eines lukrativen Geschäfts schwimmen zu lassen«, ein Vorgang, der in den bestürzten Chinesen eine fanatische Verachtung für die »fremden Teufel« entfachte.

Ein gebildeter Chinese schrieb dazu: »Es muß für die Mandarine sehr schwierig sein, die Missionare von der weltlichen Macht zu trennen, deren Kanonenboote stets bereit zu sein scheinen, im Namen ihrer jeweiligen Regierung auf der Bildfläche zu erscheinen . . . Die Chinesen haben die Reihenfolge des Ablaufes der Ereignisse mit großer Besorgnis beobachtet: erst der Missionar, dann der Konsul und zuletzt die Invasionsarmee.«

Der Ungereimtheit einer so gewaltigen Ausübung der Arglist und der Gewalt im Dienste einer Sache, »deren Königreich nicht von dieser Welt ist«, bedarf keiner Hervorhebung. Jedoch erklärt sich die merkwürdige Logik von anderthalb Jahrhunderten Imperialismus von selbst: Diejenigen, die dem Widerstand entgegensetzten, was im Westen im allgemeinen als Fortschritt betrachtet wurde, hatten die Strafe, die sie bekamen, wie hart sie auch immer war, natürlich »völlig verdient«.

Da es mutmaßlich einer der Hauptzwecke der Religion ist, den Menschen zu helfen, zwischen Recht und Unrecht oder Gut und Böse zu unterscheiden; da anderthalb Jahrhunderte eines aggressiven Imperialismus ohne die Einwilligung und Mittäterschaft der christlichen Kirchen nicht möglich gewesen wären; da es immer eine der Funktionen des Verstandes war, geläutert durch religiöse Einsichten, den Appetit für Erwerb und Macht zu zähmen und zu regulieren, scheint am Christentum, so wie es während jener Jahrzehnte der zügellosen und mit einander rivalisierenden Imperialismen gepredigt wurde, etwas in der Wurzel faul zu sein.

Irans Mullahs demonstrieren ihre Macht

Das Eindringen fremder Mächte und die Einmischung während der anderthalb Jahrhunderte vor der Revolution, erlebten die Iraner als einen sich fortlaufend entfaltenden Prozeß. Aber zum Zwecke einer tiefergehenden Analyse muß dies unter zwei Überschriften betrachtet werden, die die Zeitabschnitte vor und nach dem Zweiten Weltkrieg repräsentieren. Auf einer Seite dieser Aufteilung finden wir separate nationale Imperialismen, hauptsächlich den britischen und den russischen, und auf der anderen Seite einen kompakten weltweiten Imperialismus, der die äußere Erschei-

nung einer Allianz zwischen Amerika und Israel aufweist.

Jedoch das Muster für beide Zeiträume – den des wachsenden Konflikts zwischen ausländischen Interessen und Irans religiöser Klasse als Mobilisator massen-politischer Aktionen – wurde 1892 eindeutig festgelegt. Dies war eine Konfrontation, die von der Handlung des Schahs dadurch ausgelöst wurde, daß er einer britischen Gesellschaft das Monopol zum Anbau und zur Vermarktung von Tabak verkaufte. Der führende Mullah jener Zeit, Mirza Hassan Shirazi, gab unverzüglich eine Anordnung heraus, mit der der Gebrauch von Tabak verboten wurde. Die Anordnung wurde nicht nur sofort befolgt – sogar wie es heißt, von den Damen des königlichen Haushalts –, sondern wütende Mengen zogen durch die Straßen. Durch diese Demonstration der Stärke erschreckt, gab der Schah nach, annullierte den Vertrag und zahlte der britischen Gesellschaft eine Entschädigung.

Eine Epoche der Auflösung des Staates

Die Botschaft war klar: Es konnte keine Sicherheit für die fremden Interessen und keinen »Fortschritt« der von ihnen angebotenen Art geben, es sei denn, die Macht der religiösen Klasse könne gebrochen werden. Es geschah daher mit stillschweigender Billigung der Briten und der Russen, daß der Schah 1905 den revolutionären Forderungen nach einer repräsentierenden Regierung von der Art, wie sie kürzlich in Rußland eingeführt wurde, nachgab, wobei er ohne Zweifel hoffte, die Parteipolitik benutzen zu können, um die Macht der Mullahs zu unterminieren. Ein Parlament (Majlis) wurde geschaffen, und 1906 wurde Schah Musal Firudin zumindest nominell ein verfassungsmäßiger Monarch. Er starb jedoch im gleichen Jahr.

Die Mullahs, die den Forderungen nach einer Verfassungsreform ihre Unterstützung verliehen hatten, ließen sich durch die so entstandene Gummistempel-Majlis (routinemäßige, bürokratische Einrichtung) nicht täuschen, und die Hetze, an der sich sowohl religiöse als auch weltliche Elemente beteiligten, ging weiter.



US-Präsident Harry Truman war der Wegbereiter für ein neues weltweites Finanz-Imperium.

Auf dem Höhepunkt der Unruhen gaben die Briten und die Russen, ohne die persische Regierung zu Rate zu ziehen, bekannt, daß sie das Land in zwei Einflußsphären geteilt hätten, um einer möglichen Bedrohung durch Deutschland entgegenzutreten. Die Russen halfen dem neuen Schah, Mohammed Ali, die Revolution zu unterdrücken, und dabei wurde die Stadt Tabriz besetzt. Eine Anzahl Mullahs wurde gehenkt und der Schrein des Iman Resa in Mashad, einem der berühmtesten Pilgerorte des Iran, wurde beschossen. Ali wurde dann von der Majlis abgesetzt und durch eine Regentschaft abgelöst, die fortbestand, bis Alis Sohn Sultan Achmad das Alter von 18 Jahren erreichte und 1914 gekrönt wurde, was den Beginn einer Epoche völliger Auflösung des Staates kennzeichnete, da das ganze Land zum Tummelplatz fremder Mächte wurde.

Die Briten richten eine neue Dynastie ein

Indem sie die Neutralitätserklärung des Schahs bei Ausbruch des Krieges von 1914 bis 1918 brüsk beiseite schoben, fielen britische, russische und türkische Truppen in das Land ein, aber die bolschewistische Revolution von 1917 beseitigte den Hauptschutzherrn der Qajar-Dynastie. Im Jahr 1919 hatte Persien keine handlungsfähige Zentralregierung mehr und separatistische Bewegungen waren in den Provinzen Khuzistan, Gilan und Khorasan an der Macht.

Schließlich bestand die einzige zusammenhängende Macht im Lande nur noch aus einer persischen Kosaken-Division, die sich nach Kämpfen gegen die Bolschewiken durch die britischen Linien zurückgezogen hatte. Ihr Kommandeur, Brigadegeneral Resa Khan, stellte in Teheran so etwas wie eine Ordnung wieder her und wurde zum starken Mann in der Landespolitik. Nachdem die persische Regierung einen Vertrag mit der sowjetischen Regierung abgeschlossen und die Beziehungen mit Rußland wiederhergestellt hatte, wurde Resa Khan von den Briten dazu ermutigt, einen Staatsstreich zu inszenieren. Schah Sultan Achmad wurde abgesetzt, und um 1925 wurde der Kosaken-Offizier als Schahanschah (König der Könige) auf den Thron gehievt und nahm den dynastischen Namen Pahlawi an.

Eine Puppe fremder Mächte

In Fairneß gegenüber Resa Khan muß in diesem Zusammenhang angemerkt werden, daß es im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger nicht in seiner Natur lag, nur eine Puppe der fremden Mächte zu sein. Im Gegenteil, er hielt sich dafür auserkoren, der Retter seines Landes und Verteidiger der staatlichen Unabhängigkeit zu sein, und er hegte daher geduldig die Fiktion, daß er ein direkter Nachkomme der alten persischen Könige sei.

Mit Kemal Atatürk, dem großen Erneuerer der Türkei, der sein Vorbild war, war er davon überzeugt, daß die religiösen Klassen das einzige wirkliche Hindernis für den Fortschritt waren. Und er begann mit der Unbarmherzigkeit eines Kosakenkriegers, ihre Macht zu zerschlagen. Es geschah daher hauptsächlich zum Zwecke der Stärkung seiner eigenen Position gegen die Mullahs, daß er sich um die Unterstützung der fremden Mächte bemühte und sich ihrer bediente, wobei er nach Möglichkeit die einen gegen die andere ausspielte.

Die Auswirkung hiervon war eine Umwandlung der traditionellen Monarchie, die stets tyrannisch, aber unfähig war, in eine moderne Diktatur, bewaffnet mit dem ganzen sachverständigen Geschick und Zubehör der modernen Totalherrschaft, einschließlich einer allgegenwärtigen Geheimpolizei.

Professor Hamid Algar schreibt dazu: »Insofern das Wort ›Modernisierung‹ im Zusammenhang mit dem Iran überhaupt eine Bedeutung gehabt hat, war das, was von der Pahlawi-Dynastie modernisiert wurde, nur der Apparat der Unterdrükkung . . . Unter den wenigen Einzelpersonen, die der Auferlegung der Pahlawi-Diktatur offen Widerstand leisteten, befand sich wieder einmal ein Vertreter des Ulema, Sayyid Hasan Mudharris. Er meldete sich in der Majlis, dem Parlament zu Wort, ging ins Exil und wurde dort von Agenten Resa Khans ermordet.«

Die Einweisung in ein völlig neues Spiel

Anfang der dreißiger Jahre versuchte der Schah, den Iran sowohl gegen die Briten als auch gegen die Sowjetunion zu schützen, indem er ein Bündnis mit Deutschland einging; und um 1940 arbeiteten Tausende von Deutschen im Iran und Hunderte von Iranern studierten an deutschen Universitäten und technischen Hochschulen. Diese kurzfristige Allianz sollte dem Schah zum Verhängnis werden. Im Jahr 1941, als die deutschen Truppen weit nach Rußland hinein vorstießen, forderten die Briten und ihre sowjetischen Verbündeten den Schah auf, alle Deutschen zu vertreiben und den Transitverkehr von Nachschub und Verstärkungen für die russische Front zuzulassen. Als er sich weigerte, dieser Aufforderung zu entsprechen, fielen die alliierten Streitkräfte in den Iran ein, und die 120 000 Mann starke Armee des Schah verschwand »wie Schnee im Sommer«.

Großbritannien unternahm einen Überraschungsangriff auf

Aspekte der islamischen Revolution

die iranische Kriegsmarine, zerstörte alle Schiffe und tötete viele der sich an Bord Befindlichen. Der Iran wurde in zwei militärische Besatzungszonen aufgeteilt und die Briten, die Resa Khan zum Schah ernannt hatten, schickten ihn jetzt ins Exil nach Südafrika, wo er drei Jahre später starb. Wie sein Sohn, Mohammad Resa, später in seinen Memoiren festhalten sollte: »Die Alliierten hielten es für angemessen, daß ich Nachfolger meines Vaters werden sollte.«

»Obwohl der Iran schnell zu einem der Alliierten erklärt wurde«, schreibt Amir Taheri, »hätte seine Behandlung durch die britischen und sowjetischen Besatzungsmächte nicht grausamer sein können. Noch schlimmer, sie machten es erschöpfend klar, daß sie keineswegs die Absicht hatten, den Iran zu verlassen, nachdem der Krieg beendet war.«

Welche Erwartungen die Briten und die Sowjets auch immer über ihre zukünftige Rolle im Iran gehabt haben mögen, sie wurden enttäuscht, denn machtpolitisch gesehen war der Zweite Weltkrieg die Einweisung in ein völlig neues Spiel, in dem den Zielen und Ambitionen separater Staaten wie Großbritannien und der Sowjetunion nur noch eine schwindende Bedeutung zukommen sollte.

Unbemerkt, abgesehen von wenigen scharfsichtigen Beobachtern, war ein neues weltweites Imperium entstanden, das zwar seinen geografischen Mittelpunkt in den Vereinigten Staaten hat, aber nicht spezifisch amerikanisch ist.

Die amerikanische Präsenz wird immer auffälliger

Die verschiedenen Staaten behielten zwar ihre Botschaften und blieben weiterhin auf mehrfache Weise im Spiel, aber ihre separate Macht, die Ereignisse im Iran zu beeinflussen, sollte fortan nur noch am Rande wirksam sein.



Henry Kissinger ist fest davon überzeugt, daß Diplomatie ein Instrument ist zur Durchführung von Entscheidungen, die von einem sehr begrenzten Kreis getroffen werden.

Als der Zweite Weltkrieg noch im Gange war, arbeiteten die Sowjets ganz offen auf die Schaffung von unabhängigen Republiken in den nördlichen Provinzen Aserbaidschan und Kurdistan hin, in der Hoffnung, diese später in die UdSSR einverleiben zu können. Die Briten waren auch eifrig bemüht, Bedingungen herbeizuführen, die ihren zukünftigen Interessen dienlich sein würden; sie gründeten und finanzierten die khuzestanische Wellbeing Party, in der Hoffnung, diese ölreiche Region abtrennen zu können, als der Iran, wie erwartet, nach dem Kriege auseinanderfiel. Die Sowjets organisierten die kommunistische Tudeh-Partei, und die Briten schickten sich an, sich die Hörigkeit der verschiedenen Dissidenten-Gruppen, wie die der Bakhtiari-Häuptlinge und verschiedener englandfreundlicher Mullahs und mächtiger Familien zu sichern.

Aber kein Widerstand konnte gegenüber den Vereinigten Staaten geleistet werden, die jetzt bei weitem die mächtigste Nation der Welt waren – auch ohne die Atombombe. In aller Stille, unter Druck von Washington, unterzeichneten London und Moskau einen Vertrag mit dem Iran, unter dem alle ihre Streitkräfte innerhalb von sechs Monaten nach Kriegsende zurückgezogen werden sollten. Im Jahr 1943 richteten die Amerikaner ihren Stützpunkt am Persischen Golf ein und die amerikanische Präsenz wurde von da ab immer augenfälliger.

Die Briten und die Sowjets zogen 1946 pflichtgemäß ihre Streitkräfte zurück, die sich in den Geburtswehen befindlichen Republiken im Norden Irans wurden zerschlagen und die Tudeh-Partei wurde in den Hintergrund der öffentlichen Angelegenheiten gedrückt. Die Entwicklungen liefen programmgemäß weiter, aber es war ein Programm, das für die meisten Menschen ein großes Geheimnis blieb.

Der neue Imperialismus

Es ist die revolutionäre Veränderung in der Natur und im Charakter des Imperialismus, der jetzt einer mehr ins Einzelne gehenden Erläuterung bedarf.

Es sah eher so aus, als ob ein britischer Imperialismus, der im Iran ohne Unterbrechung seit Ende des Ersten Weltkriegs vorgeherrscht hatte, nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch einen amerikanischen – oder vielmehr durch einen solchen, der aus einer Allianz zwischen Amerika und Israel bestand – abgelöst worden wäre. Von ganz zu Anfang der fünfziger Jahre an hatte die amerikanisch-israelische Präsenz nämlich einen dominierenden Einfluß von außen im Iran; und die Feindschaft der Mullahs und der Massen war fast ausschließlich gegen die Amerikaner gerichtet und gipfelte schließlich in der Besetzung der US-Botschaft und das anschließende Geiseldrama.

Die Wirklichkeit sah jedoch ganz anders aus, denn das, was so sehr nach einer amerikanisch-israelischen Allianz aussah, war tatsächlich nur das Bild eines völlig verschiedenen Imperialismus, der entstanden war und dabei alle separaten staatlichen Imperialismen verdrängt hatte. Was ziemlich früh in diesem Jahrhundert begann und sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit stark beschleunigtem Tempo fortsetzte, war die schrittweise Demontage aller selbständigen staatlichen Imperialismen, einschließlich des amerikanischen, und ihrer Aufsaugung in etwas, was in der ganzen Geschichtsschreibung noch nie da war: nämlich ein weltweites Finanzimperium.

Das Ziel heißt: Weltimperium

An Stelle der moralischen Unrechtmäßigkeit oder politischen Pathologie parasitischer Verschwörungen von »Sonderinteressen« innerhalb der verschiedenen westlichen Gesellschaften operierte nunmehr ein riesiges kosmopolitisches Parasitentum von »Sonderinteressen« auf weltweiter Basis und mit weit ehrgeizigeren Zielen: Nichts weniger als ein wirtschaftliches und politisches Weltimperium.

Die nationalistischen Imperialismen wurden somit in einen einzigen internationalen Imperialismus subsumiert, und zwar in der gleichen Weise, wie wir gesehen haben, sehr große Handels-, Industrie- und Finanzunternehmen in das konzentrierte Eigentum und Kontrolle durch sehr viel

größere, hauptsächlich finanzielle Konglomerate verschluckt und vereinnahmt worden sind.

Der Sturz des zaristischen Regimes in Rußland im Jahre 1917, der Verlust der Kolonialreiche seitens aller europäischen Mächte, die Gründung der Vereinten Nationen als Weltregierung vom Dienst und viele andere Dinge waren alle Teile eines machtkonzentrierenden Vorgangs, der im vergangenen Jahrhundert begann und sich bis zum heutigen Tage fortsetzt.

Die Änderung im Charakter des Imperialismus war eine der Folgen einer radikalen Veränderung im Bereich der Hochfinanz, die kurz wie folgt erklärt werden kann. Für eine lange Zeit nach Beginn des modernen Industriezeitalters bestand das Finanzkapital (nicht zu verwechseln mit dem Kapital des privaten Unternehmertums) fast völlig aus staatlichen Konzentrationen. Es gab einen britischen Finanz-Kapitalismus, nominell einer britischen Regierung unterstehend, die wiederum einer Wählerschaft Rede und Antwort stehen mußte; einen deutschen Finanz-Kapitalismus, einen französischen, einen niederländischen, jeder von ihnen an eine nationale Regierung gebunden, nominell einer nationalen Wählerschaft unterstehend.

Das Geld ist Maßstab aller Dinge

Diese Staaten waren in der Tat Plutokratien – jeder von ihnen ein besonderes Beispiel für das, was Hobson eine »Gesellschafts-Pathologie« (social pathology) nannte, die sich mit einer öffentlichen Meinung an der Macht halten kann, die nicht gewünscht und zu Rate gezogen wird, wie das früher der Fall war, sondern wie benötigt geschaffen wurde, durch Propaganda der Nachrichten-Medien, Begünstigung und andere Belohnungen seitens der Geschäftswelt. Geld war zum Maßstab aller Dinge geworden, mit einer herrschenden Elite, die sich weniger aus dem Lande als vielmehr aus der Fabrik und dem Kontor heraus bildet.

Im vergangenen Jahrhundert und weit in das 20. Jahrhundert hinein standen diese staatlichen Konzentrationen der Finanzmacht miteinander in lebhafter Konkurrenz. Ein bedeutendes Beispiel dafür ist die Balgerei um Kolonien und Märkte in der sogenannten unterentwickelten Welt. Was dann geschah war, daß die vielen nationalen Strudel der Finanzmacht in einen weltweiten Strudel der Finanzmacht hineingezogen wurden.

Weltweit die Handhabung von Geld und Kredit organisieren

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein wesentlicher Faktor, der diese Veränderung im Bereich der Hochfinanz mit herbeigeführt hat, das langandauernde Vorhandensein jüdischer Bankfamilien oder -dynastien in den einzelnen Ländern Europas war, die sich stets in übernationalen Geschäften spezialisiert hatten. Wie diese Finanzdynastien ihre Macht auf internationaler Basis festigten, wird des längeren und breiten von Professor Caroll Quigley in seinem 1300 Seiten starken Werk »History of the World in Our Time«, Untertitel »Tragedy and Hope« (Tragödie und Hoffnung) erläutert.

Es begann alles damit, was Quigley »das dritte Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus« nannte, von überwältigender Bedeutung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts und ihre heimtückischen und sogar okkulten Verzweigungen und Einflüsse. Er fügt hinzu: »Was in diesem Stadium im wesentlichen geschah, war, sich die alten zerrütteten und spezialisierten Methoden der Handhabung von Geld und Kredit vorzunehmen und auf internationaler Basis zu organisieren.«

Die wahrhaft revolutionäre Veränderung sollte in den dreißiger Jahren eintreten, als die Herrschaft über dieses internationale Finanzwesen denen, die es geschaffen hatten – Leuten wie J. P. Morgan in Amerika und Montagu Norman in Großbritannien –, aus der Hand glitt und in die Hände einer kosmopolitischen Elite geriet, die nicht mehr »hoch-bischöflich, englandfreundlich und europäisch kulturbewußt« war. Die Verschiebung erfolgte auf allen Ebenen, schreibt Professor Quigley, und trat in dem Niedergang von J. P. Morgan, der bis dahin Wall Street beherrscht hatte, zutage.

Es kann daher gesagt werden, daß viel von dem, was im Iran und in vielen anderen Teilen der Welt nach Ende des Zweiten Weltkrieges geschehen sollte, seine Parallele in den Vereinigten Staaten hatte, wo die großen amerikanischen Pionierfamilien plötzlich nicht mehr die Macht hatten, ihre Universitäten selbst zu kontrollieren und wo ihre überregionale Zeitung, die New Yorker »Herald Tribune«, in den unabänderlichen Untergang verfiel und wie ein abgerindeter Waldriese einging. Der Gebrauch von Worten wie Amerika und amerikanisch in irgendeiner Diskussion über Weltpolitik kann daher grob irreführend sein, es sei, man versteht klar und deutlich, daß »amerikanische Macht« im wesentlichen aufgehört hat, amerikanisch zu sein.

»Amerikanische Macht« ist nicht amerikanisch

Die Demontage eines im wesentlichen britischen Ölimperiums im Iran und dessen Neugestaltung auf internationaler Grundlage (wie es 1960 mit Belgiens Kupferimperium im Kongo geschah) war daher zu erwarten und hatte weitgehend die gleiche Wirkung wie die von der »Entkolonialisierung« in vielen anderen Teilen der Welt erzeugte Lage.

Die Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) hatte seit 1901 die Ölfelder in Khuzestan ausgebeutet, und die Absteckung dieser Felder, die eine Fläche von 15 000 Quadratmeilen (24 000 Quadratkilometer) bedeckten, war 1933 in einer Vereinbarung festgelegt worden. Diese Riesengesellschaft, schreibt Vincent Monteil, bildete britische Staatsbürger aus, um sich an den inneren Angelegenheiten des Irans beteiligen zu können, und »hatte Vergnügen daran, die Anzahl von Stimmen in den ›freien‹ Wahlen einzusetzen«. Im Gegenzug – um nur ein Jahr als Beispiel zu nehmen – zahlte die AIOC 1949 Lizenzgebühren und Pacht in Höhe von 10 Millionen englischen Pfund, im Vergleich zu 28 Millionen englischen Pfund, die allein auf die Gewinne an die britische Schatzkammer gezahlt wurden.

1950, kurz nach dem Besuch des Schahs in den Vereinigten Staaten, wo er Gespräche mit Präsident Truman und Außenminister Dean Acheson geführt hatte, begannen die Amerikaner, großes Interesse an der iranischen Ölindustrie zu zeigen. Eine Reihe von Ölexperten, Geschäftsleuten und Techniker besuchten den Iran und begannen damit, die Pulversätze für eine politische Explosion zu legen, die weniger als 12 Monate später stattfinden sollte; sie taten dies, indem sie erklärten, wieviel großzügiger sie ihre Partner in Saudi-Arabien, Venezuela und anderswo behandelt hatten.

Eine feurige Atmosphäre wird geschaffen

Eine feurige Atmosphäre war somit geschaffen, als die AIOC Verhandlungen wegen einer weiteren Verlängerung ihres Vertrages aufnahm. In der darauffolgenden, in höchstem Maße verwirrenden Lage, deutet das Gewicht der Wahrscheinlichkeit darauf hin, daß es die Briten waren, die dazu beitrugen, den Schah dazu zu überreden, den Stabschef der Armee, Ali Razmara, zum Premierminister zu ernennen, dem die Aufgabe zufiel, diese Verhandlungen zu führen. Die Briten führten jedoch eine wütende Kampagne wegen Rufmords gegen Razmara, während die Amerikaner danach strebten, sein Regime mit Hilfsleistungen und durch Aufstufung ihrer Botschaft zur ersten Klasse zu unterstüzen. Dieses kleine Drama innerhalb eines Dramas ging plötzlich zu Ende, als Razmara ermordet wurde, vermutlich als Warnung an irgendeinen anderen Politiker, der die stärker werdende Forderung nach Nationalisierung der Ölindustrie vereiteln könnte.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan

Der Mord wurde ausgeführt durch die Fedayen of Islam (Märtyrer für den Islam). Aber man war seinerzeit der allgemeine Überzeugung, daß der Befehl dazu von den Briten über eine ihrer ehemaligen Angestellten gekommen war. Aber warum? Ein Gesetzesentwurf zur Erneuerung der Vereinbarung mit der AIOC, eingebracht von General Razmara, wurde überstimmt, und ein paar Wochen später kam ein anderes Gesetz,

Weltkontrolle

Aspekte der islamischen Revolution

eingebracht von Dr. Mohammad Mossadegh, mit dem die Ölindustrie verstaatlicht wurde, durch. Mossadegh wurde zum Premierminister ernannt, und der Iran wurde in eine große Auseinandersetzung mit den Briten vor dem Weltgericht und auch vor den Vereinten Nationen verwikkelt. Eine große britische Gesellschaft mit langjähriger Erfahrung im Iran hatte nicht die Absicht, sich kampflos zu ergeben.

Amir Taheri schreibt dazu: »Daß die Vereinigten Staaten Mossadegh als Nachfolger haben wollten, wurde durch die Erhöhung der amerikanischen Wirtschaftshilfe von 500 000 Dollar im Jahre 1950 auf fast 24 Millione Dollar zwei Jahre später demonstriert.«

Wenn jedoch die Iraner damit gerechnet haben sollten, daß die Amerikaner ihnen helfen würden, ihre Ölindustrie auf staatlicher Grundlage wiederaufzubauen, dann sollten sie bald bitter enttäuscht werden, denn die amerikanische Politik wurde von Erwägungen von einer Art diktiert, die der näheren Untersuchung durch gewöhnliche Politiker und Journalisten gänzlich unzugänglich war.

Ob es die Briten oder die Amerikaner waren, die für die kleine Armee-Revolte verantwortlich waren, die Mossadegh aus dem Amt fegte, ist daher im Iran bis heute eine umstrittene Frage geblieben.

Als ehrlicher nationalistischer Politiker, der sich großer Unterstützung seitens der religiösen Klasse erfreute, selbst ein praktizierender Moslem, hatte der Mohr Mossadegh seine Aufgabe erfüllt und mußte nun gehen. Die Amerikaner schlossen sich daher nur allzu willig der weltweiten, von den Briten eingefädelten Kampagne an, um es den Iranern unmöglich zu machen, ihre verstaatlichte Ölindustrie in Schwung zu bringen. In dem darauffolgenden Tumult verließ der Schah eiligst das Land und kehrte ebenso schnell zurück, als die Armee die Ordnung wiederhergestellt hatte.

Präsident Trumans »Punkt-4«-Plan

Die Iraner finden vielleicht einen Schlüssel zur Auflösung des Rätsels, einer der verwirrendsten Epochen in ihrer von Unheil geprägten Geschichte, in einem Ereignis, das ein paar Jahre vorher in Washington geschah (1949). Es war eine Rede von US-Präsident Truman vor dem amerikanischen Kongreß zur Einleitung seiner ersten vollen Amtszeit als Präsident, in der er einen großartigen Plan entwikkelte, um »die Welt vor dem Bolschewismus zu retten« (sobald nachdem Amerika die Sowjetunion vor Hitler gerettet hatte).

Mit diesem Plan verkündete er ein »kühnes neues Programm für die unterentwickelten Gebiete«, ein Programm, »um die Industrietätigkeit in anderen Ländern stark zu fördern« und »um ihren Lebensstandard wesentlich zu erhöhen«. Die Ausführenden und Erfüllungsgehilfen dieses Plans, der als »Punkt 4« und »Agency for International Development« oder AID bekannt wurde, zwangen kurz darauf allen sogenannten »unterentwikkelten« Ländern, darunter Iran, amerikanische Hilfe und Ratschläge auf.

Urbild eines weltweiten Finanz-Imperialismus

Was Präsident Truman vorgelegt hatte, war, wie wir jetzt klarer sehen können, das Urbild eines neuen weltweiten Finanz-Imperialismus, dessen Hauptzweck es ist, alle staatlichen Wirtschafts-Imperialismen des vergangenen anderthalb Jahrhunderts abzubauen und aus den Angeln zu heben.

In einem Washingtoner Bericht war seinerzeit zu lesen, daß amerikanische Regierungsbeamte, »die mit Präsident Trumans Punkt 4 befaßt« waren, nach dem Prinzip »einer neuen Art von wohlwollendem Imperialismus arbeiteten, um Wohlstand zu verbreiten, ohne den politischen Nationalismus zu verschlimmern«. Mit anderen Worten, wenn das Unternehmen über die Bühne geht, »werden amerikanische Staatsbürger in den betreffenden unabhängigen Ländern sowohl auf Regierungsebene als auch auf technischer Ebene dienen«. Obwohl dies in Asien und Afrika »eine überraschende Neuerung« war, sollte es »nur als Erweiterung des bereits in Lateinamerika funktionierenden Systems angesehen werden«.

Das klang zwar alles wohlwollend genug, aber wie sollte verhindert werden, daß dies zu einer Form der amerikanischen politischen Hegemonie wurde?

Nachdem der ehemalige Auslandskorrespondent der Londoner »Times«, Douglas Reed, Trumans Rede und die erklärende Begleitliteratur sorgfältig verdaut hatte, konnte er das starke Gefühl nicht loswerden, daß er das alles schon einmal irgendwo gelesen hatte. Und so war es auch. Als er die Seiten eines Buches durchblätterte, das er ein paar Jahre vorher gelesen hatte, fand er, was er suchte. Das Buch hieß »Teheran, Our Path in War and Peace«. Sein Verfasser, Earl Browder, Führer der Kommunistischen Partei in Amerika.

Browders Worte: »Unsere Regierung kann eine Reihe von riesigen Industrie-Entwicklungs-Gesellschaften schaffen, jede in Partnerschaft mit einer anderen Regierung oder Gruppe von Regierungen, und sie an großangelegten Plänen zum Eisenbahn- und Straßenbau, Landwirtschafts- und Industrie-Entwicklung und einer umfassenden Modernisierung in allen verwüsteten und unterentwickelten Gebieten arbeiten lassen.«

Ein Kommunist gibt die Richtung an

Der kommunistische Führer bezog sich insbesondere auf Afrika, fuhr aber fort: »Gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch mit Afrika verwandt sind die Länder des Nahen Ostens, Arabien, Irak, Iran, Syrien, Libanon, Palästina und Transjordanien. Hier bietet sich ebenfalls ein breites Programm der wirschaftlichen Entwicklung an.«

Bezeichnenderweise war es ein kapitalistisches Amerika und nicht eine kommunistische Sowjetunion, das der Chef der Kommunistischen Partei zur Durchführung dieses ehrgeizigen Programms des Finanz- und Wirtschaftsimperialismus aufrief. Douglas Reed konnte nur noch staunen:

»Es muß in Amerika unter Präsident Truman wie auch unter Präsident Roosevelt eine Gruppe oder Kraft geben, die stark und überzeugend genug ist, um den politischen Führern kommunistische Ziele zu verkaufen und ihnen gleichzeitig einzureden, daß diese den Kommunismus stoppen werden.«

Die Realität der amerikanischen Politik

In der Tat. Und auf die gleiche verborgene Quelle muß die Realität der amerikanischen Staatspolitik während und nach dem letzten Kriege als Unterschied zu der öffentlich proklamierten Politik zurückverfolgt werden, auf die Förderung zweier Ziele, über die niemals öffentlich gesprochen wurde, die aber ganz einfach vonstatten gingen: Der Vormarsch der Roten Armee ins Herz Europas und zur pazifischen Küste Asiens, und das fortgesetzte Ausgießen von Milliarden an Finanzhilfe jedes Jahr in den damals neuen Staat Israel hinein.

Dies mag helfen, eine Erscheinung zu erklären, die Amir Taheri und andere Beobachter offenbar in Verwirrung gebracht hat. Taheri schreibt dazu:

»Was man als den Kissinger-Stil der Diplomatie bezeichnen könnte, führte über einen Zeitraum von acht Jahren hinweg zu einer drastischen Verringerung in den Beiträgen der amerikanischen Missionen im Ausland zur Friedenspolitik. Kissinger war fest davon überzeugt, daß Diplomatie eine zu wichtige Angelegenheit sei, als daß man sie den Diplomaten überlassen könne . . . Er sah sie (die Bürokratie) als nichts weiter als ein Instrument zur Durchführung von Entscheidungen an, die von einem sehr begrenzten Kreis getroffen werden.« □

Der zweite Teil und Schluß des Beitrages von Ivor Benson erscheint in der nächsten Ausgabe von CODE.

NEU:

DIE WELTNEUHEIT: OHNE WASSER – OHNE REINIGUNGSMITTEL IN SEKUNDEN GLASKLARE FENSTER

elektrischer Fensterreiniger

Machen Sie Schluß mit dem unangenehmen und lästigen Fensterputzen. Jetzt können Sie auf einfache und problemlose Art alle glatten Flächen (Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw.) reinigen. Hygienisch und keimfrei. Ohne Streifen.

Die Funktionsweise

Der neue **elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister** funktioniert ohne großen Aufwand: ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel!

Sie fahren nach Aufheizen des Gerätes leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf. Ideal auch für Wintergärten und Büro/Ladengeschäfte mit großen Schaufenstern.



Ein faires Angebot: 14 Tage zur Probe

Wir möchten, daß auch Sie, liebı GOLDENE BLATT-Leser, sich voı den Vorteilen des Blitz-Blank-Mei sters überzeugen. Deshalb bieten wiı Ihnen an, das Gerät 14 Tage lang zı testen.

Fordern Sie den elektrischen Fenster reiniger ohne Vorauszahlung unı Verpflichtung mit dem untenstehen den Coupon oder einfach per Telefoı an. Sie haben dann die Möglichkeit das Gerät auszuprobieren. Sollteı Sie, entgegen unserer Erwartung nicht mit dem Blitz-Blank-Meiste zufrieden sein, so können Sie dieseı gegen eine Gebühr von DM 15 wiede an uns zurückschicken. Sie zahleı diese Gebühr nur im Fall der Rück sendung. Wir sind jedoch sicher, daı Sie den tollen Fensterreiniger behal ten werden. In diesem Fall überwei sen Sie nur den Kaufpreis in Höhı von DM 198.

Einige Auszüge aus den zahlreichen Erfahrungsberichten unserer Kunden:

Eheleute Staps aus Wiggensbach sind begeistert und schreiben:
Schon bei unserer Bestellung waren wir mehr als skeptisch. Wie wird das „Ding" wohl funktionieren? Aber schon nach drei „Übungsfenstern" waren wir hellauf begeistert. Eine tolle Idee!

Dr. Petri aus Vechta ist auch vom Blitz-Blank-Meister überzeugt und berichtet:
Als Skeptiker glaubte ich nicht so recht an die Wirksamkeit Ihres angebotenen Gerätes. Ich entschloß mich jedoch zum Kauf. Meine bisherigen „Fensterputzverrenkungen" hinterließen nur ein „schlampiges" Ergebnis, so daß meine Frau erst richtig „ran" mußte. Heute habe ich die Fakultät gewechselt und bin zum Fensterputz-Meister aufgestiegen; beim dritten Arbeitsgang waren die Scheiben kristallklar dank des Blitz-Blank-Meisters. Ich freue mich schon jetzt auf die großen Augen meiner Frau beim Anblick der glasklar zu erkennenden Umwelt.

Frau Küchle aus Albstadt schreibt:
Ihren Blitz-Blank-Meister habe ich jetzt ausgiebig verwendet und bin sehr begeistert. Fensterputzen war lange Zeit ein großes Problem für mich, da ich nicht mehr auf Leitern steigen kann. Der Reiniger erspart mir dies, und so bereitet es mir jetzt gar keine Probleme mehr. Fensterputzen könnte direkt ein neues Hobby von mir werden…

Frau Gierß aus Stuttgart 1 ist ebenfalls begeistert:
Ich habe den Blitz-Blank-Meister erhalten und sofort in Betrieb genommen. Ich bin sehr angetan, konnte ich doch auf zweimal meine gesamten Fenster sauber machen (15 Fenster – große!) Die Handhabung ist einfach, das Gerät ist nicht zu schwer, die Verlängerung auch auf größere Höhen mit Besenstiel sehr gut.

UNSER GESCHENK:
Alle GOLDENE BLATT-Leser, die einen BLITZ-BLANK-MEISTER bestellen, erhalten 10 Reinigungstücher GRATIS.

Wenn auch Sie in Zukunft ohne Reinigungsmittel und ohn Wasser Ihre Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw. einfacl und ohne Kraftaufwand säubern wollen, so sollten Sie nocl heute den Coupon ausschneiden und senden an: VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn, oder schnell telefonisch (05921) 4074.

BESTELL-COUPON

Ja, auch ich möchte demnächst auf moderne und begeisternde Art Fenster reinigen und bestelle:

- ☐ weitere ausführliche Gratis-Infos
- ☐ Zustellung des Blitz-Blank-Meisters – komplett mit 10 Tüchern
- ☐ auf Rechnung/zur Probe
- ☐ per Nachnahme

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn

Revisionismus

Bonns Zahlungen an Israel

Mark Weber

Die Leidenschaften und Propaganda der Kriegszeit verringern sich normalerweise im Ablauf der Zeiten. Eine hervorstechende Ausnahme ist die Holocaust-Kampagne, die immer eindringlicher und intensiver zu werden scheint, während die Jahre vergehen. Sicherlich der lukrative Ausdruck dieser scheinbar endlosen Kampagne war Deutschlands massive und historisch bislang noch nie dagewesene Wiedergutmachungszahlung an Israel und das Weltjudentum für die angeblichen Kollektivsünden des deutschen Volkes während der Hitler-Ära. Seit 1953 hat die Bundesrepublik Deutschland mehr als 90 Milliarden DM an Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel und an Millionen von einzelnen Opfern des Nationalsozialismus gezahlt.

Wie wurde dieses bemerkenswerte Programm auf den Weg gebracht? Wie lukrativ war es? Was hat es mit der Zahl von sechs Millionen zu tun? Und was sind seine stillschweigenden gesellschaftlichen und politischen Folgen?

Die Verpflichtung zur Wiedergutmachung

Im September 1945, kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs, legte der Führer der Zionisten, Chaim Weizmann, im Namen der Zionist Jewish Agency den Regierungen der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs eine Denkschrift vor, in der er – nach den Worten der Encyclopaedia Judaica – »Reparationen, Wiedergutmachung und Entschädigung forderte, die Deutschland dem jüdischen Volk schulde«.

Die westlichen Alliierten verloren keine Minute, auf Weizmanns Forderungen wohlwollend zu reagieren. Die amerikanische Regierung war besonders eifrig darauf bedacht, die Deutschen ihre Schuld abzahlen zu lassen.

Die Folge war, daß die von den Westalliierten 1949 in Bonn aufgestellte deutsche Regierung niemals eine andere Wahl hatte, als die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes während der Hitler-Ära anzuerkennen und zu zahlen, was verlangt wurde.

Eine der Hauptbestimmungen des Vertrags vom Mai 1952, mit dem die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich der Bundesrepublik (West)-Deutschland »Souveränität« zugestanden hatten, verpflichtete nämlich den neuen Staat, Wiedergutmachung zu leisten.

Die Versprechungen von Konrad Adenauer

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer legte das emotionelle und psychologische Fundament für das Wiedergutmachungsprogramm, als er am 27. September 1951 vor dem Bundestag erklärte:

»Die Bundesregierung und die große Mehrheit des deutschen Volkes sind sich der unermeßlichen Leiden, die die Juden in Deutschland und die Juden in den besetzten Gebieten erdulden mußten, tief bewußt . . . Unaussprechliche Verbrechen wurden in unserem Namen begangen und verlangen Wiedergutmachung – sowohl moralische als auch materielle – für die Personen und das Eigentum von Juden, denen so schwerer Schaden zugefügt wurde.«

Adenauer fuhr fort und versprach den zügigen Erlaß von Wiedergutmachungs- und Entschädigungsgesetzen und verkündete den baldigen Beginn von Wiedergutmachungsverhandlungen. Dementsprechend begannen Delegationen in Vertretung der Bonner Regierung, des Staates Israel und einer adhoc-Organisation jüdischer Gruppen im März 1952 in den Niederlanden mit den Gesprächen.

Die Vertretung der jüdischen Organisationen war die »Conference on Jewish Material Claims Against Germany, Inc« (etwa: »Konferenz über jüdische Sachforderungen gegen Deutschland, AG«), eine für den einzigen Zweck der Eintreibung maximaler Reparationen vom deutschen Volk gegründete Körperschaft.

Die 20 Mitgliedsorganisationen vertraten Juden in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Argentinien, Österreich und Südafrika. Juden in der Sowjetunion, Osteuropa und den arabischen Ländern wurden nicht vertreten.

Die deutsche Bundesregierung befand sich unter Druck, schnell eine für die Juden zufriedenstellende Wiedergutmachungsvereinbarung unter Dach und Fach zu bringen. In seinen Memoiren schrieb Adenauer:

»Es war mir klar, daß wenn die Verhandlungen mit den Juden fehlschlagen würden, dann die Verhandlungen auf der Londoner Schuldenkonferenz (die



Der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer legte das emotionelle und psychologische Fundament für das Wiedergutmachungsprogramm.

gleichzeitig stattfanden) sich ebenfalls festfahren würden, weil jüdische Bankkreise einen Einfluß auf den Verlauf der Londoner Schuldenkonferenz ausüben würden, den man nicht unterschätzen sollte.

Bei Weigerung von Zahlung droht ein Wirtschaftskrieg

Andererseits verstand es sich von selbst, daß ein Fehlschlag der Londoner Schuldenkonferenz einen Fehlschlag der Verhandlungen mit den Juden mit sich bringen würde. Wenn die deutsche Wirtschaft eine gute Kreditwürdigkeit erreichen und wieder erstarken sollte, dann mußte die Londoner Konferenz erfolgreich zu Ende gebracht werden. Nur dann würde sich unsere Wirtschaft in einer Weise entwickeln, die die Zahlungen an Israel und die jüdischen Organisationen ermöglichen würde.«

Der zionistische Führer Nahum Goldmann, Präsident des Jüdischen Weltkongresses und Vorsitzender der Claims Conference, warnte vor einer weltweiten Kampagne gegen Deutschland, falls die Bonner Regierungsbeamten den zionistischen Forderungen nicht nachkommen würden: »Die nicht gewalttätige Reaktion der ganzen Welt, unterstützt von weiten Kreisen von Nichtjuden, die eine tiefe Sympathie mit dem Märtyrertum des jüdischen Volkes während der Nazizeit empfinden, wäre unwiderstehlich und völlig gerechtfertigt.«

Der Londoner »Jewish Observer« war noch unverblümter: »Das ganze materielle Gewicht des Weltjudentums wird für einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland mobilisiert, wenn Bonns Angebot zur Wiedergutmachung unzufriedenstellend bleibt.«

Ein Präzedenzfall in der Geschichte der Völker

Die Gespräche gipfelten im Luxemburger Abkommen, das am 10. September 1952 durch Bundeskanzler Konrad Adenauer, dem israelischen Außenminister Mosche Sharett und dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann, unterzeichnet wurde.

Dieses Abkommen zwischen der deutschen Bundesregierung einerseits und dem Staat Israel und der Claims Conference andererseits war historisch ein Präzendenzfall und hatte keine Grundlage oder Gegenstück im Völkerrecht. Erstens existierte der Staat Israel noch nicht zur Zeit, als Verhandlungen für die Wiedergutmachung geleistet wurden. Darüber hinaus hatte die Claims Conference keinerlei rechtliche Grundlage, im Namen der Juden zu verhandeln und zu handeln, die Bürger souveräner Staaten waren. Juden wurden in einem international rechtsgültigen Vertrag mit einem ausländischen Staat nicht von den Regierungen der Länder vertreten, deren Bürger sie waren, sondern vielmehr von einer überstaatlichen und sektiererischen jüdischen Organisation.

Es war so, als ob die katholischen Bürger der Vereinigten Staaten sich bei einem Vertrag mit einer fremden Regierung nicht von der amerikanischen Regierung, sondern von einer überstaatlichen katholischen Organisation oder vom Vatikan vertreten lassen hätten. Im Luxemburger Abkommen wird somit stillschweigend gefolgert, daß Juden überall, ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft, eine besondere und separate Volksgruppe sind, und daß das Weltjudentum offiziell Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg war.

Nahum Goldmann, Mitunterzeichner des Abkommens, war einer der bedeutendsten jüdischen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts. Von 1951 bis 1978 war er Präsident des Jüdischen Weltkongresses und von 1956 bis 1958 war er gleichzeitig Präsident der Zionistischen Weltorganisation. In seiner Selbstbiographie erinnerte der in Deutschland geborene Goldmann an seine Rolle bei den Verhandlungen und an die bemerkenswerte Natur des Abkommens:

»Meine Verhandlungen mit dem deutschen Kanzler Konrad Adenauer und seinen Mitarbeitern, die im Luxemburger Abkommen von 1952 gipfelten, stellen eines der aufregendsten und erfolgreichsten Kapitel meiner politischen Laufbahn dar. Es gab kaum einen Präzedenzfall dafür, einen Staat dazu zu überreden, die moralische Verantwortung zu übernehmen und weitreichende Kompensationen zu leisten für Verbrechen, die gegen eine nicht organisierte Volksgruppe ohne souveränen Status begangen wurden. Es gab keine Grundlage im Völkerrecht für die kollektiven jüdischen Ansprüche.«

In einem Interview im Jahre 1962 sagte Goldmann, daß das Abkommen »in Sachen Völkerrecht ein außergewöhnliches Novum darstellt«, und er prahlte damit, daß er zehn- bis vierzehnmal mehr von der Bonner Regierung bekommen habe, als er ursprünglich erwartet hatte.

Das Abkommen bedeutete Sicherheit für den Staat Israel

Das Abkommen bedeutete wirtschaftliche Sicherheit für den zionistischen Staat, wie Goldmann in seiner Selbstbiographie erklärte:

»Was das Luxemburger Abkommen für Israel bedeutete, müssen die Historiker des jungen Staates entscheiden. Daß die Güter, die Israel von Deutschland erhielt, ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor in seiner Entwicklung waren, steht außer Zweifel.

Ich weiß nicht, welche wirtschaftlichen Gefahren Israel in kritischen Augenblicken hätten bedrohen können, wenn die deutschen Lieferungen ausgeblieben wären. Eisenbahnen und Telefone, Hafenanlagen und Bewässerungsanlagen, ganze Industrie- und Landwirtschaftsgebiete wären nicht dort, wo sie heute sind, ohne die Wiedergutmachungsleistungen aus Deutschland. Und Hunderttausende jüdische Opfer des Nazismus haben unter dem Wiedergutmachungsgesetz beträchtliche Summen erhalten.«

Goldmann sagte 1976: »Ohne die deutschen Wiedergutmachungsleistungen besäße der Staat Israel nicht die Hälfte seiner derzeitigen Infrastruktur; jeder Eisenbahnzug in Israel ist deutsch, die Schiffe sind deutsch, ebenso die Elektrizität, ein Großteil der Industrie . . . ohne die individuellen Pensionen zu erwähnen, die an Überlebende gezahlt wurden . . . In gewissen Jahren überschreitet die Summe, die Israel von Deutschland erhält, die Gesamtsumme der vom internationalen Judentum kassierten Gelder – um das Zwei- oder Dreifache.«

Entschädigung auch an Millionen Einzelpersonen

Als Folge des bundesdeutschen Wiedergutmachungsprogramms, so schrieb der jüdische Historiker Walter Laqueur: »Die mit deutschen Kapitalanlagen beladenen Schiffe begannen regelmäßig und unfehlbar den Hafen Haifa anzulaufen, wurden zu einem bedeutenden – zuletzt entscheidenden Faktor beim Aufbau des Landes. Heute [1965] ist fast die ganze israelische Flotte ›made in Germany‹, ebenso wie seine moderne Eisenbahnausrüstung, das große Stahlwerk bei Acre und viele andere Unternehmen. In den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre kamen etwa ein Drittel der nach Israel eingeführten Investitionsgüter aus Deutschland . . . Außer all diesen Dingen erhielten viele einzelne Israelis privat Wiedergutmachungsleistungen.«

Es ist schwierig, die Auswirkungen des Programms zu überschätzen: Die von Deutschland zwischen 1953 und 1956 gebauten fünf Kraftwerke vervierfachten Israels stromerzeugende Kapazität. Die Deutschen legten 280 Kilometer lange riesige Pipelines (2,25 und 2,50 Meter Durchmesser) für die Bewässerung der Negev – was sicherlich dazu beitrug, »die Wüste erblühen zu lassen« –. Der zionistische Staat erwarb 65 in Deutschland gebaute Schiffe, darunter vier Passagierschiffe.

Die bundesdeutschen Wiedergutmachungsleistungen sind mit verschiedenen Programmen ausgezahlt worden, darunter das Bundesentschädigungsgesetz (BEG), das Bundesrückerstattungsgesetz (BReuG), das Israel-Abkommen und Sondervereinbarungen mit 12 ausländischen Staaten (darunter Österreich). Bei weitem das bedeutendste von ihnen war das BEG, das Bundesentschädigungsgesetz, das erstmals 1953 erlassen und 1956 und 1965 geändert

Revisionismus

Bonns Zahlungen an Israel

wurde. Es beruhte auf einem früher in der amerikanischen Besatzungszone verkündeten Entschädigungsgesetz.

Bonn legt die Bestimmungen sehr liberal aus

Nach einem erläuternden Artikel über das Wiedergutmachungsprogramm, der 1985 in einer Ausgabe von »Focus On«,' einem amtlichen Blatt der Bonner Regierung, erschien, »entschädigt das BEG diejenigen, die aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden – Menschen die als Folge dieser Verfolgung körperliche Schäden oder Freiheitsberaubung, Eigentums- und Einkommensverluste, Behinderung ihres beruflichen und finanziellen Fortkommens erlitten haben«. Es »gewährt auch Hilfeleistungen an die Überlebenden verstorbener Opfer«.

Das Bundesentschädigungsgesetz legte »Verfolgung« und »Freiheitsberaubung« sehr liberal aus. Es werden darin Zahlungen an Juden festgelegt, die lediglich aufgefordert worden waren, den gelben Stern zu tragen, sogar in Kroatien, wo die Maßnahme von Nichtdeutschen angeordnet wurde. Zahlungen wurden auch angeordnet an jeden Juden, der jemals in einem Konzentrationslager war, auch in dem von Schanghai in China, das niemals unter deutschem Einfluß stand.

Das BEG verfügte Zahlungen an jeden Juden, der jemals verhaftet wurde, ganz gleich aus welchen Gründen. Dies bedeutete, daß sogar Juden, die damals wegen strafbarer Handlung in Haft genommen wurden, Anspruch auf »Entschädigung« für »Freiheitsberaubung« haben.

Die Änderung des BEG von 1965 besagte im einzelnen, daß Deutschland für Maßnahmen zur Rechenschaft gezogen wird, die bereits im April 1941 von Rumänien, Bulgarien und Ungarn getroffen wurden, wenn diese Handlungen die Opfer ihrer Freiheit beraubt haben. Die Tatsache, daß diese Länder 1941 unabhängig von Deutschland gegen die Juden vorgingen, spielte keine Rolle.

Dabei fielen die zahlreichen in der Sowjetunion und in den übrigen kommunistischen Ländern Osteuropas lebenden jüdischen Überlebenden nicht einmal unter das Entschädigungsprogramm des BEG.

Und natürlich erhielten jüdische »Holocaust-Überlebende«, die gestorben waren, bevor das BEG 1953 erlassen wurde oder bevor es 1956 wirksam wurde, auch Wiedergutmachungsgeld.

Nur die Hälfte der Überlebenden erhält Renten

Die »Canadian Jewish News« berichtete im Dezember 1981: »Gegen Ende 1980 beläuft sich die Zahl der erfolgreichen Antragsteller auf 4 344 378. Die Summe der Zahlungen hat 50,18 Milliarden DM erreicht.«

In dem oben zitierten Artikel aus »Focus On« wird festgestellt, daß die Bundesregierung zwischen Oktober 1953 und Ende Dezember 1983 56,3 Milliarden DM auf eine Gesamtziffer von 4 390 049 Anträgen unter der BEG-Gesetzgebung ausgezahlt habe.

Nichtsdestoweniger behauptete die Zeitung »Atlanta Journal and Constitution« 1985, daß etwa die Hälfte der jüdischen »Überlebenden« in der Welt niemals Wiedergutmachungsgelder erhalten hätte. »Schätzungsweise 50 Prozent der Holocaust-Überlebenden erhalten bundesdeutsche Pensionen«, berichtete die Zeitung.

Außer den Überlebenden in kommunistischen Ländern, die keinen Anspruch auf bundesdeutsche Entschädigung haben, schrieb die Zeitung, haben viele jüdische Überlebende, die heute in den Vereinigten Staaten leben, niemals Wiedergutmachungsgelder erhalten. Die Zeitung fand heraus, daß 79 Prozent der im Raume Atlanta lebenden jüdischen »Holocaust-Überlebenden« zu der einen oder anderen Zeit die Bonner Regierung um Wiedergutmachung ersucht. Etwa 66 Prozent hätten auch etwas erhalten.

Etwa 40 Prozent derjenigen, die nach dem BEG Entschädigungsgeld bekommen, leben in Israel, während 20 Prozent in der Bundesrepublik und 40 Prozent in anderen Ländern leben, heißt es in dem »Focus On«-Artikel. Es scheint daher, daß etwa 80 Prozent oder 3,5 Millionen dieser 4,39 Millionen Anträge von Juden gestellt wurden.

Am Ende werden es statt vier Milliarden hundert sein

Obwohl die Zahl der Entschädigungsanträge nach dem BEG höher als die Zahl der individuellen Antragsteller liegt, ist es nichtsdestoweniger schwierig, diese Zahl mit den legendären »sechs Millionen« jüdischer Kriegstoten in Einklang zu bringen, zumal die Hälfte der jüdischen »Überlebenden« der Welt niemals eine Entschädigung aus der Bundesrepublik erhielt.

Das Luxemburger Abkommen verpflichtete die Bundesrepublik Deutschland dazu, drei Milliarden DM an den Staat Israel und 450 Millionen DM an verschiedene jüdische Organisationen zu zahlen.

Dementsprechend verkündete der bundesdeutsche Finanzminister 1953, daß er damit rechne, daß die Wiedergutmachungszahlungen sich am Ende auf vier Milliarden DM belaufen würden. Mit der Zeit erwies sich das als eine lächerliche Unterschätzung.

Bis 1963 hatte das deutsche Volk bereits 20 Milliarden DM bezahlt und 1984 war die Gesamtsumme bereits auf 70 Milliarden gestiegen. Ende 1987 billigte der Deutsche Bundestag weitere 300 Millionen »als Wiedergutmachung an die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen«. Die Bonner Regierung gab seinerzeit bekannt, daß 80 Milliarden DM bereits ausbezahlt seien und schätzte, daß die Auszahlungen bis spätestens 2020 auf insgesamt 100 Milliarden DM sich belaufen würden.

Ein Vermächtnis und eine permanente Erinnerung

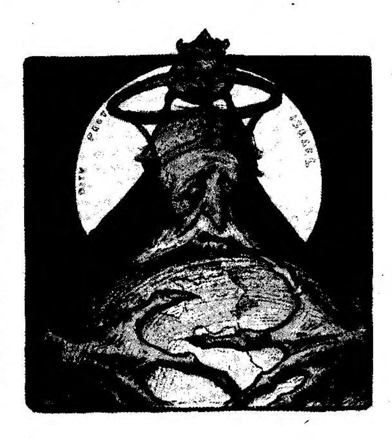
Obwohl das deutsche Wiedergutmachungsprogramm im demokratischen Westen akzeptiert und oft gelobt wird, ist es zumindest in den stillschweigenden Folgen in zwei grundlegenden Hinsichten hervorstechend undemokratisch:

Zunächst betrachtet es Juden nicht als gleichberechtigte und vollintegrierte Bürger, ganz gleich welchen Landes, in dem sie leben, sondern vielmehr in erster Linie als Angehörige einer fremden und kosmopolitischen Volksgruppe.

Zweitens beruht es auf der Prämisse, daß die deutsche Nation, sogar einschließlich der Deutschen, die nach 1945 aufwuchsen, kollektiv furchtbarer Verbrechen schuldig sind, entgegen dem demokratischen Gedanken der individuellen Verantwortlichkeit für Straftaten.

Bundesdeutschlands lukrative und historisch einmalige Zahlung an Israel und das Weltjudentum ist ein Vermächtnis und permanente Erinnerung an Deutschlands katastrophale Niederlage von 1945 und der anschließenden Beherrschung durch fremde Mächte. □

Der vorstehende Beitrag von Mark Weber ist zuerst in der Zeitschrift »The Journal of Historical Review« erschienen. Die Zeitschrift wird vom Institute for Historical Review, P.O. Box 1306, Torrance, Kalifornien 90505, USA, herausgegeben.



Revisionismus

Der Zündel-Prozeß in Toronto

Robert Faurisson

Der seit Jahrzehnten in Kanada lebende, aus dem Schwarzwald stammende Ernst Zündel war 1985 in einem aufsehenerregenden und wochenlang in der Presse behandelten Prozeß wegen des Vertriebs revisionistischen Schriftguts verurteilt worden. Dieses Urteil wurde dann aufgehoben. Am 18. Januar 1988 begann dann ein weiterer Prozeß gegen Zündel in Toronto. Der an beiden Verfahren beteiligte französische Revisionist Professor Dr. Robert Faurisson gibt nachfolgend einen Bericht.

Ernst Zündel wurde am 13. Mai 1988 von dem Richter Ronald Thomas (District Court of Ontario, Kanada) zu neun Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt und sofort ins Gefängnis gebracht, weil er eine revisionistische Schrift vertrieben hatte, die mittlerweile vierzehn Jahre alt ist: »Did Six Million Really Die?« (»Starben wirklich sechs Millionen?«).

Ernst Zündel (50) lebt in Toronto, wo er bis in die letzten Jahre hinein den Beruf eines Grafikers und Publizisten ausübte. In Deutschland geboren, hat er seine deutsche Staatsbürgerschaft beibehalten. Sein Leben war von dem Zeitpunkt an von schweren Umwälzungen geprägt, als er um 1981 herum damit begann, die revisionistische Broschüre von Richard Harwood »Did Six Million Really Die?« zu vertreiben.

Diese Schrift war 1974 erstmals in Großbritannien herausgekommen und war im darauffolgenden Jahr Gegenstand einer langen Kontroverse in »Books and Bookmen«. Nach Eingreifen der südafrikanischen jüdischen Gemeinde wurde die Schrift in Südafrika verboten, in Kanada wurde Ernst Zündel in seinem ersten Prozeß im Jahr 1985 zu fünfzehn Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Dieses Urteil wurde 1987 aufgehoben. Am 18. Januar 1988 begann ein neuer Prozeß. Ich habe an den Vorbereitungen und Abwicklung dieser beiden Strafverfolgungen teilgenommen. Ich habe Tausende von Stunden zu Ernst Zündels Verteidigung geopfert.



Ernst Zündel mußte sich in Toronto in einem aufsehenerregenden Prozeß wegen des Vertriebs revisionistischer Schriften verantworten.

Schon 1967 hatte François Duprat einen Artikel über »Das Geheimnis der Gaskammern« veröffentlicht (»Défense de l'Occident«, Juni 1967). Er interessierte sich auch für die Harwood-Broschüre und sorgte aktiv für deren Verbreitung. Am 18. März 1978 wurde er von Mördern getötet, deren Mittel so undurchsichtig waren, daß sie nur einem Geheimdienst angehört haben können. Für diesen Mord übernahmen ein »Cómmando du Souvenir« (»Kommando des Andenkens«) und eine »Groupe Révolutionaire Juif« (»Jüdische Revolutionäre Gruppe«) die Verantwortung (»Le Monde«, 23. März 1978).

Patrice Chairoff hatte in »Dossier néo-nazisme« die Adresse von F. Duprat veröffentlicht; er rechtfertigte den Mord in den Spalten von »Le Monde« vom 26. April 1978, in denen der Revisionismus des Opfers ihm folgende Gedankengänge eingab: »François Duprat ist verantwortlich. Es gibt Verantwortlichkeiten, die tödlich sind.«

In »Le Droit de vivre«, dem Organ der LICRA, vertrat Jean Pierre Bloch eine zweideutige Auffassung: Er verurteilte zwar das Verbrechen, ließ jedoch gleichzeitig durchblicken, daß er kein Mitleid mit jenen empfindet, die, wie das Mordopfer, den Weg des Revisionismus beschreiten (»Le Monde«, 7./8. Mai 1978).

Acht Monate vor dem Mord hatte der Journalist Pierre Viansson-Ponté einen bösartigen Angriff gegen die Broschüre von R. Harwood vom Stapel gelassen. Seine Chronik trug die Überschrift »Le mensonge« (»Die Lüge«) (»Le Monde«, 17./18. Juli 1977). Sie wurde mit einem lobenden Kommenatar in »Le Droit de vivre« nachgedruckt.

Sechs Monate nach dem Mord trat P. Viansson-Ponté erneut zum Angriff an (»Le Mensonge«, »Le Monde«, 3./4. September 1978). Über den Mord an F. Duprat hüllte er sich in Stillschweigen; er gab die Namen, Vornamen und Wohnorte dreier revisionistischer Leser an und rief zu gerichtlichen Unterdrükkungsmaßnahmen gegen den Revisionismus auf.

1984, in Kanada, provozierte Sabina Citron, Verantwortliche für eine Gesellschaft zum Andenken an den Holocaust, gewaltsame Kundgebungen gegen Ernst Zündel. Auf den Wohnsitz des letzeren wurde ein Anschlag verübt. Die kanadische Postverwaltung, die revisionistische Literatur mit pornografischer Literatur gleichsetzte, verweigerte ihm jeden Versand und jeden Empfang von Post, und er erlangte seine postalischen Rechte erst nach einem Jahr gerichtlicher Verfahren zurück. Mittlerweile

Revisionismus

Der Zündel-Prozeß in Toronto

waren seine Geschäfte in Gefahr geraten.

Auf Veranlassung von Sabina Citron stellte der Generalstaatsanwalt von Ontario gegen Ernst Zündel Strafantrag wegen »Verbreitung einer falschen Erklärung, Erzählung oder Nachricht« (»false statement, tale or news«). Die Anklage begründete dies wie folgt: Der Beschuldigte hat sein Recht auf freie Meinungsäußerung mißbraucht; durch den Vertrieb der Harwood-Broschüre verbreitete er eine Information, von der er wußte, daß sie falsch war; er mußte nämlich wissen, daß der »Völkermord an den Juden« und die »Gaskammern« eine feststehende Tatsache sind.

Zündel wurde auch angeklagt, weil er selbst einen Brief der gleichen Geisteshaltung wie die der Broschüre geschrieben und verbreitet hatte.



Der französische Revisionist Professor Dr. Robert Faurisson (rechts) begleitete den Prozeß gegen Ernst Zündel (links).

Der erste Prozeß im Jahr 1985

Der erste Prozeß dauerte sieben Wochen. Das Geschworenengericht sprach Zündel nicht schuldig wegen seines eigenen Briefes, aber schuldig wegen der Verbreitung der Broschüre. Er wurde von Richter H. Locke zu 15 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Der deutsche Konsul in Toronto entzog ihm seinen Paß, die Bundesrepublik Deutschland bereitete ein sogenanntes Abschiebungsverfahren gegen ihn vor. Vorher hatten die deutschen Behörden auf dem ganzen Gebiet der Bundesrepublik eine gewaltige Aktion von polizeilichen Hausdurchsuchungen gleichzeitig an einem Tag bei allen seinen deutschen Briefpartnern durchgeführt. 1987 verweigerten ihm die Vereinigten Staaten die Einreise in ihr Land.

Aber Zündel hatte einen Medien-Sieg errungen: Tag für Tag, sieben Wochen lang, hatten alle englischsprachigen Medien über einen Prozeß berichtet, bei dem es sensationelle Enthüllungen gegeben hatte. Es hatte sich gezeigt, daß die Revisionisten über eine Dokumentation und Beweisführung von gewaltiger Kraft verfügten, während die Verfechter der (Juden-)Vernichtungsthese in einer verzweifelten Lage waren.

Im ersten Prozeß trat als Sachverständiger der Anklage Raul Hilberg auf, ein amerikanischer Professor jüdischer Herkunft, Verfasser eines Standard-Werkes »The Destruction of the European Jews« (1961), mit dem sich schon Paul Rassinier in seinem Buch »Le Drame des Juifs européens« (»Das Drama der europäischen Juden«) (1964) befaßt hatte. Hilberg entwickelte zunächst glatt seine These von der Judenvernichtung. Dann kam sein Kreuzverhör, geführt von Ernst Zündels Anwalt, unterstützt von Keltie Zubko und von mir selbst.

Schon nach den ersten Fragen stellte sich heraus, daß Hilberg, die höchste Autorität der Welt in Sachen der Geschichte des Holocaust, kein einziges Konzentrationslager, nicht einmal Auschwitz, untersucht hatte. Er hatte dies weder vor der Veröffentlichung seines Buches im Jahre 1961 noch danach getan. Auch 1985, als er das unmittelbar bevorstehende Erscheinen einer neuen Ausgabe seines Werkes, durchgesehen, korrigiert und ergänzt, ankündigte, hatte er noch kein einziges Lager untersucht. 1979 begab er sich anläßlich einer Feier für einen einzigen Tag nach Auschwitz. Er hatte aber nicht den Drang, die dortigen Örtlichkeiten und das Archiv zu untersuchen. Sein ganzes Leben lang hatte er keine »Gaskammer«, weder »im Originalzustand« noch als Ruine (für den Historiker sprechen Ruinen immer noch) gesehen.

In die Enge getrieben, mußte er einräumen, daß es für das, was er die Politik der Judenvernichtung nannte, keine Planung, keine zentrale Organisation, keinen Haushalt, kein Kontrollorgan gegeben hat. Er mußte zugeben, daß die Alliierten seit 1945 keinerlei Gutachten über die »Tatwaffe«, aus dem man das Vorhandensein einer Gaskammer zur Menschentötung hätte schließen können, erstellt haben. Kein Obduktionsbericht hatte den Mord an einem Häftling durch Giftgas erkennen lassen.

Keinerlei Gutachten über die »Tatwaffe«

Hilberg behauptet, Hitler habe Befehle zur Judenvernichtung erteilt, und Himmler habe am 25. November 1944 (welche Genauigkeit!) den Befehl erteilt, diese Judenvernichtung zu beenden, doch Hilberg konnte diese Befehle nicht vorweisen.

Die Verteidigung fragte ihn, ob er in der neuen Ausgabe seines Werkes weiterhin behaupten würde, daß es diese Befehle gab. Er wagte es, diese Frage zu bejahen. Er log. Und er machte sich sogar eines Meineides schuldig.

In der Neuauflage seines Werkes (dessen Vorwort vom September 1984 datiert ist) hat Hilberg nämlich systematisch jeden Hinweis auf einen Befehl Hitlers unterlassen.

Von der Verteidigung gebeten zu erklären, wie die Deutschen ohne jede Planung ein so riesiges Unternehmen wie die Vernichtung von Millionen Juden hätten bewerkstelligen können, antwortete er, es habe in den verschiedenen Instanzen der Nazis »ein unglaubliches Zusammentreffen der Gedanken, einen Konsensus im Gedankenlesen durch eine weit ausgedehnte Bürokratie« gegeben (an incredible meeting of minds, a consensus mindreading by a far-flung bureaucracy).

Die Anklage zählte auf die Zeugenaussage der »Überlebenden«. Diese »Überlebenden« waren mit Sorgfalt ausgewählt worden. Sie sollten beweisen, daß sie mit eigenen Augen Vorbereitungen und Abläufe von Menschentötungen durch Gas beobachtet hatten.

Seit Kriegsende hatte es in einer Reihe von Prozessen wie die von

Nürnberg (1945/46), von Jerusalem (1961) oder Frankfurt (1963–65) an solchen Zeugen nie gefehlt. Jedoch, und hierauf habe ich schon oft hingewiesen, besaß kein Anwalt der Verteidigung jemals den Mut oder die Kompetenz, diese Zeugen über die Vergasungen selbst ins Kreuzverhör zu nehmen.

Denn zum ersten Male wagte es 1985 in Toronto ein Anwalt, Douglas Christie, solche Erklärungen zu verlangen; er tat dies an Hand von topographischen Karten und Bauzeichnungen sowie einer wissenschaftlichen Dokumentation über die Eigenschaften der angeblich verwendeten Gase, wie auch über die Kapazitäten der Leichenverbrennung in Krematorien und auf Scheiterhaufen.

Kein einziger dieser Zeugen hielt dieser Prüfung stand, vor allem nicht ein gewisser Arnold Friedmann. Letzterer gab schließlich aus reiner Verzweiflung zu, daß er zwar in Auschwitz-Birkenau war (wo er übrigens nicht zu arbeiten brauchte, abgesehen davon, daß er einmal bei der Entladung von Kartoffeln half), daß er aber von Vergasungen nur durch Hörensagen wußte.

Der Zeuge Rudolf Vrba besaß einen internationalen Bekanntheitsgrad. Als slowakischer Jude, in Auschwitz und Birkenau interniert, war er seiner Aussage nach im April 1944 zusammen mit Fred Wetzler aus dem Lager entflohen. In die Slowakei zurückgekehrt, hatte er über Auschwitz, Birkenau, die Krematorien und ihre »Gaskammern« einen Bericht diktiert.

Über slowakische, ungarische und schweizerische jüdische Organisationen gelangte dieser Bericht nach Washington, wo er als Grundlage des berühmten »War Refugee Board Report« diente, der im November 1944 veröffentlicht wurde. Jede mit der Verfolgung von »Kriegsverbrechen« befaßte alliierte Organisation und jeder für »Kriegsverbrecher«-Prozesse verantwortliche alliierte Ankläger verfügte somit über die amtliche Version der Geschichte dieser Lager.

Der Experte für Gaskammern der amerikanischen Regierung, Fred Leuchter, mit seiner Ehefrau Carolyn.

R. Vrba wurde später britischer Staatsbürger und veröffentlichte seine Biografie unter dem Titel: »I Cannot Forgive« (»Ich kann nicht vergeben«); in Wirklichkeit wurde dieses Buch, das 1964 herauskam, von Alan Bestic geschrieben, der in seinem Vorwort der »ungeheuren Mühe, die (R. Vrba) sich über jedes Detail gemacht hat« (the immense trouble he took over every detail) und dessen »übertriebenen und beinahe fanatischen Respekt vor der Genauigkeit« (the meticulous, almost fanatical respect for accuracy) Achtung zollte.

Das Problem mit den Fakten

Später ließ Vrba sich in Kanada nieder und erwarb die kanadische Staatsbürgerschaft. Er trat in mehreren Filmen über Auschwitz, vor allem in »Shoah«, von Claude Lanzmann, auf. Alles lachte diesem Zeugen zu, bis zu dem Tage im Jahre 1985, beim Zündel-Prozeß, als er schonungslos ins Kreuzverhör genommen wurde. Dabei entpuppte er sich als Lügner und Betrüger.

Man stellte fest, daß er in seinem Bericht von 1944 die Anzahl und den Standort der »Gaskammern« und der Krematorien gehörig erfunden hatte. Sein Buch von 1964 beginnt mit einem Besuch Himmlers in Birkenau zur Einweihung eines neuen Krematoriums mit »Gaskammer« im Januar 1943; doch Himmlers letzter Besuch geht auf Juli 1942 zurück, und im Januar 1943 war das erste der neuen Krematorien noch lange nicht fertiggestellt.

Dank besonderer Gedächtnistechniken, so scheint es, und dank einer wahrhaftigen Gabe, überall dabei zu sein, hatte Vrba ausgerechnet, daß die Deutschen in einer Zeitspanne von 25 Monaten (von April 1942 bis April 1944) allein in Birkenau 1 765 000 Juden, davon 150 000 aus Frankereich kommende Juden, »vergast« hätten.

Serge Klarsfeld kam aber 1978 in seinem »Mémorial de la déportation des Juifs de France« zu der Schlußfolgerung, daß die Deutschen während des ganzen Krieges und in alle Lager 75 721 Juden aus Frankreich deportierten. Das Schlimmste daran ist die Tatsache, daß diese Zahl von 1 765 000 »vergasten« Juden in Birkenau in einem Dokument (L-022) des Nürnberger Gerichtshofes übernommen wurde.

Von allen Seiten bedrängt, blieb dem Betrüger schließlich nichts anderes übrig, als sich auf die »licentia poetarum«, die dichterische Freiheit, zu berufen. Sein Buch wurde auch in französischer Sprache vor kurzem veröffentlicht; es stellt sich dar als ein Buch von »Rudolf Vrba mit Alan Bestic«; es enthält nicht mehr das begeisterte Vorwort von Alan Bestic; in der kurzen Einführung von Emile Copfermann heißt es: »Im Einvernehmen mit Rudolf Vrba haben wir die beiden Anhänge der englischen Ausgabe weggelassen.«

Der zweite Zündel-Prozeß im Jahr 1988

Im Januar 1987 beschloß ein aus fünf hohen Richtern zusammengesetztes Gericht, das Urteil von 1985 aus sachlichen Gründen aufzuheben. Richter H. Locke hatte der Verteidigung kein Recht bei der Wahl der Geschworenen eingeräumt, und das Geschworenengericht war vom Richter über den eigentlichen Sinn des Prozesses getäuscht worden.

Ich selbst habe in meinem Leben schon manchen Prozessen beigewohnt, auch zur Zeit der Großen Säuberung in Frankreich. Niemals bin ich jedoch einem derart parteiischen, autokratischen und zornigen Richter wie H. Locke begegnet. Die angelsächsische Justiz bietet viel mehr Garantien als die französische Justiz, aber es bedarf nur eines Mannes, um das beste System zu pervertieren. Richter H. Locke war dieser Mann.

Der zweite Prozeß begann am 18. Januar 1988 unter dem Vorsitz von Richter Ronald Thomas, der offenbar ein Freund von Richter H. Locke ist. Der Mann ist jähzornig, ganz offen feindselig gegenüber der Verteidigung, besitzt aber mehr Finesse als sein Vorgänger, und dann

Revisionismus

Der Zündel-Prozeß in Toronto

liegen auch die Anmerkungen der fünf hohen Richter vor, die ihn etwas in Schach halten.

Richter H. Locke hatte der freien Meinungsäußerung der Zeugen und Sachverständigen zahlreiche Fesseln angelegt; mir hatte er zum Beispiel die Verwendung der von mir selbst in Auschwitz gemachten Fotos untersagt; ich durfte keine Argumente chemischer, topografischer, bautechnischer Natur vorbringen (obwohl ich als erster in der Welt die Zeichnungen der Krematorien von Auschwitz und Birkenau veröffentlicht habe); ich durfte weder über die amerikanischen Gaskammern, noch über die amerikanischen Luftaufnahmen von Auschwitz und Birkenau sprechen.

Selbst ein so bedeutender Chemiker wie William Lindsey wurde in seiner Aussage gezügelt. Richter R. Thomas hingegen räumte der Verteidigung zwar mehr Freiheit ein, traf jedoch gleich zu Anfang des Prozesses eine Entscheidung, mit der er die Geschworenen knebelte.

Im angloamerikanischen Recht muß alles bewiesen werden, bis auf gewisse offensichtliche Tatsachen (»Großbritannien wird von einer Monarchie regiert«, »seine Hauptstadt heißt London«, »der Tag folgt der Nacht« . . .). Jedoch muß der Richter auf Verlangen der einen oder anderen beteiligten Partei diese offenkundigen Tatsachen »als eigene Erkenntnis des Gerichts verkünden« (take judicial notice).

Auch in Nürnberg hatte es bekanntlich geheißen: »Der Gerichtshof soll nicht Beweise für allgemein bekannte Tatsachen fordern, sondern soll sie von Amts wegen zur Kenntnis nehmen.«

Den Holocaust nahm man »amtlich« zur Kenntnis

Der Staatsanwalt John Pearson bat daher den Richter, den Holocaust als eigene Erkenntnis des Gerichts zu verkünden, also amtlich zur Kenntnis zu nehmen. Nun brauchte dieser Begriff nur noch definiert zu werden.

Hätte die Verteidigung hier nicht eingegriffen, dann hätte der Richter den Holocaust so definiert, wie man es 1945/46 hätte tun können. Damals hätte man den »Völkermord an den Juden« (man sprach noch nicht von »Holocaust«) als »befohlene und planmäßige Vernichtung von sechs Millionen Juden, vorwiegend durch die Benutzung von Gaskammern« auslegen können.

Zum Leidwesen der Anklage setzte die Verteidigung den Richter davon in Kenntnis, daß seit 1945/46 grundlegende Veränderungen in der Vorstellung von der Judenvernichtung selbst jener Historiker eingetreten sind, die zu den Verfechtern der Vernichtungsthese zählen. Zunächst sprechen diese jetzt nicht mehr von einer Vernichtung, sondern von einer versuchten Vernichtung. Sie mußten schließlich zugeben, daß man »trotz der gelehrtesten Forschungen« keine Spur eines Befehls zur Judenvernichtung gefunden hatte.

Die Zahl der Juden, die während des gesamten Zweiten Weltkrieges an verschiedenen Ursachen starben, wurden von Hilberg auf 5,1 Millionen und von Gerald Reitlinger auf 4,2 bis 4,6 Millionen geschätzt.

»Intentionalisten« und »Funktionalisten«

Dann kam es zur Spaltung zwischen »Intentionalisten« und »Funktionalisten«: Alle waren sie sich zwar darüber einig, daß man keinen Beweis für eine Vernichtungsabsicht hatte, aber die Historiker der ersteren Schule vertraten die Auffassung, daß man eine solche Absicht annehmen muß, während die Historiker der letzteren Schule die Ansicht vertraten, die Judenvernichtung sei auf einzelne, örtliche und gesetzlose Initiativen zurückzuführen. Die Funktion habe gewissermaßen das Organ geschaffen!

Schließlich wurde die Zahl von sechs Millionen als »symbolisch« bezeichnet, und es gab beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über das »Gaskammer-Problem«.

Richter R. Thomas, der von dieser Flut von Informationen sichtlich überrascht war, entschloß sich dazu, den Vorsichtigen zu spielen, und nach einer Pause des Nachdenkens sprach er sich für folgende Definition aus: Der Holocaust ist die »Vernichtung beziehungsweise der Massenmord an Juden«, begangen durch den Nationasozialismus.

Diese Auslegung ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: Man findet darin nichts mehr von einem Befehl zur Judenvernichtung, von einer Planung, von »Gaskammern«, von sechs Millionen Juden, nicht einmal von Millionen Juden. Sie ist dermaßen substanzlos, daß sie mit nichts mehr übereinstimmt, denn was heißt schon »Massenmord an Juden« (der Richter hatte sorgfältig vermieden, »an den Juden« zu sagen). Allein an dieser Auslegung kann man die Fortschritte ermessen, die der historische Revisionismus von 1945 bis 1988 gemacht hat.

Der Sachverständige hatte kein KL besucht

Eine Widerwärtigkeit erwartete den Staatsanwalt J. Pearson: Trotz wiederholter Aufforderungen weigerte sich Hilberg, noch einmal als Zeuge vor Gericht zu erscheinen.

Die Verteidigung, die von einem Briefwechsel zwischen J. Pearson und Hilberg Wind bekommen hatte, verlangte und erreichte die Bekanntgabe der gegenseitig geschriebenen Briefe, vor allem eines »vertraulichen« Schreibens Hilbergs, in welchem dieser mit seinen schlechten Erinnerungen an sein Kreuzverhör von 1985 keineswegs hinter dem Berge hält. Er befürchtete nämlich, der Anwalt Douglas Christie würde noch einmal auf die gleichen Punkte eingehen, die seinerzeit Gegenstand seines Kreuzverhörs waren.

Um die genauen Worte dieses Schreibens wiederzugeben: Er befürchte, schrieb er, »jeden Versuch, mich in die Falle zu locken durch Hinweis auf jeden scheinbaren Widerspruch, so unbedeutend das Thema auch sein mag, zwischen meiner früheren Zeugenaussage und einer Antwort, die ich 1988 erteilen könnte« (every attempt to entrap me by pointing out any seeming contradiction, however trivial the subject may be, between my earlier testimony and an answer that I might give in 1988).

Wie ich bereits sagte, R. Hilberg beging seinerzeit einen ausgesprochenen Meineid und mußte daher mit einer Anklage wegen Meineids rechnen.

An Stelle von Hilberg kam sein Freund Christopher Browning, ein amerikanischer Professor, Spezialist des Holocaust. Als Sachverständiger zugelassen (und mehrere Tage lang mit dem Satz von 150 Dollar pro Stunde vom kanadischen Steuerzahler bezahlt), bemühte er sich zu beweisen, daß die Broschüre von Harwood ein Lügengewebe und die versuchte Judenvernichtung eine wissenschaftlich nachgewiesene Tatsache ist. Dies bekam ihm jedoch übel.

Beim Kreuzverhör bediente sich die Verteidung seiner eigenen Argumente, um ihn zu vernichten. Von einem Tag zum anderen konnte man beobachten, wie dieser große und naive Professor, der sich in die Brust warf, als er aufrecht stand, sich hinsetzte und wie ein bei einem Fehler ertappter Schüler hinter dem Zeugenstand zusammenschrumpfte; mit erloschener und demütiger Stimme räumte er schließlich ein, daß er auf dem Gebiet der historischen Information in diesem Prozeß etwas gelernt hätte.

Wie Hilberg, hatte auch er kein einziges KL untersucht. Er besuchte nicht einen einzigen Standort von »Gaskammern«.

Demütigungen für den Sachverständigen

Ihm war nicht der Gedanke gekommen, nach einem Gutachten über die »Tatwaffe« zu forschen oder ein solches zu verlangen. In seinen Schriften hielt er große Stücke auf jene Gaswagen zur Menschentötung; er konnte jedoch auf keine einzige echte Fotografie, keine einzige Zeichnung, keine einzige technische Studie, kein einziges Gutachten verweisen.

Er wußte nicht einmal, daß deutsche Begriffe wie »Gaswagen«, »Spezialwagen«, »Entlausungswagen« einen völlig harmlosen Sinn haben können. Sein technisches Fachwissen war gleich Null. Er hatte niemals die Luftaufnahmen von Auschwitz untersucht. Er wußte nichts von den Folterungen, die diejenigen Deutschen in alliierter Haft erlitten hatten, die, wie beispielsweise Rudolf Höss, danach von Vergasungen gesprochen hatten. Er wußte auch nichts von den Zweifeln, die über gewisse Himmler-Reden oder über das Tagebuch von Goebbles geäußert worden sind.

Als großer Amateur der Kriegsverbrecherprozesse hatte er nur die Ankläger und niemals die Verteidiger befragt. Seine Unkenntnis hinsichtlich der Berichterstattung über den Nürnberger Prozeß war geradezu niederschmetternd. Er hatte nicht einmal gelesen, was Hans Frank, Chef des ehemaligen Generalgouvernements in Polen, vor dem Nürnberger Tribunal über sein »Tagebuch« und über »die Judenvernichtung« gesagt hatte. Ein unverzeihlicher Fehler!

C. Browning behauptete nämlich, in dem »Tagebuch« von Hans Frank den unwiderlegbaren Beweis für das Vorhandensein einer Judenvernichtungs-Politik gefunden zu haben. Er hatte einen anklagenden Satz darin entdeckt. Er wußte nicht, daß Hans Frank vor Gericht eine Erklärung für Sätze dieser Art, herausgenommen aus Hunderttausenden von Sätzen eines persönlichen und verwaltungsmäßigen Tagebuchs von 11 500 Seiten, abgegeben hat.

Übrigens hatte Frank den Amerikanern, die gekommen waren, um ihn festzunehmen, dieses »Tagebuch« spontan ausgehändigt. Die Aufrichtigkeit des ehemaligen Generalgouverneurs ruft bei dem, der seine Aussage liest, so wenig Zweifel hervor, daß auch Browning, der aufgefordert wurde, der Verlesung dieser Aussage zuzuhören, nicht den geringsten Einwand erhob. Doch eine weitere Demütigung sollte ihn erwarten.

Um seine These zu untermauern, bezog er sich auf eine bestimmte Passage des Protokolls der Wannsee-Konferenz (20. Januar 1942), die er in eigener Übersetzung vortrug. Seine Übersetzung enthielt schwerwiegende Fehler, und mit einem Schlag brach seine These zusammen.

Was schließlich Brownings eigene Erklärung für eine »Politik der Judenvernichtung« betrifft, so kommt sie der von Hilberg gleich: Für Browning erklärt sich alles durch Adolf Hitlers »Kopfnicken«.

Wir müssen darunter verstehen, daß es der Führer des deutschen Volkes keineswegs nötig hatte, einen schriftlichen oder mündlichen Befehl zur Judenvernichtung zu erteilen. Um die Aktion in Gang zu setzen, bedurfte es seinerseits nur eines »Kopfnikkens« und einer Reihe von »Signalen«, und schon hatte man ihn verstanden!

Das Rote Kreuz weiß nichts von Verbrechen an Deutschen

Der andere Sachverständige, den die Staatsanwaltschaft vor Browning vorgeladen hatte, war Charles Biedermann, Schweizer Staatsbürger, Delegierter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) und vor allem Direktor des in der Bundesrepublik Deutschland, in Arolsen, eingerichteten Internationalen Suchdienstes (franz.: SIR). Letztgenannte Organisation verfügt über Informationen von unerhörtem Ausmaß über Einzelschicksale von Opfern des Nationalsozialismus, vor allem über ehemalige KL-Häftlinge.

Ich behaupte, daß, wenn man es nur wollte, die wirkliche Zahl der während des Krieges gestorbenen Juden in Arolsen ermittelt werden könnte.

Die Anklage konnte sozusagen keinen einzigen Nutzen aus der Aussage dieses Sachverständigen ziehen. Im Gegensatz dazu konnte die Verteidigung durch ihr Kreuzverhör zahlreiche Punkte für sich verbuchen. Biedermann mußte zugeben, daß das IKRK niemals einen Beweis für das Vorhandensein von Gaskammern zur Menschentötung in den deutschen Lägern gefunden hatte.

Der Besuch eines seiner Delegierten in Auschwitz im September 1944 hatte allenfalls ergeben, daß ein diesbezügliches Gerücht kursierte.

Zu seiner Bestürzung mußte der Sachverständige einräumen, einen Fehler begangen zu haben, indem er den Begriff »Vernichtungslager« den Nationalsozialisten zuschrieb. Er hatte nicht darüber nachgedacht, daß es sich hier um einen von den Alliierten geprägten Ausdruck handelt. Er behauptete, das IKRK habe sich vor und nach dem Konflikt neutral verhalten; man wies ihm das Gegenteil nach.

Nach dem Konflikt hatte nämlich das IKRK in den Chor der Alliierten eingestimmt. Biedermann behauptete, von keinen Berichten des IKRK über die durch Deutsche gegen Ende des Krieges und kurz nach Kriegsende erlittenen Folterungen etwas zu wissen; insbesondere wußte er nichts von der grausamen Behandlung, die vielen deutschen Kriegsgefangenen zuteil wurde. Angeblich besitzt das IKRK nichts über die gewaltigen Vertreibungen deutscher Minderheiten im Osten, nichts von den Schrecken des »großen Zusammenbruchs«, nichts über die summarischen Hinrichtungen und vor allem nichts über das Massaker mit Karabinern, mit Maschinengewehren, mit Schaufeln und Spitzhacken an 520 deutschen Soldaten und Offizieren, die sich am 29. April 1945 in Dachau den Amerikanern ergeben hatten.

Victor Maurer, ein Delegierter des IKRK, befand sich an Ort und Stelle. Der Internationale Suchdienst stufte sogar die strafrechtlich verurteilten Verbrecher, die sich in den KL befanden, als »Verfolgte« des Nazismus ein. Er vertraute auf die Angaben des »Staatsmuseums von Auschwitz« (kommunistische Organisation).

Die Auschwitz-Totenbücher haben die Sowjets

Um jede weitere Nachforschung seitens der Revisionisten zu behindern, schloß der Internationale Suchdienst 1978 seine Pforten für Historiker und Forscher, mit Ausnahme derjenigen, die über eine besondere Ermächtigung seitens einer der zehn Regierungen (darunter Israel) verfügen, welche die Tätigkeit des IKRK überwachen.

Seitdem ist es dem IKRK untersagt, statistische Auswertungen über die Anzahl der in den verschiedenen Lagern Gestorbenen zu erstellen, wie es das bis dahin getan hatte. Die sehr wertvollen jährlichen Tätigkeitsberichte sollten der Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich gemacht werden, außer des ersten Drittels, der für den Forscher von keinerlei Interesse ist.

Biedermann bestätigte eine Nachricht, die 1964 beim Frankfurter Prozeß durchgesickert war: Bei der Befreiung von Auschwitz fanden die Sowjets das Totenregister des ganzen Komplexes von 39 Lagern und Nebenlagern. Es bestand aus 38 oder 39 Bänden. Die Sowjets bewahren in Moskau 36 oder 37 dieser Totenbücher auf, während die Polen im »Staatsmuseum von Auschwitz« die zwei oder drei restlichen Bände aufbewahren, von denen sie Kopien an den Internationalen Suchdienst in Arolsen schickten.

Aber weder die Sowjets noch die Polen noch der Internationale Suchdienst gestatten Einsicht in diese Bände. Biedermann wollte nicht einmal die Zahl der in den zwei oder drei Bänden, von denen der Internationale Suchdienst Kopien hat, aufgeführten Toten nennen.

Es scheint so, daß, würde man den Inhalt der Totenbücher von Auschwitz der Öffentlichkeit bekanntgeben, dies das Ende der Übertreibungen bei der Zahl der Toten in diesem Lager wäre.

Der Richter fragte den Staatsanwalt, ob er »Überlebende« in den Zeugenstand rufen wolle. Der Staatsanwalt verneint diese Frage. Die 1985 gemachte Erfahrung war zu grausam. Die Prüfung durch das Kreuzverhör war verheerend gewesen.

Es ist bedauerlich, daß in Frankreich, beim Barbie-Prozeß (1987), und in Israel, beim Demjanjuk-Prozeß (1987–1988), kein Anwalt der Verteidigung dem Beispiel von Christie in Kanada beim ersten Zündel-Prozeß (1985) gefolgt ist: Christie hatte bewiesen, daß man durch ein Kreuzverhör zum eigentlichen Vorgang des »Vergasens« viele

Revisionismus

Der Zündel-Prozeß in Toronto

Falschbehauptungen in ihrer Wurzel zerstören kann.

Die Zeugen und Sachverständigen der Verteidigung

Die meisten der Zeugen und Sachverständigen der Verteidigung waren so präzis und sachlich wie Hilberg oder Browning ungenau und metaphysisch in ihrer Aussage waren.

Der Schwede Ditlieb Felderer führte etwa 350 Dias von Auschwitz und von den anderen Lagern in Polen vor. Der Amerikaner Mark Weber, dessen dokumentarisches Fachwissen sehr eindrucksvoll war, stellte mehrere Aspekte des Holocaust und vor allem der Einsatzgruppen klar. Der Deutsche Tjudar Rudolph sprach über das Ghetto von Litzmannstadt und über den Besuch des IKRK in Auschwitz, Majdanek und anderen Lagern während des Krieges.

Thies Christophersen hatte 1944 im Raume Auschwitz ein landwirtschaftliches Forschungsunternehmen geleitet; er begab sich oft nach Birkenau, um dort Personal anzufordern; er hatte niemals die beschriebenen Greuel festgestellt; im Zeugenstand wiederholte er Punkt für Punkt, was er schon 1973 in einem Dokument von 19 Seiten geschrieben hatte (»Kritik« Nr. 23).

Die Kanadierin Maria Vanherwaarden (geboren in Österreich) war seit 1942 in Birkenau interniert gewesen; sie hatte nichts gesehen, was auch nur im entferntesten einem Massenmord gleichkam, aber viele Internierte seien an Typhus gestorben, sagte sie.

Der Amerikaner Bradley Smith, Mitglied eines »Committee for an Open Debate on the Holocaust« (»Ausschuß für eine öffentliche Debatte über den Holocaust«), berichtete über seine Erfahrungen bei fast einhundert Diskussionen in den Vereinigten Staaten über das Thema Holocaust.

Der Österreicher Emil Lachout nahm Stellung zu dem berühmten »Müller-Dokument«, das seit Dezember 1987 die österreichischen Behörden beunruhigt. Diese erklären es für eine Fälschung, ohne jedoch bisher einen Beweis dafür vorgelegt zu haben.

Dieses vom 1. Oktober 1948 datierte Dokument enthüllt, daß bereits zu diesem Zeitpunkt die alliierten Untersuchungskommissionen nicht mehr an »Vergasungen in einer ganzen Reihe von Lagern, wie Dachau, Ravensbrück, Struthof (Natzweiler), Stutthof (Danzig), Sachsenhausen, Mauthausen (Österreich) glaubten.

Die Antwort auf das Problem Holocaust

Aus dem Dokument geht hervor, daß die Geständnisse der Deutschen durch Folterungen erpreßt wurden und daß die Zeugenaussagen falsch waren.

Dr. Russel Barton zeichnete seine schreckliche Entdeckung des Lagers Bergen-Belsen bei der Befreiung nach; im ersten Augenblick habe er an ein willkürliches Massaker geglaubt, dann sei er sich darüber klargeworden, daß in einem Deutschland der Apokalypse diese Leichenhaufen und diese wandelnden Skelette den schrecklichen Zuständen in einem übervölkerten, von Epidemien heimgesuchten Lager ohne Wasser wegen der alliierten Bombenangriffe, fast ohne Medikamente und Nahrungsmittel, zuzuschreiben sind.

Der Deutsche Udo Walendy legte die Fälschungen dar, die er in Greuelfotographien aus der Kriegszeit entdeckt hatte, und sprach über die Erfindungen der britischen Propaganda, insbesondere über die von Sefton Delmer. J. G. Burg, ein mosaischer Jude, wohnhaft in München, sprach von seinen Kriegserlebnissen und erklärte, daß es niemals eine Politik der Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten gab.

Akademiker wie die Herren Kuang Fu und Gary Botting leisteten ihren Beitrag auf dem Gebiet der gleichzeitigen Untersuchung von historischen Tatsachen, Meinungen und Auslegungen.

Jürgen Neumann äußerte sich über die Art der Forschungen, die er an der Seite von Ernst Zündel betrieben hat.

Ernst Nielsen sagte über die Behinderungen, die in einer kanadischen Universität einer freien Erforschung des Holocaust entgegengesetzt werden, aus.

Ivan Lagacé, leitender Angestellter im Krematorium von Calgary (Kanada), legte die praktische Unmöglichkeit der von Hilberg angegebenen Zahlen für die Leichenverbrennungen in Auschwitz offen.

Meinerseits habe ich fast sechs Tage als Sachverständiger ausgesagt. Ich hob vor allem meine Untersuchungen hinsichtlich der amerikanischen Gaskammern hervor. Ich erinnerte daran, daß es sich bei Zyklon im wesentlichen um Cyanwasserstoffgas handelt und daß mit diesem Gas einige Strafvollzugsanstalten in Amerika ihre zum Tode verurteilten Häftlinge hinrichten.

Im Jahre 1945 hätten die Alliierten Spezialisten für die amerikanischen Gaskammern auffordern sollen, jene Orte zu untersuchen, die, in Auschwitz und anderswo, zur Vergasung von Millionen von Häftlingen gedient haben sollen.

Schon 1977 verfolgte ich folgenden Gedanken: Wenn man es mit einem so gewaltigen Problem wie dem des Holocaust zu tun hat, muß man zunächst auf den Kernpunkt dieses Problems stoßen; unter den gegebenen Umständen ist der Kernpunkt das Auschwitz-Problem, und dort wiederum kann man das Herz dieses Problems auf eine Fläche von 275 qm begrenzen, nämlich in Auschwitz die 65 qm der »Gaskammer« des Krematoriums I und in Birkenau die 210 qm der »Gaskammer« des Krematoriums II.

1988 war mein Gedanke immer noch der gleiche: Laßt uns die 275 qm untersuchen, und dann haben wir eine Antwort auf das gewaltige Problem des Holocaust!

Ich zeigte dem Geschworenengericht meine Fotos von der Gaskammer des Zuchthauses von Baltimore ebenso wie meine Zeichnungen der Gaskammern von Auschwitz und unterstrich die physikalischen und chemischen Unmöglichkeiten der letzteren.

Der Leuchter-Bericht bringt die Wende

Ernst Zündel, der im Besitz des Schriftwechsels war, den ich 1977/78 mit sechs amerikanischen Justizvollzugsanstalten, die über Gaskammern verfügen, geführt hatte, beauftragte die Anwältin Barbara Kulaszka, sich mit den leitenden Herren der Wachmannschaften dieser Anstalten in Verbindung zu setzen, um herauszufinden, ob einer von ihnen bereit wäre, die Betriebsweise einer Gaskammer vor Gericht zu erklären.

Bill Armontrout, Leiter der Wachmannschaft in der Haftvollzugsanstalt von Jefferson City (Missouri), willigte ein auszusagen und gab gleichzeitig bekannt, daß in den Vereinigten Staaten die Frage der Funktion von Gaskammern niemand besser beantworten könne als ein Ingenieur aus Boston: Fred A. Leuchter.

Ich besuchte diesen Ingenieur am 3. und 4. Februar 1988. F. Leuchter hatte sich bis dahin niemals Fragen über die deutschen »Gaskammern« gestellt. Er glaubte noch an deren Vorhandensein. Sobald ich ihm jedoch meine Unterlagen vorlegte, wurde ihm die materielle und chemische Unmöglichkeit dieser »Vergasungen« bewußt. Er willigte ein, nach Toronto zu kommen, um dort unsere Dokumente zu prüfen.

Dann reiste er auf Kosten von Zündel mit einer Sekretärin (seiner Frau), seinem Zeichner, einem Videokameramann und einem Dolmetscher nach Polen. Er kehrte von dort zurück, um einen 192seitigen Bericht zu schreiben (einschl. Anhänge), und nahm 32 Proben mit, die er einerseits in den Krematorien von Auschwitz und Birkenau an den Stellen der »Vergasungen« und andererseits in einer Desinfektions-Gaskammer in Birkenau entnommen hatte.

Seine Schlußfolgerung ist eindeutig: Weder in Auschwitz noch in Birkenau noch in Majdanek hätten jemals »Vergasungen« zur Menschentötung stattgefunden.

Am 20. und 21. April 1988 stand F. Leuchter im Gerichtssaal in Toronto im Zeugenstand. Er berichtete über seine Untersuchung und entwickelte seine Schlußfolgerung.

Im Gerichtssaal von Toronto herrschte eine gespannte Atmosphäre vor, besonders bei den Freunden von Sabina Citron.

Ein Gefühl der Erleichterung und Wehmut

Die Freunde von Ernst Zündel waren fassungslos, aber aus anderen Gründen: Sie sahen, wie der Schleier des großen Betrugs endlich zerrissen wurde. Ich selbst empfand gleichzeitig das Gefühl der Erleichterung und der Wehmut: Erleichterung, weil eine These, die ich seit so vielen Jahren vertrete, schließlich ihre volle Bestätigung gefunden hatte, und Wehmut, weil ich der Vater des Gedankens war; ich hatte sogar mit der Ungeschicklichkeit eines Literaten schon jene Argumente physikalischer, chemischer, topographischer und bautechnischer Natur offengelegt, die jetzt von einem erstaunlich präzisen und didaktischen Wissenschaftler aufgegriffen wurden.

Wird man sich eines Tages an die Skepsis erinnern, der ich selbst bei einigen Revisionisten begegnete?

Kurz vor F. Leuchter war B. Armontrout in den Zeugenstand getreten und hatte Punkt für Punkt bestätigt, was ich den Geschworenen über die äußerst großen Schwierigkeiten einer Menschentötung durch Gas (nicht zu verwechseln mit einem Selbstmord oder einem Unfalltod durch Gas) gesagt hatte.

Ein Spezialist für Luftaufnahmen, Ken Wilson, hatte seinerseits dargelegt, daß die »Gaskammern« von Auschwitz und Birkenau keine Abgaskamine hatten, die unerläßlich gewesen wären. Er machte auch klar, daß ich recht hatte, Serge Klarsfeld und Jean-Claude Pressac zu beschuldigen, im »Auschwitz-Album« (Seuil, 1983, S. 42) die Zeichnung von Birkenau gefälscht zu haben.

Um den Leser glauben zu machen, daß die Gruppen von Frauen und Kindern, von denen der Fotograf zwischen den Krematorien II und III einen Schnappschuß gemacht hatte, gar nicht weitergehen konnten und somit in den »Gaskammern« dieser Krematorien endeten, hatten diese Autoren ganz einfach einen Weg, der in Wirklichkeit zu der großen Zentralsauna führte (die sich hinter dem Krematoriums-Bereich befand), durchtrennt.

James Roth, Direktor eines Laboratoriums in Massachusetts, trat anschließend in den Zeugenstand, um über die 32 Proben zu berichten, deren Herkunft ihm unbekannt war: alle in den »Gaskammern«, die zur Menschentötung gedient haben sollen, entnommenen Proben wiesen einen Cyanidgehalt auf, der entweder nicht aufspürbar oder äußerst gering war, während die Probe aus der Desinfektionskammer, die als Kontrollprobe entnommen wurde, eine schwindelerregende Cyanidmenge enthielt.

Die winzig kleine Cyanidmenge, die in den erstgenannten Proben gefunden wurde, erklärt sich wohl damit, daß die angeblichen zur Menschentötung verwendeten Gaskammern in Wirklichkeit Kühlräume zur Aufbewahrung von Leichen waren; solche Kühlräume könnten mit Zyklon B desinfiziert worden sein.

Der britische Historiker David Irving als Zeuge

Der britische Historiker David Irving genießt ein großes Prestige. Zündel dachte daran, ihn zu einer Zeugenaussage zu veranlassen. Aber da gab es eine Schwierigkeit: Irving war nur ein halber Revisionist. Die von ihm vertretene These, beispielsweise in »Hitler's War« (New York, The Viking Press, 1977), ließ sich folgendermaßen zusammenfassen: Hitler hat niemals einen Befehl zur Judenvernichtung erteilt; mindestens bis Ende 1943 hatte man ihn über diese Judenvernichtung in Unwissenheit gehalten; nur Himmler und eine Gruppe von rund 70 Personen waren informiert; im Oktober 1944 gab Himmler, der sich nunmehr um die Gewogenheit der Alliierten bemühte, den Befehl, die Judenvernichtung einzustellen.

Ich war mit ihm im September 1983 beim Jahreskongreß des Institute for Historical Review in Los Angeles zusammengetroffen und hatte ihn dadurch in Verlegenheit gebracht, daß ich ihn fragte, welche Beweise er habe, um seine These zu untermauern. Dann veröffentlichte ich in »The Journal of Historical Review« (Winter 1984 und Frühjahr 1985) einen Artikel mit der Überschrift: »A Challenge to David Irving« (»Eine Herausforderung an David Irving«).

Darin versuchte ich, diesen brillanten Historiker davon zu überzeugen, daß er sich vernünftigerweise nicht mit einer halb-revisionistischen Position zufriedengeben könne, und als erstes forderte ich ihn heraus, uns diesen Himmler-Befehl zu zeigen, den es in Wirklichkeit niemals gab. Später hörte ich von verschiedener Seite, daß Irving dabei war, eine im Sinne des Revisionismus günstige Wandlung durchzumachen.

1988 gelangte Zündel zu der Überzeugung, der britische Historiker warte nur noch auf ein entscheidendes Ereignis, um den letzten Schritt in unsere Richtung zu tun.

In Toronto angekommen, entdeckte Irving Schlag auf Schlag den Leuchter-Bericht und eine eindrucksvolle Anzahl von Dokumenten, die Zündel, seine Freunde und ich im Laufe der Jahre zusammengetragen hatten. Seine letzten Vorbehalte oder die letzten Mißverständnisse lösten sich im Verlauf einer Zusammenkunft auf. Er willigte ein, in den Zeugenstand zu treten.

Alle diejenigen, die bei den Prozessen (dem von 1985 und dem von 1988) beigewohnt haben, sind sich darin einig, daß keine Zeugenaussage mit Ausnahme der von Leuchter, eine derartige Sensation hervorgerufen hat. Über drei Tage lang legte Irving eine Art öffentliches Geständnis ab und kam auf alles zurück, was er jemals über die Judenvernichtung gesagt hatte. Er bekannte sich ohne Vorbehalt zum revisionistischen Standpunkt. Mit Mut und Ehrlichkeit legte er dar, wie ein Historiker dazu veranlaßt werden kann, seine Ansichten über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs grundlegend zu ändern.

Der Sieg von Ernst Zündel

Zündel hatte versprochen, daß sein Prozeß »der Prozeß des Nürnberger Prozesses« oder »das Stalingrad der Verfechter der Judenvernichtungsthese« sein würde. Der Verlauf dieser beiden langen Prozesse gab ihm recht, auch wenn das Geschworenengericht, das vom Richter »belehrt« und aufgefordert worden war, den Holocaust als feststehende Tatsache zu betrachten, »die kein vernünftiger Mensch in Zweifel ziehen könne«, ihn schuldig gesprochen hat.

Zündel hat bereits gesiegt. Er braucht nur noch Kanada und die ganze Welt davon in Kenntnis zu setzen. Beim Prozeß 1988 war das Blackout der Medien fast vollständig. Die jüdischen Organisationen hatten einen Feldzug geführt, um diese Verschweigetaktik zu erreichen, und hatten sogar gesagt, daß sie keine objektive Berichterstattung wünschten. Sie wollten überhaupt keine Berichterstattung.

Seltsamerweise war das einzige Blatt, das den Prozeßverlauf relativ ehrlich wiedergab, die Wochenzeitung »The Canadian Jewish News«.

Ernst Zündel und der Leuchter-Bericht sind in die Geschichte eingegangen, sie werden noch lange nicht daraus verschwinden. □



Ein Vergleich mit den Protokollen der Weisen

Als Teil der Hofpresse der jüdischen Lobby gegen die amerikanische Regierung unter Präsident George Bush – jetzt, wo diese Regierung gezeigt hat, daß sie Israels zionistische Politik weniger blind unterstützt – haben die Redakteure der in Washington erscheinenden »Jewish Week« einen besonders schwachen Beitrag geleistet. Sie übertrugen dem Neukonservativen Daniel Pipes, dem Direktor des Foreign Policy Research Institute (Forschungsinstitut für Außenpolitik) in Philadelphia die Aufgabe, den jüngsten Rat des amerikanischen Außenministers James Baker an AIPAC und die israelische Führung, »die Vision von einem Großisrael beiseite zu legen«, in Frage zu stellen und zu verdrehen.

Dies versucht Pipes geschickt zu tun, indem er den Ratschlag der US-Regierung mit so etwas Ähnlichem wie den Protokollen der Weisen von Zion gleichsetzt. Dabei stellt Pipes die »Vision von einem Großisrael« auf den Kopf und behauptet, sie sei eine »geschätzte Fanatasie, eine politische Halluzination« der Araber.

In einer Hinsicht sagen die Ausführungen von Pipes mehr mit dem, was sie nicht wörtlich ausdrücken. Pipes streitet nicht ab, daß die Vision von einem Großisrael tatsächlich in den Köpfen der zionistischen Führer Israels herumspukt. Er versucht auch nicht, sich mit dem sehr realen Einfluß der zionistischen fundamentalistischen Ideologie und der Vision von einem Großisrael auf die Politik des Judenstaates zu befassen. □

Die doppelbödige Geiselkrise

Das, was über die derzeitige Geiselkrise im Nahen Osten bekannt ist, ist, daß die Israelis den schiitischen Scheich Obeid nicht entführt haben, um amerikanische Geiseln, die jetzt im Libanon von den pro-iranischen Hisbollah-Fanatikern gefangengehalten werden, zu befreien. Die Aktion hatte auch nicht mit einer Lösung des internationalen Terroristen-Problems zu tun. Darüber hinaus haben die Planer des israelischen Kommandoeinsatzes nicht einmal in Erwägung gezogen, welche Auswirkungen ihre Aktionen in bezug auf die amerikanischen Geiseln haben könnten.

Die Israelis nahmen Obeid nur aus einem Grund gefangen, nämlich ihn und einige andere schiitische Gefangene in ihrer Gewalt gegen drei von den Hisbollah festgehaltenen israelischen Kriegsgefangenen auszutauschen.

Erst als die Operation Rückwirkungen hatte – weitgehend dadurch, daß die Israelis dem nicht widerstehen konnten, öffentlich mit ihrem Erfolg zu prahlen –, versuchten sie der Sache einen anderen Dreh zu geben, in dem sie zu verstehen gaben, daß sie Teil eines brillianten Planes gewesen sei, um den Geisel-Dialog mit der neuen iranischen Regierung wieder zu eröffnen. Zu den Rückwirkungen gehörte tragischerweise der Tod des US-Marine-Obersten »Rich« Higgings und die Drohung mit der Ermordung anderer amerikanischer Geiseln.

Oberst Higgins' schrecklicher Tod durch Hängen kann jedoch nicht israelischer Unfähigkeit angelastet werden. Amerikanische Geheimdienstkreise sind davon überzeugt, daß Higgins schon vorher ermordet wurde, möglicherweise als Vergeltung für den versehentlichen Abschuß einer iranischen Passagiermaschine durch die »USS Vincennes« während des Spektakels im Persischen Golf im vergangenen Jahr.

Einige dieser Experten glauben jedoch, daß Higgins erst kürzlich starb – ebenso unter Folterungen wie der gefangene CIA-Beamte William Buckley vor einigen Jahren.

Nichtsdestoweniger war es die Mitteilung über Higgins' Ermordung durch die Hisbollah zusammen mit den Drohungen gegen die Geiseln, die die Entführung des Scheichs durch die Israelis ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gebracht und in Frage gestellt hat.

Dies wiederum hat der US-Regierung das gleiche Problem aufgehalst, das Präsident Carter, Präsident Reagan, Vize-Präsident Bush und viele andere vor die schwierige Frage stellte: Wie soll man mit den wahnsinnigen islamischen Fundamentalisten im Iran fertig werden, um amerikanische Geiseln im Libanon zu befreien? Jetzt ist das Problem George Bush ins Weiße Haus gefolgt. Und was noch schlimmer ist, die Israelis sind wieder mit im Spiel.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Israelis sich selbst in die frühere Geiselkrise hineinmanövriert haben. Und es waren die Israelis, die den verhängnisvollen Waffen-für-Geisel-Plan entwarfen, der später mit der Contra-Sandinista-Affäre der Reagan-Regierung verknüpft war. Es war stets zu Israels Vorteil, den Topf im Nahen Osten am Kochen zu halten und die USA darin zu verwickeln.

Es gibt einige Leute in Washington, die die Entführung von Obeid, die Enthüllung des Mordes an Higgins und alles andere, was mit der neuen Geiselkrise in Zusammenhang steht, als einen teuflisch klugen israelischen Plan ansehen, die Bush-Regierung abzulenken und selbst in bezug auf das Palästinenser-Problem aus der Schußlinie zu kommen.

Die Israelis mögen Meister in machiavellanischen Machenschaften und gerissene Ränkeschmiede sein, aber sind sie klug genug, ein solch verwirrendes Drehbuch ausgedacht und in Szene gesetzt zu haben? Nein. Niemand kann das. Die Israelis haben lediglich Glück gehabt.

Was die US-Regierung jetzt tun muß, sich nicht in eine weitere Geiselkrise verwickeln zu lassen mit Israel an der Seite. Bush und US-Außenminister Baker dürfen sich nicht in eine weitere Runde geheimer Verhandlungen mit den Iranern oder der Hisbollah einlassen. □

Israels Wirtschaftssorgen wachsen

Um es rundheraus zu sagen, die israelische Volkswirtschaft geht immer schneller bergab. Eine Reihe während der Amtsperiode von Shimon Peres aus der Arbeiter-Partei als Premierminister erlassene Wirtschaftsreformen haben zwei der drückendsten Probleme – Arbeitslosigkeit und hohe Inflation – nicht heilen können. Die Arbeitslosigkeit hat jetzt den Stand von zehn Prozent erreicht, was 140 000 Beschäftigungslosen entspricht, und die Inflation tobt mit einer jährlichen Rate von 25 Prozent.

Die Reaktion der Regierung auf diese Wirtschaftsprobleme bestand darin, im Juni den Schekel um fünf Prozent abzuwerten, als Peres, derzeit Finanzminister in der von Premierminister Yitzhak Shamir geführten Koalitionsregierung, eine Rückkehr zur einstelligen Inflation bis Ende des Jahres versprach. Jetzt räumen Beamte des Finanzministeriums jedoch ein, daß nicht nur dieses Ziel nicht erreicht werden wird, sondern daß sie Glück haben werden, wenn die Inflation bis Dezember auf 20 Prozent heruntergedrückt werden kann.

Indessen steht Histadrut, die Regierungsinstitution, die Merkmale einer Industriegesellschaft und einer landesweiten Gewerkschaft miteinander verbindet, vor dem Zusammenbruch ihrer Firmen. Als Folge davon drohen Mitglieder damit, die Labor-Mannschaft in der Führung, die Peres' fehlgeschlagenes Wirtschaftsreformprogramm durchführten, abzuwählen.

Die Wirtschaftsreformen konzentrieren sich auf Annäherungen an den freien Markt, darunter Einschränkungen bei öffentlichen Dienstleistungen und staatlichen Subventionen, Steuerermäßigungen für die höchsten Einkommensstufen, um Investitionen anzuregen, und Investmentsteuer-Kredite, um die Entwicklung anzuspornen.

Das Problem besteht jedoch darin, daß Israels Wirtschaft, wie das Land selbst, solch einer aus-

geklügelten Kesselflickerei nicht zugänglich ist. Diese fixen Ideen mögen vielleicht eine Wirkung ausüben in hochentwickelten Ländern wie die Westeuropas und die Vereinigten Staaten, in denen der Außenhandel ein wichtiger Faktor der jeweiligen Industrieproduktion ist. Israel erzeugt jedoch sehr wenig Fertigprodukte für den Export und ist auf Einfuhren dieser Güter für den eigenen internen Verbrauch angewiesen.

Hinzu kommt, daß Israels Wirtschaft im Grunde genommen sozialistisch ist. Die Regierung ist der Hauptarbeitgeber und subventioniert die überbürokratisierten und leistungsschwachen Industrien des Landes, um Arbeitsplätze zu schaffen. Große Industrie-Konglomerate, wie die regierungseigene Koor Industrie, dürfen einfach nicht versagen und benötigen daher fortlaufende Subventionen und häufig staatliche Sicherheitsleistungen, um sie aus finanziellen Schwierigkeiten herauszubringen.

Andere Faktoren kommen ebenfalls ins Spiel. Die Intifada hat die israelische Regierung im vergangenen Jahr fast eine Milliarde Dollar gekostet, sowohl wegen erhöhter Militärausgaben als auch wegen Störungen der Wirtschaft durch von Palästinensern verursachte Handelsboykotte.

Die Einigung der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Jahr 1992, bei der alle internen Handelsschranken beseitigt werden und die EG zum größten Einzelmarkt der Welt wird, stellt für die Israelis auch eine neue Herausforderung dar, auf die sie bisher nur zögernd reagiert haben. Israel arbeitet darauf hin, ein nicht vollamtliches Mitglied der EG zu werden, widersteht aber dem Drängen der EG-Beamten, seine Währung in das neu errichtete Europäische Währungssystem einzubinden.

Beamte des israelischen Finanzministeriums widersetzen sich einem solchen Schritt, weil, obwohl Israel Zugang zum EG-Markt haben möchte, es nicht unbedingt wünscht, seine eigenen Märkte für europäische Güter zu öffnen. Der zionistische Staat leidet bereits unter ungeheuren Handelsdefiziten und ist der Ansicht, daß eine Beseitigung der Schranken für Waren aus dem Ausland das Problem nur noch verschlimmern wird.

Wenn Israel damit rechnet, sich an dem Bieten für öffentlich geförderte Projekte in Europa beteiligen zu können, dann müßte es ein solches Bieten für Projekte in Israel auch ausländischen Firmen zugänglich machen. Hinzu kommt, daß die Errichtung des gemeinsamen Marktes in Europa Fusionen und daher die Gründung größerer Firmen innerhalb Europas ermutigt. Israelische Beamte fürchten diesen Trend, da sie glauben, daß größere Firmen verwundbarer für den arabischen Boykott wären und dadurch der Handel mit Israel weiter eingeschränkt werden könnte.

Für keines der Wirtschaftsprobleme, mit denen Israel es zu tun hat, scheint es kurzfristige Lösungen zu geben, auch scheint die Regierung nicht bereit zu sein, die notwendigen Opfer zu bringen, um diese Probleme langfristig zu lösen. Der zionistische Staat will zwar wie ein entwickelter Staat leben, verfügt aber nicht über die erforderlichen Qualifikationen dazu. Am stärksten weigert er sich zuzugeben, daß seine Wirtschaftsprobleme struktureller Natur und nicht die Folge vorübergehender Umstände sind. Israels Wirtschaftsprobleme können ohne ernsthafte Reformen und ohne Schmerzen und Opfer seitens der Bürger nicht gelöst werden. □

Spionageskandal um Felix Bloch

Amerika hat es mit einem weiteren Spionageskandal zu tun. Diesmal ist ein höherer Beamter des US-Außenministeriums, Felix Bloch, darin verwickelt, der angeblich mindestens einige Jahre lang und vielleicht auch viel länger in der amerikanischen Botschaft in Wien als Geheimagent für den sowjetischen KGB tätig war. So scheint es jedenfalls nach amtlichen Erklärungen und den Berichten in den Medien.

Aber an dieser Geschichte kann viel mehr dran sein, als das, was man der Öffentlichkeit glauben machen möchte. Einige ehemalige Beamte des amerikanischen Nachrichtendienstes halten es für möglich, daß sowohl der CIA als auch der israelische Geheimdienst, der Mossad, in die Bloch-Affäre verwickelt sein könnten.

Bloch wurde 1935 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren. Sie wanderten 1938 aus Österreich über die Sowjetunion nach Schanghai und von dort nach Amerika aus. Er trat 1958 in das amerikanische Außenministerium als Analytiker in das Bureau of Intelligence and Research (Büro für das Nachrichtenwesen und Forschung) ein und wechselte einige Jahre später in den Status eines Beamten des auswärtigen Dienstes über. Bloch war ein Schützling von Helmut Sonnenfeldt, der später während der Nixon-Regierung im Rat für Nationale Sicherheit des Weißen Hauses zu einem Jünger Henry Kissingers wurde. Sonnenfeldt ist jetzt bei der Brookings Institution in Washington.

Bloch absolvierte, wie berichtet, in den siebziger Jahren in Berlin eine lange Amtszeit im US-Konsulat und später eine siebenjährige Dienstzeit in der amerikanischen Botschaft in Wien, von 1980 bis 1987. Derart lange Dienstzeiten auf einem Posten des amerikanischen Außenministeriums sind für Beamte im Außendienst selten, wenn auch nicht für CIA-Beamte, die an geheimen Fällen arbeiten, verlautet aus diesen Kreisen.

So wird spekuliert, daß Bloch ein dem Ministerium zugeteilter und stark abgeschirmter Agent gewesen sein könnte und daher seinen Kollegen aus dem diplomatischen Dienst nicht als solcher bekannt war.

Es wird in diesen Kreisen weiterhin spekuliert, daß Bloch – mit seiner Vergangenheit als jüdischer Flüchtling – ein erstrangiges Ziel zur Anwerbung durch den israelischen Geheimdienst gewesen sein könnte, mit dem er in Berlin, Wien und Washington leicht Kontakt hätte haben können und dabei wenig oder gar keine Aufmerksamkeit seitens der amerikanischen Gegenspionage- oder Sicherheitsdienst auf sich gelenkt hätte.

»Wenn er vom Mossad als Agent angeheuert worden wäre«, verlautet aus amerikanischen Geheimdienstkreisen, »dann ist es denkbar, daß man ihn dazu aufgefordert hätte, verführerisch vor dem KGB zu flattern. Wenn die Sowjets den Köder geschluckt und ihn selbst angeworben hätten, dann hätten sie ihm, ohne es zu wissen, eine perfekte Deckung verschafft – vom Standpunkt des Mossad aus gesehen.

Alles, wozu er Zugang gehabt hatte, hätte an die Sowjets, aber auch an die Israelis weitergeleitet werden können. Aber in einigen Fällen konnte er gewiß Informationen nur an den Mossad weitergeleitet haben, ohne daß der KGB jemals davon wußte. Inzwischen konnte er, wenn er diese Art von Spielchen trieb, für den Mossad als Fenster dienen, durch das diesr in den KGB hineinschauen konnte.

Es ist eine verwirrende und ränkevolle Tätigkeit. Aber so wird das im Spionagegeschäft gemacht, und die Israelis sind darin sehr bewandert. Bloch wäre nicht der erste Amerikaner – oder was das betrifft, CIA-Agent – der Israel in einer solchen Eigenschaft gedient hat.« □

Der Krieg Gebärmutter

Die Gesamtbevölkerung Israels beträgt 4,5 Millionen, von den 3,5 Millionen Juden sind. Der Rest sind meistens Palästinenser. Die anderen sind Christen, Drusen und andere Minderheiten.

Die Bevölkerung an der West Bank wird auf annähernd 1,2 Millionen geschätzt. Mit Ausnahme von etwa 70 000 jüdischen Siedlern sind fast alle Einwohner Palästinenser. Der Gazastreifen, eines der am dichtesten bevölkerten Gebiete der Welt, hat eine Bevölkerung von fast einer Million, während im Grunde genommen dort keine Juden leben.

Die israelische, jüdische Bevölkerung wird zahlenmäßig schnell von den Palästinensern eingeholt, die jetzt schon fast drei Millionen in Israel und den besetzten Gebieten zählen. Es leben jedoch fast eine Million palästinensische Flüchtlinge in Jordanien und Hunderttausende weitere im Libanon – von denen die Mehrheit in die Heimat ihrer Väter in Israel und den Gebieten zurückkehren will. □

Israel

Die Zeiten ändern sich

Mark Lane

Jetzt, wo wir auf das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zusteuern, diskutieren denkende Menschen hierzulande und anderswo darüber, ob wir das »Ende der Geschichte« erreicht haben.

Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor des Policy Planning Staff des amerikanischen Außenministeriums, glaubt, daß es der Fall ist. Er vertritt die Ansicht, daß der kalte Krieg zu Ende gegangen ist, und daß der »Friede« jetzt überall in der Welt auszubrechen scheint.

Die Endform der menschlichen Regierung erreicht

»Was wir vielleicht erleben werden«, sagt Fukuyama, »ist nicht nur der Auslauf einer besonderen Epoche der Nachkriegsgeschichte, sondern der Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit und das Hervortreten der westlichen liberalen Demokratie als Endform der menschlichen Regierung.«

Er führt jedoch weiter aus, daß dies nicht das Ende der Ideologie oder die Anpassung von Kapitalismus und Sozialismus bedeutet. Es bedeute vielmehr, daß wir in eine Epoche des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus eintreten.

Der expansionistische Ultranationalismus – Imperialismus, Faschismus, russischer und chinesischer Kommunismus – mit seiner Aussicht auf niemals endenden Konflikt, glaubt er, ist als Grundlage einer politischen Bewegung oder auch nur als Idee nicht mehr lebensfähig. Aber, so schränkt er ein, dies heißt nicht, daß es keine internationalen Streitfälle mehr geben wird, oder daß keine weiteren nationalistischen Bewegungen, die nach Unabhängigkeit von anderen streben, mehr entstehen.

Was dies nach Fukuyama bedeutet, ist, daß der internationale Konflikt zwischen den Staaten »durch wirtschaftliche Kalkulationen, die endlose Lösung von technischen Problemen, Umweltbelange und Befriedigung des Verbraucherbedarfs ersetzt werden wird«.

Die Menschen werden nicht mehr dazu bereit sein, ihr Leben »für ein rein abstraktes Ziel« zu riskieren, das einst »Kühnheit, Mut, Vorstellungskraft und Idealismus verlangte«. Und er fügt – vielleicht als Warnung – hinzu, daß der bedeutendste »Beitrag, den Japan zur Weltgeschichte geleistet hat, darin besteht, daß es, indem es in die Fußstapfen der USA trat, eine wahrhaft universale Verbraucherkultur geschaffen hat, sowohl das Symbol als auch den Unterbau des universalen homogenen Staates«.

Fukuyama sagt, dies seien seine persönlichen Überzeugungen, und behauptet, daß sie »nicht die der amerikanischen Regierung repräsentieren«.

Amerikas Interesse am Öl der Nahen Ostens

Vielleicht ist das so. Aber er nimmt in der Politikberatung, wenn nicht sogar in der Politikmache eine Schlüsselstellung in der amerikanischen Regierung ein. Wir können somit annehmen, daß Amerikas Spitzen-Politikmacher und -planer – darunter der Außenminister und der Präsident – wahrscheinlich ähnlich denken.

Von dieser Perspektive aus gesehen, kommen die jüngsten amerikanischen Aktionen bezüglich des Nahen Ostens und die israelisch-palästinensische Situation klarer ins Blickfeld. Jetzt, wo der kalte Krieg zu Ende geht und die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich bessern – und eher von wirtschaftlichen Imperativen als von militärischen Erwägungen getrieben werden –, gewinnt der Nahe Osten mit seinen riesigen natürlichen Ölvorkommen und möglichen Handelsmärkten im amerikanischen strategischen Denken größere Bedeutung. Umgekehrt wird Israel, das für die Geldmittel seines Schutzherrn ein Faß ohne Boden und ein Störfaktor in der Region ist, mehr und mehr zu einer Belastung als zu einem Gewinn.

Da das Zeitalter der internationalen Wirtschaftskonkurrenz jetzt ernsthaft beginnt, wird darüber hinaus Israels Rolle als Gegengewicht zum sowjetischen militärischen Expansionismus – den der zionistische Staat stets beiderseitig ausgespielt hat – in der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik bedeutungslos. In der Tat schickt es sich jetzt für die Vereinigten Staaten, zu dem kriegerischen Kleinstaat etwas auf Distanz zu gehen, während gleichzeitig die Beziehungen zu den lange vernachlässigten arabischen Staaten gepflegt werden.

Die Zionisten sanft fallen lassen

Ein Weg in diese Richtung besteht offensichtlich darin, bei den Bemühungen um eine gerechte Anpassung an die palästinensischen nationalistischen Bestrebungen die Führung zu übernehmen; und genau das ist die Bush-Regierung scheinbar im ersten Stadium im Begriff zu tun. Offensichtlich ist auch, daß eine solche Strategie bei der amerikanisch-zionistischen Pro-Israel-Lobby nicht gerade gut ankommt.

Um die Worte eines bekannten Kolumnisten, der in mehreren Blättern schreibt und ein langjähriger Beobachter der Pro-Israel-Lobby ist, zu umschreiben: »Die Regierung muß die Zionisten sanft fallenlassen.«

Dies könnte sich unter Umständen als weniger schwierig herausstellen, als man geneigt ist zu glauben. Die zionistische Lobby liegt schon vom Beginn des Palästinenser-Aufstands an mit sich selbst im Streit. Es besteht eine sich weitende Kluft zwischen denen, deren Interessen über die Probleme Israels hinausgehen, und jenen Eiferern, deren erste und einzige Sorge der Staat Israel ist. Da sich die Anzeichen mehren, daß das zionistische Experiment – mit seinem unmöglichen Traum von der Neugründung des Landes Großisrael – gescheitert ist, gibt es immer mehr amerikanische Juden, die diese Ersatzreligion des Pro-Israelismus leid sind.

Pragmatisch wie sie sind, sind sich die weniger fanatischen Mitglieder der jüdischen Gemeinde darüber im klaren, daß die wahre Grundlage ihrer wirtschaftlichen und daher politischen Macht – Amerika – selbst ernsthafte Probleme hat, mit denen es fertig werden muß. Diese Probleme lauern weit und breit für die amerikanische Regierung, die sich darauf vorbereitet, in der internationalen Wirtschaftsarena mit ihresgleichen in der Europäischen Gemeinschaft und Japan zu konkurrieren.

Israel hat darüber hinaus seine Nützlichkeit für die mächtigen Triebkräfte und Schüttler des Finanzwesens innerhalb der amerikanischen und internationalen jüdischen Gemeinde überlebt. Die Förderung des Zionismus und des Pro-Israelismus diente in den Jahrzehnten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges als wertvolles Werkzeug, um diesen Kräften zu helfen, eine geeinte und gefestigte Position unter der Machtelite des Establishments zu erringen.

Jetzt, wo diese Schlacht gewonnen ist, will der innere Kreis des amerikanischen und Weltjudentums mit der Eroberung neuer Welten weitermachen und noch mehr Macht an sich reißen. Israel kann dabei bestenfalls noch am Rande von Nutzen sein, und sogar das ist ein umstrittener Punkt.

Es wird jedoch noch eine Zeitlang dauern, bevor diese Fakten bis zur Basis der zionistischen Gemeinde durchgesickert sind. Und dann wird es eine bittere Pille sein, die geschluckt werden muß. □

Israel

Balanceakt der arabischen Israelis

Mark Lane

In all der internationalen Publizität, die der Palästinenser-Aufstand in der israelischen West Bank und am Gazastreifen aufgewirbelt hat, ist eine Entwicklung weitgehend übersehen worden, nämlich die Auswirkung, die der nationalistische Kampf auf die mehr als 700 000 Araber, die innerhalb der Grenzen von vor 1963 leben und die israelische Bürger sind, gehabt hat.

Die Intifada verbreitete anfangs Befürchtungen unter den Israelis, daß sich »ihre Araber« mit Gewalttätigkeiten im Herzen Israels an dem Kampf beteiligen würden. Diese Befürchtung hat sich in den 22 Monaten des Aufstandes nicht bewahrheitet. Es gab nur einige wenige, weit verstreute Steinwurf-Zwischenfälle innerhalb Israels, und diese geschahen meistens durch Einzelpersonen, die von sich aus ohne Unterstützung der israelisch-arabischen Gemeinde handelten.

Solidarität mit dem Aufstand

Aber Israels Araber identifizierten sich fast vollständig mit dem Aufstand. Viele, die vorher den Status quo akzeptiert hatten, sind Aktivisten in direkter Reaktion auf die Intifada geworden, indem sie Lebensmittelsendungen organisieren und Geld für die medizinische Betreuung der Verletzten und der Überlebenden, die im Kampf gegen die Besatzung Niedergemetzelten, sammeln. Andere organisieren sich politisch mit dem Schwerpunkt auf die islamische fundamentalistische Bewegung. Dies löste die Bildung solcher Gruppen wie die radikalen Ibn-el-Balad (Söhne des Dorfes) aus, die bei den Dorfwahlen eine Reihe von Bürgermeister-Kandidaten ins Feld gebracht haben.

Keine der Gruppen, die sich aus Solidarität mit dem Aufstand gebildet haben, haben jedoch Gewalttätigkeiten in Israel selbst befürwortet. In der Tat haben viele der freimütigeren und prominenten israelischen Araber jeder Gewalttätigkeit innerhalb Israels lautstark ihre Ablehnung erteilt und die Bedeutung gesetzmäßiger politischer Tätigkeit unterstrichen. Sogar der Vorsitzende der PLO, Jassir Arafat, hat die israelischen Araber aufgefordert, sich der Gewalt zu enthalten und so weitgehend wie möglich am israelischen politischen Leben teilzunehmen.

Die meisten israelischen Araber unterstützen jedoch das verhältnismäßig niedrige Ausmaß der Gewalt – Steinewerfen oder das Abbrennen von Autoreifen –, auf das sich die Palästinenser in den besetzten Gebieten einlassen.

Die Mehrheit der israelischen Araber würde auch nach der Gründung eines unabhängigen Palästinenser-Staates weiter in Israel leben. Sie akzeptieren auch die Existenz Israels innerhalb der Grenzen von vor 1967 und haben nicht den Wunsch, den zukünftigen Palästinenser-Staat in jene Gebiete innerhalb des eigentlichen Israel auszudehnen, die traditionell von Arabern besetzt gewesen sind. Sie neigen dazu, den Aufstand nicht als nationale Revolution, sondern als eine Art Bürgerrechtsprotest zu betrachten, der, wie sie hoffen, zu einer größeren Achtung für ihre Rechte als israelische Bürger und zu größeren Chancen bei der Beschäftigung und der Schulbildung führen wird.

Jüdische Ängste werden systematisch geschürt

Trotz des Mangels an Beweisen dafür, daß israelische Araber bereit seien, zur Unterstützung des Aufstandes zu Gewalttätigkeiten zu greifen, werden die jüdischen Ängste weiterhin durch verantwortungslose und fanatische Politiker angefacht.

Ehud Olmert, der Berater des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir für arabische Angelegenheiten, versichert nüchtern: »Es besteht eine steigende Welle gewalttätiger Reaktionen durch einheimische Araber; Handlungen der Unterwanderung aller Art. Sie tragen zu den Gewalttaten bei, indem sie anscheinend der Minderheit, die diese Gewalttaten ausübt, die Genehmigung dazu erteilen.« Und er warnt: »Ich glaube, es wäre klug, ihnen die Gefahren ihres derzeitigen Kurses klarzumachen.«

Wenn israelische Juden die Araber fürchten, so ist das nichts im Vergleich zu der Furcht der israelischen Araber davor, wie Juden auf diese von ihnen wahrgenommene Bedrohung innerhalb des Landes reagieren könnten. Extremistische jüdische Führer wie der radikale Rabbi Meir Kahane rufen zur »Transfer«-Lösung – mit anderen Worten Massenausweisung – des palästinensisch-israelischen Problems auf. Diese Fanatiker haben auch in den letzten Monaten die Führung übernommen, wachsame Gewalttätigkeiten gegen Araber zu schüren, als Reaktion auf die Tötung von Juden an der West Bank und in Jerusalem. Viele Araber geben ihrer Besorgnis Ausdruck, daß sich die Haltung des jüdischen Durchschnittsbürgers ebenso verhärtet, und weisen zum Beweis dafür auf den Abbruch aller gesellschaftlicher Kontakte mit Juden hin.

Die Tatsache, daß israelische Araber die Intifada als Mittel zur Herbeiführung größerer Freiheiten und Möglichkeiten für sie in Israel betrachten, deutet auf tiefe Unzufriedenheit mit ihrem Status als Bürger dieses Landes hin. Es straft auch den von Israel und seinen Anhängern verkündeten Mythos Lügen, die Araber seien im staatlichen Leben Israels »Vollpartner« der jüdischen Bürger. Obwohl sie wählen und eine Vertretung in der staatlichen Gesetzgebung Israels, der Knesseth, anstreben dürfen, bestehen in der israelischen Gesellschaft tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen Arabern und Juden, sowie eine offensichtliche Diskriminierung und Behandlung von Arabern durch Juden als zweitklassig.

Arabischen Dörfern zum Beispiel werden gewohnheitsmäßig Behördendienste verweigert, die weitgehend jüdischen Städten gewährt werden, und die israelische Regierung setzt weiterhin ihre offizielle Politik der »Judaisierung« Galiläas, das weitgehend von Arabern bewohnt wird, die schon seit Jahrhunderten in diesem Raum leben, in die Tat um.

Die andere größere Konzentration der israelisch-arabischen Bevölkerung befindet sich in einem Gebiet, das das »Dreieck« genannt wird, ein Streifen von Dörfern und Städten unmittelbar hinter der Grenze von der West Bank aus gesehen.

Unter dieser Politik der »Judaisierung« beschlagnahmt die israelische Regierung gewohnheitsmäßig arabisches Land und baut dort jüdische Wohnviertel oder, noch schlimmer und beleidigender für die Araber, verwendet das Land zur »Neuaufforstung«, als sei es eine Wüste, die die Israelis versuchen wollten, »urbar zu machen«.

Die arabischen Bürger beschweren sich auch über die weitgehende Benachteiligung beim Wohnungsbau und der Arbeitsbeschaffung und darüber, daß selbst arabische Abgänger von israelischen Universitäten keine anständigen Arbeitsplätze finden können und daher gezwungen sind, minderwertige Arbeiten zu erledigen, die die meisten Israelis nicht verrichten wollen. □

Israel

Die jüdische Demokratie

Victor Marchetti

Jetzt, wo die amerikanische Judenheit wegen der ethischen Folgen der brutalen israelischen Reaktion auf den Palästinenser-Aufstand »Qualen erleidet«, wendet sich die Diskussion unvermeidlich der Frage nach der Natur des Staates Israel zu.

Amerikanische Juden haben lange die Ansicht vertreten, primäre Rechtfertigung für das Vorhandensein des Staates Israel – zu Lasten der Palästinenser – bestehe darin, daß die Juden einen vorrangigen Anspruch auf das Land haben. Diese Ansicht basieren sie auf ihr Abkommen mit Gott und ihrem Recht, vor der Verfolgung Schutz zu suchen. In dieser Rechtfertigung ist stillschweigend inbegriffen die Annahme, daß die Juden einen unbestreitbaren moralischen Anspruch auf das Land haben.

Wie jüdisch, wie demokratisch?

Als Gegenleistung für die Anerkennung dieses moralischen Anspruchs durch die Völkergemeinschaft und um sich selbst in den eigenen Augen und in den Augen des Weltjudentums zu rechtfertigen, muß Israel sich seinen Weg zu einem höheren Moralstand als andere Nationen – in der Tat höher als jede andere Nation – bahnen.

Dies wirft die Frage auf: Wenn Israel einmalig in der Welt ist, da es der einzige Judenstaat ist, »was genau ist eigentlich ein jüdischer Staat«?

Dies ist auch die Überschrift zu einem kürzlich erschienenen Artikel von Michael Walzer im »Tikkun Magazin«, in dem er die Rollen untersucht, die möglicherweise das Judentum und die Judenheit im zionistischen Staat spielen. Walzer, ein Professor für Sozialwissenschaft am Institute for Advanced Studies an der Princeton University, ist langjähriger Beobachter und Kommentator der moralischen Dimension der Existenz Israels. Sein Ruf begründet sich auf seinem Hauptwerk »Just and Unjust Wars« (»Gerechte und ungerechte Kriege«).

Diese grundlegendste aller Fragen, der Israel gegenübersteht – das heißt, genau bis zu welchem Ausmaß ist Israel ein jüdischer Staat? –, ist auch eine der umstrittendsten, besonders unter den weitgehend liberalen, weltlichen Juden Amerikas. Obwohl die Unterstützung für Israel unter der weltlich ausgerichteten amerikanischen Judenheit den Status eines religiösen Glaubenssatzes angenommen hat, besteht immer noch weitgehend geteilte Meinung über die Frage, wie jüdisch Israel eigentlich werden soll.

Wie jüdisch soll Israel werden?

Laut Walzer gibt diese Frage eine fast unendliche Zahl an möglichen Antworten, aber im Grunde genommen zwei Kategorien, unter die diese Antworten fallen. »Wie soll das Adjektiv ›jüdisch‹ das Subjekt ›Staat‹ modifizieren?« fragt er. Die erste von diesen Kategorien ist eine, in der »jüdisch« ein »starkes oder maßgebliches Modifikat« ist, in der der jüdische Staat nach den Überzeugungen der religiösen Zionisten gestaltet wird, »einer, der soweit wie möglich nach den Erfordernissen der Halakha, nach den Gesetzen des traditionellen rabbinischen Judentums regiert wird«.

Die zweite ist eine, in der »jüdisch« ein schwaches oder, vielleicht besser, »liberales Modifikat ist«. Nach denjenigen, die für diese Auslegung sind, sollte Israel so regiert werden, daß es billigt, die zum größten Teil aus Juden besteht, die miteinander streiten«.

Diejenigen, die sich die liberale Auslegung zu eigen machen, glauben, daß »für den Staat keine Notwendigkeit besteht, die Streitfrage zu schlichten; die Dinge können geregelt werden, wenn sie geregelt werden müssen, und zwar auf unpolitische Weise oder zumindest ohne Nötigung«.

Walzer argumentiert dann, indem er historische Präzedenzfälle verwendet, daß die jüdische Gesellschaft durch die Jahrhunderte hinaus aus kleinen »Torah«- oder Judenstaaten zusammengesetzt war, im starken Sinne, »aber nur wegen der Staatenlosigkeit und Unfreiheit des Judentums als Ganzes«. Mit anderen Worten, die jüdischen Gemeinden der Diaspora, vor der Gründung Israels, waren »klein, verwundbar, von Feinden bedrängt«, und »Einigkeit war die erste Voraussetzung für ihr weiteres Fortbestehen«.

Jede Trennung von der Gemeinde sowie ein Rückgriff auf nichtjüdische Gerichte zur Schlichtung von Streitfragen zwischen Mitgliedern der Gemeinde wurde als Bedrohung für die Sicherheit der Gemeinde angesehen.

Die nichtjüdischen Herrscher der Länder dieser Gemeinden verstärkten auch die »Torah-Herrschaft«, weil sie »ihre Einheit als dienlich empfanden«, schreibt Walzer. »Sie erleichterte die Eintreibung von Steuern und begünstigte eine billige Regierungsführung.« Hier liegt daher ein starker historischer Präzedenzfall für einen »starken« jüdischen Staat vor.

Israel soll keine Theokratie sein

Jedoch, schreibt Walzer, »Emanzipation, und jetzt Staatseigenschaft, hat dies alles geändert«. Und aus diesem Argument zieht Walzer die Schlußfolgerung, daß der jüdische Staat im schwachen Sinne interpretiert werden muß. »Emanzipation ist eine unabänderliche Erfahrung, fast so wie die Reformation in der christlichen Geschichte; es gibt kein Zurück zu einem einzelnen geeinten Glauben.«

Um einen starken jüdischen Staat zu schaffen, muß daher ein orthodoxer Judenstaat errichtet werden, da eine der Voraussetzungen darin besteht, genau zu definieren, wer Jude ist, »um die Zahl der Möglichkeiten, jüdisch zu sein, zu verringern«. Dies um den Paradox zu vermeiden, daß »›jüdisch‹ kein starkes Modifikat sein kann, ohne gleichzeitig ein teilendes Modifikat zu sein«.

Daher, so versichert Walzer, kann der jüdische Staat unmöglich eine Theokratie sein, wie einige ihn haben möchten. Aber seine Einschätzung dessen, welche Form ein liberaler jüdischer Staat annehmen soll, ist aufschlußreich und deutet auf einige der Probleme hin, mit denen Israel es zu tun hat, von denen das größte das Vorhandensein einer entschieden nichtjüdischen Bevölkerung, der Palästinenser, in seiner Mitte darstellt. Nach Walzers Ansicht sollte der liberale jüdische Staat sich von den liberalen westlichen Demokratien in ihrer strikten Neutralität in Angelegenheiten der Religion, Kultur und Sprache der verschiedenen Bevölkerungsteile unterscheiden.

Ein jüdischer Staat, auch wenn »jüdisch« ein schwaches Modifikat ist, muß »an öffentlichen Plätzen und bei nichtöffentlichen Gelegenheiten – in seinem amtlichen Kalender, seinen Erinnerungssymbolen, seinen feierlichen Anlässen, seinen Geschichtsfeiertagen, seinem Schullehrplan – eine Version des jüdischen Wesens zum Ausdruck bringen – gelockert in der Struktur –, die all den Verschiedenheiten der Juden gemein oder möglicherweise gemein sind«.

Was die Palästinenser betrifft, so glaubt Walzer, das Ideal wäre, ihre separate Identität eher anzuerkennen als nach einer künstlichen Einheit zu forschen. Die Palästinenser sind eine Minderheit, die in Israel eingegliedert werden sollte, ebenso wie jüdische Minderheiten, nach der Emanzipation, in die Staaten eingegliedert werden, wo die meisten ihrer Mitbürger Nichtjuden sind. □

Holocaust

Man erstickt an der Hysterie

Victor Marchetti

Die übermäßige Ausbeutung des Holocaust macht nach Ansicht des bekannten jüdischen Autors Philip Lopate aus der Tragödie des Zweiten Weltkrieges »einen harten Knochen, der schwer zu schlukken ist«.

Beweismaterial, das kürzlich in Washington in Zusammenhang mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft, Abschiebung nach und Verurteilung in Israel von John Demjanjuk aufgefunden wurde, könnte diesen Knochen noch vergrößern. Demjanjuk wird von den Zionisten beschuldigt, ein Nazi-Kriegsverbrecher zu sein.

Die jüdische Tradition vergessen

Philip Lopate glaubt zu wissen, warum seine Mitjuden so besessen sind. »Die Verzweiflung, sich an den Holocaust zu klammern, wird durch weitgehenden Verfall beseelt. Außer den üblichen besorgten Einschärfungen niemals zu vergessen, höre ich unterschwellig: ›Wir dürfen den Holocaust niemals vergessen, weil wir schnell alles andere über die wahre judaische Tradition vergessen.‹«

Die Vorbeschäftigung mit diesen Dingen hat in Amerika zu einigen seltsamen Vorgängen geführt, wo die US-Regierung vor einigen Jahren eine umstrittene Einheit innerhalb des amerikanischen Justizministeriums schuf, die sich Office of Special Investigation (OSI) – Amt für Sonderermittlungen – nennt. Die Aufgabe des OSI besteht darin, angebliche Nazi-Kriegsverbrecher, die in Amerika leben, ausfindig zu machen, darauf hinzuarbeiten, daß ihnen ihre Staatsbürgerschaft entzogen wird, und sie dann auszuweisen, um sich in der Sowjetunion oder Israel vor Gericht zu verantworten.

Das OSI wurde beschuldigt, übereifrig zu sein, und das mit Recht. In einem Fall, den es mit völliger Hingabe verfolgte, sollte Frank Walus, ein gebürtiger Pole, angeblich für den Tod von Tausenden von Juden während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich gewesen sein. Nach Jahren der Strafverfolgung räumte die US-Regierung schließlich ein, daß die Zeugen des OSI gegen Walus gelogen hatten. Aber Walus verarmte völlig wegen seiner Verteidigung gegen die Anklagen des OSI und dessen Falschzeugen.

Jetzt scheint das OSI wieder einmal entlarvt worden zu sein, Beweismaterial gefälscht und Falschzeugen herangezogen zu haben. Der jüngste Fall betrifft John Demjanjuk, einen Autoarbeiter aus Cleveland und gebürtigen Ukrainer, der beschuldigt wird, »Iwan der Schreckliche«, ein berüchtigter Wachposten im KZ Treblinka während des Krieges in Polen gewesen zu sein.

Gesuch um komplette Akteneinsicht

Der Fall hat sich 12 Jahre lang hingezogen. Demjanjuk wurde seine amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen, und er wurde zwangsweise nach Israel deportiert, um sich dort vor Gericht zu verantworten. Im vergangenen Jahr wurde er in einem von gerichtlichen Unregelmäßigkeiten und Hysterie im Gerichtssaal gezeichneten Prozeß für schuldig befunden, »Iwan« zu sein. Er wurde anschließend zum Tode verurteilt. Demjanjuks Berufung wird zur Zeit vom Gericht erwogen. Wenn die Berufung abgewiesen wird, wird man ihn hängen.

Um die Anklage gegen Demjanjuk erheben zu können, zog das OSI 40 Zeugen hinzu. Alle bis auf vier wurden schon im amerikanischen Verfahren diskreditiert, aber selbst deren Zeugenaussage war suspekt, vor allem die von Otto Horn, einem ehemaligen Nazi-SS-Mann, der zum Berufszeugen des OSI wurde. Amerikanische Freunde Demjanjuks stellten Horns Zeugenaussage in Frage und reichten unter dem Freedom of Information Act (FOIA) – Gesetz über die Freiheit der Information – ein Gesuch auf alle OSI-Informationen bezüglich des ehemaligen Nazis ein.

Das OSI weigerte sich natürlich, dem Gesuch voll nachzukommen, obwohl es durch einen Beschluß des US-Bundesgerichtshofes aufrechterhalten wurde. Daher entschlossen sich Demjanjuks Freunde dazu, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, indem sie den großen Abfallkübel außerhalb der Washingtoner Büros des OSI durchwühlten. Dort fanden sie weggeworfene interne OSI-Dokumente, in denen die Glaubwürdigkeit Horns sowie die Integrität des Leiters des OSI, Neal Sher, in Zweifel gezogen werden.

Aus den Dokumenten geht hervor, daß das OSI selbst höchst besorgt war, sein Zusammenspiel mit der israelischen Regierung bei der Verfolgung des Falles Demjanjuk zu kaschieren.

Die Medien ignorieren die Tatsachen

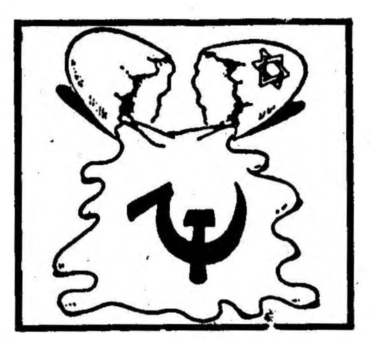
Eines der Papiere mit Datum vom 3. Juni 1986 – bevor der angebliche Kriegsverbrecher nach Israel ausgeliefert worden war, um dort vor Gericht zu stehen – war eine Denkschrift Shers, in der das Dilemma des OSI umrissen wurde. Darin heißt es, es sei »aus einem sehr guten, aber nicht zu veröffentlichenden Grund« nicht ratsam, einer Zusendung der Akten an das FOIA-Büro zuzustimmen.

»Wir sind durch die Tatsache gebunden, daß für alle außerhalb liegenden Zwecke unsere Verwicklung an diesem Fall vorüber ist und das FOIA-Büro Anspruch auf Zugang zu den Akten hat«, heißt es in der Denkschrift. »Um eine Freigabe der Akten an das FOIA-Büro zu verhindern, müssen wir denen einen triftigen Grund angeben.

Das ist kein Problem. Wir können ihnen natürlich mitteilen, wie die Dinge in bezug auf den Fall stehen. Das Problem liegt darin, daß das FOIA-Büro dann verschiedene Antragsteller in Kenntnis setzen muß, warum das erbetene Material nicht freigegeben werden kann . . . Es gibt wirklich nur zwei Möglichkeiten, wie wir vorgehen können: Erstens, die Dokumente dadurch zu schützen, daß wir unsere Hilfeleistung an die ausländische Regierung (Israel) zugeben; oder zweitens, die Dokumente freigeben und damit unsere Hilfeleistung kaschieren. In aller Fairneß sollte diese Entscheidung auch aus Eingaben aus Israel begründet werden.«

Da haben wir es. Den Abtrünnigen im OSI geht es bei ihrer Arbeit für das amerikanische Justizministerium nicht um Gerechtigkeit oder um die Vertretung des amerikanischen Volkes; sie vertreten lieber die Interessen eines fremden Staates – Israel –, auch wenn diese Interessen ungerecht und ungesetzmäßig sind.

Der Abgeordnete James Traficant gab diese Informationen und weitere auf einer Pressekonferenz bekannt, auf der er zu einer Untersuchung des Verhaltens des OSI aufrief. Die amerikanischen Nachrichtenmedien zogen es jedoch vor, die Angelegenheit stillschweigend zu ignorieren. □



Zitate

Fernsehen

Professor Johannes Millendorfer, Wiener Zukunftsforscher: »Das Fernsehen ist gefährlicher als die Atombombe. Es transportiert auf vielfältige Weise Falsches, Verwirrendes und Unrealistisches. Das Gefährliche dabei ist nicht so sehr die Lüge wie die Tatsache, daß das Fernsehen das Denken des Zuschauers bei der schnellen Bildfolge außer Kraft setzt. Deshalb: Lieber die Zeit verbringen im menschlichen Gespräch unter dem Lampenschirm als im denkentötenden Sitzen vor dem Bildschirm.«

Nationalismus

Peter Glotz, SPD: »Ich halte den Nationalismus für die Größte Gefahr für Europa, und zwar nicht vor allem in der Bundesrepublik zuerst einmal, sondern den Nationalismus, der jetzt hochkommt, nachdem in Osteuropa der Deckel des Marxismus-Leninismus hochgehoben wird. Ich meine damit die Konflikte, die zwischen Bulgaren und türkischen Minderheiten stattfinden, ich meine die Konflikte zwischen Serben und Albanern und selbstverständlich auch das, was in Irland oder im Baskenland stattfindet.«

Republikaner

Franz Schönhuber, Vorsitzender der Republikaner: »Für gut halte ich die Wiedererweckung eines historisch geläuterten Patriotismus. Sie können eine Generation von Dreißig- und Vierzigjährigen heute nicht permanent auf 1945 zurückwerfen. Auch die Republikaner unterschreiben den Ausgangspunkt jeglicher Denkweise, nämlich die Verdammung des Dritten Reiches. Das Dritte Reich war ein Unrechtsstaat. Den Holocaust gab es. Diskussionen um Zahlen von Ermordeten halte ich nicht für dumm, sondern für verhängnisvoll. Aber wenn wir auch politische Vorgänge von heute immer wieder mit Blick auf damals in Szene setzen, dann wird im Volk ein gewisser Überdruß herauskommen, und Überdruß ist ja vorhanden. Aus der klaren Distanzierung gegenüber dem Nationalismus muß man den jungen Deutschen heute eins sagen: Es war ein Verbrecherstaat, aber die Menschen, die darin lebten, waren keine Verbrecher, zumindest zu 98 Prozent, wie ich meine. Aber, wir können nicht Verträge abschließen, sei es auch mit Polen, sei es mit anderen Ländern des Ostblocks, wo uns ein bestimmtes Schuldgefühl im Nacken sitzt. Und dieses Schuldgefühl im Nacken verhindert ein präzises Aushandeln von Verträgen.«

Wahrheit

Hans Klein, Sprecher der Bundesregierung im Ministerrang: »Wer seine Wähler nicht hinters Licht führen will, muß mit ihnen offen und ehrlich über alle Seiten unserer Probleme reden. Unser Ansehen als Politiker würde wieder steigen, wenn ernstes Nachdenken an die Stelle von üblem Nachreden träte. Halbe Wahrheiten sind nämlich halbe Lügen.«

Deutsche Frage

Helmut Koschyk, Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen: »Wenn wir gemeinsam mit unseren westlichen Freunden und Verbündeten unser ganzes politisches, wirtschaftliches und diplomatisches Gewicht in die Wagschale werfen und mit dem Osten zäh und entschieden um einen Ausgleich ringen, kann es noch in diesem Jahrtausend zur Wiedervereinigung Deutschlands sowie zur Gewährleistung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen kommen. Die Zeit arbeitet für uns.«

Polen

Dr. Wladyslaw Bartoszewski, angesehener polnischer Professor, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels: »Die Kommunisten wollen unter allen Umständen an der Regierung bleiben und ihre Machtansprüche auf Kosten des Volkes durchsetzen. Sie sind aber regierungsunfähig, verantwortlich für die katastrophale wirtschaftliche Lage. Inzwischen werden die Arbeiter unruhig, erste Streiks. Die immer noch leere Läden erschweren die Lage. Die Menschen verlangen eine schnelle Veränderung. Der Westen muß sich auf die schlimmste Situation in Polen einstellen.«

Hohn

Kurt Hager, SED-Politbüromitglied: »Der Sozialismus ist die erste Gesellschaftsformation in der Geschichte, die es dem Menschen gestattet, Mensch zu sein.«

CDU

Hans-Otto Wilhelm, CDU-Vorsitzender von Rheinland-Pfalz: »Die führenden Persönlichkeiten der CDU müssen wieder Vorbildfunktionen erfüllen. Sie dürfen nicht über Tugenden reden, die mit ihrem eigenen Handeln nicht übereinstimmen.«

Abtreibung

Herbert Sighart, Pneumologe aus Wien: »Der Übergang von der Tötung Ungeborener zur Euthanasie ist ein nahtloser: Wenn man vor dem werdenden Leben keine Achtung hat, wird man sie auch nicht vor jenem Leben haben, das langsam verlöscht.«

Europa

Michail Gorbatschow, sowjetischer Staats- und Parteichef: »Auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland sind Raketen stationiert. Die Lage verschlimmert sich dadurch doch erkennbar. Europa sollte sich von diesen Nuklearwaffen befreien. Die USA wollen den Schlag von sich auf Europa ablenken. Auch im Frieden wollen die USA offensichtlich ein Druckmittel auf Europa und die Sowjetunion haben. Wo liegt hier das Interesse der europäischen Regierungen? Die gegenseitigen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen könnten doch viel besser sein. Europa ist die Wiege der Zivilisation.«

DDR

Theo Waigel, Vorsitzender der CSU: »Die DDR hat keine Identität. Deshalb wenden sich die Menschen von ihr ab. Goldmedaillen bei Sportveranstaltungen alleine genügen nicht. Es ist das Markenzeichen der DDR, isoliert zu sein. Das Versprechen, in Deutschland ein Arbeiter- und Bauernparadies zu verwirklichen, war die größte historische Lüge dieses Jahrhunderts. Die SED glaubte, sie könnte den Sieg von Ludwig Erhard über Karl Marx ignorieren. Aber tatsächlich hat das freiheitliche System der Marktwirtschaft das planwirtschaftliche System überrundet. Glasnost und Perestrojka sind nichts anderes als der Ausdruck von mehr Marktwirtschaft, Dezentralisierung, Änderung der Eigentumsformen und Mobilisierung der individuellen Leistungsfähigkeit. Das ist die Lage.«

Alternative

Dieter Telge, Berliner AL-Abgeordneter: Schwule Lebensformen müssen im Schulunterricht als Alternative angeboten werden.«

Grenzen

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Die Menschen sind der Politik oft voraus und ebnen den Weg. Bei den politischen Aufgaben war zu berücksichtigen und wird von uns respektiert, daß es für Deutschland als Ganzes nach wie vor keine Nachkriegsregelung gibt. Die damaligen Siegermächte haben sie sich vorbehalten. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen haben sich aber im Rahmen ihrer eigenen Kompetenz und Verantwortung gegenseitig ihr Wort gegeben. Dies ist mit dem Warschauer Pakt vom 7. Dezember 1970 geschehen, und er weist uns den Weg. Dabei wird es bleiben. Mein Land hat verbindlich zugesagt, jetzt und in Zukunft keinerlei Gebietsansprüche gegen Polen zu erheben. Unsere Achtung vor dem Recht erfüllt sich im menschlichen Grundgebot der Verständigung. So sehen es die allermeisten Deutschen, alte und junge Menschen. Sie wollen selbst in Frieden und Sicherheit leben, und sie verstehen und respektieren den Wunsch des polnischen Volkes nach gesicherten Grenzen. In diesem Sinne suchen sie die Verständigung mit Polen ohne Vorbehalte. Auf der Grundlage dieser Vereinbarungen und unser beiderseitigen Beiträge zur Schlußakte von Helsinki gilt es, den europäischen Erwartungen zu entsprechen, die sich in besonderer Weise an Polen und Deutsche richten. Wir leben nebeneinander im Herzen Europas. Selbstbestimmung für alle seine Völker, Freiheit, Rechtsschutz und gerechte Chancen für alle seine Menschen sind Werte des Lebens aus europäischem Geist, der unsere beiden Völker prägt.« □

Medizin

Regenaplexe in der Zahnheilkunde

Günter Carl Stahlkopf

Die wissenschaftliche Zahnheilkunde unterscheidet den vitalen Zahn mit seinem Halteapparat und den devitalen Zahn mit seinem Halteapparat. Durch verschiedene Einwirkungen können die weichen Substanzen geschädigt werden und den Verlust der Pulpa, des Zahnmarks, den mit Nerven und Blutgefäßen ausgefüllten Hohlraum des Zahnes, bedeuten. Die Vitalität des Zahnes ist verlorengegangen, aber der Zahn kann seine Funktionstüchtigkeit behalten.

Die vornehmste Aufgabe eines Zahnarztes besteht darin, den gesunden Zahn mit seiner Pulpa so lange wie möglich zu erhalten. Es ist tief traurig, daß die Zahnärzte sich täglich mit Karies, zerstörten Zähnen, Entzündungen im Munde und im Kieferbereich überwiegend befassen müssen. In der konservierenden Zahnheilkunde verlagert sich das Schwergewicht auf verschiedene Formen von Entzündungen, die diagnostisch schwer auseinanderzuhalten sind.

Auch hier hilft die Regena-Therapie

Doch muß der Zahnarzt bestrebt sein, die Pulpa zu erhalten. Auch hier sind es wieder die bewährten Regena-Präparate, die von mir entwickelt wurden.

Röntgenaufnahmen, koronal, eine sehr genaue Diagnose der Entzündung, die Vitalitätsprobe per Kältetest, die Entfernung aller kariösen Massen, Auswaschen der Kavität mit Desinfektionsmitteln, Austrocknen der Kavität und die Aufgabe der sterilen Regena-Flüssigkeit auf einem kleinen sterilen Gazestreifen. Die Kavität wird mit einem provisorischen Verschlußmittel abgefüllt.

Die Regena-Flüssigkeit dringt durch die dünnen Wände und den Boden der Kavität und sorgt für das Abklingen der Entzündung und bewirkt weiterhin die Regeneration der Pulpa. Abschließend erfolgt eine Vitalitätsprüfung.



Auch in der Zahnheilkunde hat sich die Regena-Therapie nach Stahlkopf bewährt.

Die degenerativ chronisch entzündliche Pulpa, die nicht mehr erhaltungswürdig ist, also der devitale Zahn, man müßte besser sagen: die devitale Pulpa, stellt dem Zahnarzt die Aufgabe, den Zahn funktionstüchtig zu erhalten.

Der Zahnarzt sollte seine Aufgabe darin sehen, die erhaltungswürdigen Zähne zu behandeln und keine Gebißkrüppel zu schaffen. Auch die devitalen Zähne mit ihren Granulomen (Geschwulsten an der Zahnwurzel) können durch geeignete therapeutische Maßnahmen funktionstüchtig erhalten werden.

Durch eine Injektionskur von zehn Injektionen ist es möglich, die Granulome zu beseitigen. Die Injektionen bestehen aus Regena-Präparaten einer bestimmten Zusammensetzung. Es erfolgt der Abtransport der toxischen Stoffe durch die Blut- und Lymphentgiftung. Die Einschmelzung des Herdes führt zur Ausheilung und zur funktionstüchtigen Erhaltung des Zahnes. Die Röntgenbilder bestätigen zum Abschluß die erfolgreiche Zahnbehandlung.

Die Wirksamkeit der Regena-Präparate ist durch die Decoder-Dermographie erbracht. Ich arbeite mit verschiedenen Untersuchungsmethoden, zum Beispiel die Organbeziehungen der Meßpunkte und die bioelektrische Funktionsdiagnostik. Alle diese Methoden möchte ich als Hilfsmittel für diagnostische Zwecke eingeordnet wissen. Die Auswertung und Anwendung dieser Methoden bekommen ihren Stellenwert dadurch, inwieweit der Zahnarzt diese Methoden beherrscht und durch eine Kontrollmaßnahme die erarbeiteten Ergebnisse untermauern kann.

Die neueste Methode ist das Kopf-Decoder-System

Es gibt verschiedene Auffassungen über die Anwendung der Untersuchungsmethoden, die jeder Zahnarzt in der Praxis ganz individuell einsetzen kann. Primär ist der Einsatz der Regena-Zellular-Therapie bei einwandfreier Diagnose.

Im Zeitalter der Technologie sollte man aufgeschlossen für technische Untersuchungsmethoden sein, nicht abseits stehen, denn die Technologie hat uns manche Fortschritte in der Medizin gebracht.

In der Zahnheilkunde sind technische Untersuchungsmethoden nicht wegzudenken. Ich darf an einige Methoden erinnern: Die Messung der elektrolytischen Ströme bei verschiedenen Metallen im Mund, die Testung der Allergien bei Unverträglichkeiten von Kunststoffen, die Vitalitätsprüfung. Die neueste Methode ist das Kopf-Decoder-System.

Ein Fall aus der Praxis

Eine 91jährige Patientin erkrankte vor einigen Jahren an Apoplexie (Schlaganfall) mit Bewußtseinsstörungen und Lähmungen des rechten Armes und Beines. Einlieferung ins Krankenhaus erfolgte, dort die Prognose: Sehr schnelles Ableben der Patientin.

Die Patientin erholte sich jedoch sehr gut, die vorausgesagte Prognose trat nicht ein. Während des Krankenhausaufenthaltes war es nicht möglich, Regena-Präparate einzusetzen.

Die Schulmedizin vertrat einen anderen Standpunkt. Durch intensive Betreuung von seiten der Tochter und durch Medikamenteneinsatz von Regena-Präparaten sowie eine Ernährungsumstellung erfolgte eine rasche Besserung, die einen weiteren Krankenhausaufenthalt nicht mehr erforderlich machte.

Der Arzt hat, nachdem die Patientin zu Hause war, die Ernährung weiterhin ausgebaut, die Maßnahmen für den Bewegungsapparat intensiviert und sofort mit der Regena-Zellular-Therapie begonnen.

Beim zweiten Fall geht es um einen zehnjährigen Jungen, in gutem Kräfte- und Ernährungszustand. Er wird in die Klinik eingeliefert mit einer angeblichen Leberzirrhose.

Bei den diagnostischen Untersuchungen fand man keinen Anhaltspunkt für diese Erkrankung. Der Patient wird nach sechs Wochen aus dem Krankenhaus entlassen, Leberwerte 220. Der Hausarzt kam mit dem Jungen zu mir und bat um eine Testung. Sie wurde durchgeführt,

Das Resultat: Röteln im Säuglingsalter, die nicht zum Durchbruch kamen. Getestet wurde mit der Nosode Rubelae. Es wurde eine Mesenchymreaktivierung durchgeführt, Regena-Therapie eingesetzt, also eine ganz massive Entschlackung. Daraufhin bekam der Junge jetzt echt die Röteln.

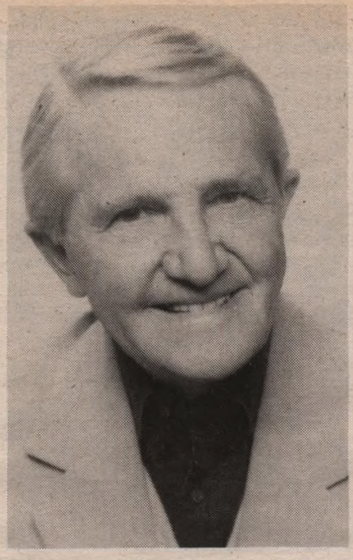
Sie klangen ohne Beschwerden ab. Die Leberwerte werden alle Vierteljahre kontrolliert, Wert 20. Laufend bekommt der Junge seine Regena-Präparate und muß sich an die vorgeschriebene Ernährung halten. Der Junge erfreut sich bester Gesundheit.

Beim dritten Fall war der Patient fast am Ende

Ein anderer Fall: Eine Patientin kommt mit sehr starken Kiefer- und Nervenschmerzen in die Sprechstunde ihres Zahnarztes. Die Inspektion ergibt: zahnloser Oberkiefer, Unterkiefer ohne Befund. Nach einer von fremder Hand ausgeführten mißglückten Wurzelbehandlung enorme neuralgische Beschwerden.

Es erfolgte eine Operation nach der anderen, die im Oberkiefer beiderseits Narbengewebe von drei bis vier Zentimeter zurücklassen, eine schlecht sitzende Prothese, nicht funktionstüchtig.

Alle Zähne, bis 1/1 wurden vorerst mit Kronen und Brücken



Der Biologe Günter Carl Stahlkopf gewinnt immer mehr Ärzte für seine Therapieform.

versehen, zwei Wurzelbehandlungen, Resektion unvollständig. Dann wurden in gewissen Abständen alle Zähne im Oberkiefer entfernt, dann Kieferhöhlenbehandlung, scharfe Spülungen, acht Wochen Krankenhausaufenthalt, acht Wochen am Tropf, wieder Operationen der Kieferhöhle, Krankenhausaufenthalt.

Die Patientin war nie schmerzfrei. Es wurde eine Oberkieferprothese angefertigt, die nicht funktionstüchtig war. Danach wieder Öffnung der Kieferhöhle, dann enorme Schmerzen, die Patientin war fast am Ende, Depressionen traten auf. Dann Einlieferung ins Schmerzzentrum Bremen, dort schmerzstillende Medikamente, zweimal täglich Injektionen, keine Besserung.

Ein Zahnarzt aus dem Regena-Ärztekreis hat denn eine funktionstüchtige Prothese angefertigt. Dazu wurden die großen Narben mit weichbleibendem Kunststoff überdeckt, großen Folien. Die Narbengewebe wurden mit Regena-Haut-Fluid »W« behandelt und in das Narbengebiet eine spezielle Mischung von Regena-Präparaten injiziert.

Die Schmerzen nahmen rapide ab. Nebenher wurde elektrophysikalische Therapie verabreicht. Zusätzlich wurden Regenaplex-Präparate verordnet. Die Patientin fühlte sich wohl und ist nach zwei Jahren endlich schmerzfrei. Die Erholungsphase der Patientin ging sehr schnell voran, nach sechs Wochen bereits schmerzfrei.

Wichtig für die Therapie: das Kopfherdgeschehen

Wichtig bei allen diesen Fällen ist, daß es jetzt die Möglichkeit gibt, schneller und genauer das Kopfherdgeschehen in den Griff zu bekommen. Das Kopfherdgeschehen ist ein wichtiger Teil in der Gesamtkonzeption Diagnose und Therapie

So manche gutgemeinte Therapie kann zu einer nicht befriedigenden Behandlung auslaufen, wenn Fehler gemacht werden und nicht ausreichende Untersuchungen erfolgen.

Ich darf auf eine ausgezeichnete und ausführliche Arbeit von Dr. Vill verweisen in der Zeitschrift »Erfahrungsheilkunde« (Heft 5, Mai 1984): »Differentialdiagnose von Kopfherden mit dem neuen Kopf-Decoder-Diagramm und dem BFD-Arzneitest«.

Gemessen werden Stirnhöhle, Siebbeinzellen, Keilbeinhöhle, Oberkiefer und Unterkiefer bei Zahn- und Knochenprozessen, am Warzenfortsatz des Ohres und an den Mandeln. Man wird nicht ohne eine Testung der Nosoden und Organpräparate auskommen. Bevor man die Aufnahme vom Kopf durchführt, ist eine Standort-Decoder-Aufnahme notwendig für die Reaktionsweisen des Organismaus.

Behandlung mit Regena-Hautfluid

Zum Schluß möchte ich noch einige Ausführungen über die Anwendung von Regena-Haut-Fluid »W« in der zahnärztlichen und Allgemein-Praxis machen.

Professor Dr. med. Helmut Denck hat ausführliche Berichte über seine Erfahrungen mit dem Regena-Haut-Fluid »W« veröffentlicht. In der täglichen Praxis in der Zahnheilkunde ist Regena-Haut-Fluid »W« nicht wegzudenken. Infektiöse Wunden nach chirurgischen Eingriffen, neuralgische Beschwerden, infizierter Wurzelkanal, schmerzhafte Zahnfleischentzündungen, Entzündung der Mundschleimhaut und bei Schwellungen beim Zahndurchbruch hat das Regena-Haut-Fluid seine Bewährung bestanden. Alle Schmerzzustände klingen nach der Behandlung mit Regena-Haut-Fluid »W« ab.

Auch in der täglichen Praxis der Allgemeinmedizin hat man sehr gute Erfolge erzielt: Entzündete offene Wunden, alle Narbenschmerzen, schlecht heilende offene Beine, alle Insektenstiche, vor allem in den südlichen Ländern.

Man muß sofort die Einstichstelle mit einigen Tropfen bearbeiten. Alle Blutergüsse durch Stoß oder Stich hervorgerufen, werden sofort mit einigen Tropfen oder durch Auflegen bearbeitet.

Alle Einstichstellen bei Verabreichung von Injektionen, die zu einem Bluterguß führen, sofort betupfen: Keine Verfärbungen nach der Injektion.

Es ist empfehlenswert, die Flasche Haut-Fluid »W« in jeder Hausapotheke bereitzuhalten. Durch die Arbeit von Professor Denck haben wir eine Bestätigung über die Wirksamkeit von Regena-Haut-Fluid »W«.

Der Regena-Ärztekreis steht mit Rat zur Verfügung

Natürlich liegt jede Krankheit anders. Und darum haben wir den Regena-Ärztekreis gegründet. Er existiert seit vielen Jahren und ist eine Vereinigung von Ärzten, die sich meist neben ihrer schulmedizinischen Tätigkeit auch der Behandlung mit meinen Regenaplexen zugewandt haben und die untereinander einen großen Erfahrungsaustausch betreiben.

Wenn Sie an dieser Therapieform, die absolut ungiftig ist und auf ganzheitliche ursächliche Behandlung hinzielt, interessiert sind, sind wir gerne bereit, Ihnen zu helfen, Sie müssen uns nur schreiben. □

Informationen über die Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie und die Anschriften des Regena-Ärztekreises erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell.

Vertrauliches

Atomkrieg

Der Streit um den nuklearen Winter

Eine neue Studie in der Zeitschrift »Nature« bringt in reißerischer Aufmachung ein Szenario, in dem durch Kernexplosionen in die Stratospähre geschleuderter Ruß angeblich »fraktale Büschel« bildet, die vermutlich vier- bis fünfmal mehr Licht absorbieren als dicht gestopfte Rußkugeln.

Die von Jenny Nelson von der Universität Bristol herausgebrachte Studie ist der letzte Versuch, die gleichzeitig von Carl Sagan und Nikita Moiseyew aus der UdSSR zum Ausdruck gebrachte Theorie wieder zum Leben erwecken, wonach alles Leben auf der Erde nach einem Atomkrieg erlöschen wird, weil soviel Ruß nach oben geschleudert wird, daß die Sonnenstrahlen blockiert und die Menschen erfrieren würden.

Führende Wissenschaftler haben diese Theorie bereits verworfen und darauf hingewiesen, daß die Rechnermodelle, die benutzt wurden, um das Verhalten der Atmosphäre vorauszusagen, ungeeignet wären und das Wetter nicht berücksichtigt haben. Zufällig sind diese Rechner mit denen identisch, die die »Erhitzung« der Erde auf Grund der »Treibhauswirkung« voraussagen. □

Philippinen

Corazon Aquino steht vor einer Krise

Teodoro Benigno, der im Mai als Pressesekretär der Präsidentin der Philippinen, Corazon Aquino zurücktrat, begann mit einer Reihe von Stellungnahmen zu der Tatsache, daß Frau Aquino vor einer ernsthaften innenpolitischen Krise steht, weil es ihrer Regierung nicht gelungen ist, den Lebensstandard der Filipinos zu verbessern.

Benigno warnt davor, daß die Krise sich im Herbst beschleunigen könnte, wenn wie erwartet wird, die Regierung die Brennstoffpreise um 15 bis 25 Prozent erhöht. Dies wird die Bürger wie eine Kanonenkugel treffen. Das Spießrutenlaufen wird erst richtig beginnen, wenn die Öffentlichkeit auf die Preiserhöhungen reagiert.

Eine genaue Betrachtung ergab, daß das Wachstum des Bruttosozialprodukts um 6,7 Prozent kaum nach unten zu den Massen durchgesickert ist. Benigno sagte, Frau Aquino sei sich der Gefahr wohl bewußt, »ist jedoch immer noch nicht fähig, der Lage gerecht zu werden, eine starke Führung zu demonstrieren und die Bürokratie dazu zu veranlassen, auf die Forderungen der Öffentlichkeit zu reagieren«. Er warnte davor, daß, wenn ihre Popularität auf 50 Prozent und darunter sinkt, »dies vier bis fünf auf der politischen Richter-Skala bedeuten würde«. □

China

Politik gegen die katholische Kirche

Ein Geheimbericht der Kommunistischen Partei Chinas (CPC) setzt ihre Mitglieder von einer Politik gegen die katholische Kirche in Kenntnis, berichtet »Asia News«, das Nachrichtenblatt des bischöflichen Instituts für Missionsarbeit in Mailand.

Der Geheimbericht ist bereits vom Dezember 1988 datiert und wurde gemeinsam von der »Vereinigten Front« und dem Amt für religiöse Angelegenheiten der CPC erstellt. Der Zweck, dieses Berichtes ist es, »die Entscheidung, alle katholischen Untergrundkräfte anzugreifen und zu konsolidieren«. Mit »Untergrundkräfte« sind jene gemeint, die loyal zum Papst stehen, zum Unterschied von der »Vaterländischen Vereinigung«, die von der CPC gesteuerte Marionetten-Kirche.

Der Bericht weist den Parteiapparat an, daß das Kircheneigentum, das der »Untergrund«-Kirche gehört, an den Staat zurückzugeben sei, und daß jede Anstrengung unternommen werden müsse, um die »Untergrundleute« ständig anzugreifen und gesetzlich zu verfolgen. Das Endziel besteht darin, daß alle »Untergrundler« der »vaterländischen Kirche« beitreten müssen.

Nachdem der Bericht freigegeben wurde, wurde ein ganzes katholisches Dorf, Youdong, zerstört und zwei Bischöfe festgenommen, da die »Untergrund-Kirche« dort eine nicht genehmigte Kirche bauen wollte. □

Afghanistan

Drohungen an Pakistan

Ein Beamter der afghanischen Regierung warnte in Neu Delhi davor, daß Kabul bereit sei, seinen Nachbarn Pakistan anzugreifen. »Ich möchte die Forderung unserer Regierung und unseres Volkes wiederholen, daß die Aggressivität von dem Gebiet Pakistans aus sofort aufhören muß«, sagte der afghanische Botschafter Abdul Zamad Azhar. »Wenn das trotz unseres Aufrufs an die internationale Völkerschaft so weiter geht, dann wird uns dies in eine Lage bringen, in der wir keine andere Wahl haben, als zurückzuschlagen. Wenn wir keine andere Wahl haben, dann werden wir das auch tun. Wir sagen in Afghanistan: Wenn das wirklich Männer wären, dann müßten sie den Mut haben, ihre terroristischen Aktionen einzustellen und uns in einem Krieg gegenübertreten.«

Azhar beschuldigte Pakistan wegen des Raketenbeschusses von Kabul durch Guerilla-Streitkräfte am 10. Juli dieses Jahres, bei dem 30 Menschen getötet und 167 verletzt wurden.

In der Zwischenzeit erhöhen die Vereinigten Staaten ihre Waffenlieferungen an die afghanischen Widerstands-Streitkräfte, heißt es in einem Bericht der »Washington Post«. Ein höherer Beamter der Bush-Regierung gab seiner Bestürzung darüber Ausdruck, was er Moskaus »außergewöhnliche Investitionen« in die Regierung von Kabul nannte. »Die Sowjets haben Bestellungen von einer Größenordnung über dem, was wir erwartet hatten, aufgegeben, und mehr als jemals zuvor«, sagte er. Sie hätten im März dieses Jahres Waffen in der Größenordnung von 200 bis 300 Millionen Dollar nach Afghanistan »hineingepumpt«.

Der amerikanische Beamte deutete an, daß nicht nur neue US-Lieferungen für den Widerstand unterwegs sind, sondern auch neue Typen von schweren Geschützen, um der sowjetischen Eskalation entgegenzutreten.

Der sowjetische stellvertretende Außenminister Yuli Worontsow warnte den Westen in einem Interview mit der »Washington Post«, daß Moskau bereit ist, dem von den Sowjets unterstützten Regime in Kabul einige seiner fortschrittlichsten Kriegsflugzeuge, darunter den MiG-29-Jäger und »eine neue Type des Sukhoi-Tiefangriffs-Düsenjägers« zur Verfügung zu stellen, um der angeblichen Verbesserung der amerikanischen Waffenlieferungen an die afghanischen Rebellen entgegenzuwirken.

Worontsow sagte, Moskau habe bereits zusätzliche Flugzeuge seiner Luftwaffe zu Stützpunkten unmittelbar nördlich der Grenze zu Afghanistan entsandt und sie »in einen sehr hohen Zustand der Alarmbereitschaft« versetzt, um auf ein direktes Eingreifen der USA oder Pakistans in die Kampfhandlungen reagieren zu können. Er beschuldigte amerikanische Offiziere der Teilnahme an der detaillierten Planung einer Offensive der Mudjahedin-Guerillas gegen die südliche Stadt Kandahar und warnte vor dem Einsatz von pakistanischer Artillerie bei diesem Angriff. □

Thailand

Polizeichef ordnet Razzia auf Drogen an

Der Leiter der Polizei, General Pow Sarasin, hat angesichts einer erwarteten Opium-Ernte im goldenen Dreieck von rund 2000 Tonnen eine landesweite Razzia

gegen den illegalen Drogenhandel angeordnet. General Pow wies kürzlich die Polizei im Norden des Landes an, den Drogenschmuggel aus Burma zu unterbinden. Es wird erwartet, daß sich der diesjährige Opium-Ausstoß aus dem goldenen Dreieck auf 1500 bis 2000 Tonnen, im Vergleich zu 1000 bis 1200 Tonnen wie vorher vorausgesagt, belaufen wird. Thailändische und westliche Kreise führten die starke Erhöhung der burmesischen Opium-Erzeugung auf die politische Unruhe des Landes im vergangenen Jahr zurück. Die Opium-Erzeugung in Thailand beläuft sich in diesem Jahr voraussichtlich auf 30 Tonnen.

General Pow sagte, daß in diesem Jahr wahrscheinlich weitere Heroin-Raffinerien an der thailändisch-burmesischen Grenze eröffnet werden. Aus thailändischen Kreisen verlautet, daß eine neue Heroinmarke, die das Handelszeichen eines Adlers über einem Globus mit drei K darunter trägt, bereits auf den Markt gekommen ist, und daß das in Laos angebaute Heroin wegen des Mangels an erfahrenen Chemikern von minderer Qualität ist. □

Japan

Ständige bemannte Präsenz im Weltraum

Die japanische Space Acitivities Commission (Kommission für Einsätze im Weltraum) rief zu einer umfassenden Revision ihrer Weltraumpolitik zur Entwicklung einer japanischen bemannten Präsenz im Weltraum auf.

In dem überarbeiteten Zehn-Jahres-Plan der Kommission wird festgestellt, daß es Japans Ziel ist, ein unbemanntes Raumfahrzeug zu entwickeln, und mit der Grundlagenforschung für einen bemannten Raumpendler zu beginnen. Der Plan beinhaltet auch eine Rolle für Privatfirmen, in der Weltraumforschung mitzuspielen, sagte ein Beamter der Agentur für Wissenschaft und Technologie.

Die Kommission berichtete auch über die Absicht ein unbemanntes Raumfahrzeug, das unter dem Namen Hope bekannt ist, zu entwickeln, das Gerät und Materialien im Pendelverkehr zur Raumstation transportieren könne. Der Senkrechtstarter würde mit Japans Rakete vom Typ H-2, die sich derzeit in der Entwicklung befindet, gestartet und auf einer Piste landen. Hope wird mindestens zwei Milliarden Dollar kosten, sagte der Beamte. Den Vorschlägen der Kommission war kein fester Zeitplan beigefügt. □

Berlin

Hochburg der Alternativen

Der Berliner Stadtteil Kreuzberg gilt als Hochburg der Alternativen. Unter den 150 000 Bewohnern gibt es etwa 400 militante Chaoten als seßhaftes Gewaltpotential. Außerdem haben sich etwa 1300 Punks, Arbeitsunwillige und Sozialhilfe-Empfänger, Drogen- und Alkoholabhängige als Sympathisanten in Kreuzberg niedergelassen. Sicherheitsexperten rechnen damit, daß die in Zukunft noch idealeren Bedingungen für dieses Milieu, geschaffen durch den rot-grünen Senat, eine Sogwirkung auf diese Personenkreise haben werden und sich eine beträchtlich höhere Zahl von gewaltbereiten Militanten in Zukunft in Berlin einnisten wird. □

Panama

Planen die USA den Einmarsch

Die Beschlagnahme des größten geheimen Kokainlagers dieses Jahres an Bord eines in Panama zugelassenen Frachters, aufgrund einer »Erlaubnis« zu diesem Einsatz seitens des sich im Exil befindlichen ehemaligen Präsidenten von Panama, Eric Delvalle, wurde vom amerikanischen Außenministerium in einer Weise angepackt, mit der die Bühne für einen militärischen Einmarsch nach Panama vorbereitet wird.

Die panamesische Regierung und die panamesischen Verteidigungsstreitkräfte haben mit den amerikanischen Behörden bei allen Drogenbekämpfungs-Maßahmen zusammengearbeitet, sogar während des gegenwärtigen Tiefstands in den amerikanisch-panamesischen Beziehungen, teilten Beamte des amerikanischen Drug Enforcement Administration (Drogengesetz-Vollstreckungsbehörde) mit. Die Entscheidung, in diesem Falle lieber um Delvalles »Erlaubnis zu ersuchen«, als sich mit der Regierung von Präsident Manuel Solis Palma zu befassen, ist ein Schritt, mit dem sich die Vereinigten Staaten den Präzedenzfall schaffen wollten, um bald um Delvalles Erlaubnis zu einem militärischen Einsatz gegen Panama »ersuchen« zu können. □

Korea

Anklage gegen Oppositions-Politiker

Führende Persönlichkeiten von Kim-Dae-Jungs Partei für Frieden und Demokratie (PPD) in Süd-Korea wurden kürzlich verhaftet beziehungsweise Anklage gegen sie erhoben. Gegen den Abgeordneten der PPD, Moon Dong-hwan wurde ein Strafverfahren eingeleitet, weil er geholfen haben soll, den ungesetzlichen Besuch seines Bruders, des Pfarrers Moon Ik-hwan in Nord-Korea finanziert zu haben. Moon Dong-hwan ist ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Partei Kim Dae-Jungs.

Der PPD-Abgeordnete Suh Kyung-won wurde ebenfalls verhaftet, weil er einen geheimen Besuch in Nord-Korea abstattete, und es wurden Anspielungen darauf gemacht, daß er sich auch in Spionagedingen engagiert haben soll. Süd-Korea teilte mit, daß ein in Europa tätiger nordkoreanischer Agent dem Abgeordneten 10 000 Dollar ausgezahlt habe.

Die Agentur für staatliche Sicherheitsplanung verhaftete einen von Suhs engsten Mitarbeiter, Pan Yang-gun, der beschuldigt wird, von dem Agenten in Frankfurt Geld empfangen und an Suh weitergeleitet zu haben. □

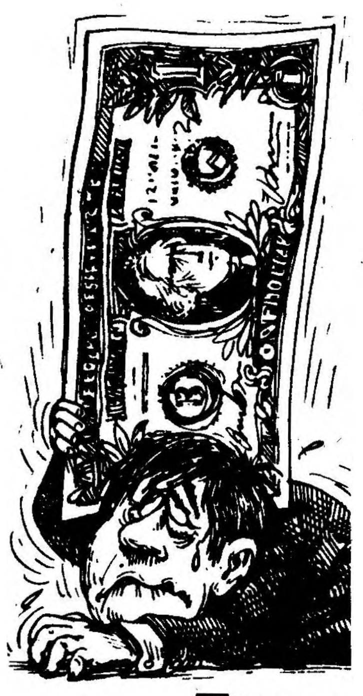
Projekt Demokratie

Eine Fassade für den CIA

Die sandinistische Regierung Nicaraguas hat Mitarbeiter an dem amerikanischen »Project Democracy«, die ins Land gekommen waren, um die Wahlen zu überwachen, ausgewiesen.

Die nicaraguanische Regierung wies Antonio Ibarra, einen Mitarbeiter des Freedom House, aus, den die Bush-Regierung nach Nicaragua entsandt hatte, um die Wahl vom 25. Februar zu überwachen. Die sandinistische Zeitung »Barricada« berichtete, daß Freedom House »in den Vereinigten Staaten als Fassade für die Central Intelligence Agency (CIA) bekannt ist«.

Auch Mark Fierstein und Leti Martinez vom National Endowment for Democracy's National Democratic Institute for International Affairs (Institut für internationale Angelegenheiten der staatlichen Stiftung für Demokratie) wurde auf dem Weg zu einer Konferenz mit nicaraguanischen Oppositionsparteien kurzfristig verhaftet. Die sandinistische Zeitung »Nuevo Diario« heftete der staatlichen Stiftung für Demokrati ebenfalls das Etikett einer »Fassade für den CIA« an. □



Briefe

Betr.: Banker-Journal »Wirtschaftskatastrophen lauern in China«, Nr. 8/89

Im Ersten Weltkrieg hatte das in der USA herrschende Internationale Großkapital, seine stärkste Waffe für die Enteignung der ganzen Welt, den Kommunismus, in Rußland an die Macht gebracht und eine geheime USA-UdSSR-Regierung gebildet, die seitdem geschlossen um die absolute Weltherrschaft kämpft.

Wie auf der ganzen Welt, so mußte auch im Fernen Osten ein nationaler Staat wie Japan vernichtet werden, da er der kommunistischen USA-UdSSR-Regierung in Sibirien gefährlich werden konnte.

Mit »Lug und Betrug« (Churchill) und beachtlicher finanzieller und militärischer Unterstützung wurde die nationale chinesische Regierung unter Tschiang-Kai-schek überredet, der USA-UdSSR-Regierung bei der Bekämpfung und Unterwerfung Japans behilflich zu sein.

Gleichzeitig wurde im Geheimen gegen Tschiang-Kai-schek die kommunistische Untergrundbewegung unter Mao von der USA aufgebaut.

Da nach der Unterwerfung Japans Tschiang-Kai-schek sich weigerte, auf Befehl der USA diese Kommunisten in die Regierung aufzunehmen, sperrte die USA ihm sofort jegliche Unterstützung.

Mit der seit Jahrtausenden erprobten volksvernichtenden, verlogenen kommunistischen Idee von einer »Volksregierung« wurden nun die Machtgelüste eines Mao mit allen Mitteln unterstützt, die nationale Regierung besiegt, der Kommunismus in China an die Macht gebracht und von der USA und der UdSSR gemeinsam beherrscht.

Sicherheitshalber wurde für die später geplante Schwächung des kommunistischen Riesenreiches China eine kleine, von der USA abhängige, nationale, chinesische Restregierung auf Formosa (Taiwan) zurückgelassen und unterstützt, um gegen das an die Macht gebrachte kommunistische China Terroristen und Volksaufwiegler aus chinesischen Volksangehörigen auszubilden.

Da die Chinesen einen rassenfremden Einfluß auf die Dauer nicht duldeten, wurden die Amerikaner und Russen schließlich aus dem Lande vertrieben. Um die Möglichkeit zu haben, auch die chinesische Oberschicht mit nationalen Parolen gegen die kommunistische Regierung aufzuhetzen, gab die USA mit großen Geldzuwendungen einer großen Anzahl von chinesischen Studenten die Möglichkeit, in den USA zu studieren, wo sie dann planmäßig gegen die Regierung aufgehetzt wurden und nach ihrer Rückkehr, im Laufe der Jahre, eine immer zahlreicher werdende, revolutionäre Oberschicht bildeten.

Nun war der geplante Zeitpunkt gekommen, die in der USA und auf Taiwan geschulten Aufwiegler einzusetzen.

Die auf Taiwan geschulten Kräfte wurden bei der Bevölkerung im Lande eingesetzt. Die in der USA ausgebildeten Studenten bedrohten in den Städten die Regierung.

Die USA-UdSSR-Regierung hatte natürlich nicht mit der entschlossenen, harten Gegenwehr der Regierung gerechnet.

Sie hatte erwartet, daß, wie bei uns im Westen, auch in China das Leben der Terroristen und vermummten Verbrecher trotz Massenmorde heilig ist, und daß niemand es wagen würde, gegen sie in der gleichen Art vorzugehen. Der blutige Erfolg dieser USA-UdSSR-Politik ist nun der ganzen Welt sichtbar, aber die wahren Schuldigen werden nicht erkannt oder bewußt verschwiegen.

Die in der USA ausgebildeten Studenten sind amtlich bekannt und können unschädlich gemacht werden.

Um die von Taiwan gekommenen, im Volke untergetauchten Aufwiegler zu finden, wurde befohlen, jeden Fremden auf dem Land und in den Dörfern sofort zu melden.

Wenn die chinesische Regierung die von der USA versuchte Revolution nicht sofort mit allen Mitteln verhindert hätte, so wären in den unvermeidlichen Machtkämpfen Millionen von Menschen getötet worden.

Herbert Biemann, Fellbach-Schmiden

Betr.: Deutschland »Wider den Etikettenschwindel«, Nr. 8/89

»Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung« hieß eine Flugschrift des Buchhändlers Palm, die er 1806 versandte. In dieser wurden die Zustände der napoleonischen Zeit geschildert und verurteilt. Über Deutschland und seine Fürsten gebot Napoleon damals wie ein persischer Großkönig über seine Untertanenlande und Satrapen. Palm mußte dafür mit dem Tode büßen. Er wurde auf Befehl Napoleons in Nürnberg verhaftet, nach Braunau gebracht und dort am 26. August 1806 kriegsgerichtlich erschossen.

Nach den Freiheitskriegen und einem beispiellosen Aufstieg Deutschlands, der in die Gründung des zweiten deutschen Kaiserreiches mündete, haben die Feinde des deutschen Volkes Deutschland abermals in einen Zustand tiefster Erniedrigung und Demütigung versetzt.

1945 erhielt das geschlagene Deutsche Reich den Waffenstillstand, es wurde zu 30 Prozent amputiert, der Rest in zwei Teile gespalten. In einer Atempause wuchs aus Trümmern wieder durch deutschen Fleiß eine wirtschaftliche Großmacht.

Dieses riesige Wirtschaftspotential ist den Feinden Deutschlands ein willkommenes Beuteobjekt. Seiner Besitznahme steht noch störend das deutsche Volk im Wege. Der Zeitpunkt ist gekommen, dieses Volk nach vollbrachter Aufbauleistung nun völlig und endgültig zu vernichten. Es gibt noch keinen Friedensvertrag. Zwar schweigen die Waffen, aber der mitleidlose Kampf gegen das deutsche Volk wird mit anderen Waffen fortgesetzt. Die wirksamste Vernichtungswaffe ist die ungehinderte Überfremdung Deutschlands. Sie soll die Deutschen in die Rolle einer entrechteten Minderheit drängen. Als »Eingeborene« haben sie die hereindringenden Menschen willkommenzuheißen, um sich anschließend in die ihnen zugewiesenen Reservate zurückzuziehen.

Prof. Dr. G. Ledig, Hamburg

Betr.: National-Konservative »Haß und Hetze statt Argumente«, Nr. 8/89

Bezüglich der Darstellung, was die Umsiedler betrifft, sind Sie einer gewaltigen falschen Information aufgesessen. Die Deutschen der Sowjetunion wie Rumäniens sind die einzigen, die nach 50 Jahren den Krieg verloren haben.

Ihre Darstellung kommt von Leuten, die den ungehinderten Zustrom der Asylanten betreiben, Asylanten und Umsiedler bewußt in einen Topf werfen. Die Umsiedler sind Deutsche, die nicht mit Nelken und Pralinen bewirtet werden, wenn sie diese überhaupt kennen, und kommen durch ein langwieriges Umsiedlungsverfahren her, die bis jetzt gar keine Möglichkeit hatten, herzukommen. Rote wie Grüne möchten am liebsten die Umsiedler mit dem Knüppel davonjagen. Sie formulieren es diplomatischer.

Die Asylanten, die plötzlich in der Nacht da sind und gar nicht wissen, wie sie herkamen, sollen das Wahlrecht bekommen. Selbst wenn die angebliche Bevorzugung der Umsiedler wahr wäre, wäre ich gar nicht neidisch. Daß den Umsiedlern alles nachgeworfen wird, ist eine Legende, wie es eine Legende war, wie den Vertriebenen angeblich alles nachgeworfen wurde.

Zunächst möchte ich feststellen, daß die Sozialämter gar keine Möglichkeit haben, Wohnungen zuzuweisen, sie können höchtens vermitteln.

Zuweisen oder vermitteln ist ein gewaltiger Unterschied. Daß Deutsche jahrelang auf eine Sozialwohnung warten, ist schlichtweg gelogen. Vor 2 bis 3 Jahren standen im hiesigen Raum Wohnungen zum annehmbaren Preis noch leer. Zum annehmbaren Preis möchte ich für den hiesigen Raum eine Vier-Raumwohnung mit Bad, Balkon, Nachtstromheizung für 350 bis 400 DM bezeichnen.

Ich habe dieses Jahr zwei Wohnungen an Umsiedler vermietet, nicht weil man sie mir zugewiesen hat, sondern weil das, was sich an deutschen Mietern angeboten hat, solche waren, die ich rausgesetzt habe.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß ich auch Mieter habe, die 25 Jahre bei mir wohnen.

Sollte eine Wohnung frei werden und ich keine anständigen Mieter bekommen, nehme ich wieder einen Umsiedler. Den Mieter lasse ich mir grundsätzlich nicht vorschreiben oder zuweisen. Die Behauptung, der Vermieter erhält 30 000 DM, wenn er eine Wohnung an Umsiedler vermietet, kann nur als Hetze und Lüge bezeichnet werden.

Ähnlich ist Ihre Rentenbehauptung, die Sie aufstellen. Nennen Sie mir den Rentner, der sein Leben wirklich gearbeitet hat und keine ausreichende Rente bekommt. Es kann sich doch nur um Rentner handeln, die nicht so viel gearbeitet haben.

Ich habe noch nicht einmal die Höchstrente, bin aber mit meiner Rente zufrieden.

Man soll sich hüten, Behauptungen aufzustellen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Sie machen sich dabei zum Handlanger der Grünen und Roten.

Wenn Sie bei den Umsiedlern das Kindergeld ungerecht finden, die Deutsche sind, bei den Türken finden Sie es gerecht.

Bezüglich der Sozialhilfe benutzen Sie eine unklare Formulierung. Bei Umsiedlern halte ich sie für gerecht. Nicht aber in jedem Falle bei Asylanten, die bei Nacht und Nebel über die grüne Grenze kommen.

Man wirft Umsiedler und Asylanten in einen Topf und versucht, diese in Bedürftige und nicht Bedürftige einzustufen. Dabei sind die Deutschen, besser gesagt, die Volksdeutschen der Sowjetunion und Rumänien, nicht bedürftig, die Asylanten aus aller Herren Länder bedürftig. Hier muß doch die Frage gestellt werden: Sind wir das Sozialamt der ganzen Welt?

Da unsere Hilfsbereitschaft nur begrenzt sein kann und ist, muß man sich fragen, ob die Bedürftigkeit der Umsiedler gegenüber den Asylanten nicht Vorrang hat. Wo können die Umsiedler Hilfe erwarten? Und sind wir ihnen nicht mindestens moralisch gegenüber verpflichtet?

Soll diese Verpflichtung keine Gültigkeit haben, weil es sich um Deutsche handelt? Diese Verpflichtung hat überhaupt nichts mit Deutschtümelei zu tun. Es kann auch nicht übersehen werden, daß in letzter Zeit die Arroganz sogenannter Asylanten immer untragbarer wird. Daß eine weitere Entwicklung in diese Richtung keine friedliche sein kann, müssen auch die Befürworter der Asylanten zugeben.

Alois Balluschek, Hamm